



**DER ERSTE BUNDESPARTEITAG DER
ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI
PROTOKOLL**

18. — 21. APRIL 1947

**HERAUSGEGEBEN VOM HAUPTREFERAT FÜR PRESSE
UND PUBLIZISTIK DER BUNDESPARTEILEITUNG**

VERTRAULICH

Im Verlag der „Österreichischen Volkspartei“ (Hauptreferat für Presse und Publizistik der Bundesparteileitung),
Wien I., Kärntnerstraße 51. — Druck: Typographische Anstalt, Wien VII., Halbgasse 9

PROTOKOLL

DES

1. BUNDESPARTEITAGES DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

WIEN, 18. BIS 21. APRIL 1947

HERAUSGEGEBEN VOM HAUPTREFERAT
FÜR PRESSE UND PUBLIZISTIK DER
BUNDESPARTEILEITUNG

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

<p>I. Vorwort 7</p> <p>II. Geschäftsordnung 9</p> <p style="padding-left: 20px;">Vertreter der ausländischen Schwesterparteien 11</p> <p style="padding-left: 20px;">Tagesordnung des Parteitages 12</p> <p>III. 1. Tag: Eröffnung (18. April 1947) 13</p> <p style="padding-left: 20px;">Wahl des Präsidiums und der übrigen Parteifunktionäre 19</p> <p>IV. 2. Tag: Grundsätzliche Referate (19. April 1947) 23</p> <p style="padding-left: 20px;">1. Bericht des Bundesparteiobermannes (Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl) 23</p> <p style="padding-left: 20px;">2. Politischer Rechenschaftsbericht (Generalsekretär Minister Dr. Hurdes) 28</p> <p style="padding-left: 20px;">3. Finanzieller Rechenschaftsbericht, Bericht über Organisation und Personalpolitik (Hauptreferat für Organisation und Personal, Staatssekretär Graf) 38</p> <p style="padding-left: 20px;">4. Das Forderungsprogramm der Österreichischen Frauenbewegung (2. Stellv. d. Bundesparteioberm. Fr. NR Dr. Paunovic) 49</p> <p style="padding-left: 20px;">5. Um Freiheit und Recht des arbeitenden Menschen (1. Stellv. d. Bundesparteioberm. Minister a. D. Vizebürgermeister Lois Weinberger) 54</p> <p style="padding-left: 20px;">6. Die neue österreichische Wirtschaft (3. Stellv. d. Bundesparteioberm. Minister a. D. Präsident Ing. Raab) 68</p> <p style="padding-left: 20px;">7. Die junge Generation im neuen Österreich (Bundesobmann der Österr. Jugendbewegung NR Josef Hans) 76</p> <p>V. 3. Tag: Beratungen d. Ausschüsse (20. April 1947) 85</p> <p style="padding-left: 20px;">1. Politische Angelegenheiten 85</p>	<p style="padding-left: 20px;">2. Organisation, Personalpolitik u. Finanzen 87</p> <p style="padding-left: 20px;">3. Presse und Propaganda 88</p> <p style="padding-left: 20px;">4. Kulturpolitik 90</p> <p style="padding-left: 20px;">5. Sozialpolitik 91</p> <p style="padding-left: 20px;">6. Wirtschaftspolitik 93</p> <p style="padding-left: 20px;">7. Agrarpolitik 95</p> <p style="padding-left: 20px;">8. Außenpolitik 98</p> <p style="padding-left: 20px;">9. Kommunalpolitik 99</p> <p>VI. 4. Tag: Berichte und Neuwahl (21. April 1947) 101</p> <p style="padding-left: 20px;">1. Heimkehrerfrage (Bundesobmann der Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen Fleischmann) 101</p> <p style="padding-left: 20px;">2. Referate d. Berichterstatter d. Ausschüsse 104</p> <p style="padding-left: 20px;">3. Festlegung der künftigen Richtlinien der Partei (Generalsekretär Bundesminister Dr. Hurdes) 104</p> <p style="padding-left: 20px;">4. Wahl des Bundesparteivorstandes . . . 112</p> <p style="padding-left: 20px;">5. Schlußansprache d. Bundesparteiobermannes 114</p> <p style="padding-left: 20px;">6. Großkundgebung der Wiener ÖVP . . . 117</p> <p>VII. Sondertagungen:</p> <p style="padding-left: 20px;">1. Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen 119</p> <p style="padding-left: 20px;">2. Österreichische Jugendbewegung . . . 119</p> <p style="padding-left: 20px;">3. Österreichischer Frauenbund 120</p> <p style="padding-left: 20px;">4. Landessportreferenten 121</p> <p style="padding-left: 20px;">5. Österreichischer Mieterbund 121</p> <p style="padding-left: 20px;">6. Kinderrettungswerk der ÖVP 122</p> <p style="padding-left: 20px;">7. Werbefachleute 123</p> <p style="padding-left: 20px;">8. Chefredakteure und Verlagsdirektoren der ÖVP-Presse 123</p> <p>VIII. Veranstaltungen während des ersten Parteitages 125</p> <p>IX. Nachwort</p>
--	--

VORWORT

Der 1. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ist in vollem Gange.

Nach dem gestrigen Empfang der ausländischen Delegierten durch den Bundesparteiohmann Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Leopold Figl und nach der Eröffnung des Bundesparteitages mit begeisterten Begrüßungsansprachen auch der Vertreter der befreundeten Parteien aus dem Auslande, erfolgten heute ausführliche Referate des Bundesparteiohmannes und der führenden Männer der Österreichischen Volkspartei sowie der Vertreterin der in der Österreichischen Volkspartei zusammengeschlossenen Frauen über die wesentlichen Gegenstände der österreichischen Innen- und Außenpolitik, der Kulturpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und über verschiedene wichtige organisatorische Fragen.

Wer immer in den festlich geschmückten Großen Konzerthausaal blickt, der mit den Delegierten aus ganz Österreich, aus Stadt und Land, aus allen Berufsgruppen, sowie mit den ausländischen Gästen bis aufs letzte Plätzchen gefüllt ist, dem muß sich unwillkürlich die Frage aufdrängen, wie es möglich war, daß diese neue Partei, die nach der Befreiung Österreichs von der nazistischen Diktatur in die Öffentlichkeit trat, schon ein halbes Jahr darauf anläßlich der Wahlen vom November 1945 die stärkste Partei Österreichs mit einer absoluten Mehrheit im Nationalrat werden konnte und nun durch ihren Bundesparteitag zeigen kann, daß sie unterdessen auch den organisatorischen Ausbau der Partei derart festigte, daß sich nun über ganz Österreich ein überaus schlagkräftiges Instrument politischer Willensbildung und politischen Handelns erstreckt.

Dieser große Erfolg und die bedeutende Durchschlagskraft der Österreichischen Volkspartei sind vor allem auf drei Umstände zurückzuführen:

Die Österreichische Volkspartei vertritt ein zeitgemäßes österreichisches Programm, sie wird von aufrechten Männern geführt und geht an die Arbeit mit einer alle Schwierigkeiten mutig anpackenden Begeisterung.

Das zeitgemäße österreichische Programm, das die Österreichische Volkspartei vertritt, wurde aus schwerem Leid, aus bitteren Erfahrungen und aus den vielen persönlichen Opfern geboren, die fast alle maßgebenden Männer und Frauen der Österreichischen Volkspartei durch den Nazismus erleiden mußten.

In dieser harten Schule wurden die Grundfundamente der Österreichischen Volkspartei erarbeitet.

Sie sind:

1. Unbedingter Glaube an Österreich und intensive Arbeit für seine Zukunft mit einem vom Ausland weder importierten noch kommandierten, sondern in Österreich gewachsenen Programm voll realen Wirklichkeitssinnes und unbelastet von allen weltfremden Parteidoktrinen und leeren Zukunftsutopien.
2. Unbedingtes und vorbehaltloses Bekenntnis zur Demokratie als jener Form des menschlichen Zusammenlebens, die am ehesten Freiheit und Menschenwürde gewährleistet, jener Freiheit und Menschenwürde, die in der nahen Vergangenheit so barbarisch und erbarmungslos mit Füßen getreten wurde und zu deren Achtung wir um der Zukunft unseres Volkes, ja der Welt willen zurückfinden müssen.
3. Bekenntnis zu einem alle verbindenden Solidarismus, der verhindert, daß die Grundsätze der Freiheit von einzelnen und von Gruppen oder Klassen zum Nachteil der andern mißbraucht wer-

den und der es ermöglicht, daß von der kleinsten menschlichen Gemeinschaft, der Familie, angefangen, bis zum Weltsolidarismus in der Organisation der Vereinten Nationen gegenseitige Rücksichtnahme nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit herrscht, Bekenntnis also zur Gleichordnung von Innen- und Außenpolitik im Sinne höchster Ethik und zum Neubau einer Welt frei von Furcht.

Dieses Programm des Bekenntnisses zu Österreich, zur demokratischen Freiheit und zum alles verbindenden Solidarismus ist eine der Ursachen der Durchschlagkraft der Österreichischen Volkspartei. Dazu kommt noch die Tatsache, daß fast alle führenden Männer gehärtet sind durch die schwersten Verfolgungen seitens der Nationalsozialisten. Viele von den führenden Männern der Österreichischen Volkspartei, die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Nazismus festgehalten waren, mußten damals damit rechnen, die Freiheit nicht mehr erleben zu können. Da sie aber doch wieder frei wurden und ihre Kräfte nun in den Dienst des Wiederaufbaues Österreichs stellen, für das sie bereit waren, auch die schwersten Opfer zu tragen, ist es nur zu verständlich, daß sie an dieser Arbeit mit ganzem Herzen und mit einer nicht zu übertreffenden Opferfreudigkeit hängen.

Wer bereit war, für eine Idee sein Leben zu lassen, ist eben umso eher bereit, für eine Idee mit allen Kräften zu leben und zu arbeiten.

Endlich ergibt sich das Sieghafte der Österreichischen Volkspartei auch aus der von einem unerschütterlichen Optimismus getragenen Begeisterung der führenden Schichten der Partei. Wer Schwerstes überwunden hat und in einer fast aussichtslos erscheinenden Situation schließlich doch mit seinem Glauben

als Sieger hervorging, neigt dazu, jede, auch die schwierigste Situation mit Optimismus zu betrachten und zu meistern. Optimismus ist aber jene Kraft, die wir brauchen, um die Nöte der Jetztzeit und den von manchen Seiten geflissentlich gemehrten Pessimismus zu überwinden, denn er, der zukunftsbejahende Optimismus, allein ermöglicht es uns, allen Schwierigkeiten zum Trotz auch die kompliziertesten Probleme beherzt anzufassen, damit aber auch schon den ersten Schritt zu ihrer Lösung zu tun. Das gute alte Sprichwort sagt ja bekanntlich, daß aller Anfang das Schwere ist!

Die Österreichische Volkspartei wird nun in diesem Geiste auf ihrem 1. Bundesparteitag zu allen uns drückenden und bedrückenden Problemen Stellung nehmen: In heiliger Nüchternheit, wie es dem Ernst der Zeit und der Größe der Aufgaben ziemt und fernab allen tönenden Phrasen. In Gerechtigkeit und Liebe wird sie nach Lösungen suchen, die den Interessen des österreichischen Volkes entsprechen: In Gerechtigkeit, da es gilt, unser armes und gequältes Volk zu einer brüderlichen, gleichberechtigten Einheit zu bringen, in Liebe, da wir wissen, daß bloße Buchstabengerechtigkeit tot und mehr schädlich als nützlich wäre.

Solidarismus als Dienst am Volke: Das war und das bleibt das Leitwort unseres Tuns während der Zeit unserer Befreiung, das ist auch das Leitwort, in dessen Zeichen der 1. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei abgehalten wird. Allen Parteifreunden gilt anläßlich des Bundesparteitages unser herzlichster Gruß! Daß unsere Arbeit aber auch von den nicht in unseren Reihen Stehenden mit Aufmerksamkeit und Unvoreingenommenheit verfolgt werde, das ist unser Wunsch und unsere Hoffnung! Daß er Heimat und Volk zu Nutz und Ehre gereiche, ist unser Wille und unsere Zuversicht!

Geschäftsordnung für den 1. Bundesparteitag (Auszug)

§ 1. Die Teilnehmer am Bundesparteitag sind:

- a) Delegierte mit Stimmrecht,
- b) Delegierte mit beratender Stimme und
- c) Gäste.

Delegierte mit Stimmrecht bzw. mit beratender Stimme sind jene Teilnehmer, die nach den Bestimmungen des Organisationsstatutes stimmberechtigt sind bzw. nur beratende Stimme besitzen.

§ 2. Beim Bundesparteitag führt der Bundesparteiohmann den Vorsitz. Zu seiner Vertretung im Vorsitz sind die drei Obmannstellvertreter berufen.

Bei Durchführung der Wahlen in den Bundespartei-vorstand (Präsidium) führt der an Jahren älteste Landesparteiobmann den Vorsitz.

§ 3. Der Bundesparteitag ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten ordnungsgemäß geladen und mindestens zwei Fünftel von ihnen anwesend sind.

§ 4. Zu Beginn des Bundesparteitages werden aus der Mitte der Delegierten je drei Schriftprüfer, Mandatsprüfer, Antragsprüfer, Wahlprüfer, Stimmenzähler, aus der Zahl der Delegierten oder aus Fachexperten jedoch die Finanzprüfer gewählt.

§ 5. Jeder Delegierte hat das Recht, Anträge um Aufnahme eines Gegenstandes in die Tagesordnung zu stellen, wenn der Antrag von mindestens 50 Mitgliedern des Bundesparteitages unterstützt wird.

§ 6. Jeder Delegierte kann an den Vorsitzenden Anfragen richten, welche von demselben entweder sofort mündlich oder zu einem späteren Zeitpunkte schriftlich beantwortet werden können.

§ 7. Die Berichterstattung über die einzelnen Tagesordnungspunkte obliegt, sofern sich der Vorsitzende den Vortrag nicht selbst vorbehält, dem Generalsekretär, den Hauptreferenten oder den vom Vorsitzenden hiezu bestimmten sonstigen Referenten.

Die Berichterstattung über gestellte Anträge erfolgt in der Regel durch den Antragsteller, über Anträge der Ausschüsse von dem aus der Mitte der Ausschüsse gewählten Berichtersteller.

§ 8. Nach Erstattung des Berichtes über jeden Gegenstand der Tagesordnung leitet der Vorsitzende die Debatte ein. Nach der Debatte hat der Berichtersteller das Schlußwort.

§ 9. Nach Schluß der Debatte schreitet der Vorsitzende zur Abstimmung. Hiezu bestimmt er vorerst die Reihenfolge, in der die Anträge zur Abstimmung gelangen und die Art der Abstimmung. Grundsätzlich sind weitgehende Anträge (Anträge grundsätzlich oder besonderer Bedeutung oder finanzieller Tragweite) vor den weniger weitgehenden zur Abstimmung zu bringen. Es stimmen nur die stimmberechtigten Delegierten und haben diese ihr Stimmrecht grundsätzlich persönlich auszuüben. Stimmenthaltung ist unzulässig. Delegierte, die bei der Abstimmung nicht anwesend sind, dürfen nachträglich ihre Stimme nicht abgeben. Die Abstimmung erfolgt in der Regel durch Erheben der rechten Hand oder schriftlich mittels Stimmzettel.

Die schriftliche Abstimmung erfolgt: a) bei Wahlen, b) falls ein Zehntel der Delegierten mit beschließender Stimme es verlangt, und c) wenn der Vorsitzende es für notwendig erachtet. — Bei Abgabe der Stimmzettel ist die Delegiertenkarte vorzuweisen. — Leere Stimmzettel sind ungültig.

§ 10. Die Beschlüsse des Bundesparteitages werden, abgesehen von den Fällen der §§ 11 und 12, mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als angenommen.

§ 11. Beim Bundesparteitag sind mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich:

a) bei Beschlußfassung über das Organisationsstatut und die Geschäftsordnung der ÖVP,

b) bei Beschlüssen über die künftigen politischen Richtlinien der Partei und

c) bei Beschlüssen über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen und die nur behandelt werden können, wenn ihnen die Dringlichkeit zuerkannt wird.

§ 12. Die Wahlen werden in der Regel mittels Stimmzettel vorgenommen und durch absolute Stimmenmehrheit entschieden. Haben mehr Personen, als zu wählen sind, die absolute Stimmenmehrheit erlangt, so gelten diejenigen als gewählt, auf die die meisten Stimmen entfallen sind. Soweit die absolute Mehrheit nicht erreicht wurde, entscheidet eine engere Wahl. Bei dieser erscheint als gewählt, wer die meisten Stimmen erreicht hat. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Die Delegierten sind verpflichtet, jede auf sie gefallene Wahl anzunehmen. Sie können jedoch aus triftigen Gründen die Befreiung von der Funktion

beantragen. Hierüber entscheidet der Bundesparteitag ohne Wechselrede.

§ 13. Anträge „Zur Geschäftsordnung“ können von den Delegierten jederzeit gestellt werden und müssen sofort behandelt werden. Über deren Zulassung entscheidet der Vorsitzende allein.

§ 14. Über jede Tagung des Bundesparteitages ist eine Verhandlungsschrift zu führen.

§ 15. Der Bundesparteitag kann mit der Vorberatung gestellter Anträge Ausschüsse betrauen. Die Mitglieder der Ausschüsse werden vom Bundesparteitag aus seiner Mitte gewählt. In den Ausschüssen ist auf eine entsprechende Vertretung der Landesgruppen des Frauenbundes, der Jugendbewegung und allenfalls auch der Zweckverbände Bedacht zu nehmen. Die Ausschüsse wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, einen Vorsitzendenstellvertreter sowie einen Schriftprüfer und den Berichterstatter. Im übrigen gelten für die Ausschüsse die vorstehenden Bestimmungen der Geschäftsordnung des Bundesparteitages sinngemäß.

Vertreter ausländischer Schwesterparteien

Senatorin Baronin Dellafaille,

Sekretär Albert Lohest, Parti social chretien de Belgique;

Kriegsminister a. D. und Deputierter Edmond Michelet und Gattin,

Vizepräsident des Rates der Republik Marc Gerber und Gattin,

Abgeordneter Monsieur Barthelemy Ott (Mitglied des auswärtigen Ausschusses) und Gattin,

Abbé Pierre Granes, Deputierter, Mouvement Republicaine Populaire;

Abgeordneter Monsignore Dr. Josef Plojhar, Tschechoslowakische Volkspartei;

Pfarrer Küng, Schweizer Konservative Volkspartei.

Die Tagesordnung des Parteitages

1. Tag: Freitag, 18. April, 15—18 Uhr.

1. Orgelvortrag.
2. Eröffnung durch den Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Leopold Figl.
Ansprachen der ausländischen Gäste.
3. Wahl a) der Verhandlungsschriftprüfer, Stimmzähler, Mandats-, Antrags-, Wahl- und Finanzprüfer; b) von Ausschüssen.
4. Bekanntgabe eingebrachter Anträge und deren Zuweisung an die Ausschüsse.

2. Tag: Samstag, 19. April, 9—13 Uhr, 15—18 Uhr.

1. Bericht des Bundesparteiobmannes: Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Leopold Figl.
2. Politischer Rechenschaftsbericht: Generalsekretär Bundesminister Dr. Felix Hurdes.
3. Finanzieller Rechenschaftsbericht, Bericht über Organisation und Personalpolitik: Hauptreferent für Organisation und Personal, Staatssekretär Ferdinand Graf.
4. Das Forderungsprogramm der Österr. Frauenbewegung: 2. Stellvertreter des Bundesparteiobmannes, Frau Nationalrat Professor Dr. Nadine Pاونovic.
5. Um Freiheit und Recht der arbeitenden Menschen: 1. Stellvertreter des Bundesparteiobmannes,

Bundesminister a. D., Vizebürgermeister Lois Weinberger.

6. Die neue österreichische Wirtschaft: 3. Stellvertreter des Bundesparteiobmannes, Bundesminister a. D., Präsident Ing. Julius Raab.

7. Bericht über aktuelle Fragen der Jugend: Bundesobmann Nationalrat Hans.

3. Tag: Sonntag, 20. April.

Keine Vollversammlung, Sitzungen der Ausschüsse und Sondertagungen.

4. Tag: Montag, 21. April, 9—13 Uhr, 15—18 Uhr.

1. Die Heimkehrerfrage: Bundesobmann Fleischmann.
2. Bericht und Anträge der Ausschüsse.
3. Festlegung der künftigen politischen Richtlinien der Partei: Generalsekretär Bundesminister Dr. Felix Hurdes.
4. Wahl: a) der Mitglieder des Bundesparteivorstandes (Parteipräsidium), (Bundesparteiobmann, Obmannstellvertreter, Generalsekretär und Hauptreferenten), b) des Vorsitzenden und des Stellvertreters des Parteischiedsgerichtes und des Parteihonoraryrates.
5. Schlußansprache des neugewählten Bundesparteiobmannes.

D
stür
grüf
ein.

Bun

eröf
spra
nior
wie
galt

„I
gen
scha
flus
Weg
Wen
unse
und
aus
der
das
Der
wo
Woll
dem
Weg
die
Gerr
all d
und

Vc
desp

1. Tag: Eröffnung (18. April 1947, 15 Uhr)

Ort: Großer Saal des Wiener Konzerthauses

Die Mitglieder des Parteipräsidiums werden mit stürmischen Kundgebungen von den Delegierten begrüßt. Ein Orgelvortrag leitet die Eröffnungstagung ein.

Bundesparteiohmann Dr. h. c. Ing. Leopold Figl

eröffnet den 1. Bundesparteitag mit folgender Ansprache, der er einige Begrüßungsworte, die dem Senior der Partei, Präsident Leopold K u n s c h a k, sowie den Vertretern ausländischer Schwesterparteien galten, voranstellte:

„Drei Dinge sind es, die das Leben des einzelnen, genau so wie das Leben der Familie, jeder Gemeinschaft und schließlich jedes Volkes zutiefst beeinflussen: erstens der Sinn des Lebens, zweitens der Weg des Lebens und drittens das Ziel des Lebens. Wenn wir darum heute an die Spitze des Programmes unseres Parteitages die große Frage nach Sinn, Weg und Ziel der ÖVP stellen, so ist dies eine Frage, die aus der Wesenheit alles organischen Geschehens in der Welt entstammt, eine Frage, die unmittelbar an das Tiefste und Mächtigste in diesem Geschehen greift. Der Sinn alles Werdens muß irgendwie und irgendwo gegeben sein in dem Bedürfnis danach, in dem Wollen und inneren Drange nach Gestaltung und in dem Verlangen nach äußerem Ausdruck dafür. Der Weg dieses Wollens muß gekennzeichnet sein durch die Lauterkeit und Reinheit und vor allem aber die Geradlinigkeit zu jenem Ziel, das allein überhaupt all die Opferbereitschaft, die in unermüdlicher Arbeit und in Hingabe an die Idee sich äußert, rechtfertigt.

Von diesem Geist soll unser heutiger erster Bundesparteitag der ÖVP getragen sein. Es ist dies kein

Parteitag für die Straße und durch die offenen Fenster hinaus, nein, dazu wäre heute weniger denn je der Anlaß. Es ist auch kein Parteitag, der irgendwie ansonsten trommelnd oder rein propagandistisch verbend versuchen will, Anhänger zu gewinnen. Auch dazu ist heute der Anlaß nicht gegeben. Nein, dieser heutige Parteitag ist mehr und weniger, er ist nämlich nichts anderes als ein Rechenschaftsbericht und ein Programm. Dies kann, wie gesagt, mehr, aber auch weniger sein, es hängt bloß vom Inhalt ab. Wenn darum heute zum ersten Male über tausend Delegierte der Österreichischen Volkspartei nach Wien kommen, um hier gemeinsam Rechenschaft zu geben und zu fordern und um hier gemeinsam das weitere Programm zu hören und selbst zu formen, dann soll dies der Ausdruck des tiefsten und letzten Inhaltes unseres Namens sein, nämlich — Österreichische Volkspartei.

Österreich und Volk, das ist der letzte Inhalt unserer Programmatik, und Österreich und Volk wird so auch der tiefste Inhalt dessen sein, was wir auf diesem Parteitag beschließen.

Was ist nun der Sinn, also die Idee unserer Partei? Wir haben es wiederholt gesagt, man hat es uns anfangs nicht immer geglaubt, wir sind keine Nachfolgepartei, sondern wir sind eine neue Partei. Wir sind erwachsen aus dem revolutionären Erleben dieser Zeit durch eine neue Organisation. Und damit kommen wir schon zu dem wichtigsten Problem der Gegenwart, nämlich dem Problem der ersten und der dritten Generation. Die dritte Generation, die Generation von morgen, die, unbelastet durch das Erleben von vorgestern und gestern, die Welt und auch das politische Erleben auf dieser Welt in einem

ganz anderen Bild wie die erste Generation sieht, ist trotzdem irgendwie fußend auf den Traditionen von vorgestern mit dieser ersten Generation eng verwachsen. Dies gilt für jede Bewegung in ganz Europa und somit auch für uns. Der Geist in unserer Partei ist jung, ist revolutionär, trotzdem aber irgendwie verhaftet einer großen und stolzen Tradition aus der vergangenen Zeit und versucht nun, aus diesen beiden Elementen heraus eine Synthese zu finden für den eigenen Sinn seines politischen Daseins.

Dazwischen aber klafft die Kluft der zweiten Generation, die zum größten Teil verlorenging, zum Teil körperhaft durch das furchtbare Geschehen der vergangenen acht Jahre, zum anderen Teil aber durch den ungeheuren Zwang eines geistigen Druckes, der in der Geschichte kein Gegenbeispiel hat. Und so haben wir nun das merkwürdige Zerrbild einer politischen Struktur vor uns, bei dem weiße Bärte von vorgestern und die jungen Menschen von heute gemeinsam sich darum bemühen, nicht nur sich zu verstehen, sondern auch eine Brücke zueinander zu finden. Das erlebt heute jede Partei, selbstverständlich auch die ÖVP. Wenn man uns darum vorwirft, daß wir schließlich letzten Endes doch die Grundideen der alten Christlichsozialen Partei übernommen haben, so ist dies nur ein Zeichen dafür, daß jene Männer, die dies sagen, diesen tiefen inneren Zwiespalt, der heute in der ganzen Welt herrscht, nicht verstehen. Wir haben nichts von vorgestern übernommen, nein, aber wir versuchen aus dem Schutt von vorgestern, der uns nach der politischen Weltkatastrophe 1938 im Jahre 1945 übrig blieb, all das zu retten, was uns des Rettens wert scheint. Nicht nur geistiges Gedankengut, das immer wertvoll bleiben wird, nicht nur Menschen, die immer jung bleiben werden, auch wenn ihre Jahreskerben zahlreicher werden, nein, auch Traditionen, die vielleicht heute nicht mehr ganz aktuell sind, die für uns aber Symbol und Inhalt eines Gedankengutes sind, das wir schätzen und hochhalten. Wenn wir darum im Rah-

men unseres Parteitages einen Gedächtnisgang zum Lueger-Denkmal machen, so wollen wir uns damit offiziell und eindeutig deklarieren als eine Partei, die all das, was gutes, altes, wertvolles, christliches Österreichertum ist, stets ehrfürchtig und hochhalten und versuchen werden, diesem großen Vorgestern durch die eigene Arbeit ein annähernd gleich großes Heute gegenüberzustellen.

Die Frage nach dem Sinn der Partei ist damit sehr einfach gelöst. Wir sind eine österreichische und eine Volkspartei. Österreich zuerst und dann das Volk. Das ist der letzte und tiefste Sinn unseres Programmes. Wir sind also zuerst einmal Österreicher, und das ist das Neue bei unserer Partei, das Neue, das aus dieser dritten Generation herausstammt, wir sind fanatische Österreicher, fanatische Kämpfer für die Freiheit, für die Souveränität und für die Gleichberechtigung dieses zwar kleinen, aber einzig schönen Landes. Wir sind Österreicher nicht nur der Geburt und des Herzens nach, wir sind Österreicher, die unser Bekenntnis zu diesem Staat in schwerster Zeit durch die Tat bewiesen haben. Gerade die Heimkehrer, die jetzt in den letzten Monaten zu unseren Reihen gestoßen sind und in den nächsten Wochen weiter kommen werden, haben es bewiesen. Sie haben es nicht leicht gehabt in diesen letzten Jahren des Terrors, aber sie haben niemals ihr Österreichertum vergessen und kommen jetzt zurück, jung, tatkräftig, energisch, unbelastet von irgendwelchen Sentiments, als die Fahnenträger dieses neuen Österreich und, wie wir stolz behaupten können, als die Fahnenträger der Österreichischen Volkspartei. Daß alle jene, ob sie nun im KZ, in der Emigration oder im Luftschutzkeller in diesen letzten Jahren für dieses Österreich geblutet haben und immer wieder ihre letzte Hoffnung in ihrem eigenen unbesiegbaren Glauben fanden, ebenfalls keine Menschen von gestern und vorgestern mehr sind, sondern Österreicher von heute, ist selbstverständlich.

In den letzten Wochen, in denen das neue Österreich,

ohne
schwe
weil e
dung
Österr
und w
will. V
damit
über a
es ist

So
partei
gleich
den W
wird,
zu we
eine W
die gu
wollen
gramm
Wir si
spottel
wieder
reif ge
Solidar
als So
lidaris
mengen
Bekent
Komm
und st
Solidar
Mensch
eine G

Der
Gleich
geistig
fußt ab
Freiheit
aber da

ohne daß man es nach außen merkte, vielleicht die schwerste Krise seit seinem Bestand durchmachte, weil es auf allen Sektoren der Ernährung, Bekleidung und Beheizung zu Ende zu gehen schien, hat Österreich gezeigt, was seine neue Generation ist und will und kann. Und deshalb kann, weil sie es will. Wenn jemals, so hat unser österreichisches Volk damit bewiesen, daß der uralte Spruch: „Österreich über alles, wenn es nur will“ keine Phrase war. Ja, es ist so, Österreich über alles, wenn es nur will.

So ist der Sinn unserer Österreichischen Volkspartei zutiefst begründet in seinem Namen, der gleichzeitig ein Programm ist und damit auch schon den Weg zeigt, den die ÖVP gehen muß, will und wird, um ihrem Namen und damit ihrem Sinn gerecht zu werden. Es gibt nur einen Weg hierfür und dieser eine Weg heißt immer wieder: Zusammenarbeit aller, die guten Willens sind und die dieses Österreich wollen. Wir haben für unser politisches Gesamtprogramm den Ausdruck **Solidarismus** gewählt. Wir sind dessentwegen da und dort ein bißchen verspottet worden. Wir bedauern dies, denn dies hat uns wieder bewiesen, daß man da und dort noch nicht reif genug ist, um aus der Vergangenheit zu lernen. **Solidarismus** ist freilich etwas wesentlich anderes als **Sozialismus**, **Kommunismus** oder **Solidarität**. **Solidarismus** ist ein Begriff, der das Gefühl der Zusammengehörigkeit und vor allem die Freiwilligkeit des Bekenntnisses zum Nächsten enthält. **Sozialismus** und **Kommunismus** sind Zwangsjacken, die eine enger und stärker, die andere um einige Knöpfe erweitert. **Solidarität** ist der Versuch, aus dem Schlagwort der Menschengleichheit in den Jahren 1789 irgendwie eine Gleichschaltung zu erzielen.

Der **Solidarismus** wie wir ihn verstehen, will keine Gleichschaltung, keine rote und keine braune, keine geistige, keine soziale und keine politische, nein, er fußt aber auf dem Grundsatz der selbstverständlichen Freiheit des Individuums unter Berücksichtigung aber der heiligen Verpflichtung jedes einzelnen Men-

schen, dem Nächsten das gleiche Recht zuzubilligen, das er für sich selber in Anspruch nimmt. **Solidarismus** ist so vielleicht letzten Endes die moderne Prägung des wahren Urchristentums.

Jeder Mensch hat ein Recht auf sein eigenes Leben, und zwar nicht nur individuell, sondern auch politisch, sozial und wirtschaftlich. Aber nur dann, wenn er sich seiner Verpflichtung gegenüber seinem Nächsten bewußt ist — und sein Nächster ist jeder — ist so das gesamte Volk, zu dem er gehört, genau so sein persönlicher Nachbar, wie die große internationale Gemeinschaft aller Völker. Und so ergibt sich aus unserem Programm organisch die Tatsache, daß die ÖVP für den Frieden in der Welt ist, jeden Imperialismus in irgendwelcher Form grundsätzlich ablehnt, ob er sich nun weltwirtschaftlich oder weltpolitisch auswirkt. Es ergibt sich daraus genau so, daß die ÖVP im innenpolitischen Kampf zwischen den Parteien keinerlei pseudoimperialistischen Wünsche selbst verfolgt oder bei anderen duldet, keinerlei Diktaturpläne, sei es nun eine Diktatur des Proletariates oder eine indirekte Diktatur des Kapitalismus, sei es die Diktatur irgend einer Partei oder die irgend eines geistigen Trusts. Die ÖVP steht auf dem Standpunkt und muß es tun auf Grund ihres Programms des **Solidarismus**, daß jedermann in diesem Österreich das Recht haben muß, seine Meinung frei und offen zu sagen und zu bekennen, solange er österreichisch denkt und als Österreicher handelt. Wenn er dies nicht tut, stehen ihm die Wege über die Grenze jederzeit offen. Wir müssen endlich irgendwo in der Welt beginnen, Zwang und Diktatur abzubauen, auch dort, wo sie durch papierene Paragraphen vielleicht gedeckt erscheinen könnten. Wir von der ÖVP wollen es versuchen, ob es uns gelingt, wird von der Bereitschaft der österreichischen Menschen hierfür abhängen.

Und so geht die Volkspartei klarlinig ihren Weg. Daß auf diesem Wege viele Steine liegen, ist selbstverständlich. Wir leben in keiner friedlichen Zeit,

wenn auch die Kanonen nicht mehr donnern, so ist es doch so, als ob noch Krieg auf Erden wäre. Das Verständnis zwischen den Nationen ist leider noch nicht so weit gediehen, daß wir hoffen können, daß unsere neue, dritte Generation bereits mit Krampen und Schaufel diese neue Welt aufbauen könnte. In diesen Tagen wird vielleicht die Konferenz in Moskau ihren Abschluß finden. Wir alle blicken mit großer Erwartung nach Moskau. Es handelt sich hierbei vielleicht gar nicht so sehr um den einen oder anderen Punkt von Verträgen, sondern um viel Größeres: Es handelt sich darum, ob die Gerechtigkeit in der Welt siegt. Es ist selbstverständlich, es war immer so und wird leider auch künftighin vorläufig so bleiben, daß die Staatsraison den gesunden Menschenverstand oft verdrängt. Wir hoffen und glauben, daß dies in Moskau nicht der Fall sein wird. Wir glauben dies schon deshalb, weil wir wissen, daß in Moskau Männer beisammensitzen, die nicht irgendwo in verkalkten Diplomatenburgen herangezüchtet wurden, sondern direkt aus dem Volke heraus mit uns das gleiche empfinden und wollen, nämlich Ruhe, Frieden und Ordnung in der Welt. Dazu gehört, daß man jedem Volk die Möglichkeit gibt, so leben zu können, wie es sich dieses Leben einrichten will.

Dazu gehört aber schließlich noch, daß man jedem Menschen die Möglichkeit gibt, mit allen Freunden in der Nachbarschaft und darüber hinaus sich zusammenzusetzen, um gemeinsam zu versuchen, Wege zu finden, für jeden Menschen auf dieser Erde so viel Glück und Zufriedenheit zu schaffen, wie es nur irgendwie möglich ist. Es scheint uns neuen Menschen im neuen Österreich darum an manchen Tagen, wenn wir die Zeitungen lesen, etwas eigenartig, wenn um Paragraphen gestritten wird, wenn um zwei- oder dreitausend Mann Militär gerauft wird, wenn man sich darüber ecriert, daß die eine oder andere Fabrik übergeben oder nicht übergeben werden soll. Sind all diese Dinge wirklich so wichtig? Ist nicht darüber

hinaus die Freundschaft zwischen Völkern viel wesentlicher und wichtiger? Haben wir all das Leid der letzten Jahre deswegen erlitten, um jetzt wieder Objekt von imperialistisch-kapitalistischen Interessen in der Welt zu sein? Es wäre begreiflich, daß der eine oder der andere unserer Freunde verzagt werden könnte — und trotzdem kann ich auch hierzu wieder nur sagen:

Der Weg zum Ziel war und wird immer wieder steinig sein und wir können nur zu einem Ziel kommen, wenn wir stückweise ganz bescheiden, schlicht und einfach einen Stein nach dem anderen wegräumen. Dies gilt für die Weltpolitik und dies gilt auch für die österreichische Innenpolitik. Wir dürfen nicht müde werden. Als wir seinerzeit im KZ waren, da gab es Monate und Jahre, wo wir jedesmal, wenn wir von unseren Arbeitsplätzen zurückgetrieben wurden, schwere Steine auf den Achseln mittragen mußten. Sie lagen irgendwo verstreut am Wege. Wehe, wenn nicht jeder einen möglichst schweren Stein auf sich genommen hätte. Ich habe in den letzten Monaten oft an dieses Erlebnis gedacht. Ja, wir müssen Steine wegräumen, und wer sich den kleinsten wählt, der meint es nicht ehrlich. Wir müssen Steine wegräumen in der Weltpolitik. Wir wissen, daß man uns da und dort noch immer nicht recht versteht, weil eben noch zu viele solcher Steine am Wege liegen. Wir müssen aber auch Steine wegräumen in der Heimat. Wir wissen, daß da und dort noch Mißtrauen herrscht. Meine lieben Parteifreunde! Wir sind verpflichtet, die größten Steine auf uns zu nehmen, weil wir wissen, worum es geht und weil wir wissen, wohin der Weg führt, und dieser Weg muß frei werden von allen Steinen.

Unser Weg, der Weg der Österreichischen Volkspartei, geht in das neue Österreich, in jenes Österreich, das die dritte Generation mit der ersten Generation bauen will, wobei wir die zum Teil verlorengegangene zweite Generation, soweit sie ehrlich und treu mitarbeiten will, mit aufrufen werden, um das

Schicksal
ist klar,
werden.
vergang
zweihun
vielleicht
Zeit vor
in unse
ist, ist
Sehnsuc
vorstell
muß je
zu esse
wissen,
ziehung
Österrei
berecht
des sta
Heimat
davon i
nur ih
reichisc

Senator
führte

„Mein
betrete
denn ic
trächtlic
Ich hat
mein
Aber ic
war vo
Ich bin
Österrei
tur stuc
sche Li
worden
weil ic

den Völkern viel we-
wir all das Leid der
um jetzt wieder Ob-
tischen Interessen in
eifilich, daß der eine
nde verzagt werden
h auch hiezu wieder

wird immer wieder
zu einem Ziel kom-
bescheiden, schlicht
om anderen wegräu-
k und dies gilt auch
ik. Wir dürfen nicht
t im KZ waren, da
jedesmal, wenn wir
ckgetrieben wurden,
mittragen mußten.

Wege. Wehe, wenn
werden Stein auf sich
u letzten Monaten oft
wir müssen Steine
kleinsten wählt, der
n Steine wegräumen
daß man uns da und
teht, weil eben noch
liegen. Wir müssen
er Heimat. Wir wis-
uen herrscht. Meine
pflichtet, die größ-
eil wir wissen, wor-
en, wohin der Weg
i werden von allen

sterreichischen Volks-
ich, in jenes Öster-
mit der ersten Ge-
e zum Teil verloren-
weit sie ehrlich und
en werden, um das

Schicksal unserer Kinder glücklich zu gestalten. Es ist klar, daß auch wir die gute alte Zeit nicht bringen werden. Die gute alte Zeit ist nämlich immer eine vergangene Zeit, vor hundert Jahren war sie vor zweihundert Jahren, und in fünfzig Jahren wird sie vielleicht — was ich freilich nicht ganz glaube — die Zeit von heute sein; aber die gute alte Zeit, so wie sie in unserem österreichischen Gedankengut verwurzelt ist, ist die Zeit, die sich jeder Österreicher in seiner Sehnsucht als die Zeit der Ruhe und des Friedens vorstellt. Und dahin wollen wir kommen. Es soll und muß jeder Österreicher arbeiten können und damit zu essen haben, es soll und muß jeder Österreicher wissen, daß seine persönliche Freiheit in jeder Beziehung unangetastet bleibt, es soll und muß jeder Österreicher wissen, daß er, wann und wie er will, berechtigt ist, selbst mitzuwirken an der Gestaltung des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaues seiner Heimat, und es soll und muß jeder Österreicher tief davon überzeugt sein, daß dieses Österreich ihm und nur ihm allein gehört. Das ist das Ziel der Österreichischen Volkspartei.“

Senator Ott, Vertreter der MRP

führte in französischer Sprache aus:

„Meine Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Ich betrete mit einiger Aufregung dieses Rednerpult, denn ich habe nicht gewußt, daß ich vor einer so beträchtlichen Versammlung zu sprechen haben werde. Ich hatte gehofft, daß ein Würdigerer wie ich, wie mein Parteifreund Michelet, hier sprechen würde. Aber ich spreche auch mit großer Freude, denn ich war von jeher ein aufrichtiger Freund Österreichs. Ich bin bereits durch meine Studien ein Freund Österreichs geworden, denn als ich deutsche Literatur studierte, bin ich vor allem durch die österreichische Literatur in das deutsche Schrifttum eingeführt worden. Ich spreche hier mit besonderer Freude, weil ich Österreich durch seine Musik und seine Li-

teratur kennengelernt habe. Ich muß sagen, daß die österreichische Literatur und die österreichische Musik besonders wertvolle Gesandte für die österreichische Kultur waren. Ich habe Österreich auch um seiner Leiden willen geliebt, denn ich muß aufrichtig sagen, Österreich ist vom Schicksal sehr hart angefaßt worden und hat in den letzten zwei Weltkriegen sehr viel Unglück erlebt. Heute erlebt Österreich besonders schwere Stunden, und auf einer Ihnen bekannten Konferenz soll sich jetzt das österreichische Schicksal entscheiden. Ich muß aber sagen, daß ich tief beeindruckt war, als ich bei meiner Ankunft den österreichischen Mut feststellen konnte, mit dem Österreich dieses Leid auf sich genommen hat. Ich bin hier als der Vertreter einer Freundespartei und möchte Ihnen versichern, daß in den Reihen meiner Partei und in einer Reihe vieler anderer französischer Parteien wie überhaupt in der großen Mehrheit des französischen Volkes die Überzeugung verankert ist, daß ein lebensfähiges und unabhängiges, und zwar ein wirklich unabhängiges Österreich einen sehr wesentlichen Faktor für den Frieden darstellt. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner bewundernswerten Rede das Wort Solidarismus gebraucht. Ich möchte vom Solidarismus zwischen den Völkern sprechen und Ihnen sagen, daß der Friede erst dann gesichert sein wird, wenn der Solidarismus zwischen den Völkern, und zwar zwischen den großen und kleinen, starken und schwachen, einmal endgültig feststeht.

Ich möchte mit Rücksicht auf das noch sehr umfangreiche Programm Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen, aber doch noch sagen, daß wir von der Französischen Volkspartei Ihrem Kampf mit Sympathie und Interesse folgen. Auch wir führen einen manchmal sogar sehr harten und rauhen Kampf. Es ist vielleicht derselbe Kampf, den wir führen, nämlich ein Kampf für die Achtung der Würde der menschlichen Person. Im Namen der MRP überbringe ich Ihnen daher deren herzliche Grüße und wünsche

Ihnen eine recht erfolgreiche Arbeit auf Ihrem Parteitage und hoffe, daß die Volkspartei ständig zum Bestehen eines demokratischen und lebensfähigen Österreichs beitragen wird.“

Msgr. Dr. B. Plojhar, Abgeordneter der Tschechoslowakischen Volkspartei

begann seine Begrüßungsansprache in tschechischer Sprache und fuhr deutsch fort:

„Herr Bundeskanzler, lieber Freund aus Dachau, meine Damen und Herren! Die Tschechoslowakische Volkspartei hat mich offiziell zu Ihrer Tagung entsandt, um Ihnen herzlichste Grüße zu überbringen und vollen Erfolg zu wünschen. Auf den Trümmern einer nazistischen Diktatur sind die befreiten Völker berufen, den einzelnen Völkern, Staaten, Europa und der Welt ein neues Leben zu geben. Wir, die wir uns zu den großen Idealen der christlichen Weltanschauung, der sozialen Gerechtigkeit, der wahren Menschenwürde, Nächstenliebe und der wahren Humanität bekennen, sind vor allem berufen, in gemeinsamer Arbeit die Abgründe zu überbrücken, die uns trennen. Wir sind berufen, diesen großen Idealen gemeinsam zu dienen und alle gemeinsam einem großen Ziele zuzustreben: Wahre Freiheit! Wahre Demokratie! Wahrer und ewiger Friede allen Völkern, allen Staaten und allen Menschen! (Lebhafter, starker Beifall.)

Wir wollen nicht nur die kollektive Freiheit des Staates und des Volkes, sondern auch die individuelle Freiheit des einzelnen Bürgers und Menschen. Wir sind fest davon überzeugt, daß nicht der Sozialismus und Materialismus, sondern der wahre soziale Fortschritt, begründet auf Ewigkeitswerten, den Menschen unserer Zeit glücklich machen wird. Wenn auch die Arbeit in den einzelnen Staaten und Völkern manchmal schwierig und hart ist, so darf uns das nicht entmutigen. Wir gehen weiter. Wir werden zusammenarbeiten und wir werden die großen Ideale, die uns

alle als Menschen und Christen vereinigen, hochhalten und wir werden unseren Völkern und Staaten den wahren Frieden bringen, wenn es auch noch lange dauern wird und wenn auch noch viele Opfer gebracht werden müssen. Die Zeit aber wird kommen, un s e r e Zeit. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) Im Namen unserer Tschechoslowakischen Volkspartei wünschen wir Ihnen, unserer Schwesterpartei, vollen Erfolg. Wir sind fest davon überzeugt, daß ein wirklich freies, demokratisches, von der Volkspartei geführtes Österreich unser bester Nachbar sein wird.“ (Der Redner wird vom Bundeskanzler beglückwünscht.)

Der Bundesparteiohmann dankt dem Redner und erteilt dem Obmann der in England lebenden ÖVP-Mitglieder, Herrn

J. O. von Laemmel

das Wort. Der Redner überbrachte Grüße des Generalsekretariates der englischen Organisation „People and Freedom Group“ und sagte:

„Aus den Unterredungen, die ich mit der Generalsekretärin hatte, konnte ich entnehmen, daß diese Organisation in der Tat für ein großes gemeinsames Ziel, das uns allen eigen ist, mit uns arbeiten wird. Wir hoffen, daß wir auf dieser Linie ausgehend und weiterbauend den Gedanken einer internationalen, christlichen, demokratischen Vereinigung schaffen können, daß wir dieselben Bande in der ganzen Welt haben können. (Lebhafter Beifall.) Die christliche Idee ist genau so, ja noch mehr international, als die anderen Ideologien es sind, und wenn wir uns alle auf dem Boden christlicher Nächstenliebe finden, dann werden wir in der Tat das erreichen, was wir schließlich alle für Österreich wollen, ein glückliches, freies, friedliches Österreich, befreit von der ärgsten Not und Sorge. Wir wissen nur zu gut: erst muß der primitive Hunger gestillt sein, dann kann man an den Hunger seiner Seele denken. Wir wollen also, ich

wiederl
mitive
das Vo
Mit di
Verbin
daß wir
komme
Frieder

Der
Landes
Lois W
hat, da
Parteit
vor:

Präsi
leute
rall,
Fritz
Hans,
Fleis
Min. a.
Landes
Lako

Dem
gen.

Auf
Staats
funktio

Ant
Leonha
schuß

Fin
Skr. I
hof) un
Bundes

Man
Ldtgs-
ler (W)

n vereinigen, hochhal-
Völkern und Staaten
wenn es auch noch
auch noch viele Opfer
Zeit aber wird kom-
, langanhaltender Bei-
hoslowakischen Volks-
serer Schwesterpartei,
von überzeugt, daß ein
s, von der Volkspartei
er Nachbar sein wird.“
ndeskanzler beglück-

unkt dem Redner und
ngland lebenden ÖVP-

achte Grüße des Gene-
a Organisation „People
e:

e ich mit der General-
entnehmen, daß diese
n großes gemeinsames
mit uns arbeiten wird.
r Linie ausgehend und
einer internationalen,
Vereinigung schaffen
de in der ganzen Welt
ll.) Die christliche Idee
rnational, als die ande-
wenn wir uns alle auf
stenliebe finden, dann
sichen, was wir schließ-
ein glückliches, freies,
von der ärgsten Not
gut: erst muß der pri-
ann kann man an den
Wir wollen also, ich

wiederhole es, daß vorerst in Österreich dieser pri-
mitive Hunger gestillt wird. Wir sind überzeugt, daß
das Volk Österreichs seine Seele nicht verloren hat.
Mit diesen Gedankengängen einer internationalen
Verbindung auf christlicher Grundlage hoffen wir,
daß wir zu einer glücklichen und gedeihlichen Arbeit
kommen werden, zum Wohle Österreichs und zum
Frieden der Welt.“

Der 1. Stellvertreter des Bundesparteiobmannes,
Landesparteiobmann von Wien, Vizebürgermeister
Lois Weinberger, der den Vorsitz übernommen
hat, dankt dem Redner und schlägt die Wahl des
Parteitagspräsidiums in folgender Zusammensetzung
vor:

**Präsident Leopold Kunschak, die Landeshaupt-
leute Reither, Dr. Gleissner, Ilg, Dr. Ka-
rall, der geschäftsführende Parteiobmann von Wien
Fritz Polcar, der Bundesobmann der ÖJB NR
Hans, der Bundesobmann der Heimkehrerhilfe
Fleischmann, Frau Abg. Nora Hiltl vom ÖFB,
Min. a. D. Ing. Schumy, Präs. NR Dr. Gorbach,
Landesparteiobmann Gassner, die NR Matt und
Lakowitsch.**

Dem Vorschlag wird einstimmig Rechnung getra-
gen.

Auf Antrag des Hauptreferenten für Organisation,
Staatssekretär Graf, werden folgende Parteitags-
funktionäre gewählt:

Antragsprüfer: NR Friedl (WB Wien), LABg.
Leonhartsberger (BB, O.Ö.) und Lds-Sekr. Tauben-
schuß (AAB Bgld.);

Finanzprüfer: Vizepräsident Krammer, Min.-
Sekr. Dr. Wunderer (beide vom Obersten Rechnungs-
hof) und Gen.-Dir. Dr. Habich (Vers. Anst. d. österr.
Bundesländer);

Mandatsprüfer: LABg. Etlinger (BB, N.Ö.),
Ldtgs.-Präs. Hell (AAB, Salzburg.) und Lds.-Sekr. Stöff-
ler (WB, Stmk.);

Schriftprüfer: Lds.-Sekr. Kletzmayer (WB,
O.Ö.), Fr. Pio (ÖFB, Wien) und Lds.-Obm. Rauch
(BB, Vorarlbg.);

Stimmzähler: Hartl (ÖJB, Wien), NR Ing.
Kottulinsky (BB, Stmk.) und LABg. Wunder (AAB,
Kärnten);

Wahlprüfer: LABg. Möstl (BB, Stmk.), LABg.
Dr. Robetschek (WB, Wien) und BR Weinmayer
(AAB, N.Ö.).

Gleichfalls auf Antrag des Hauptreferenten für
Organisation werden folgende

Ausschüsse

zur Erledigung der eingebrachten 90 Anträge und
anderer Aufgabengebiete konstituiert:

Politische Angelegenheiten:

Mitglieder: LH Dr. Karall (Bgld.), LR Karisch
(Kärnten), NR Gassner (Salzbg.), LH Ilg (Vorarlbg.),
LH Dr. Weissgatterer, NR Steinegger (Tirol), LH Dr.
Gleissner, LR Blöchl, NR Mittendorfer (O.Ö.), LR
Kreiner, BR Ing. Lipp, BR Leskovar (Stmk.), LH
Reither, LR Steinböck, LHSTv Ing. Kargl, NR Müllner
(N.Ö.), STR Flödl, LABg Ing. Rieger, NR Friedl, STR
Dr. Exel (Wien), Fr. Dr. Schütz, Fr. Pio (ÖFB), Stang-
ler, Piaty (ÖJB), NR Frisch (AAB), NR Babitsch (BB),
LABg Kammermayer (WB), Strachwitz (Heimkehrer),
BM Dr. Hurdes, Dr. Kasamas (BPLtg).

Organisation, Personalpolitik, Finanzen:

Mitglieder: LPS Lentsch (Bgld.), LPS Vogl-Boeckh
(Kärnten), LPS Ing. Steininger (Salzbg.), NR Grub-
hofer (Vorarlbg.), LR Ing. Ortner, LPS Dr. Oberham-
mer (Tirol), LABg Kern, LSekr. Kletzmayer, LABg
Radlmayer (O.Ö.), LPS Ing. Kober, LOrgRef Wegart,
LABg Smolana (Stmk.), Min. a. D. Buchinger, BR
Eichinger, NR Dengler, LSekr. Aichhorn (N.Ö.), NR
Prinke, LPObmStv Polcar, LABg Dr. Robetschek, Dir.
Löscher (Wien), LLeiterin Solar, Fr. GenSekr Halb-

gebauer (ÖFB), NR Hans, Hartl (ÖJB), BR Grossauer (AAB), LR Kern (BB), Dr. Hofbauer (WB), Fleischmann (Heimkehrer), Staatssekr. Graf, Bürgermeister Scheidl (BPLtg), LOrgRef Zink, LSekr Stöffler.

Presse und Propaganda:

Mitglieder: NR Frisch (Bgl.), LLeiter Morokutti (Kärnten), BR Rehrl (Salzbg.), LPS Naumann (Vorarlbg.), LHStv Dr. Gamper, Dr. Brugger (Tirol), Chefred. Putz, Chefred. Salzer, LPS Resinger (O.Ö.), III. NRPräs Dr. Gorbach, NR Maurer, LSekr Stöffler (Stmk.), NR Schweinhammer, Dir. Mlcoch, Schebasta, LPresseref Dr. Oberbauer (N.Ö.), Sekr. Czermak, Chefred. Machunze, LABg Mühlhauser, Präs. Aichinger (Wien), LLeiterin Fräß-Ehrfeld, Fr. Hayrovsky (ÖFB), Oellerer, Prof. Scheibenreiter (ÖJB), NR Geißlinger (AAB), Red. Dr. Winkler (BB), Melchart (WB), Boba (Heimkehrer), Sekt.Chef a. D. Weber, Chefred. Stamprech (BPLtg).

Kulturpolitik:

Mitglieder: Prof. Korber (Bgl.), Ref. Goritschnigg (Kärnten), Präs. Wimmer (Salzbg.), BR Leissing (Vorarlbg.), Doz. Ing. Moschner, Insp. Kecht (Tirol), Pfarrer Baldinger, LR Mayr, Dr. Rehm (O.Ö.), BezPObm Löser, LABg Fr. Wolf, LHStv Udier (Stmk.), NR Mayerhofer, Präs. Naderer, NR Ott, HBezPObm Altmutter (N.Ö.), LABg Dr. Trautzi, LABg Fr. Prof. Hiltl, Min. a. D. Dr. Fleischacker, LABg Seifert, (Wien), LLeiterin Gleissner, Fr. Reiter (ÖFB), Kohl, Gölles (ÖJB), BR Dr. Lugmayer (AAB), NR Griessner (BB), LABg Dr. Goldbach (WB), Schöpp (Heimkehrer), Min. a. D. Dr. Pernter, Dr. Weikert (BPLtg).

Sozialpolitik:

Mitglieder: LABg Habeler (Bgl.), NR Matt (Kärnten), NR Rainer (Salzbg.), NR Grubhofer (Vorarlbg.), LABg Marincovich, Vizebürgerm. Kötter (Tirol), BezPSekr Kriz, LABg Dr. Breitwieser, Dir. Simbrunner

(O.Ö.), LSekr Sauer, STPObm Gotthart, BezPObm Busch (Stmk.), NR Hinterndorfer, NR Scheibenreif, BezObm Nemetz, BezObm Schützenhofer (N.Ö.), Vizepräs. Untermüller, LABg Küblböck, NR Aichhorn, NR Dr. Margaretha (Wien), Fr. NR Mikola, Fr. Dadak (ÖFB), Kellerer, Anny Binder (ÖJB), BM Altenburger (AAB), NR Scheibenreif (BB), Bischko (WB), Beigl (Heimkehrer), GenSekr. Dr. Bock, Min. a. D. Weinberger (BPLtg), GenSekr. Rausch, BezObmStv Erban (ÖMB), Dr. Uher, Mg. Dr. Mayer.

Wirtschaftspolitik:

Mitglieder: LR Wagner (Bgl.), LR Sagaischek (Kärnten), Vizepräs. Ausweger (Salzbg.), Präs. Amann (Vorarlbg.), LR Obermoser, KADir Dr. Oberhofer (Tirol), BezObm Schöpp, LR Dr. Schütz, Dir. Bayer (O.Ö.), LR Dr. Ilig, BezPObm Minich, BR Ing. Lipp (Stmk.), Min. a. D. Kollmann, NR Tatzreiter, Vizepräs. Endl, KaAmtdir Dr. Müller (N.Ö.), LABg Ing. Dworschak, Dr. Kummer, LABg Resnicek, NR Aichhorn (Wien), LLeiterin Krulik, LLeiterin Piatty (ÖFB), Kittel, Insp. Rucker (ÖJB), LABg Lifka (AAB), NR Rupp (BB), LABg Dr. Prutscher (WB), Sekr. Kolb (Heimkehrer), GenSekr. Dr. Widmann, GenSekr. Eckert (BPLtg), LABg Kuchner.

Agrarpolitik:

Mitglieder: LR Bauer (Bgl.), LHStv Ferlitsch (Kärnten), NR Griessner (Salzbg.), LABg Rauch (Vorarlbg.), LR Muigg, KADir Dr. Lechner (Tirol), Min. a. D. Mandorfer, Dr. Haunschmied, LABg Huber (O.Ö.), NR Ing. Babitsch, LH Pirchegger, LR Hollersbacher (Stmk.), NR Rupp, LABg Mitterhauser, LABg Tesa, Sekr. Jöstl (N.Ö.), NR Walla, LABg Dr. Ing. Hengl, LABg Haim, NR Lakowitsch (Wien), Fr. Radlmayer, Fr. Pichler (ÖFB), Höld, Tiefenbacher (ÖJB), BR Jochberger (AAB), Staatssekr. a. D. Dr. Kraft (BB), Höchtl (WB), Schneider (Heimkehrer), Min. a. D. Ing. Schumy, Dir. Ing. Hartmann (BPLtg).

Außenpolitik

Mitglieder:
Schumy (O.
NR Fink
Stemmerg
Sich.Dir. S
PObm Dr.
Dr. Scheff.
Dr. Feitse
LABg Maz
ser-Järten
Dr. Freyt
(WB), Sei
Dr. Konric

otthart, BezPObm
NR Scheibenreif,
hofer (N.Ö.), Vize-
eck, NR Aichhorn,
Mikola, Fr. Dadak
) , BM Altenburger
schko (WB), Beigl
Min. a. D. Wein-
BezObmStv Erban

), LR Sagaischek
lzbg.), Präs. Amann
Dr. Oberhofer (Ti-
schütz, Dir. Bayer
nich, BR Ing. Lipp
& Tatzreiter, Vize-
(N.Ö.), LABg Ing.
esnicek, NR Aich-
iterin Piatty (ÖFB),
Lifka (AAB), NR
(WB), Sekr. Kolb
idmann, GenSokr.

LHStv Ferlitsch
LABg Rauch (Vor-
chner (Tirol), Min.
ied, LABg Huber
egger, LR Hollers-
mitterhauser, LABg
ia, LABg Dr. Ing.
(Wien), Frl. Radl-
iefenbacher (ÖJB),
c. a. D. Dr. Kraft
akehrer), Min. a. D.
(BPLtg).

Außenpolitik:

Mitglieder: Dr. Michalek (Bgld.), Min. a. D. Ing.
Schumy (Kärnten), LH Ing. Hochleitner (Salzbg.),
NR Fink (Vorarlbg.), NR Dr. Gschnitzer, NR Dr.
Stemmerger (Tirol), LABg Pritsch, NR Dr. Maleta,
Sich.Dir. Sebinger (O.Ö.), NRPräs. Dr. Gorbach, HBez-
PObm Dr. Stenitzer, LABg Laufenstein (Stmk.), NR
Dr. Scheff, NR Czerny, NR Seidl, LABg Kaindl (N.Ö.),
Dr. Feitscher, Insp. Schmied, NR Kristofics-Binder,
LABg Mazur (Wien), Fr. NR Dr. Paunovic, Fr. Gläs-
ser-Järten (ÖFB), Medak, Reinsberger (ÖJB), LABg
Dr. Freytag (AAB), Präs. Thoma (BB), Präs. Kink
(WB), Seiler (Heimkehrer), Min. a. D. Dr. Pernter,
Dr. Konried (BPLtg).

Kommunalpolitik:

Mitglieder: LABg Vogl (Bgld.), StR Dieringer (Kärn-
ten), Bürgerm. Eisel (Salzbg.), Ing. Seeber (Vorarlbg.),
LR Dr. Lugger, Dr. Melzer (Tirol), Min. a. D. Förder-
mayer, NR Hummer, BezObm Mitterbauer (O.Ö.),
LOrgRef Wegart, LR Kreiner, Fr. Heyrovsky (Stmk.),
LABg Sassmann, LABg Dr. Riehl, LABg Schöberl,
LABg Zach (N.Ö.), LABg Ruthner, LABg Dkfm Nath-
schläger, StR Rohrhofer, LABg Schandara (Wien),
LABg Hiltl, LLeiterin Oberhammer (ÖFB), Kaspar,
Hermine Lauer (ÖJB), LABg Schwaiger (AAB), LR
Dr. Lugger (BB), NR Dr. Kolb (WB), Perras (Heim-
kehrer), BezPObm Dr. Haiböck, BezVorst Altmutter
(BPLtg), StR Dr. Exel.

2. Tag: Grundsätzliche Referate (19. April, 9 Uhr)

Vorsitzender Präsident Leopold Kunschak eröffnet die Vollversammlung und begrüßt zwei Delegierte aus Belgien, Frau Senatorin Dellafaille und Herrn Lohest (Christlichsoziale Partei Belgiens) und stellt das am Vorabend gewählte Präsidium des Bundesparteitages vor. Das Eintreffen eines Glückwunschtelegramms der Stadt Enns in Oberösterreich anlässlich des 70. Geburtstages des Min. a. D. Fördermayer nimmt der Vorsitzende zum Anlaß, dem Jubilar, der sich unter den Delegierten befindet, herzliche Glückwünsche zu entbieten und ihm bekanntzugeben, daß er zum Ehrenbürger der Stadt Enns ernannt wurde.

Darauf erteilt der Vorsitzende dem ersten Referenten des Tages

Bundesparteiobmann

Dr. h. c. Ing. Leopold Figl

das Wort, der mit stürmischem Beifall begrüßt wird. Der Bundesparteiobmann führt aus:

„Hoher Parteitag! Hohe Gäste! Meine lieben Parteifreunde! Bericht des Parteiobmannes am ersten Bundesparteitag. In meiner Eröffnungsrede habe ich drei Wegrichtungen gezeigt, den Sinn des Lebens, den Weg und das Ziel, und wenn wir heute einen Bericht unserer Partei geben, so müssen wir auch an diesen drei Grundsätzen festhalten: an dem Sinn der Partei und dem Weg, den diese Partei geht, und dem Ziel, das diese Partei erreichen will.

Der Sinn der Partei ist zutiefst begründet bei jedem einzelnen, Mithelfer, Mitarbeiter, Mitgestalter, Mitformer zu sein an der gesellschaftlichen Neuordnung, an der sozialen Neuordnung, an der Wirtschaftsgesundung und an der kulturellen Entwicklung nach den Grundsätzen des echten und wirklichen

Christentums. Wenn wir diesen tiefen Sinn unserer Partei verwirklichen wollen, so brauchen wir uns nur zu erinnern, wann ist denn diese Partei entstanden und wann haben wir dieser Partei diesen tiefen Sinn gegeben. In der Zeit, als unser Bemühen, unser Kampf für die Erhaltung Österreichs zu Ende war, in den Märztagen des Jahres 1938, an diesem Tag, als wir in die Kerker gewandert sind, war es uns klar, daß wir damit beginnen müssen, der Zeit einen neuen Sinn zu geben, und dieser Sinn und dieses Hoffen war, daß wir aus all dem Elend, aus all der Not herauskommen. Wir hatten den tiefen Glauben: Österreich kommt wieder und Österreich müssen wir selbst wieder miterkämpfen, miterarbeiten durch unser Bekenntnis, durch unseren unbeirrbaren Glauben und durch unser Zusammenhalten und Zusammenstehen. Und daher war es klar, daß an dem Tag, an dem in Wien noch die Kanonen donnerten, all die Menschen, die den Sinn unserer Partei durch die acht Notjahre im eigenen Herzen verspürten, diesen Sinn auch gefunden haben. In den ersten Tagen, am 11. und 12. April, war es in Wien schon bekannt: es gibt in Österreich eine neue Partei und diese neue Partei heißt Österreichische Volkspartei.

Wer erinnert sich nicht an diese ersten Tage, als wir im Schottenhofe beisammen waren, um die Grundgedanken festzulegen! Unser Senior, Freund Kunschak, und alle, bis zu den ganz Jungen, alle zusammen haben dieser Partei zuerst das Gepräge gegeben, sie geformt, sie alle haben nicht nur durch ihre Gedanken, sondern auch durch die Tat mitgearbeitet, denn bei der Bildung der ersten Provisorischen Staatsregierung, die am 27. April die Angelobung leistete, war die Österreichische Volkspartei bereits maßgeblich beteiligt. Die Volkspartei hat aber damit als neue, junge Partei auch der Welt und dem

eigenen Volke bewiesen, daß sie nicht nur reden und arbeiten, sondern auch mitverantworten will, und wir haben dieses Verantworte(n), glaube ich, wie kaum eine andere Partei in Österreich in die Tat umgesetzt. Denn erinnern wir uns, verehrte Freunde, wer war es denn, der gedrängt hat, als es möglich war, die vier Zonen zu durchbrechen, um zu einem einheitlichen Österreich zu kommen? Wer war es, der die erste Länderkonferenz verlangte? Es war die Volkspartei, weil sie eben eine Partei des österreichischen Volkes ist. Sie mußte dafür sorgen und auch die Verantwortung tragen, daß das ganze Österreich wieder zu einem einheitlichen Staat zusammenkommt. Wer war es, der auf der zweiten Länderkonferenz verlangt hat, daß dieses Volk von Österreich selber entscheiden soll und muß, wer und wie in diesem Staat regieren soll? Es war einzig und allein die Volkspartei, die den Ruf nach Wahlen in Österreich erhoben hat! (Starker Beifall.)

Es hat harte Kämpfe gekostet und es mußten viele Steine aus dem Weg geräumt werden, um in diesem Österreich zu Wahlen zu kommen. Aber, verehrte Freunde, wer hat denn ein Recht, über ein Volk zu regieren, Verordnungen und Gesetze zu erlassen, wenn nicht dieses Volk selber? Wer war denn die Provisorische Staatsregierung? Es waren die verehrten Freunde, die von den Parteivorständen ernannten Regierungsmitglieder. Auch die Landespartei vorstände waren in dieser Zeit nur Provisorien. Es war daher klar, daß, wer Verantwortung trägt, die Legitimation der Verantwortung vom Volke empfangen muß. Dies aber ist in einem demokratischen Staate nur durch Wahlen möglich. Und wenn Sie sich erinnern, als es hieß, am 25. November, am Kathrinitag, wird in Österreich gewählt, da haben wir Österreicher den Weg aufgezeigt, den die Volkspartei gehen will. Und das Ziel, das wir erreichen wollten, war: arbeiten, arbeiten und noch einmal zu arbeiten, und für diese Arbeit aber auch die Verantwortung zu tragen. Das Ziel, das wir damit erreichen wollten,

ist: ein wirklich freies, ein wirklich gerechtes und ein wirklich gesundes Österreich wiedererstehen zu lassen. Das Volk hat diesen Weg und dieses Ziel für richtig befunden. Es hat mit einer Mehrheit, wie sie kaum früher einmal vorhanden war, einer einzigen Partei ihr Vertrauen geschenkt. Wir haben heute 85 Abgeordnete im Parlament, gegenüber 80 Abgeordneten der beiden anderen Parteien. Damit haben wir aber auch die Verantwortung für die weitere Gestaltung unseres Vaterlandes übernehmen müssen.

Verehrte Freunde! Der Weg, den wir seit November gegangen sind, war hart und schwer. Er wird aber auch noch in der nächsten Zeit hart und schwer sein, bis das Ziel erreicht sein wird. Ich will jetzt nicht die einzelnen Tagessorgen im besonderen aufzeigen, sondern nur in einigen großen Strichen die Hauptgedanken darlegen. Österreich hat heute nicht nur ein freigewähltes Parlament und eine vom Volke gewählte und anerkannte Regierung, es hat auch nach außen hin Anerkennung gefunden. Die österreichische Idee ist nicht nur bekannt, sie findet ihren Ausdruck auch in der Anerkennung dadurch, daß wir heute beinahe in allen Staaten Europas — mit nur ganz wenigen Ausnahmen — und auch außerhalb Europas unsere offiziellen diplomatischen Vertretungen haben, daß wir Österreicher heute bereits wieder Handelspolitik betreiben können, daß wir schon wieder, zwar nur als befreites Land, immerhin aber doch schon Staatsverträge unterzeichnen können, ja, daß wir, obwohl wir nur ein befreiter, aber noch kein ganz freier Staat sind, doch schon von vielen Staaten Europas und auch von solchen außerhalb Europas als souveräner Staat anerkannt werden.

Verehrte Freunde! Es ist schon ein ganz schönes Stück des Erfolges, den wir in den letzten eineinhalb Jahren erreichen konnten. Wenn ein Staat neu gebaut werden muß, so ist eine der Grundbedingungen die staatliche Souveränität, die staatliche Autorität und eine gute Staatswirtschaft. Zur Wirtschaft gehört natürlich eine gesunde Währung und mit einer ge-

sunden Währungspolitik möglich in diesem Staat sein. Ich vermute, daß die Sozialpolitik besonderen Referaten in diesen Gebieten ein kommen, um zu zeigen, was wir können, so daß wir ein Staat sind.

Bei der Entscheidung über unsere Souveränität erhoffen wir unser Volk hineintragen heute noch die Politik heißt Zeitpunkte zu erreichen dann bemüht Lösung zufriedener und Mutes, als Verhandlung verehrte Freunde wir auch ein Faktor, daß wir einen Staatspartei. Denn nur mit einer Feindschaft wir irgendwas waren eine Terror eingewandert Waren wir waltung? Ha der Staat an

rechtes und ein
rsten zu las-
dieses Ziel für
rheit, wie sie
einer einzigen
haben heute 85
80 Abgeordne-
mit haben wir
weitere Gestal-
n müssen.

Wir seit Novem-
ber. Er wird
hart und schwer
Ich will jetzt
besonderen auf-
den Strichen die
hat heute nicht
eine vom Volke
s hat auch nach
Die österreichi-
endet ihren Aus-
durch, daß wir
das — mit nur
auch außerhalb
den Vertretun-
bereits wieder
wir schon wie-
erhin aber doch
önnen, ja, daß
aber noch kein
vielen Staaten
erhalb Europas
en.

a ganz schönes
zten eineinhalb
Staat neu ge-
ndbedingungen
liche Autorität
irtschaft gehört
mit einer ge-

sunden Wirtschaft ist eine gesunde moderne Sozial-
politik möglich, damit wirklich soziale Gerechtigkeit
in diesem Staate und in diesem Volke wieder herr-
schen. Ich will nicht über Wirtschaftspolitik und über
Sozialpolitik reden, denn über diese Fragen werden im
besonderen unsere Freunde des Präsidiums in ihren
Referaten sprechen. Wir sind aber auch auf diesen
Gebieten ein ganz schönes Stück nach vorwärts ge-
kommen, und wenn wir noch nicht alles erreicht ha-
ben, was wir in dieser Zeit vielleicht hätten erreichen
können, so sind die Schwierigkeiten darin begrün-
det, daß wir eben nur ein befreiter und kein freier
Staat sind.

Bei der ersten Friedenskonferenz in Paris konnten
wir unsere Stimme für unsere Freiheit und Souve-
ränität erheben, unsere Ansprüche, unser Ziel und
unser Wollen in die erste große Friedenskonferenz
hineinbringen. Ich weiß, daß manche damals und auch
heute noch nicht ganz zufrieden gewesen sind. Aber
Politik heißt eben, das, was möglich ist, im gegebenen
Zeitpunkte zu erreichen. Und in Paris war nicht mehr
zu erreichen, als eben erreicht wurde. Wir haben uns
dann bemüht, die Frage Österreichs endlich einer
Lösung zuführen zu können. War es zunächst etwas
düster und trübe, im Dezember wurden wir froheren
Mutes, als wir hörten, im Jänner begannen die Vor-
verhandlungen über den Staatsvertrag. Wenn ich,
verehrte Freunde, sage „Staatsvertrag“, dann dürfen
wir auch eines feststellen: Wer war denn der Initia-
tor, daß wir Österreicher keinen Friedens-, sondern
einen Staatsvertrag bekommen? Es war die Volks-
partei. Denn, verehrte Freunde: Frieden kann man
nur mit einem Staate schließen, mit dem man in
Feindschaft und im Kampfe gestanden ist. Waren
wir irgendwie im Kriege als Staat beteiligt? Wir
waren eine vergewaltigte und in den preußischen
Terror eingeschaltete Provinz und nichts anderes!
Waren wir ein Staat? Hatten wir eine eigene Ver-
waltung? Hatten wir eine eigene Wirtschaft? Wenn
der Staat ausradiert ist, dann kann der Staat nur

durch einen Staatsvertrag und niemals durch einen
Friedensvertrag wiederhergestellt werden. Es ist
dank unserer Arbeit gelungen, daß uns die großen
alliierten Mächte einen Staatsvertrag und keinen
Friedensvertrag geben, denn damit ist die Verant-
wortlichkeit im wesentlichen schon gefallen.

So konnten wir auch in London vor den stellver-
tretenden Außenministern in diesen Gedankengän-
gen unseren Standpunkt darlegen. Ich brauche nicht
über die Erfolge und Nichterfolge von London zu spre-
chen. Sie sind uns allen zu bekannt. Wir blicken ge-
rade jetzt nach Moskau, wo das Schicksal unseres
Heimatlandes entschieden werden soll. Ich kann
heute auch nichts sagen über die Verhandlungen in
Moskau. Die Wogen gehen noch auf und ab. Wir höf-
fen aber, daß es sich in diesen Tagen entscheidet. Ich
glaube sogar, daß noch dieser Parteitag ein Urteil
bekommen wird und daß wir sehen können: Wird
Moskau uns das erstrebte und ersehnte Ziel bringen,
oder wird es um einige Monate später sein. Wir, ver-
ehrte Freunde, haben in dieser Hinsicht besondere
Verantwortung, denn die zwei Vertreter der öster-
reichischen Regierung, die heute in Moskau sind,
sind Vertreter der Volkspartei. Außenminister Gru-
ber und Wirtschaftsminister Krauland, beide reprä-
sentieren Österreich. Es ist aber in diesem Fall so —
sagen wir es ganz offen und deswegen war ja Freund
Krauland hier —, daß wir einem Staatsvertrag nur
dann zustimmen können, wenn drei Grundsätze ge-
klärt sind: Der erste Grundsatz heißt: Österreich
muß in den Grenzen vom 31. Dezember
1937 wiederhergestellt werden! (Stür-
mischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)
Der zweite Grundsatz heißt: Wir können diesen
Staatsvertrag nur unterzeichnen und ihm unsere Zu-
stimmung geben, wenn wirklich die uneinge-
schränkte Souveränität dieses Staa-
tes garantiert wird! (Neuerlicher stürmischer
Beifall.) Eine Souveränität, die uns mit irgend einer
Einschränkung gegeben werden sollte, wird von uns

abgelehnt! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Denn es gibt keine Souveränität mit Einschränkungen, entweder ist man frei oder man ist nicht frei. Und wir wollen ganz frei sein! (Neuerlicher stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Und der dritte Grundsatz ist, daß man uns auch die Existenzmöglichkeit gibt. Das heißt, daß die Wirtschaft in diesem Staat wirklich von Österreich geführt wird, für Österreich arbeitet und für sonst niemand! (Erneuter starker Beifall.)

Diese drei Grundgedanken, verehrte Freunde, müssen der tiefste Inhalt des neuen Staatsvertrages sein. Und darum werden wir nicht nervös, wenn es nicht morgen ist. Wir sind überzeugt, daß, wenn wir durchhalten — und in der Politik geht es um nichts anderes als um Durchhalten und um Festbleiben —, die Endphase sich doch zum Sieg und Vorteil dieses Staates und seines Volkes auswirken wird. Diese Verantwortung ist hart und schwer. Aber es ist so, wie ich gestern sagte: wir Volksparteiler müssen eben den schwersten Stein auf unsere Achsel nehmen und den Weg gehen zum erstrebten und ersehnten Ziel.

Damit habe ich ganz kurz nur auch den Weg und das Ziel unseres bisherigen Arbeitens gezeichnet. Werte Freunde! Ich könnte jetzt natürlich noch auf die Details, die täglichen Sorgen, Arbeiten, Nöte und Schwierigkeiten eingehen, aber Sie haben schon so vieles von mir gehört und es stehen heute noch so viele Punkte auf der Tagesordnung, daß ich Ihnen nicht mehr viel Zeit wegnehmen will. Die Volkspartei muß aber eines wissen: Österreich kann und wird nur dann wirklich frei und wirklich gesund bleiben können, wenn das Volk in diesem Staat in einer großen Partei zusammenhält und damit die Front genau zeichnet: Hier Österreichertum, hier wirkliche Freiheit, hier grundsätzlich christliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, da die Linksfront des Marxismus, des Sozialismus und des Kommunismus!

Verehrte Freunde! Wir haben erlebt, was Diktatur heißt: Wir haben erlebt, was es heißt, unfrei sein, und jetzt, da wir in diesen harten Notjahren dieses Ersehnte und Erstrebte erreicht haben, jetzt sollten wir vielleicht, nur weil es hart ist, schwach werden oder vielleicht eifersüchtig einer auf den anderen werden? Wir tragen eine harte und schwere Verantwortung nicht nur für heute, sondern auch für morgen und übermorgen, für die ganze Geschichte. Dieses Volk hat in der ersten Wahl entschieden, hat an diese Sammlung aller aufbauwilligen ehrlichen Österreicher geglaubt, hat seine ganze Hoffnung in diese Gemeinschaft der Volkspartei hineingelegt, und jetzt, wo wir vor dem erstrebten Ziel sind, jetzt gilt erst recht für uns die Verpflichtung, die wir damals mit der Verantwortung übernommen haben, nicht nur für heute, sondern für die Zukunft, daß dieses Österreich christlich und frei bleibt. (Beifall.) Die anderen Parteien, sie bemühen sich krampfhaft, rücksichtslos und brutal, ihre Idee in die Tat umzusetzen, um alles, was nur irgendwie möglich ist, gegen unser Wollen, gegen unsere Arbeit aufzuzeigen und Gegenteiliges, wenn es auch die ärgste Verleumdung ist, ins Volk zu streuen, um es irre zu machen an unserem ehrlichen Wollen. Verehrte Freunde, daher die Verpflichtung für jeden einzelnen Funktionär, für jeden Anhänger dieser Partei: ein wirklich ehrlicher Arbeiter im Dienste des Volkes zu sein. Wir, die wir die Partei, vom Ortsgruppenobmann bis herauf, repräsentieren, müssen Beispiel sein für das Volk in unserer Arbeit und in unserem persönlichen Leben. Die Partei muß sauber sein (Bravorufe und tosender Beifall) und nur dann, wenn das Volk sieht, daß hier wirklich Ehrlichkeit und Sauberkeit herrschen, dann können wir vor dem eigenen Volk, vor unserer Zukunft und vor uns selbst, vor unserem eigenen Gewissen bestehen und unsere Funktionen ausüben. Der, der mit seinem Gewissen selbst nicht im reinen ist, kann kein Repräsentant in diesem Volke sein. (Rufe: Sehr richtig! — Stürmischer Beifall.)

Verehrte
gen, unse
schaft scha
waren bis
scheiden, ;
sind diese
Wir hoffe
an jene S
nach Been
gefangene
endlich de
diese Staa
ner, den l
der zurück
nenrückke
ler, die Ö
bemüht. N
daß wir d
wir in jed
eben nur
sehen. We
Sehnsucht,
dieser He
nicht an B
tei ehrlich
sieht, daß
tung hat. J
ob der He
ben und d
kann und
ehrlichen,
christlich
in der Ve
und nicht
destruktive
täuschung
soll unser
die über
eingepfer
wußte, wa

t, was Diktatur
st, unfrei sein,
ot Jahren dieses
n, jetzt sollten
chwach werden
den anderen
schwere Verant-
auch für mor-
eschichte. Die-
chieden, hat an
hrlichen Öster-
ffnung in diese
gelegt, und jetzt,
jetzt gilt erst
wir damals mit
ben, nicht nur
uß dieses Öster-
l.) Die anderen
st, rücksichtslos
setzen, um alles,
s unser Wollen,
l. Gegenteiliges,
g ist, ins Volk
n unserem ehr-
laher die Ver-
onär, für jeden
h ehrlicher Ar-
n. Wir, die wir
bis herauf, re-
für das Volk in
önlichen Leben.
te und tosender
c sieht, daß hier
herrschen, dann
vor unserer Zu-
em eigenen Ge-
tionen ausüben.
nicht im reinen
em Volke sein.
Beifall.)

Verehrte Freunde! Dem Kampf und den Bemühungen, unsere Landsleute, die noch in der Gefangenschaft schmachten, in die Heimat zurückzubekommen, waren bis heute kein hundertprozentiger Erfolg beschieden, aber — Gott sei Dank — in vielen Staaten sind diese unsere Bestrebungen erfolgreich beendet. Wir hoffen und appellieren namens unserer Partei an jene Staaten, in denen noch heute, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, Österreicher als Kriegsgefangene zurückgehalten werden, man möge sie endlich der Heimat zurückgeben! Wir appellieren an diese Staaten, daß man endlich den Frauen die Männer, den Kindern die Väter und den Eltern die Kinder zurückgibt. (Lebhafter Beifall.) Um die Gefangenentrückkehr, verehrte Freunde, haben sich der Kanzler, die ÖVP-Minister und der Staatssekretär ehrlich bemüht. Nur eines haben wir nicht getan, nämlich, daß wir damit Parteipolitik betrieben haben, weil wir in jedem Landsmann, der in der Fremde ist, eben nur den Österreicher und nicht den Parteimann sehen. Wenn ein Heimkehrer zurückkehrt in der Sehnsucht, in der Heimat mitzuarbeiten, wo soll denn dieser Heimkehrer Vertrauen gewinnen, wenn er nicht an Beispielen und an der Tat sieht, welche Partei ehrlich für dieses Volk arbeitet, wenn er nicht sieht, daß jeder einzelne Funktionär die Verantwortung hat. Davon hängt es auch ab, verehrte Freunde, ob der Heimkehrer durch unser Beispiel den Glauben und das Vertrauen zu unserer Partei gewinnen kann und damit sich in die aufbauwilligen, in die ehrlichen, freiheitsliebenden, sozial gerecht und christlich denkenden Österreicher einreihet oder ob er in der Verzweiflung, weil er hier nicht die Reinheit und nicht die ehrliche Arbeit findet, dann zu den destruktiven Elementen übergeht und in seiner Enttäuschung anstatt aufbauend zerstörend wirkt. Wie soll unsere Jugend, die acht Jahre geknechtet war, die über die vier Seiten des Quadrates, in dem sie eingepfercht war, nicht hinausgesehen hatte, die nicht wußte, was Österreich ist und was die Welt ist, wie

soll diese Jugend nun wirklich zu Österreichern erzogen werden, wie soll sich diese Jugend in die Front der staatsbehaltenden und für die Freiheit des Staates und für das Wohl des Volkes arbeitenden Partei einordnen, wenn sie nicht sieht, in dieser Partei werde ich nicht nur wirklich gehört, in dieser Bewegung darf ich nicht nur arbeiten, da darf ich auch mitverantworten; ich kann mich daher in diese Partei einreihen, in ihr ist wirkliche Ehrlichkeit, Sauberkeit und Reinheit vorhanden.

Große Verantwortung lastet auf unserer Partei. Darum möge sich jeder dieser Verantwortung bewußt sein, denn eines ist klar: Wenn heute Österreich nach links rutschen würde, die Schuld daran trügen wir, jeder einzelne von uns (lebhafteste Zustimmung). Und da frage ich Euch, Parteifreunde, wer will sich mitschuldig machen an dem Untergang dieses befreiten — und wir hoffen — bald freien Vaterlandes, oder wer will in dieser entscheidenden Stunde mitverantworten, daß wir nicht frei werden? Das ist unser Ziel und unser Weg, den wir gehen müssen, wenn wir den Sinn unserer Parteiidee richtig verstanden haben.

Unsere Partei ist jung. Es gibt natürlich noch manches, das geordnet und in feste Formen gebunden werden muß. Dazu haben wir morgen den ganzen Tag Möglichkeit genug. Morgen werden in allen Fragen, in Fragen der Politik, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Sozialpolitik, der Kommunalpolitik, der Kulturpolitik und der Außenpolitik, in allen Fragen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens die Ausschüsse Beratungen abhalten. Jedes Land und jeder Berufsstand ist in den Ausschüssen vertreten. Wenn Ihr, verehrte Freunde, morgen in den Ausschüssen arbeitet, dann sagt auch offen Eure Kritik an der bisherigen Führung. Diese Kritik aber muß positiv sein. Macht, wenn etwas nicht richtig ist, bessere Vorschläge, zeigt einen besseren Weg! Wenn wir dann in den Ausschüssen alles durchgearbeitet haben, werden wir am Montag das Ergebnis dieser Ausschlußberatungen in der Plenarsitzung verwerten, die

Erfahrungen der Beratungen sammeln und dann in dem Wissen den Weg aufzeigen, den die Parteiführung, die wir am Montag zum ersten Male auch auf demokratische Art wählen wollen, gehen soll. Darum genug für heute! Nur noch das eine Wort: Die Partei, und jeder einzelne von uns, trägt die Verantwortung für die Zukunft. Wer aber wirklich Verantwortung tragen will, der arbeite und sei sauber (lebhafter, stürmischer, anhaltender Beifall).“

Vorsitzender Präs. Kunschak bezeichnet den Bericht des Bundesparteiobmannes nicht als einfachen Tatsachenbericht, sondern als einen kristallklaren Imperativ an das Weltgewissen. Er schlägt vor, den Bericht ohne Debatte zur Kenntnis zu nehmen (geschicht).

Sodann begrüßt der Vorsitzende den Vizepräsidenten des französischen Senates, M. G e r b e r, als Gast. Er erteilt darauf dem

**Vertreter der Christlichsozialen Partei Belgiens,
Lohest,**

das Wort, der ausführt:

„Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst meine große Freude zum Ausdruck bringen, daß ich mich in Wien befinde. Als ich gestern hier mit dem Flugzeug landete, stellte ich so viele Gemeinsamkeiten fest, daß ich nicht den Eindruck hatte, in der Fremde zu sein, sondern zu Hause. So groß ist unsere seelische Gemeinschaft. (Beifall.) Es ist dies auch keineswegs erstaunlich, wenn man an die lange geschichtliche Gemeinschaft zwischen Belgien und Österreich denkt. Wir haben nicht vergessen, was wir den österreichischen Herrschern verdanken, und wenn Sie mir gestatten, möchte ich etwas sehr Charakteristisches erwähnen, nämlich das, daß viele Kinder heute noch bei uns auf den Namen „Maria Theresia“ getauft werden, in Erinnerung an die Kaiserin Maria Theresia.

Als mich gestern nach meiner Ankunft meine Freunde hier in Wien auf die Kärntnerstraße geführt haben und ich hinter den Ruinen gegen den Gewitterhimmel den Stefansturm gesehen habe, der ein Wunder der Baukunst und der Elegance ist, habe ich mir gedacht, daß das eigentlich das Bild von Österreich ist. Den gleichen Eindruck, die Elegance und dabei die Dauerhaftigkeit, den Eindruck der Menschlichkeit, des guten Sinns, habe ich auch dann in den Worten des Herrn Bundeskanzlers gefunden und deswegen möchte ich Ihnen sagen: Wir haben Vertrauen auf das Österreich, auf das Österreich der Geschichte und Vertrauen auf das Österreich des Herrn Bundeskanzlers.“ (Lebhafter Beifall.)

Präsident Kunschak dankt dem Vertreter der belgischen Bruderpartei. Nachdem er das Entschuldigungsschreiben des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, Landeshauptmann a. D. Dr. Schlegel, zur Verlesung gebracht hatte, übernimmt Landeshauptmann Ilg (Vorarlberg) den Vorsitz und erteilt

**Generalsekretär
Bundesminister Dr. Felix Hurdes**

das Wort zum politischen Rechenschaftsbericht:

„Über unserem Bundesparteitag steht das große „Ö“ in den Farben Rot-Weiß-Rot als Zeichen Österreichs. Das große „Ö“ in den Farben Österreichs ist in der kürzesten Zeit so populär geworden, daß der eingebrachte Antrag nur allzu verständlich ist, dieses zunächst lediglich für unseren 1. Bundesparteitag geplante Abzeichen zum Parteiabzeichen unserer österreichischen Volkspartei zu erklären. Wie könnten wir uns auch für unsere Österreichische Volkspartei ein besseres Abzeichen vorstellen als dieses, das Symbol und sprechendes Bekenntnis in einem ist und unsere ganze Programmatik schlüssig zusammenfaßt in dem einen verpflichtenden Wort: Österreich! Nach diesem Österreich haben wir uns gesehnt all

die Jahre
Österreich
wir gedu
men, nie
Kerkern,
de, die i
Reich“ w
folgt und
ren; an c
viele ein
kolosses
reich hal
dazu bei

Ich mö
mehrere
Gestapo-
zu lesen
sie sich
sich die
reichs zu
Volkspar
Bundesp
Figl, d
ster a.
Hauptref
render B
ter, der
Dr. Hu
notwend
erklären
dem Wi
für Öste
Es ist
Konzent
schen P
geboren
schaft d
Exponen
die Gru
der Part

Ankunft meine
erstraße geführt
gen den Gewit-
habe, der ein
nce ist, habe ich
Bild von Öster-
e Elegance und
uck der Mensch-
uch dann in den
funden und des-
haben Vertrauen
h der Geschichte
s Herrn Bundes-

ertreter der bel-
das Entschuldi-
Obersten Rech-
Dr. Schlegel, zur
mt Landeshaupt-
und erteilt

x Hurdas

haftsbericht:

ht das große „Ö“
ichen Österreichs.
reichs ist in der
s, daß der einge-
dlich ist, dieses
Bundesparteitag
zeichnen unserer
lären. Wie könn-
reichische Volks-
stellen als dieses,
tnis in einem ist
lüssig zusammen-
Wort: Österreich!
r uns geseht all

die Jahre, da es verboten war, auch nur den Namen Österreich zu nennen, für dieses Österreich haben wir geduldig all die Verfolgungen auf uns genommen, nicht nur wir in den Konzentrationslagern und Kerkern, sondern all die Tausende und Abertausende, die in dem großen Konzentrationslager „Drittes Reich“ wegen ihrer österreichischen Einstellung verfolgt und allen möglichen Schikanen ausgesetzt waren; an dieses Österreich haben wir geglaubt, obwohl viele eine Zertrümmerung des nazistischen Machtkolosses für unmöglich hielten, und für dieses Österreich haben wir gekämpft, um auch unser Scherflein dazu beizutragen, daß Österreich wieder frei werde.

Ich möchte die Partei sehen, die — wie wir — von mehreren Mitgliedern der obersten Parteiführung Gestapo-Schutzhaftbefehle vorlegen kann, in denen zu lesen ist, daß sie Hochverrat begangen haben, weil sie sich für eine Geheimorganisation betätigen, die sich die Wiedererrichtung eines selbständigen Österreichs zum Ziele gesetzt hat. In der Österreichischen Volkspartei besitzen solche Schutzhaftbefehle der Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl, der erste Obmann-Stellvertreter, Bundesminister a. D. Vizebürgermeister Weinberger, der Hauptreferent für Kultur, unser erster geschäftsführender Bundesparteiobmann Minister a. D. Dr. P e r n t e r, der Generalsekretär der Partei Bundesminister Dr. H u r d e s und noch einige andere. Es erscheint notwendig, wieder einmal mit aller Eindeutigkeit zu erklären, daß die Österreichische Volkspartei aus dem Widerstand gegen den Nazismus und im Kampf für Österreich entstanden ist.

Es ist bekannt, daß schon in den Drangsalen der Konzentrationslager der Gedanke einer österreichischen Partei, die alle Volksschichten umfassen soll, geboren wurde, daß dann noch während der Herrschaft der Gestapo die Fühlungnahme zwischen den Exponenten der verschiedenen Gruppen erfolgte und die Grundlagen für die programmatischen Leitsätze der Partei geschaffen wurden.

Es ist nur selbstverständlich, daß gerade wir darauf drängen, daß unser Österreich von der Überflutung des nazistischen Ungeistes gesäubert werden muß. Eindeutig fordern diesbezüglich unsere programmatischen Leitsätze: „Ausschaltung sämtlicher durch ihre Mitarbeit am Hitlersystem belasteten Personen aus allen Führungsstellen des öffentlichen und privaten Lebens sowie strenge Bestrafung jener Nationalsozialisten, die sich verbrecherischer Handlungen schuldig gemacht haben.“ Gerade wegen unserer vollkommen eindeutigen Haltung in dieser Frage werden wir aber stets ebenso eindeutig fordern, daß auch das Naziproblem nach den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit und nicht geleitet von Haß und Rache gelöst wird. Die Rache war noch zu allen Zeiten ein schlechter politischer Ratgeber.

Gegenüber all dem, was der nazistische Ungeist auf allen Lebensgebieten in Österreich angerichtet hat, lassen wir überall den Ruf erschallen: Österreich den Österreichern! Die erste Nummer unserer Parteizeitung, das „Kleine Volksblatt“ vom 5. August 1945, trägt auf der ersten Seite einen Leitartikel mit dieser Überschrift, und mit der Parole „Österreich den Österreichern“ sind wir in die Wahl vom November 1945 gegangen.

Auch heute, zwei Jahre nachdem der Ruf zum ersten Mal erklang, hat er nichts an Aktualität eingebüßt. Er bekam allmählich noch eine besondere Färbung dadurch, daß wir Österreicher nun schon zwei Jahre auf die Erlangung der vollen Freiheit warten und in dieser Sehnsucht nach der Freiheit immer wieder enttäuscht werden. Nach wie vor wird es daher unser vordringliches Bemühen sein müssen, endlich die Freiheit und volle Souveränität unseres Vaterlandes zu erlangen und gleichzeitig zu erreichen, daß die Lebensfähigkeit Österreichs gewährleistet ist. Man hat nach dem ersten Weltkrieg den Fehler begangen, daß man Österreich aus einer größeren Wirtschaftseinheit herausriß, ohne darauf Bedacht zu nehmen, daß dadurch wesentliche Lebensgrund-

lagen für Österreich zerstört wurden. Unter diesem Fehler litt die erste Republik nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern mußte die Folgen auch in der Politik immer wieder fühlen. Wir hoffen, daß es vor allem auch den Männern unserer Partei, die an den Verhandlungen über den Staatsvertrag teilnehmen, gelingen wird, ein Resultat zu erzielen, das uns befriedigen kann.

Als wir vor zwei Jahren die Fahnen Österreichs wieder entrollten, da wollten wir alle diejenigen sammeln, die vor allem Österreicher sein wollten. Wir wandten uns an alle Österreicher als eine bewußt junge Partei, weil wir der Auffassung waren, daß das, was wir in den vergangenen Jahren erlebten, uns die Augen geöffnet hat für viele Notwendigkeiten auf den verschiedensten Lebensgebieten, die früher nicht in gleicher Deutlichkeit erkannt wurden. Wir wollten uns daher auch nicht an irgendwelche programmatische Festlegungen der Vergangenheit binden, sondern mit nüchternem Blick die Realitäten der neuen Zeit sehen. In diesem Sinne ist unsere Partei im besten Sinne des Wortes modern, d. h. zeitgemäß, fortschrittlich. Das dümmste Schlagwort, das man gegen die Österreichische Volkspartei aufbringen konnte, ist daher die Behauptung, sie sei „reaktionär“. Unserer Auffassung nach sind die viel reaktionärer, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und meinen, das Leben doktrinär nach den Grundsätzen gestalten zu können, die in den Parteibüchern schon seit vielen Jahrzehnten stehen und nicht berücksichtigen, was in der Zwischenzeit geschehen ist. Nur dieser doktrinären Verblendung ist es wohl zuzuschreiben, daß gerade in diesen Tagen wieder von gewissen Kreisen der Versuch unternommen wird, die Zeit von 1934—1938 mit der Zeit unter Hitler gleichzusetzen. Da kann man nur sagen: Diesen Herrschaften muß es zur Zeit Hitlers recht gut gegangen sein, daß sie überhaupt auf die Idee kommen, die Zeit von 1934—1938 mit dem grausamen Gewaltssystem Hitlers zu vergleichen. Um einer

von gewissen Kreisen immer stärker propagierten Geschichtslüge im Interesse der Wahrheit entgegenzutreten — und vor allem auch im Interesse derer, die in diesen Jahren alles versuchten, um im Kampf gegen Hitler ihren Mann zu stellen — sei festgehalten:

Die Zeit von 1934—1938 kann nur der verstehen, der die österreichische Geschichte in den 20 Jahren zwischen den beiden Weltkriegen kennt. Jeder Kenner dieser Zeit weiß, daß es vor dem in der marxistischen Parteipropaganda der Hitlertyrannie gleichgestellten sogenannten „Austrofascismus“ den ziemlich allgemein bekannten „Austromarxismus“ gab. Dieser hatte in seiner unduldsamen Schärfe in allen Nachbarländern kein Gegenstück. Wie weit dieser Austromarxismus von einer demokratischen Einstellung entfernt war, zeigen vor allem drei Tatsachen:

1. In dieser Zeit wurde in das offizielle Parteiprogramm die Formel von der „Diktatur des Proletariates“ aufgenommen.

2. Als bewaffnete militärische Parteigarde wurde der „Republikanische Schutzbund“ immer stärker ausgebaut.

3. Es wurde wiederholt der Versuch unternommen, durch Straßendemonstrationen das vom Volk gewählte Parlament unter das Diktat der Straße zu bringen. Das sind doch wahrhaft keine demokratischen Einrichtungen! Dazu kommt, daß von den damaligen radikalen sozialistischen Machthabern die mehrmaligen Versuche des Patrioten Seipel, eine gemeinsame Regierung zu bilden, stets strikte abgelehnt wurden, und zwar deshalb, weil man die eigene ungeteilte und uneingeschränkte Macht anstreben und ausüben wollte. Es ist also eine Geschichtsfälschung, wenn die sich als die guten Demokraten hinstellen wollen, die Jahre hindurch in recht undemokratischer Art und Weise eine demokratische Arbeit der Regierung unmöglich machten.

Welche Blüten die versuchte Geschichtsfälschung treibt, ist daraus zu ersehen, daß man mit Nachdruck behauptet, diejenigen, die sich gegen den Hitler-

anstu
in di
kämp
der S
vertr
leris
Auf
stim
Ma
nicht
Gesel
eine
schic
Im
Lerne
man
zwise
kame
kann.
genh
holt v
die Z
gestal
Wir
nen u
genh
restlo
mense
geeign
wähl
nur a
bedeu
Freihe
der M
nur se
wiede
punkt
Wir
geräu
Eine i

an Sturm auf Österreich zur Wehr setzten und daher in die Konzentrationslager Hitlers kamen, seien Vorkämpfer des Nazismus gewesen, dagegen diejenigen der Sozialisten, die sich mit dem Nazismus recht gut vertrugen, seien die wirklichen Bekämpfer des Hitlerismus gewesen, selbst wenn sie in öffentlichen Aufrufen dafür eintraten, für das Hitlerregime zu stimmen.

Man soll nicht meinen, daß wir deshalb, weil wir nicht immer sofort auf jeden einzelnen Versuch der Geschichtsfälschung antworten, dulden werden, daß eine einseitige parteipolitische Propaganda die geschichtliche Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt.

Im übrigen können wir nur immer wieder mahnen: Lernen wir doch alle aus der Vergangenheit, daß man mit den Mitteln der Politik, die in Österreich zwischen den beiden Weltkriegen zur Anwendung kamen, eine dauerhafte Demokratie nicht begründen kann. Lernen wir vor allem deshalb aus der Vergangenheit, damit einmal gemachte Fehler nicht wiederholt werden, und richten wir vor allem den Blick in die Zukunft, um die schwere Zeit entsprechend zu gestalten.

Wir von der Österreichischen Volkspartei bekennen uns gerade auf Grund der Lehren der Vergangenheit, der vornazistischen und der nazistischen, restlos zur Demokratie, weil sie jene Form des menschlichen Zusammenlebens ist, die am ehesten geeignet erscheint, die Freiheit des einzelnen zu gewährleisten. Wir alle haben in der Vergangenheit nur allzu deutlich erlebt, was der Entzug der Freiheit bedeutet und daß wahre Menschenwürde sich nur in Freiheit entfalten kann. Nach all den Schändungen der Menschenrechte, die wir erleben mußten, ist es nur selbstverständlich, daß wir mit allem Nachdruck wieder den Menschen und seine Rechte in den Mittelpunkt der Politik und der Wirtschaft stellen.

Wir wissen aber auch, daß die dem Menschen eingeräumte Freiheit nur allzu oft mißbraucht wurde. Eine individualistisch-egoistische Einstellung hat nur

allzu oft dem Prinzip vom „Recht des Stärkeren“ zum Durchbruch verholfen und dadurch die Freiheit der anderen erst recht begraben. Das Recht auf Freiheit ist daher auf die Dauer nur sinnvoll, wenn die Freiheit des einen Rücksicht nimmt auf die Freiheit des anderen, wenn also die Menschen solidarisch miteinander verbunden sind. Freiheit ohne Anerkennung dieser Solidarität wird daher immer wieder zum Sprengstoff in der menschlichen Gemeinschaft werden.

Daher ruft die Österreichische Volkspartei immer wieder zum Solidarismus, der den Gedanken der Zusammengehörigkeit betont von der kleinsten natürlichen Gemeinschaft der Familie bis zur Völkergemeinschaft in der großen Welt. Nur dieser Solidarismus ist imstande, auch alle Spannungen zu überwinden, die sich aus den verschiedenen Interessengegensätzen der Stände und Klassen ergeben. Jede wahre Volkspartei muß daher notwendigerweise eine Partei des Solidarismus sein. In dem Geiste des Solidarismus, der auf allen Gebieten des Lebens, vor allem auch in Staat und Wirtschaft, auf das allgemeine Wohl Rücksicht nimmt und nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit jedem das ihm Zukommende zuteilt, liegt die Überwindung all der Mißbräuche der Menschenwürde, die schon so viel Unheil angerichtet haben, der Diktatur der Kasse (Kapitalismus), der Diktatur der Rasse (Nationalismus) und der Diktatur der Klasse (Marxismus); deshalb legen wir ein vorbehaltloses Bekenntnis zu dem die Gegensätze überbrückenden und die Interessen ausgleichenden Solidarismus ab.

Mit diesem Programm: Unermüdlige Arbeit für Österreich, Anerkennung der demokratischen Freiheit und Menschenwürde und Bekenntnis zu dem alles verbindenden Solidarismus ist die Österreichische Volkspartei vor zwei Jahren in die Öffentlichkeit getreten. Sie fand sofort in ganz Österreich, vom Neusiedler See bis zum Bodensee und vom Waldviertel bis zu den Karawanken, in den breitesten Massen un-

seres Volkes begeisterte Aufnahme. Schon der bloße Name „Österreichische Volkspartei“ war ein leichtverständliches Programm. Wir sollten uns daher auch abgewöhnen, diesen sinnvollen Namen und seine propagandistische Wirksamkeit dadurch zu schänden, daß an Stelle der schönen Worte die nichtssagenden drei Anfangsbuchstaben „ÖVP“ verwendet werden.

Wir haben es von allem Anfang an abgelehnt, die in der Politik üblichen Versprechungen zu machen. Wir waren uns bewußt, daß die durch den Hitlerkrieg und all seine Folgeerscheinungen vor allem auch über Österreich gekommenen Schäden und Zerstörungen auf allen Gebieten so groß sind, daß es intensivste Arbeit kosten wird, bis auch nur die ärgsten Schäden beseitigt sind. Denken wir nur daran, daß es bei Aufnahme der Arbeit keinerlei bedeutungsvolle Wirtschaftsgüter gab, daß die österreichische Währung ohne Deckung war, daß selbst die bescheidenste staatliche Organisation fehlte, da es im „Dritten Reich“ ein Österreich nicht mehr gab, daß dieses Österreich selbstverständlich auch keinerlei Vertretungen im Auslande hatte, dazu aber die Lasten einer Besatzung tragen mußte, infolge der Teilung in vier Zonen in jeder Weise, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiete, schwerstens behindert war und daß schließlich viele Menschen, die für wichtige Aufbauarbeit erforderlich waren, sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Alle unsere intensiven Bemühungen haben leider immer noch nicht erreicht, daß wenigstens heute, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, sämtliche österreichischen Kriegsgefangenen daheim wären.

Wer weiß, unter welchen Voraussetzungen die Arbeit in Österreich begonnen werden mußte und daß nicht aus unserer Schuld viele der ärgsten Behinderungen heute noch weiterwirken, kann es nur als Demagogie ärgster Sorte bezeichnen, wenn von gewissen Kreisen in Österreich der Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß es heute noch auf den verschiedensten Gebieten große Schwierigkeiten gibt.

Diese Nörgler haben noch nicht die Zauberformel ver-raten, die Abhilfe schaffen könnte. Sollte aber wirklich die Zauberformel bestehen, dann befürchte ich, daß sie sich so ähnlich auswirken würde, wie die des großen Zauberers vom Berghof in Berchtesgaden. Man darf nicht vergessen, daß auch die Lösung des Kolumbus bewirkte, daß das Ei zerschlagen wurde.

Trotz der dargestellten großen Schwierigkeiten hat die Österreichische Volkspartei sofort mit den beiden anderen anerkannten Parteien die provisorische Staatsregierung gebildet und sich in ehrlicher Zusammenarbeit mit den anderen bemüht, zur Linderung der Not und zur Behebung aller Schwierigkeiten beizutragen. Eine Reihe unserer besten Kräfte hat in der provisorischen Staatsregierung das Beste gegeben.

Nebenher waren wir unermüdlich am Ausbau der Partei tätig. Am 23. September 1945 wurde in Salzburg die erste Länderkonferenz unserer Partei abgehalten, die anschaulich vor Augen führte, welche starke neue Kräfte vor allem auch in den Bundesländern lebendig waren. Die Länderkonferenz, die eine Reihe wichtiger Beschlüsse faßte, klang in einem mächtigen Bekenntnis zur Demokratie, zu dem dem österreichischen Wesen entsprechenden bundesstaatlichen Aufbau Österreichs und zur Selbständigkeit Österreichs aus.

Auf Grund der Beschlüsse unserer Salzburger Länderkonferenz setzten wir bei der unmittelbar darauf über Einladung der provisorischen Staatsregierung in Wien einberufenen Konferenz der Bundesländer eine Umbildung der provisorischen Regierung durch, bei der unser Einfluß in der provisorischen Regierung nach den verschiedensten Seiten hin verstärkt wurde. Wir setzten unter anderem einen weiteren Staatssekretär und zwei Unterstaatssekretäre aus unseren Reihen durch. Gleichzeitig wurde über unser Drängen beschlossen, für den 25. November 1945 Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften durchzuführen. Wir drängten auf die Wahl, weil wir

überzeugt waren, daß durch sein Verwirklichung und I als wir in der Dabei ist zu l der Wahl bes immer wieder nach links“ in gen werde.

Der Wahler bei den Nove gen der Links Erwartungen : reichische Vol ratssitzen 85, die die laute trieben hatten stadt Wien w partei erstma Österreichs d drittelmehrhe ten wurden : nern der Ös zwei Bundesl zirk errang d drittelmehrhe wir wieder z es wünschen. date-Partei.

Es wäre au len, wie wir chen Willen reichs versp rufen aus de stellt werden aufzulizitiere

Obwohl di ohne jeden Z beteiligung :

überzeugt waren, daß das österreichische Volk uns durch sein Vertrauen noch mehr Einfluß auf die Regierung und Lenkung des Landes einräumen werde, als wir in der provisorischen Regierung schon hatten. Dabei ist zu betonen, daß wir auf die Durchführung der Wahl bestanden, obwohl in den Linksblättern immer wieder zu lesen war, daß der sogenannte „Ruck nach links“ in der Welt uns um alle Chancen bringen werde.

Der Wahlerfolg der Österreichischen Volkspartei bei den Novemberwahlen 1945 hat alle Prophezeiungen der Linksparteien zunichte gemacht und alle ihre Erwartungen auf das schwerste enttäuscht. Die Österreichische Volkspartei erlangte von den 165 Nationalratssitzen 85, die Sozialisten 76 und die Kommunisten, die die lauteste und kostspieligste Propaganda betrieben hatten, ganze 4 Sitze. In der Bundeshauptstadt Wien wurde durch die Österreichische Volkspartei erstmalig in der Geschichte der Republik Österreich durch eine einzige Partei die rote Zweidrittelmehrheit gebrochen. Außer in Wien und Kärnten wurden alle Landeshauptmannsposten mit Männern der Österreichischen Volkspartei besetzt. In zwei Bundesländern und auch im ersten Wiener Bezirk errang die Österreichische Volkspartei die Zweidrittelmehrheit. Solche und ähnliche Wahlen sind wir wieder zu schlagen bereit, aber dann, wenn wir es wünschen, aber nicht eine Vier-Nationalratsmandate-Partei.

Es wäre auch interessant, im einzelnen festzustellen, wie wir den Wählern nichts als unseren ehrlichen Willen und intensive Arbeit zum Wohle Österreichs versprochen, während in manchen Wahlaufrufen aus dem anderen Lager die alte Taktik festgestellt werden konnte, sich mit Versprechungen hinaufzulizitieren.

Obwohl die Österreichische Volkspartei bei der ohne jeden Zwischenfall und bei überaus hoher Wahlbeteiligung durchgeführten Wahl die absolute Mehr-

heit erlangte, hat unser Bundesparteiohmann Dr. h. c. Ing. Figl sofort, wie schon vor der Wahl, die Bereitwilligkeit zur Bildung einer Konzentrationsregierung zum Ausdruck gebracht. Damit hat die Österreichische Volkspartei auch in dieser Situation unter Beweis gestellt, daß es ihr darum zu tun ist, alle Kräfte unseres Vaterlandes zur gemeinsamen Arbeit für den Wiederaufbau des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens nutzbar zu machen. Der Vorschlag wurde angenommen und so kam es zur Konzentrationsregierung, in der die Österreichische Volkspartei mit 9 von 17 Regierungsmitgliedern vertreten ist. Unser Bundesparteiohmann Dr. h. c. Ing. Figl wurde Bundeskanzler und übernahm damit das Steuer des Staates in seine tatkräftigen Hände. Außerdem besetzten wir eine Reihe wichtigster Ministerien, neben wichtigen sogenannten Wirtschaftsministerien auch das Außenamt und das für das kulturelle Leben bedeutungsvolle Bundesministerium für Unterricht. Für das Innenministerium, das ein Sozialist übernahm, wurde ein agiler Mann aus unseren Reihen zum Staatssekretär bestellt, an dessen Zustimmung der Innenminister bei allen seinen Entscheidungen gebunden ist. Damit wurde den besonders im Innenministerium zur Zeit der provisorischen Regierung sichtbar gewordenen, sehr bedenklichen Erscheinungen ein Ende gesetzt, daß ein Teil der Exekutive der Auffassung war, er habe nicht dem Staate, sondern einer Partei zu dienen.

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl hat es auch in seiner Regierungserklärung vom 21. Dezember 1945 abgelehnt, leere Versprechungen zu machen. Er brachte eindeutig zum Ausdruck, daß die Parole, die uns aus den Schwierigkeiten heraushelfen soll, nur lauten kann: Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit, denn alles im Leben will erarbeitet sein und niemandem wird etwas geschenkt. Mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Ing. Figl wurden wesentliche Teile des Programmes der Österreichischen Volkspartei Programm des österreichischen

Staates. Einige wichtige Punkte seien aus der Regierungserklärung kurz hervorgehoben:

1. Die Feststellung, daß das österreichische Volk den Mut zur eindeutigen Demokratie und zur rückhaltslosen Ablehnung jeder Form von faschistischer Ideologie allein durch die Tatsache, daß bereits ein halbes Jahr nach der Befreiung freie und in fairer Form durchgeführte Wahlen stattfinden konnten, erwiesen hat.
2. Das Bekenntnis zur Zusammenarbeit aller aufbauwilligen Kräfte.
3. Der Appell an die Besatzungsmächte, die Zerreißung des Landes durch Demarkationslinien aufzugeben und so die Einheit von Verwaltung und Gesetzgebung herzustellen, um auch die wirtschaftlichen Kräfte des Landes koordinieren zu können.
4. Zur Frage der Nationalsozialisten erklärte der Bundeskanzler, daß die neue Regierung nicht die Absicht habe, die kleinen Mitläufer zu Märtyrern zu stempeln, wohl aber müsse der nazistische Geist im ganzen Staate rücksichtslos ausgerottet werden; deshalb müßten auch alle Kriegsverbrecher, Funktionäre und Nutznießer der NSDAP ausgemerzt werden.
Die Richtlinien, die damals in dieser wichtigen Frage unseres innenpolitischen Lebens aufgestellt wurden, und die den Grundsätzen entsprechen, die die Österreichische Volkspartei diesbezüglich von allem Anfang an vertreten hat, wären geeignet gewesen, die Nazifrage prompt und so gerecht wie möglich zu lösen.
5. Ein weiterer grundsätzlicher Gedanke aus der damaligen Regierungserklärung lautete: „Recht muß wieder Recht werden in Österreich, und zwar ein Recht, wie es einem demokratischen Europa oberstes Gesetz ist“.
6. Über die ungeheuren Wirtschaftsaufgaben, die Österreich zu lösen haben wird, wurden vom

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl grundsätzliche Richtlinien aufgestellt, die auch heute noch ihre Gültigkeit haben. Vor allem wurde die Feststellung getroffen, daß ohne eine Erneuerung der Währung jede Wiederaufbauarbeit illusorisch sein müsse. Hand in Hand mit einer Währungsreform, deren erster Schritt im Dezember 1945 tatsächlich gemacht wurde, müsse auch das Gleichgewicht im Staatshaushalt wieder hergestellt werden.

7. Die Regierungserklärung vom 21. Dezember 1945 spricht auch von einer Planung und Vorbereitung des Aufbaues der Gesamtwirtschaft, die bisher vor allem deshalb unmöglich wurde, weil immer noch nicht eindeutig festgestellt ist, über welche Mittel unser Land verfügen kann.
8. In der Frage der Verstaatlichung wurde von Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl zum Ausdruck gebracht, daß wir dazu schreiten müßten, eine Reihe von Schlüsselunternehmungen in die Hand des Staates oder in die Hand von Gemeinden überzuführen. Er erklärte jedoch, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Österreichs sich für die Beibehaltung der Privatinitiative, des Eigentumsbegriffes und des Leistungsprinzipes entschieden habe, weshalb ein Staatskapitalismus unter gänzlicher Ausschaltung der Privatinitiative abgelehnt werden müsse.
9. Auf außenpolitischem Gebiet verkündete Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl die Bereitschaft Österreichs zur Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Nationen der Welt und besonders mit den alliierten Großmächten. Er erinnerte an die große, alte österreichische Tradition, die jahrhundertlang das stärkste Bollwerk gegen alle Versuche imperialistischer Einseitigkeit in Europa war. „Unser neues Österreich“, so sagte der Bundeskanzler, „ist ein kleiner Staat, aber er will dieser großen Tradition, die vor allem

eine Kultur
im Zentrum

Aber selbst d.
demagogische Ve
den Boden der l
Gänge durchführ
Freiheit vorent
litärischen Besat
Freiheit ist gleic
bensfähigkeit un

Gerade wegen
ten, die immer n
wendiger, daß a
vor zusammenste
arbeit immer bej
uns im Ausschuß
der Frage beschä
notwendig ist, b
gung an einer Re
sondern auch Ve
ten Zeit wiederho
teipolitische Über
fenen Österreich
den Gegenstand

Auf kulturpolit
Seit Anbeginn se
geistiger und ku
kung und Anerke
geographische Lag
in den Künsten u
anderen Völkern
Recht „weltweites
gangenen zwei Jal
terland unter den
gen gezeigt, daß e
durch deutschen
zonts zu überwinc
Platz unter den K
Wir fühlen gerad

eine Kulturtradition ist, als Hort des Friedens im Zentrum Europas treu bleiben“.

Aber selbst diese Programmpunkte, die keinerlei demagogische Versprechungen enthalten und nirgends den Boden der Realität verlassen, werden nicht zur Gänze durchführbar, wenn man uns weiterhin die Freiheit vorenthält und uns nicht die Lasten der militärischen Besatzung nimmt. Der Kampf um unsere Freiheit ist gleichzeitig auch ein Kampf um die Lebensfähigkeit unseres Landes.

Gerade wegen der großen äußeren Schwierigkeiten, die immer noch auf uns lasten, ist es umso notwendiger, daß alle aufbauwilligen Kräfte nach wie vor zusammenstehen. Wir haben diese Zusammenarbeit immer bejaht und loyal gehalten. Wir werden uns im Ausschuß für politische Angelegenheiten mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir dort, wo es notwendig ist, begreiflich machen, daß die Beteiligung an einer Regierung nicht nur Rechte beinhaltet, sondern auch Verpflichtungen. Auch die in der letzten Zeit wiederholt vorgebrachten Klagen über parteipolitische Übergriffe in dem überparteilich geschaffenen Österreichischen Gewerkschaftsbund werden den Gegenstand von Erörterungen bilden müssen.

Auf kulturpolitischem Gebiete ist hervorzuheben: Seit Anbeginn seiner Geschichte war Österreich ein geistiger und kultureller Faktor, der die Hochachtung und Anerkennung der Welt genoß. Die kultur-geographische Lage Österreichs und seine Leistungen in den Künsten und Wissenschaften haben ihm vor anderen Völkern etwas gegeben, was man mit gutem Recht „weltweites Denken“ nennen kann. In den vergangenen zwei Jahren hat unser schwerkgeprüftes Vaterland unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen gezeigt, daß es fest entschlossen ist, die Zeit des durch deutschen Nationaldünkel beschränkten Horizonts zu überwinden und wieder seinen ehrenvollen Platz unter den Kulturstaaten der Welt zu beziehen. Wir fühlen gerade heute nach jener fürchterlichen

Zeit, daß unserem kleinen Österreich die bedeutungsvolle Aufgabe erwächst, an der inneren Gesundung des europäischen Kulturkreises mitzuarbeiten. Wir wollen unsere ganze Arbeit und Liebe daransetzen, daß Österreich wieder seine einstigen kulturellen Leistungen erreicht.

Wir stellen gerne fest, daß in dem Verhältnis von Politik und Kirche sich eine glücklichere Lösung gefunden hat, als in der Zeit der ersten Republik. Es ist im Interesse der Kirche, sich und ihre Priester von den Fragen der reinen Tages- und Parteipolitik fernzuhalten. Soweit berechnete Interessen der Kirche zu vertreten sind, haben und werden wir diese stets vertreten. Vor allem werden wir nach wie vor unbedingt für die Freiheit der Kirche und für Gewissensfreiheit kämpfen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens wurden seinerzeit mit den anderen Parteien provisorische Regelungen besprochen, die aber ehestens durch Erlassung neuer Schulgesetze eine Neuregelung finden sollen. Wir wollen weiterhin trotz der Not der Zeit nicht übersehen, daß wir vor allem auch die geistig-sittlichen Probleme lösen müssen, insbesondere durch Wiederherstellung einer guten Jugenderziehung. Das ausführliche Erziehungs- und Schulprogramm, das wir in diesem Jahre ausgearbeitet haben, stellt einen vorbildlichen Plan für die Neugestaltung des ganzen Erziehungs- und Schulwesens von den Kindergärten bis zu den Hochschulen dar. Das gesamte Bildungswesen wird in diesem Programm darauf abgestellt, daß jeder junge Österreicher unbedingt einen Beruf erlernt und daß jedem wirklich Begabten ein Höchstmaß an Ausbildung ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz offensteht.

Aus dem Erziehungs- und Schulprogramm ist noch besonders hervorzuheben die Forderung nach der Wahrung des elterlichen Erziehungsrechtes und der Anerkennung der Gewissensfreiheit in Erziehungsfragen. Den Eltern, die es wünschen, muß es möglich gemacht werden, ihre Kinder in konfessionelle

Privatschulen zu schicken, denen unter gewissen Voraussetzungen Öffentlichkeitsrecht zu erteilen ist. Daß der Religion in der Erziehung ein entsprechender Platz eingeräumt werden muß, ist für uns eine selbstverständliche Forderung, von der wir aus grundsätzlichen Erwägungen niemals abgehen werden.

Es ist uns daher mehr als eine Äußerlichkeit, wenn wir durch Verhandlungen mit den beiden anderen Parteien durchsetzen konnten, daß in den Klassen der Pflichtschulen, in denen die Mehrzahl der Schüler den Religionsunterricht besucht, wieder das Schulkreuz angebracht wurde und das Schulgebet verrichtet wird.

Wenn wir uns heute darüber Rechenschaft ablegen wollen, was auf wirtschaftlichem Gebiete in den letzten 1½ Jahren geleistet wurde, so müssen wir uns zunächst daran erinnern, unter welchen Voraussetzungen wir mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beginnen mußten. Es ist wohl nicht notwendig, viele Worte darüber zu verlieren, wie es in Österreich in dieser Beziehung ausgesehen hat, als der Krieg zu Ende ging. Wir mußten buchstäblich von vorne anfangen: Die wirtschaftliche Substanz unseres Landes war zum großen Teil vernichtet, das Verkehrssystem zusammengebrochen und auf währungspolitischem Gebiete drohte das Gespenst einer Inflation. Es fehlte an allem und jedem, vor allem aber an Nahrungsmitteln. Dazu kamen noch andere Widerwärtigkeiten, wie die Zerreißung des Landes in vier Besatzungszonen und die Tatsache, daß der Krieg in seiner letzten Phase gerade zu einer Zeit über die fruchtbarsten Teile unseres Landes gegangen war, da die Aussaat zur Ernte für das Jahr 1945 hätte erfolgen sollen. Wir müssen uns nur erinnern, wie es damals in Österreich ausgesehen hat, dann werden wir gerecht beurteilen, was es bedeutete, unter den damaligen Umständen den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen.

Seither ist in Österreich viel gearbeitet worden. Es wurden auch Erfolge erzielt. Freilich geht es für den zu langsam, der geglaubt hat, daß trotz des beispiel-

losen Zusammenbruches sofort nach Beendigung der Kampfhandlungen wieder normal gewirtschaftet werden könne. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß es uns bisher verwehrt war, unser Geschick in eigene Hände zu nehmen und es so zu gestalten, wie es uns wünschenswert erschiene. Wir wollen hier nicht darüber rechten, warum diese unerquickliche Lage auch heute noch anhält, wir wollen es nur feststellen und unseren Betrachtungen die gegebenen Tatsachen zugrunde legen. Wir stehen auch heute noch vor der Tatsache, daß von der geringen durch den Krieg noch übrig gebliebenen wirtschaftlichen Kapazität noch ein beträchtlicher Teil der österreichischen Wirtschaft uns bis heute entzogen ist. Es ist nicht meine Aufgabe, die Frage des „deutschen Eigentums“ und die Auslegung der „Potsdamer Beschlüsse“ anzuschneiden, es muß aber festgestellt werden, daß es uns derzeit kaum möglich ist, eine gesunde Wirtschaft wieder aufzubauen.

Die letzten beiden Jahre standen ganz im Zeichen dieser zwangsweisen Entwicklung. Umso erstaunlicher ist es, daß wir trotzdem Fortschritte erzielen konnten und weitergekommen sind. Es ist dies ein Zeichen des ungebrochenen Lebenswillens und der Arbeitskraft unseres Volkes. Sicher wird man in späterer Zeit mit Bewunderung auf die Leistungen der letzten zwei Jahre zurückblicken. Wenn es heute Leute gibt, die darauf verweisen, daß es in anderen Ländern besser geht und daß es doch sehr einfach wäre, das wirtschaftliche System, das in einem dieser Länder angewendet wird, einfach zu kopieren, so können wir uns über eine so naive Anschauung nur wundern. Es gibt keine Wirtschaft, die einer anderen gleicht und wir finden nirgendwo eine wirtschaftliche Situation, die der unserigen auch nur ähnlich wäre. Man kann nicht verschiedene Krankheiten durch eine gleichartige Behandlung heilen und man kann daher auch nicht an verschiedenen Übeln leidende Wirtschaften nach demselben Rezept kurieren.

Auf indu uns gelangung kriegskapaz weiß, mit und unsere wir uns vor die Rohstof Mangel an jede Tätigk arbeiten sol man in nor fehlte inner frische Kräf eine geheizt

Die Nahr die bis zum gedeckt hat, im entfernt ernähren. A Folgeersche Es fehlte d Arbeitskräft sowie an D Gunst der V die letzten t weit zurück hend auslä: werden. Nu es, doch ei wieder zu e dienst des B immer wied len herausg

Ein Haupt Forstwirtsch Nationalsozia unseres Wal kunft sehr s umgehen mi der Holz au

Auf industriellem und gewerblichem Gebiete ist es uns gelungen, im Durchschnitt etwa 40 % der Vorkriegskapazität zu erreichen. Das ist viel, wenn man weiß, mit welchen Schwierigkeiten unser Gewerbe und unsere Industrie zu kämpfen hatten und wenn wir uns vor Augen halten, daß in sehr vielen Fällen die Rohstoffe gefehlt haben. Wie oft hat auch der Mangel an Kohle oder an anderen Energiequellen jede Tätigkeit lahmgelegt. Auch die Menschen, die arbeiten sollten, konnten nicht mehr das leisten, was man in normalen Zeiten von ihnen gewohnt war, es fehlte ihnen ja die ausreichende Nahrung, um sich frische Kräfte zuzuführen, im Winter meist auch noch eine geheizte Arbeitsstätte und ein geheiztes Zimmer.

Die Nahrungsmittelversorgung aus eigener Scholle, die bis zum Jahre 1938 etwa 75 % unseres Bedarfes gedeckt hat, reichte in den letzten zwei Jahren nicht im entferntesten dazu aus, unsere Bevölkerung zu ernähren. Auch hier hat sich der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen stärkstens bemerkbar gemacht. Es fehlte der Landwirtschaft an den notwendigsten Arbeitskräften, an Zugvieh, an Geräten aller Art sowie an Düngemitteln. Es fehlte aber auch an der Gunst der Witterung, so daß es kein Wunder ist, daß die letzten beiden Ernten gegenüber der Friedenszeit weit zurückgeblieben sind. Es mußte daher weitgehend ausländische Hilfe in Anspruch genommen werden. Nur unter größten Schwierigkeiten gelang es, doch eine Ernährungsbasis von 1550 Kalorien wieder zu erreichen. Es ist das persönliche Verdienst des Bundeskanzlers Dr. h. c. Ing. Figl, daß er immer wieder in mühseligster Arbeit an allen Stellen herausgeholt hat, was nur herauszuholen war.

Ein Hauptaktivposten Österreichs war immer unsere Forstwirtschaft. Doch auch hier hat der Raubbau des Nationalsozialismus zu einer erheblichen Schädigung unseres Waldbestandes geführt. Wir werden in Zukunft sehr sparsam mit diesem wertvollen Rohstoff umgehen müssen. Und doch werden wir immer wieder Holz auch für Exportzwecke benötigen.

Österreich gehört zu jenen Ländern der Erde, die in besonders hohem Maße außenhandelsorientiert sind. Dies ergibt sich daraus, daß unser Einfuhrbedarf an bestimmten Rohstoffen und Nahrungsmitteln außerordentlich hoch ist. Wir sind dadurch gezwungen zu exportieren, um die lebensnotwendigen Einfuhren vornehmen zu können; trotzdem blieb unser Außenhandel immer passiv, wenn auch in den Zeiten der ersten Republik im Abbau dieses Passivums bemerkenswerte Fortschritte erzielt wurden. Seit 1945 hat sich zwar ein gewisser Außenhandel entwickelt, er erreichte selbstverständlich in keiner Weise das Vorkriegsniveau. Im Jahre 1946 stand einer Einfuhr von etwa 251 Millionen Schilling eine Ausfuhr von etwa 215 Millionen Schilling gegenüber. Das entspricht ungefähr einem Zehntel der Vorkriegswerte. Schon daraus kann man entnehmen, daß unser Außenhandel heute noch in den Anfängen steckt. Die angegebenen Ziffern widerlegen aber auch die von gewisser Seite immer wieder aufgestellte Behauptung, daß dem Gütervolumen, welches ins Ausland geht, keine entsprechende Einfuhr gegenüberstehe. Da unser Außenhandel im Jahre 1946 sogar passiv war, ist die Haltlosigkeit der erwähnten, aus demagogischen Gründen vorgebrachten Behauptung erwiesen.

Im übrigen werden die Fragen, mit denen sich der Ausschuß für Wirtschaftspolitik zu beschäftigen hat, noch näher durch das Referat „Die neue österreichische Wirtschaft“ von dem Bundespartei-Obmann-Stellvertreter Minister a. D. Ing. Raab umschrieben werden. Das gilt auch für die Fragen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, über die der Bundespartei-Obmann-Stellvertreter Minister a. D. Vizebürgermeister Weinberger das Referat mit dem Thema „Um Freiheit und Recht des arbeitenden Menschen“ halten wird.

Im allgemeinen möchte ich nur noch hervorheben, daß bisher auf sozialpolitischem Gebiete verschiedene sehr bemerkenswerte Maßnahmen getroffen wurden,

die deshalb leichter möglich wurden als Verfügungen auf anderen Gebieten, weil eine Einflußnahme seitens der Alliierten bei diesen Fragen fast nicht erfolgte. Ich verweise auf das Arbeiter-Urlaubsgesetz, das Kollektivvertrags-Gesetz, das Betriebsräte-Gesetz und das von uns angeregte Gesetz über die Werks-genossenschaft.

Eines muß hiezu mit aller Deutlichkeit gesagt werden, weil die Linksparteien gerne den Anschein erwecken wollen, als ob die Erlassung dieser Gesetze ihr Verdienst sei: Da die Österreichische Volkspartei die absolute Mehrheit im Parlament hat, hätte nicht ein einziger der vorgelegten Entwürfe Gesetz werden können, wenn wir ihm nicht zugestimmt hätten. Das Zustandekommen dieser sozialpolitischen Gesetze ist daher nicht zum geringsten Teil der fortschrittlichen Einstellung der Österreichischen Volkspartei zu verdanken. Die Österreichische Volkspartei wird vor allem auch dafür sorgen, daß ehestens ein fortschrittliches Landarbeiter-Gesetz erlassen wird, dessen Entwurf im Bundesministerium für Landwirtschaft bereits vorliegt. Dieses Gesetz wird sich auch vorteilhaft gegen die unbedingt einzudämmende Landflucht auswirken.

Selbstverständlich ist, daß in dem Ausschuß für Sozialpolitik unsere überaus wertvollen Vorarbeiten zur Durchführung einer Entproletarisierung zur Sprache kommen werden, so der Vorschlag auf Schaffung einer Gemeinschaftsrente mit Kinderzulagen und Altersrenten, ferner die Ermöglichung der Begründung von Stockwerk- und Wohnungseigentum, ferner die Vorschläge auf entsprechende Ausgestaltung des Siedlungswesens.

Dieser Überblick kann wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht vollständig sein. Er zeigt aber, wie bisher versucht wurde, aus dem Geiste des Solidarismus das politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben zu gestalten.

Es freut uns, feststellen zu können, daß der gleiche Geist schon in vielen europäischen Ländern lebendig

ist, und zwar durchwegs in großen Parteien, die maßgeblich Einfluß auf die Gestaltung des politischen Lebens der betreffenden Länder haben. So erobert der Geist des Solidarismus immer mehr die Welt. Wir in Österreich werden zu seinem Sieg das Unserige beitragen.“ (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Ilg dankt dem Redner, bringt einige Glückwunschtelegramme (Bleiburg, Moos, Schwabegg, Feistritz und Leifling) und schaltet eine zehn Minuten lange Pause ein, nach der Minister a. D. Ing. Schumy der Vorsitz übertragen wird.

Minister a. D. Ing. Schumy begrüßt nach Wiedereröffnung der Sitzung den Vertreter der Katholischen Volkspartei der Schweiz, Pfarrer Küng, und erteilt

Hauptreferent Staatssekretär Ferdinand Graf

das Wort zum finanziellen Rechenschaftsbericht und zum Bericht über Organisation und Personalpolitik. Der Redner führt aus:

„Das schönste und beste Programm, die besten Köpfe, die begeistertsten Mitarbeiter, die opferbereitesten Anhänger können ohne die notwendige und richtige Organisation unseren Wählern nicht jene Sicherheit für die Zukunft bieten, auf die sie Anspruch haben. Ich will daher heute den Versuch unternehmen, in aller Offenheit und Klarheit über unsere Partei zu sprechen, wie es zur Gründung dieser Partei gekommen, wie ich sie heute sehe und wie sie werden muß.

Als in den Apriltagen 1945, wenige Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee in Wien, sich ein kleiner Kreis von Männern traf, um die damalige Situation zu besprechen, war es uns eigentlich, ohne daß darüber viele Worte verloren wurden, und dem ganzen nichtmarxistischen Volke von Österreich klar, daß in Anbetracht der letzten Frontereignisse und der zu erwartenden innerpolitischen Entwicklung in unserem Nachbarstaate nur eine einzige nichtmarxistische

Partei
partei
Einheit
ten den
ergab s
mußte
gegenül
m a r x

Daß
die Ver
traten,
vor den
Namen,
keit un
nur ein
Nazizeit
den ein
einem
von frü
aufzurul

Die
Teil bes
von frü
es wäre
schon vo
Die P:
den. W
bis 1945
ein kom
uns dar
Partei 1
Parteien
Es muß
den. S
Die Ent
Bundesl
der in V
Volkspar
durch un
treter de

Partei geschaffen werden konnte, die Einheitspartei gegen den Marxismus. Daß diese Einheitspartei auch hier wieder ohne große Debatten den Namen „Österreichische Volkspartei“ erhielt, ergab sich aus dem vorher Gesagten. Die neue Partei mußte alle Stände, die dem Marxismus ablehnend gegenüberstanden, erfassen, das ganze nicht-marxistische Volk von Österreich.

Daß bei den ersten größeren Beratungen sofort die Vertreter der drei großen Bünde auf den Plan traten, ergab sich dadurch, daß die Bünde bereits vor dem Jahre 1938, zum Teil sogar mit dem gleichen Namen, bestanden, auf eine jahrzehntelange Tätigkeit und Erfahrung zurückblicken konnten und es nur eines Avisos bedurfte, um die auch während der Nazizeit nie abgerissenen Verbindungen zwischen den einzelnen Funktionären der alten Bünde, die zu einem Großteil nach der Befreiung ihre Funktion von früher wieder übernommen hatten, zur Arbeit aufzurufen.

Die Bünde waren also bereits da, zum Teil besaßen sie, wie insbesondere der Bauernbund, von früher her ihre Einrichtungen, ihre Häuser und es wäre Wahnsinn gewesen, hätte man von diesen schon vorhandenen Mitteln nicht Gebrauch gemacht. Die Partei mußte neu geschaffen werden. Wir alle, die wir uns in den Jahren von 1938 bis 1945 zu zweit oder in einem größeren Kreis über ein kommendes Österreich unterhalten hatten, waren uns darüber im klaren, daß die neu zu gründende Partei mit den vor 1938 bestandenen bürgerlichen Parteien weder identisch sein dürfte noch konnte. Es mußte etwas vollkommen Neues werden. So entstand die Österreichische Volkspartei. Die Entwicklung und Entstehung war nicht in allen Bundesländern dieselbe, aber sehr bald setzte sich der in Wien geborene Gedanke der Österreichischen Volkspartei auch in den übrigen Bundesländern durch und bei dem ersten Zusammentreffen der Vertreter der Volkspartei in Salzburg konnte bereits die

Tatsache festgestellt werden, daß die Österreichische Volkspartei nunmehr in allen Bundesländern ihre Tätigkeit aufgenommen hatte. Das ist die geschichtliche, allerdings sehr nüchtern dargestellte Gründung unserer Partei, aufgebaut auf die drei Bünde, Arbeiter- und Angestelltenbund, Bauernbund und Wirtschaftsbund.

War der Gedanke dieser Parteikonstruktion richtig? Diese Frage kann eindeutig mit Ja beantwortet werden. Die Bünde konnten — dies galt insbesondere für den Bauernbund — nach der sich durch Jahrzehnte bewährten Organisationsform rasch aufgebaut werden. Die Bünde waren der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung nichts Fremdes, ihre Tätigkeit immer eine einwandfreie, einwandfrei nach jeder Richtung, wirtschaftlich und politisch.

Auch unser Entschluß, die Wahlen im Spätherbst 1945, in einem so kurzen Termin abzuhalten, war nur möglich, weil der Apparat der Bünde der Partei zur Verfügung stand. Trotzdem möchte ich gerade hier bereits eine Einschränkung machen, daß die Wähler am 25. November nicht die einzelnen Bünde, sondern die nichtmarxistische Einheitspartei, die Österreichische Volkspartei, gewählt haben, weil sie richtig erkannten, daß nur in der Einheit und Geschlossenheit der Erfolg gelegen sein konnte. Der Wahlausgang am 25. November war daher ein Triumph des Einheitsgedankens der Volkspartei.

Die zweite Frage, hat die Entwicklung der Partei in den letzten zwei Jahren dem Konstruktionsgedanken, die Partei auf die drei Bünde aufzubauen, entsprechen, kann nicht mit einem klaren Ja beantwortet werden. Je konsolidierter die Verhältnisse in Österreich und in Europa scheinbar wurden, umso mehr begann innerhalb der Bünde ein Prozeß der Selbständigkeit, wobei ich von vorneherein, um Unklarheiten zu vermeiden, betonen möchte, daß die Selbständigkeit der Bünde für ihren Wirkungsbe-

reich, für ihre Organisationsform, weder in der Vergangenheit noch heute bestritten werden soll. Was die Partei jedoch nicht ertragen könnte, wäre die Selbständigkeit der Bünde auch in politischen Fragen. Dies könnte aber nicht nur die Partei nicht ertragen, sondern auch die Bünde würden im entscheidenden Augenblick sehr rasch erkennen müssen, daß auch sie politisch diese Selbständigkeit nur scheinbar hätten und, für die Zukunft gesehen, die Selbständigkeit der Partei und der Bünde und damit die eines nichtmarxistischen Österreichs sehr bald verlorengehen würde. Die Gliederung der Partei in die drei Bünde darf nicht mit den seinerzeitigen Einheitslisten in der ersten österreichischen Republik verglichen werden. Wir wollen nicht eine Einheitsliste der Bünde innerhalb der Partei, sondern wir wollen eine einheitliche Partei, aufgebaut auf die bewährten Bünde, nicht weil wir einen zentralen Parteibürokratismus errichten wollen, sondern weil sich jeder nüchtern und vernünftig denkende Mensch, wenn er klar und ohne einer bündischen Brille die Verhältnisse in und um Österreich betrachtet, zugestehen muß, daß all unsere bisher geleistete Arbeit mit einem Schlag vernichtet wäre, würden wir auch nur eine Minute nicht daran glauben, daß das einzige feste Bollwerk gegen einen Klassenstaat Österreich einzig und allein die Österreichische Volkspartei in ihrer Einheit darstellt.

Sind die Verhältnisse heute, zwei Jahre nach der Gründung der Partei, bessere? Stehen wir, rein politisch gesehen, vor einer anderen Situation als im April 1945? Ja. Aber nicht in dem Sinne gilt dieses Ja, daß heute die Notwendigkeit einer einheitlichen nichtmarxistischen Partei geringer wäre, sondern gerade das Gegenteil ist der Fall. In den Apriltagen 1945 waren wir doch alle noch der Meinung, daß die bitteren Jahre des Krieges, der Hitlerdiktatur, dem österreichischen Volke, vor allem den Führern des marxistischen Teiles unseres Volkes, die Augen ge-

öffnet und sie zu vernünftigen Anschauungen gebracht hätten. Kein Mensch hätte im April 1945 daran glauben können, daß man schon zwei Jahre später wieder nur mehr vom Kampf des Proletariats, von der Eroberung der Macht, ja, wie es in der letzten Monatszeitschrift der Sozialistischen Partei ausgeführt wurde, sogar von einem blutigen Kampf um die Macht in diesem Staate sprechen könnte. Und doch ist es so. Man will weder die Gegenwart erkennen noch ausschließlich für die Zukunft arbeiten, sondern versucht das mangelhafte und wenig zugkräftige, seit nunmehr hundert Jahren abgespielte Programm eines Marx durch Reminiszenzen aus der Vergangenheit aktueller und interessanter zu gestalten.

All unsere Versuche, die Gegenseite davon zu überzeugen, daß nicht in der Vergangenheit die Zukunft Österreichs liegt, waren ergebnislos. Wir haben daraus für uns selbst die Konsequenzen zu ziehen, allerdings in einer anderen Weise, als es unsere Gegner tun. Nicht rückblickend, sondern aus den Fehlern der Vergangenheit lernend und die Gefahr der Zukunft richtig erkennend, müssen wir unserer Partei jene Form geben, die imstande ist, das Vertrauen, das uns die Wähler Österreichs im November 1945 gegeben haben, auch zu rechtfertigen. Wollen wir unserer Partei die richtige Organisationsform geben, um sie für heute und morgen lebensfähig zu machen, dann müssen wir zuerst einen kurzen Blick zu den beiden anderen demokratischen Parteien tun.

Die Kommunistische Partei, geführt in der überwiegenden Mehrheit, soweit ihre wirklichen Führer überhaupt der Öffentlichkeit bekannt sind, von Männern, die die letzten zehn Jahre in der Emigration verbracht und mit dem Wunsche nach Österreich zurückgekehrt sind, hier nunmehr jene dominierende Rolle zu spielen, die sie in der Emigration meist nicht innegehabt haben.

Daß das österreichische Volk für das Programm dieser Partei nicht sehr viel übrig hatte und das Zeitalter der Versprechungsprogramme bereits über-

wunden l
deutig be
der Kom
zogen. Ru
haben, da
nicht Pol
intellektu
eine Pfla
Mann em
Kommuni
sich in ke
vor ihren
lenkt, wir
parat auf
von den
dürften, d
Moment o

Die Soz
eine Part
publik me
der Oppo
der Regie
populäre
ist eben e
von der S
Die Unpo
der dema
sich bring
Recht ist,
sation we
Gliederun
wenn es o
notwendig
leicht die
sucht jede
durch Zug
große Stä
ihrer Fun
ben, und
ihren don

wunden hat, hat ja der Wahlausgang klar und eindeutig bewiesen. Seit den Wahlen hat sich innerhalb der Kommunistischen Partei eine Umschichtung vollzogen. Ruhige und vernünftige Elemente, die erkannt haben, daß man mit Demagogie allein auf die Dauer nicht Politik machen kann, wurden zum Teil durch intellektuelle Elemente ersetzt, die im Radikalismus eine Pflanze sehen, die unter Umständen auch ihren Mann ernähren kann. Die politischen Methoden der Kommunistischen Partei in Österreich unterscheiden sich in keiner Weise von jenen der Nazi, wie diese sie vor ihrem Verbot betrieben haben. Von irgendwo gelenkt, wird auf das schärfste zentral geleitet ein Apparat aufgebaut, mit Beträgen finanziert, die kaum von den 150.000 Mitgliedern aufgebracht werden dürften, der in der Lage sein soll, im entscheidenden Moment die entscheidende Rolle zu spielen.

Die Sozialistische Partei leidet darunter, daß es für eine Partei, die durch viele Jahre in der ersten Republik meist aus parteipolitischen Gründen die Rolle der Opposition gespielt hat, schwer ist, plötzlich in der Regierung zu sitzen und manchmal auch für unpopuläre Gesetze die Verantwortung zu tragen. Es ist eben ein Unterschied, ob man irgend eine Sache von der Straße aus oder vom Balkon aus beobachtet. Die Unpopularität, die dieses Verantworten auf Grund der demagogischen Hetze der KPÖ für die SPÖ mit sich bringt, versucht die SPÖ, wie es auch ihr gutes Recht ist, durch systematischen Ausbau ihrer Organisation wettzumachen. Sie hat dabei die bündische Gliederung der ÖVP übernommen, sie wird sogar, wenn es der Kreis, zu dem man gerade spricht, für notwendig erheischt, religiöser als es ehemals vielleicht die christlichsoziale Partei gewesen ist, sie versucht jeden Weg, um den Abgang auf der einen Seite durch Zugang auf der anderen wettzumachen. Ihre große Stärke liegt einerseits in der Opferbereitschaft ihrer Funktionäre, für die Partei das Letzte zu geben, und andererseits in der Tatsache, daß sie durch ihren dominierenden Einfluß im Gewerkschaftsbund

und in den Arbeiterkammern ein Instrument in der Hand hat, mit dem sie, da diese beiden Institutionen meist nur die fordernden Teile sind, die Masse dirigieren, beeinflussen und, wenn es geht, auch mit Materiellem, mögen es nun Schuhe oder Zigaretten sein, zu gewinnen versucht. Daß die Sozialistische Partei nur ein Ziel kennt, die stärkste Partei im Lande zu werden und damit alle jene Kräfte auszuschalten, die nichtmarxistisch sind, kann für niemanden von uns außer Zweifel stehen. Welche Wege man unter Umständen dazu zu gehen bereit ist, zeigt Ihnen ja der Ausspruch aus der Sozialistischen Monatszeitschrift, der wörtlich lautet: „Wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, diese große Revolution unblutig durchzuführen. Das wird nicht von uns allein abhängen.“

Wir nehmen diese Auffassung zur Kenntnis. Da wir aber eines wissen, daß das österreichische Volk in seiner überwiegendsten Mehrheit bis weit hinein in die Wähler der Sozialistischen Partei von Kampf und Blut mehr als genug hat, Parteiuniformen jeglicher Art ablehnt und die Demokratie in der zweiten österreichischen Republik nicht durch die Straße, sondern nur durch den Stimmzettel entschieden werden kann, wollen wir die Antwort im richtigen Aufbau unserer Partei und in der richtigen Arbeit unserer Funktionäre und in der besten Pflichterfüllung unserer Mandatare geben.

Und nun zu uns selbst.

Der Wahlerfolg am 25. November hat die Gründung der Partei und die in den ersten sieben Monaten geleistete Arbeit voll gerechtfertigt. Unser einheitliches Auftreten, die klare Abgrenzung: hier steht das nichtmarxistische Österreich, unsere jedem Rachegefühl abholde Stellungnahme in der Nationalsozialistenfrage, die klare Betonung von Recht und Unrecht, von Mein und Dein, haben uns zur stärksten Partei, die es je in Österreich gegeben hat, gemacht.

Wenn der damals designierte Bundeskanzler, der Bundesparteiobmann unserer Volkspartei, am Abend des Wahltages erklärt hat, nur ein Tag darf der Ruhe gegönnt sein und dann wieder rastlos an die Arbeit, so hatte er mehr als recht. Die heutige Zeit ist nicht dazu angetan, auf Lorbeeren auszuruhen.

Am 25. November haben 1,602.000 Wähler der Österreichischen Volkspartei das Vertrauen ausgesprochen und so erhielt sie 85 Nationalratsmandate. Bündisch gesehen ergaben sich

für den Arbeiter- und Angestelltenbund	33 Mandate,
für den Bauernbund	34 Mandate,
für den Wirtschaftsbund	18 Mandate.

Für die Erlangung eines Nationalratsmandates waren im Durchschnitt 18.800 Stimmen nötig. Es würden demnach von den abgegebenen Stimmen bei Berücksichtigung der Aufteilung der Mandate auf den

Arbeiter- und Angestelltenbund	622.000 Stimmen,
Bauernbund	641.000 Stimmen,
Wirtschaftsbund	339.000 Stimmen

zu verrechnen sein. Die gegenwärtige Mitgliederzahl aller drei Bünde beträgt derzeit 650.000. Die Differenz setzt sich also aus Nichtmitgliedern oder Mitgliedern, die keinem der Bünde angehören, zusammen. Die Mitgliederstände der einzelnen Bünde waren mit dem Stichtag vom 1. April 1947

Arbeiter- und Angestelltenbund	128.000,
Bauernbund	435.000,
Wirtschaftsbund	77.000.

Die Partei hat somit mit Stichtag vom 1. April 1947 40,5 % der bei den Wahlen am 25. November abgegebenen Stimmen organisatorisch erfaßt. Weit aus erster Stelle steht hier der Österreichische Bauernbund. Ländermäßig gesehen steht Niederösterreich mit 65,6 % an erster Stelle am Ausbau unserer Organisation. Es folgen Burgenland, Tirol und Oberösterreich mit mehr als 41 %. Der Durchschnittsprozent-

satz von 40,5 % stellt eine Höchstleistung dar, die jemals von einer nichtmarxistischen Partei in oder außerhalb Österreichs erreicht wurde. Zu diesen organisatorisch erfaßten Mitgliedern kommen noch mehr als 200.000, die in unseren Zweckverbänden erfaßt sind, dazu. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß in der Österreichischen Jugendbewegung heute bereits mehr als 40.000 junge begeisterte österreichische Menschen erfaßt sind, die der Partei eine ständige Bluterneuerung garantieren.

Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um namens des heutigen Bundesparteitages den vielen Tausenden kleiner Funktionäre in Stadt und Land, den Funktionären der Partei, der Bünde, der angeschlossenen Zweckverbände, herzlichst dafür zu danken, daß sie trotz der Ungunst der Zeit durch ihre Arbeit, die von Idealismus für unser Vaterland durchdrungen ist, die Volkspartei zu einer so beachtlichen, und das wollen wir ganz besonders betonen, unüberwindlichen und nicht mehr wegzudenken Organisation gemacht haben. Die Schwierigkeiten, die unsere kleinen Funktionäre zu überwinden haben, sind mannigfaltig. Daß ihre Arbeit von der Gegenseite nicht gefördert, sondern daß hier Schwierigkeiten noch und noch gemacht werden, ist selbstverständlich. Weniger verständlich und daher in Zukunft unter allen Umständen zu vermeiden ist die vielfache Verständnislosigkeit, auf die der kleine Funktionär stößt, wenn er sich mit seinen Wünschen an Mandatare der eigenen Partei oder an Institutionen, für die wir die Verantwortung zu tragen haben, weil wir dortselbst die Mehrheit besitzen, wendet. In Zukunft muß eine noch mehr harmonische Zusammenarbeit zwischen dem großen und für die Zukunft der Partei entscheidenden Apparat der Parteifunktionäre und den in der Parteiführung, im Bund und den Ländern sitzenden Mandataren gewährleistet sein. Nur dann, wenn das letzte Mitglied unserer Partei die Überzeugung hat, daß vom Kanzler bis zum letzten Kammermandatar die Partei entschlossen und gewillt

ist, se
ten, kö
für die
ler, Fu
ben da
datare
verlang
immer
manch
manch
nicht
lich ka
lig un
derung
und M
stehen
tig, we
dastehe
isten, g
kein P
Richtur
werden
als Sie,
Wenn
den Wi
Arbeit
dann n
Österre
ßen, n
Schild
sen Bau
Rot-We
außen,
Wenn
derung
getreter
habe, d
wirklich
Mitarbe
nen und

ist, seine sicherlich berechtigten Wünsche zu vertreten, können wir von ihm rast- und restlosen Einsatz für die Partei und unser Programm verlangen. Wähler, Funktionäre und Mitarbeiter unserer Partei haben das Recht, von der Parteiführung und ihren Mandataren in jeder Situation Klarheit und Offenheit zu verlangen. Die Sprache unserer Partei, sie möge immer offen und ehrlich sein, auch dann, wenn es manchmal unangenehm ist. Wir Österreicher sind manches gewohnt, aber eines wollen wir in Zukunft nicht mehr ertragen: Unklarheiten. Offen und ehrlich kann aber nur der sprechen, der persönlich völlig unantastbar, daher eine selbstverständliche Forderung all unserer Mitglieder, daß jeder Funktionär und Mandatar der Partei, gleichgültig, wo immer er stehen mag, gleichgültig, woher er kommt, gleichgültig, wen er zu seinen Freunden hat, sauber und rein dastehen muß. Für Nutznießer oder persönliche Egoisten, geldgierige Machtstreber, ist in unserer Partei kein Platz. Wenn wir diese Grundsätze nach jeder Richtung kompromißlos verfolgen und durchführen, werden wir auch aus dieser wirtschaftlichen Notzeit als Sieger herausgehen.

Wenn so gesehen das Schild unserer Partei, durch den Willen unserer Mitarbeiter gehärtet und durch die Arbeit geschmiedet, immer blitzblank und sauber ist, dann möge man gegen dieses die Volkspartei und Österreich schützende Schild Pfeile zu dritt abschießen, mit Sichel und Hammer einschlagen, dieses Schild wird halten, denn hinter ihm stehen geschlossenen Bauer, Bürger und Arbeiter, geeint durch das Rot-Weiß-Rot, das für uns keine Dekoration nach außen, sondern Erkennen aus dem Innern ist.

Wenn ich daher vor Wochen als Rufer einer Änderung der bisherigen Art des Listenwahlrechtes aufgetreten bin, so deshalb, weil ich die Überzeugung habe, daß, wollen wir die österreichische Demokratie wirklich dem Volke näherbringen und das Volk zur Mitarbeit heranziehen, die Wählerschaft im allgemeinen und die Wähler der Volkspartei im besonderen

einen stärkeren und wesentlicheren Anteil an der Auswahl der Mandatare in den Ländern und im Bund erfahren müssen, als es bisher der Fall gewesen ist, und weil weiters die Sachlichkeit, die für die Entwicklung unseres Staates von ausschlaggebendster Bedeutung ist, nur durch die Persönlichkeit und nicht den von irgend einer Stelle zentral geleiteten Schematismus der Partei gewährleistet ist. Wir werden Gelegenheit haben, uns ernstlich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wir wollen dem österreichischen Volke jene demokratische Form geben, die uns für alle Zukunft vor Fehlern der Vergangenheit schützt und es nie mehr zuläßt, daß Volk gegen Volk im eigenen Lande steht.

Es wird daher Aufgabe dieses ersten Parteitages sein, in den neun großen Ausschüssen, in denen die Vertreter aller Bundesländer, der Bünde und der Zweckverbände erfaßt sind, neben der einheitlichen Ausrichtung auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und politischem Gebiet auch der Partei jenes Parteistatut und ihr jene organisatorische Ausrichtung zu geben, die sie braucht, um für die Zukunft mit Erfolg bestehen zu können. Soll durch dieses neue Parteistatut der Wirkungsbereich der Bünde beengt, die Selbstverwaltung ihrer Organisation eingeschränkt werden? Nein. Es soll lediglich den Bünden, die berufsmäßig gegliedert sind, ihr Aufgabenkreis genau umschrieben werden, so daß das Zusammenwirken der Bünde untereinander und mit der Partei nicht von Zufälligkeiten oder den jeweiligen persönlichen Einstellungen der Funktionäre der Partei oder der Bünde abhängig ist. Es soll, kurz gesagt, ein klares, daher gesundes Verhältnis zwischen Partei und Bünden geschaffen werden. Die Bünde sollen mehr noch als es bisher der Fall war, sich der wirtschaftlichen Betreuung ihrer Mitglieder, den wirtschaftlichen Aufgaben und Problemen ihrer Berufsgruppen widmen. Die Koordinierung all dieser durch die Bünde vorgebrachten Wünsche und Forderungen kann und darf

jedoch ausschließlich durch den einheitlichen Faden der Partei gezeichnet sein. Die Bünde haben ihre wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, die Partei die politische. Und wenn Sie sich nicht der gegebenen Tatsache verschließen wollen, daß der einzelne Bund, auf sich allein angewiesen, bedeutungslos, in der Partei aber, mit den anderen Bündeln vereint, ein unüberwindlicher Faktor ist, dann werden Sie mir zustimmen müssen, wenn ich Ihnen sage, daß dieser Parteitag und insbesondere die Beratungen der Ausschüsse nur zu einem Resultat kommen können, daß die Partei allein es ist, die unmittelbar und auf weite Sicht den Wünschen der Bünde Rechnung tragen und sie verwirklichen kann.

Es wäre falsch und würde der Mentalität der bürgerlichen Parteien vor 1933 entsprechen, wollten auch wir den Fehler begehen, vom Gesichtspunkte des zentralen Schreibtisches aus die Partei zu führen.

Die Volkspartei ist nicht nur föderalistisch in dem Sinne, daß sie der Tradition und der Selbstverwaltung der einzelnen Bundesländer Rechnung trägt, sie muß auch innerhalb ihrer eigenen Organisation so demokratisch sein, daß nicht die Meinung einzelner führender Funktionäre allein den Ausschlag geben darf, sondern die Formung der Partei muß von unten nach oben und darf nie von oben nach unten erfolgen, d. h. wir haben die Pflicht, die Partei so zu gestalten, zu organisieren und auszubauen, wie es die Tausende von kleinen Funktionären und Mitarbeitern in Stadt und Land aus der Erfahrung und Erkenntnis der Stimmung der Wähler heraus wünschen und vorschlagen. Ich rede sehr offen, und gerade in dieser sachlichen Offenheit gegenüber Freund und Feind sehe ich für jetzt und für die Zukunft den Erfolg unserer Partei begründet und man nehme dies zur Kenntnis: Ich bin ein erklärter Gegner von Scheuklappen, und wo ich eine Gefahr sehe, trete ich ihr so entgegen, daß sie endgültig beseitigt wird, auch wenn dabei einige Sessel umfallen könnten. Es er-

gibt sich folgende Tatsache: Der Kreis der Mandatäre und zum geringen Teil auch der Funktionäre, die bereits vor 1938 im politischen Leben gestanden, neigt mehr zur Abkapselung der Bünde, sei es aus Gewohnheit, sei es, weil man fürchtet, ein anderer organisatorischer Weg könnte auch zur Auffassung neuer Ansichten von den Pflichten und Aufgaben eines Mandatärs führen. Der weitaus größte Teil der jungen Generation unserer Partei aber will eindeutig und nachdrücklich eine stärkere und sehr starke Betonung des Primats der Partei auf allen Gebieten. Wenn wir uns mit Recht als eine neue und junge Partei bezeichnen wollen, so dürfen wir keine Vogel-Strauß-Politik betreiben und an diesen, mit elementarer Wucht der jungen Generation pochenden und, wie ich glaube, nicht unberechtigten und meist von sehr viel Idealismus getragenen Wünschen vorbeigehen. Wir haben die Pflicht, dieser jungen Generation weit die Tore zu öffnen. Ein stures Nein, das sachlich durch nichts gerechtfertigt wäre, würde das Vertrauen, das Hunderttausende von Wählern und insbesondere Zehntausende von Heimkehrern in uns setzen, nicht rechtfertigen. Aufgabe der Führung muß es sein, das Beharrungsvermögen von gestern mit der Schwungkraft von heute zu einem richtigen Stoßkeil für morgen zu formen. Von diesem Gedanken ist auch das neue Parteistatut, das dem Ausschuß vorgelegt werden soll, getragen. Wenn ich Sie schlagwortartig mit einigen wesentlichen Punkten dieses neuen Statuts bekannt machen will, so möchte ich nur jene Punkte herausgreifen, die neu sind und die einer Beratung bzw. einheitlichen Fassung bedürfen. In allen anderen Punkten herrschte von vorneherein volle Übereinstimmung und Klarheit.

Frauenbund: Die Frau spielt in Österreich im allgemeinen und als Wählerin der Volkspartei im besonderen eine hervorragende Rolle. Die Bedeutung der Frau für das politische Leben der nichtmarxistischen Parteien wurde vor 1933 vollkommen und auch

her
die
vor
für
nun
me
Fra
doc
me
Fal
der
abg
der
auc
als
in
Fra
Es
gan
gro
eige
stel
Fra
der
in
in
erg
Mar
U
treu
und
scha
verl
Uni
und
sein
wird
die
der
sch

heute noch zum Teil verkannt. Daß gerade die Frau, die in den letzten Jahren viel erlebt und erlitten, vor allem aber auch viel gesehen und gelernt hat, für die Volkspartei ihre Stimme abgibt, darf nicht nur als eine eben feststehende Tatsache hingenommen werden. Die Tatsache, daß wesentlich mehr Frauen als Männer für die ÖVP stimmten, muß uns doch zur Überzeugung bringen, daß wir der Frau mehr Bedeutung schenken müssen, als es bisher der Fall war. Mit der geistigen Erfassung oder Betreuung der Frau, wie wir sie bisher handhabten, ist es nicht abgetan. Wir müssen, wollen wir in der Organisation den anderen Parteien nicht nachstehen, darangehen, auch die österreichische Frau, soweit sie nicht bereits als berufstätige Frau in einem der Bünde erfaßt ist, in unserem Frauenbund, der zu einer organisierten Frauenbewegung ausgebaut werden muß, zu erfassen. Es wird daher, wenn der Parteitag dieser neuen Organisationsform seine Zustimmung gibt, ein neuer großer Magnet der Volkspartei, ausgestattet mit einer eigenen Organisation, einem eigenen Sprachrohr entstehen, der die Aufgabe zu erfüllen hat, nicht nur jene Frauen, die uns bereits wählten, für die Mitarbeit in der Partei zu gewinnen, sondern der darüber hinaus in besonderer Mission über das Herz der Frau auch in das politische Denken des bisher dem Marxismus ergebenen oder ihm sympathisch gegenüberstehenden Mannes eindringt.

Unsere österreichische Jugend: Die religiöse Betreuung muß ausschließlich Sache der Kirchen sein und bleiben. Die sportliche, kulturelle und gesellschaftliche Betreuung der Jugend soll unseren Zweckverbänden, der Österreichischen Sport- und Turn-Union, der wir für ihre bisherige Arbeit Dank sagen, und dem Österreichischen Alpenverein, überlassen sein. Aufgabe der Österreichischen Jugendbewegung wird es sein, jene reife Jugend beiderlei Geschlechts, die erkennt, daß auch ihre Zukunft nicht zuletzt von der politischen Entwicklung abhängt, zu erfassen, zu schulen und sie zu politisch reifen Menschen zu er-

ziehen. Wenn ich bei dieser Gelegenheit den Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen der Volkspartei, mit ihrem Obmann Fleischmann an der Spitze, heute herzlichen Dank sage, daß sie in rastlosester Arbeit ihre Betreuungspflicht erfüllt und Zehntausenden von Heimkehrern auch den richtigen Weg gezeigt haben, so möchte ich doch — auch hier wieder mit sachlicher Offenheit — eines sagen: hüten wir uns davor, aus den Heimkehrern einen Beruf zu machen, sehen wir vielmehr, auch vom parteimäßigen Standpunkt aus, unsere Aufgabe darin, dem Heimkehrer den Weg ins bürgerliche Leben zu ebnen, ihm Existenz und Familiengründung zu ermöglichen und ihm im Rahmen unserer Partei die Chance zu intensivster Mitarbeit zu geben. Darunter verstehe ich die Möglichkeit, dem Heimkehrer nach seinem Können und seinen Fähigkeiten den Weg auch zu den höchsten Parteifunktionen frei zu machen.

Das vom Österreichischen Frauenbund und der Österreichischen Jugendbewegung ausgearbeitete Statut soll ebenfalls in Übereinstimmung mit dem neuen Parteistatut einer endgültigen Redigierung und Genehmigung unterzogen werden.

Nun zu einigen Punkten, die im Parteistatut neu aufscheinen oder einer Änderung unterzogen werden sollen. Ich gehe von dem Standpunkt aus, daß weder die bisherige Art der Auswahl und der Aufstellung der Kandidaten für die gesetzgebenden Körperschaften parteimäßig noch vom Standpunkt der bisherigen allgemeinen Wahlordnung aus gesehen sehr demokratisch ist. Wir erleben heute vielfach die Tatsache, daß Arbeitstempo und ideenmäßige Einstellung der vielen Tausende von kleinen Funktionären in Stadt und Land mit denen so mancher Mandatäre in Bund und Ländern nicht ganz übereinstimmen. Es ist selbstverständlich, daß dort oder da immer wieder Kritik geübt werden wird. Wenn diese Kritik jedoch sich nach einer ganz bestimmten Linie von allen Seiten abzeichnet und verdichtet, so ist man verpflichtet,

der Ursache dieser Kritik nachzugehen. Es ergibt sich nun die Tatsache, daß bei einem Großteil unserer Funktionäre, die die undankbare Kleinarbeit, von der letzten Endes jeder Wahlerfolg abhängt, zu leisten haben und an deren Ohr auch all die vielen Klagen und Wünsche der Jetztzeit herantreten, sich der immer stärkere Drang durchsetzt, mehr als bisher auch zu verantwortungsvoller Arbeit herangezogen zu werden. Und das ist auch richtig, denn: aus welchen Reihen sollte in Zukunft der Mandatar genommen werden, wenn nicht aus den Reihen dieser braven, unermüdlichen, vom Idealismus getragenen kleinen Funktionäre der Partei. Vom Wähler zum Parteimitglied, vom Mitarbeiter zum Funktionär und vom Funktionär zum Mandatar, das ist der richtige Weg, denn dann und nur dann haben wir die Garantie, daß der Mandatar auch weiß, durch wen er Mandatar geworden, wem er verantwortlich ist und für wen er zu arbeiten hat. Dann gibt es keinen vermauerten Horizont und kein Überdenwolkenweben mehr, dann erledigt sich die Kritik von selbst. Es ist daher im neuen Parteistatut vorgesehen, daß Parteimitglieder, die sich zu besonders intensiver Mitarbeit in der Partei, den Bünden und den Zweckvereinigungen verpflichten, als Mitarbeiter bei den zuständigen Parteistellen geführt werden.

Ein besonderes Kapitel in unserer Partei bilden die finanziellen Mittel. Da wir, Gott sei Dank, auf dem Standpunkte stehen, daß die für die Erhaltung eines kleinen, aber guten Parteiapparates notwendigen Geldmittel nur aus dem eigenen Lande und hier nur wieder von den eigenen Mitgliedern aufgebracht werden dürfen, muß auch hier, wenn nicht eine stärkere, so doch hundertprozentige Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen der Bünde gegenüber der Partei gefordert werden. Es ist unhaltbar, daß sich die wirtschaftlich und finanziell bessergestellten Kreise, deren Existenz letzten Endes nur von der Stärke der Gesamtpartei abhängt, in ihren Beiträgen gegen-

über der Partei eine Reserve auferlegen, die von Solidarismus innerhalb der Partei noch sehr wenig durchdrungen ist. Auch in dieser Frage hoffe ich, daß die vorstehende Notwendigkeit zur Einigung führen wird. Wenn wir von jedem Mandatar und Funktionär unserer Partei reine Hände und absolute Sauberkeit verlangen, unsomehr haben unsere Parteimitglieder und unsere Wähler das Recht, von der Partei dasselbe zu verlangen. Die Gebarung der Bundesparteileitung für das Jahr 1946 wurde daher auch durch die Finanzprüfungskommission, der neben zwei Mitgliedern des Obersten Rechnungshofes auch ein Mann der Wirtschaft angehört, genauest überprüft und das Ergebnis dieser Überprüfung wird dem Hohen Parteitag auch zur Genehmigung vorgelegt. Das neue Parteistatut sieht aber neben dieser Überprüfung, die auch mit einer Überprüfung der Zweckmäßigkeit des Organisationsapparates der Bundesparteileitung verbunden sein muß, auch eine solche der Landesparteileitungen vor. An dem bisherigen Aufbau der Partei, von der Ortsgruppe bis zur Bundesparteileitung, werden keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen. Auch die Zusammensetzung des obersten Forums der Partei, die des Bundesparteitages, soll im bisherigen Umfange beibehalten bleiben. Die große Linie der Partei in allen Fragen, die Linie, an die sich alle Mandatare in Bund und Land zu halten haben, kann und darf nicht von irgend einem kleinen Kreis bestimmt werden, sondern diese Linie festzulegen soll in Zukunft, mehr noch als es bisher der Fall war, durch das große Forum des Bundesparteitages erfolgen.

Die Bundesparteileitung, die Beauftragte des Bundesparteitages, soll insoferne eine Erweiterung erfahren, als neben dem Präsidium der Partei, den Landesparteiobmännern, nunmehr auch die Vertreter des Frauenbundes, der Jugendbewegung und der Obmänner der Klubs der ÖVP dem National- und Bundesrat angehören sollen.

Der Notwendigkeit, möglichst viel neue und junge

Kräfte führen u
rer Man
schränke
der besa
Mandate
Person
und nur
bzw. Bu
einer sol
spruch a
zu Gunst
überweis

Das wi
für die
derungs
gänzung
die Orga
schen Vo

Nun ne

So seh
lung, Bef
rein sach
sehr mü
Grundsät
soll, die
in dieser
ten Gelte

Ein off
selbst. V
Sachlichk
den Weg
hast und
litischer
von der
ner politi
leihen. W
Frage de

Kräfte der Partei an verantwortlicher Stelle zuzuführen und die Möglichkeit der Kumulierung mehrerer Mandate auf das allernotwendigste Maß zu beschränken, dient ein neuer Passus des Parteistatuts, der besagt, daß die Besetzung mehrerer öffentlicher Mandate in gesetzgebenden Körperschaften durch eine Person nur im Falle unbedingtester Notwendigkeit und nur mit ausdrücklicher Bewilligung der Landes- bzw. Bundesparteileitung erfolgen darf. Im Falle einer solchen Vereinigung hat der Mandatar nur Anspruch auf einen Bezug. Die übrigen Bezüge hat er zu Gunsten der Landes- bzw. Bundesparteileitung zu überweisen.

Das wären die wesentlichsten, aber wie ich glaube, für die Zukunft der Partei nicht unwichtigen Änderungsanträge des neuen Parteistatuts, dessen Ergänzung in einer neuen Geschäftsordnung auch für die Organe und die Schiedsgerichte der Österreichischen Volkspartei gefunden werden sollen.

Nun noch ein Wort zur

Personalpolitik.

So sehr wir den Standpunkt vertreten, daß Bestellung, Beförderung des österreichischen Beamten nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu erfolgen hat, so sehr müssen wir uns dagegen wehren, daß dieser Grundsatz nur für jene Beamte Anwendung finden soll, die gesinnungsgemäß der ÖVP nahestehen. Auch in dieser Frage muß gleiches Recht nach beiden Seiten Geltung haben.

Ein offenes Wort aber auch an die Beamtenschaft selbst. Willst du, daß ausschließlich Können und Sachlichkeit entscheidet, dann erkenne rechtzeitig den Weg, den du auch gesinnungsmäßig zu gehen hast und falle ja nicht in den Fehler, daß du aus politischer Furcht, im Gegensatz zu deinen Kollegen von der anderen Seite, nicht den Mut aufbringst, deiner politischen Überzeugung offen Ausdruck zu verleihen. Wir von der Volkspartei müssen auch in der Frage der Personalpolitik zumindest dieselbe klare

und eindeutige Haltung und Stärke beweisen, wie es insbesondere die Sozialistische Partei überall dort tut, wo sie die Möglichkeit, ob berechtigt oder nicht berechtigt, dazu hat. Wir sind nach wie vor gegen eine Verpolitisierung, besonders aber gegen eine Verpolitisierung nach der Richtung, daß ausschließlich das Parteibuch über Wohl und Wehe und über die Zukunft des Beamten zu entscheiden hat. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wollen wir auch hier gelernt haben und es soll nicht mehr der Beamte zum Sündenbock der Fehler, die die politischen Parteien begehen, gemacht werden. Den verantwortlichen Parteimandataren in Bund und Land kann daher anlässlich des heutigen Parteitages nur eines gesagt werden: gehen Sie auch in der Beamtenfrage einen klaren, eindeutigen, geraden und vor allem starken Weg.

Ich habe Ihnen in großen Zügen einen Bericht über die Partei und ihre Organisation erstattet. Gestatten Sie mir, daß ich zum Schluß noch einiges Grundsätzliches hinzufüge. Wir sind in diesen bedeutungsvollen Tagen zusammengetreten, um Rechenschaft über unsere Arbeit abzulegen und wir geben diesen unseren Rechenschaftsbericht nicht hinter verschlossenen Türen, sondern, wie die Anwesenheit in- und ausländischer Journalisten in der heutigen Plenarsitzung beweist, in aller Öffentlichkeit. Es würde uns nur freuen, wenn auch die anderen Parteien diesem Beispiel folgen würden. Unsere Gegner werfen uns immer vor, wir hätten kein Programm; in der Tat — es gibt einen Sozialismus, einen Kommunismus, aber keinen Volksparteiismus, und wir haben nicht die Absicht uns zu ismisieren, denn von diesem Augenblick an würde unser Programm erstarrten, systemisieren und seine Elastizität verlieren. Wir sind die Partei, deren Weltanschauung die Moral, deren Träger das Volk und deren Dogma die unbedingte Demokratie ist.

Jede andere Partei, die dies von sich behaupten

kann, soll uns als Freund willkommen sein. Unsere Partei beruht auf der bündischen Gliederung. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, auf welchem Sektor des Erwerbs sie sich immer befinden, finden in unserer Partei ihre Interessen vertreten, und anstatt die Interessen des einen und des anderen auszuspielen und die beiden Teile gegeneinander aufzuhetzen und zu Feinden zu machen, stimmen wir die Interessen des Gesamtvolkes nach dem altbewährten Grundsatz „Leben und leben lassen“ aufeinander ab. Und wer glaubt, in der Jetztzeit aus Selbstsucht oder Eigennutz aus der Reihe tanzen zu können, der möge sich nach einem geeigneten Ismus umsehen oder aber eine neue Partei gründen. Nicht die Bünde regieren die Partei, sondern die Partei ist es, die als letzte Instanz über den Bünden steht, denn sie allein trägt dem Staate und dem Volke gegenüber die Verantwortung. Wenn die anderen Parteien den Vorteil haben, daß sie auf einer längeren Vergangenheit weiterbauen können, so haben sie aber auch den Nachteil, daß die Ziegel, die sie zum Bauen verwenden, entweder Altmaterial sind oder den Stempel ausländischen Ursprungs tragen und daß daher die Ziegel, was immer sie auch bauen, nach einer vorbestimmten Richtung gelegt werden müssen, so daß mit dem Grundriß auch schon bekannt wird, wie der Neubau aussehen muß. Denn hier handelt es sich um Systembauten. Was uns betrüblich erscheint ist nur, daß man mit Vorliebe auf Grundstücken baut, deren Häuser sie vorerst abbrechen müssen und daß sie infolge ihrer weitverzweigten, über das eigene Vaterland hinausgehenden Organisation oft Dachziegel nach auswärts liefern, bevor noch die eigenen Häuser gedeckt sind. Die ÖVP, die aus den Bünden hervorgegangen ist, baut auch Häuser — große und kleine —, aber jeder Baustein wird im Inlande erzeugt und inländische Baumeister sind am Werk, denn der unumstößliche Programmpunkt der Volkspartei heißt „Österreich“. Es gibt kein Parteinteresse, welches wir vor Österreich stellen

könnten und deshalb heißen wir auch Österreichische Volkspartei. Es ist uns deshalb nicht gleichgültig, was im Auslande parteimäßig vorgeht, im Gegenteil, wir haben erst in der jüngsten Zeit engeren Kontakt mit befreundeten Parteien im Auslande aufgenommen und wir werden schon in naher Zukunft diesen Kontakt weiter festigen und stärken, aber — und dies ist das Wesentliche — wir werden uns nie und nimmer von irgend einer Partei im Auslande, und sei sie noch so wesensverwandt, Richtlinien geben oder Vorschriften machen lassen, was wir in Österreich zu tun haben. Wir verkaufen weder unsere österreichische Ehre noch lassen wir uns durch Druck, von welcher Seite er auch kommen mag, für fremdländische Interessen einspannen. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind für jede internationale Zusammenarbeit, die dem Frieden, der Hebung der Kultur, des sozialen Niveaus und der Wirtschaft dient.

Es ist wahr, die Österreichische Volkspartei ist arm an Schlagworten, aber dafür hat sie umso mehr Schlagkraft, denn die Österreichische Volkspartei ist eine junge Partei, auch dann, wenn es unsere Gegner nicht wahrhaben wollen, und etwas Junges ist elastisch, agil und, wie schon gesagt, schlagkräftig! Während die Linksparteien von der Verdauung der alten theoretischen Ideen ihr Dasein fristen, sie von Zeit zu Zeit neu auffrisieren und ihren Anhängern eintönige Konservennahrung bieten, erlauben wir uns schmackhafte Frischkost auf den Tisch zu bringen und die Probleme so zu beleuchten, wie sie sind, und so anzupacken, wie es im Interesse des gesamten Volkes und nicht einer bestimmten Klasse am zweckmäßigsten ist.

Ich will nicht behaupten, daß die Österreichische Volkspartei keine Fehler aufzuweisen hätte, ganz im Gegenteil, einer unserer Fehler zum Beispiel ist, daß wir die Werbung für unsere Ideen nicht in dem Maße durchgeführt haben, wie es vielleicht notwendig ge-

wesen
beste C
wenn e
sichert,
holen,
über ei
schrift
am nä
zwei S
kleben.
auf se
sätze, d
haben v
partielle
Verstän
auf der
anderen

Wir v
unabläs
schenre
zu nehn
für die
Mechani
kennen
Staates
des pos
ren und
Wir we
nehmen
Musterk
rikatur

Und r
und der
Frieden

Die Ö
Vorwurf
flußreich
heit verj
serem V
Grenzen

wesen wäre. Es ist nun schon einmal so, daß der beste Gedanke nicht zum Durchbruch kommen kann, wenn er nicht propagiert wird. Aber seien Sie versichert, was wir versäumt haben, werden wir nachholen, und wenn in Zukunft auf einer Plakatsäule über eines unserer Plakate ein Streifen mit der Aufschrift „Austrofaschisten“ geklebt wird, dann werden am nächsten Morgen über das Plakat des Gegners zwei Streifen mit der Aufschrift „Linksfaschisten“ kleben. Vielleicht besinnt sich dann der Gegner eher auf seine vielgepredigten demokratischen Grundsätze, die er allerdings nur gerne dort verwirklicht haben will, wo er nicht absolute Macht hat. Für eine partielle Demokratie aber haben wir ebenso wenig Verständnis, wie etwa für die Verproletarisierung auf der einen und den Staatskapitalismus auf der anderen Seite.

Wir wollen in Wort und Schrift unserem Volke unablässig vor Augen führen, was es heißt, die Menschenrechte nur für bestimmte Kreise in Anspruch zu nehmen und wir wollen nicht müde werden, wohl für die Mechanisierung der Betriebe, aber gegen die Mechanisierung des Menschen einzutreten. Wir erkennen die Familie als die heiligste Keimzelle des Staates an und wir werden verhindern, daß an Stelle des positiven Christentums volkszersetzende Irrlehren und unmenschliche totalitäre Doktrinen treten. Wir werden jenen falschen Aposteln die Maske abnehmen, die die Freiheit predigen und die in ihrem Musterkoffer bereits die zum Aufstellen bereite Karikatur der Freiheit mit sich führen.

Und nun komme ich zum letzten Programmpunkt, und der heißt: „Frieden“. Frieden nach außen und Frieden im Innern.

Die Österreichische Volkspartei darf sich keinen Vorwurf machen, durch ihre Minister und ihre einflußreichen Persönlichkeiten auch nur eine Gelegenheit verpaßt oder nicht alles getan zu haben, um unserem Vaterland den Frieden zu bringen, um unsere Grenzen endgültig zu sichern, um unsere Gefange-

nen heimzuführen und um uns wieder zum Herrn im eigenen Hause zu machen. Vielleicht wären wir schon weiter, wenn die Parteien, die sich auf ihre internationale Bindung soviel zugute tun, gleich wie wir gehandelt hätten. Vielleicht aber hatten sie höhere Weisungen, oder vielleicht taten sie es deshalb nicht, weil der Chef der österreichischen Regierung zufällig der Österreichischen Volkspartei angehört. Wie dem auch sei, wir werden nicht müde werden, um die Freiheit und den Frieden für unser Österreich zu arbeiten. Ebenso wichtig wie der Frieden nach außen, ist der Friede im Innern. Wir kennen keinen Haß gegen unsere politischen Gegner von heute, und wenn es nach uns ginge, würde sich der Parteikampf in sachlichen Auseinandersetzungen bewenden lassen. Wir kennen weder Haß noch Rache für diejenigen, die zu einer anderen Zeit keine österreichische Gesinnung an den Tag legten, und dies ist auch der Grund, warum wir gerade in der Frage der Nationalsozialisten-Mitläufer den Maßstab von Schuld angelegt wissen wollten. Ich habe gesagt, wir wollen den Frieden, und die Versöhnungsbereitschaft ist ein integrierender Bestandteil des Friedens. Wollen wir alle so handeln.

„Laßt uns alle Hand anlegen am Pfluge der Österreichischen Volkspartei, laßt uns nur den besten Samen in die Furchen streuen und laßt uns den Herrgott bitten, daß er unsere Saat segne und sie ausreifen lasse zu einem freien, glücklichen Österreich!“ (Tosender Beifall.)

Vorsitzender Min. a. D. Ing. Schumy dankt dem Referenten namens des Parteitages und gibt bekannt, daß insoferne eine Umstellung des Programmes erfolgt, als Frau

Präsidentin NR Prof. Dr. Nadine Paunovic

zunehmend das Referat „Das Forderungsprogramm der Österreichischen Frauenbewegung“ halten wird. Frau NR Dr. Paunovic führt aus:

„Bevor ich auf das Forderungsprogramm der Österreichischen Frauenbewegung eingehe, möchte ich einige grundsätzliche Feststellungen machen. Die Österreichische Frauenbewegung, die sich innerhalb der Volkspartei entfaltet und entwickelt und immer neue Arbeitsgebiete zur Betreuung bekommt, hat jene zwei Gedanken zur Grundlage, die jeder Frauenbewegung vorangehen. Der erste grundlegende Gedanke ist, daß die schöpferischen mütterlichen Kräfte in der Frau aktiviert werden müssen im Dienst an der Familie und im Dienst am Volke. Der zweite Grundgedanke wurzelt in der Tatsache, daß das Leben auf Polarität aufgebaut wurde, daß Gott die beiden Geschlechter in die Welt gestellt hat und ihnen vom Anbeginn der Menschheitsgeschichte gemeinsam den Auftrag gegeben hat: „Macht euch die Erde untertan.“ Mann und Frau sind berufen, Kultur zu gestalten, dem Leben zu dienen, wobei allerdings ein jeder mit einer anderen Funktionsaufgabe ausgestattet ist. Die Wesenheit des Mannes erschöpft sich in dem ewigen Ausgleich zwischen Kraft und Stoff. Er drückt seinem Werk sein Antlitz auf, er bemüht sich, in der Selbsterhaltung seiner Persönlichkeit den hingebenden Dienst an der Gemeinschaft zu leisten.

Anders die Frau. Die Frau ist die Mutter, ganz gleich, ob sie ein eigenes Kindlein im Arm hält oder als Mutter für viele dasteht und stets zu schenken hat aus dem Reichtum und der Fülle ihrer Frauenpersönlichkeit. Die Welt der Frau ist das „Du“, die Funktion der Frau ist der selbstlose Wille, die bereite Hingabe an das Werk, an die Aufgabe, die Gott der Frau gestellt hat. Aus diesen zwei grundlegenden Gedanken ist die Frauenbewegung überhaupt entstanden. Und wenn sie in der Folge Irrwege gegangen ist und wenn sie Formen und Gestalten angenommen hat, die uns vielleicht abstoßen, dann nur deshalb, weil sie die ursprünglichen Gedanken Gottes verlassen hat.

Nach dem, was ich gesagt habe, gliedert sich auch das Forderungsprogramm der Österreichischen

Frauenbewegung in folgende drei Teile. Ich will Sie nicht mit Einzelheiten aufhalten, sondern möchte Ihnen nur das Wesentliche kurz zur Kenntnis bringen, da die Zeit sehr vorgeschritten ist. Das erste ist die Familie, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß jeder Wiederaufbau illusorisch ist, wenn die Grundzelle des Staates, die Familie, krank an der Wurzel und am Mark ist. Die Tatsache der vielen Ehescheidungen, der Eheerrüttungen, der sinkenden Familienmoral und der Moral unseres Volkes im allgemeinen hat große Bedrängnis und Sorge erweckt. Wir wollen, daß die Familie geschützt werde, daß gerade die kinderreiche Familie nicht mit Sorgen belastet werde und sind daher der Ansicht, daß die Kinderbeihilfe so bald als möglich aktiviert werden muß, und zwar in der Form, wie es Nationalrat Pius Fink in seiner Gemeinschaftsrente vorgesehen hat. (Beifall.) Der kinderreichen Familie muß auf alle Fälle geholfen werden, und zwar tatkräftig und sofort. Sei es nun in wesentlichen Steuererlässen, sei es in der Bemühung, durch Stipendien die Berufsausbildung gerade der kinderreichen Familien nicht zur quälenden Sorge werden zu lassen.

Wir verlangen auch, daß der Schutz des keimenden Lebens ernst genommen werde (lebhafter Beifall), daß endlich Schluß gemacht werde mit den Hintertüren, durch welche immer wieder, leider erfolgreich, der Versuch unternommen wird, das keimende Leben zu töten und das Herz der Mutter, den Körper der Mutter zur Gruft statt zur ewigen Quelle neuen Lebens zu machen. Wir bitten daher alle öffentlichen und privaten Stellen, in deren Interesse es liegt, gerade hier streng danach zu sehen, daß solche Methoden in unserem österreichischen Volk nicht weiter Platz greifen. (Beifall.)

Durch die Tatsache, daß eine Anzahl unehelicher Mütter in schwerem Schicksalskampf steht und die Sünden der Eltern meistens an den Kindern ausgehen, sind wir für eine erhöhte Befürsorgung und Betreuung in sittlicher, moralischer und wirtschaftlicher

Hinsicht
die Zeit
manchmal
von diesen
Standpunkt
Eltern ver

Wir sind
krankheiten
unser Fan
zu, daß d
fung mit
ten nicht
liegen tief
sittliche U
sittliche U
dieser Se
Volksbildu
suchen, un
und Tatkrä

Wir sind
kirchlichen
stehen, daß
Gott steht
empfindet
vor einem
persönlich
lich das St
weil sich
muß.

Wir sind
für die Mü
durch Erri
Fabrikkin
derreiche M
ohne dabei
Arbeitsleist
dem Stand
im Betrieb,
wo leistet
Familie zu

Teile. Ich will Sie
sondern möchte
ur Kenntnis brin-
ist. Das erste ist
Standpunkt stehen,
ch ist, wenn die
lie, krank an der
he der vielen Ehe-
der sinkenden Fa-
s Volkes im allge-
sorge erweckt. Wir
werde, daß gerade
it Sorgen belastet
t, daß die Kinder-
iert werden muß,
malrat Pius Finck
gesehen hat. (Bei-
nuß auf alle Fälle
tig und sofort. Sei
ssen, sei es in der
Berufsausbildung
nicht zur qualen-

utz des keimenden
(lebhafter Beifall),
e mit den Hinter-
, leider erfolgreich,
das keimende Le-
tutter, den Körper
rigen Quelle neuen
er alle öffentlichen
eresse es liegt, ge-
daß solche Metho-
Volk nicht weiter

Anzahl unehelicher
mpf steht und die
en Kindern ausge-
fürsorgung und Be-
und wirtschaftlicher

Hinsicht gerade der unehelichen Mütter. Wenn wir die Zeitungsberichte durchlesen, sehen wir, daß manchmal der bestialische Mord am Kinde gerade von diesen Kreisen ausgeht. Und wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Kind nicht büßen darf, was die Eltern verbrochen haben.

Wir sind für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die ebenfalls eine drohende Gefahr für unser Familienleben darstellen. Aber wir fügen hinzu, daß die rein biologische, medizinische Bekämpfung mit Film und populären Vorträgen und Schriften nicht genügt. Die Wurzeln zu dieser Volksseuche liegen tief in der Seele unserer Menschen. Durch sittliche Unterweisung und Aufklärung und durch sittliche Untermauerung unseres Volkes werden wir dieser Seuche am besten begegnen. Da müßte die Volksbildung neue, schöpferische, konstruktive Wege suchen, um auf diesem Gebiet wirklich etwas Großes und Tatkräftiges zu leisten.

Wir sind für die fakultative Anerkennung der kirchlichen Trauung, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß der Mensch, der in seinem Gewissen vor Gott steht und die Bindung im Sakrament als gültig empfindet und erlebt, nicht gezwungen werden soll, vor einem weltlichen Standesbeamten noch einmal persönlich zu erscheinen, wenn auch selbstverständlich das Standesamt davon verständigt werden muß, weil sich der Staat darüber Rechenschaft geben muß.

Wir sind dafür, daß für die Mütter gesorgt werde, für die Mütter, die zur Arbeit gezwungen werden, durch Errichtung von Kindergärten, Kinderhorten, Fabrikkindergärten, Kinderkrippen —, daß die kinderreiche Mutter soweit wie möglich entlastet werde, ohne dabei den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung“ brechen zu wollen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Frau ihre Pflicht im Betrieb, im Büro, in der Schule oder sonst irgendwo leistet und sie zu Hause noch den Dienst an der Familie zu leisten hat, daß dies noch eine zusätzliche

Arbeit ist im Sinne des Volksganzen, im Sinne unseres Staates, und damit auch anerkannt werden muß.

Die Familie bekommt ihren Sinn durch das Kind. So ist die zweite Gruppe unserer Forderung mit dem Kind und mit der Jugendfrage überhaupt verbunden. Da decken wir uns in vielen Punkten mit den Forderungen der Österreichischen Jugendbewegung, mit der wir selbstverständlich eng zusammenarbeiten. Wir fordern ein modernes Jugendschutzgesetz, das nicht nur die sozialrechtliche und dienstrechtliche Frage bespricht, behandelt und betreut, sondern den jungen Menschen als Ganzheit auffaßt, in seinem moralischen, in seinem menschlichen und in seinem seelischen Sein. Denn gerade der junge Mensch von heute ist durch das, was die letzten sieben Jahre geschehen ist, schwer angeschlagen, und wenn wir der Jugend wirklich helfen wollen, dann müssen wir ihr die Tore weit aufmachen und sie als Ganzheit mit der ganzen schweren Problematik ihrer jungen Seelen nehmen.

Wir fordern den Aufbau der Institution der Polizeifürsorgerinnen, die ungemein segensreich gerade im Kreise der gefährdeten und gefallenen Jugend arbeiten und als Spezialkräfte gerade in der Jetztzeit eine ungeheure Aufgabe zu bewältigen haben. Wir fordern eine Betreuung, eine Art Nachfürsorge für jene Jugendlichen, die straffällig geworden sind und nun wieder ins Leben eingebaut werden sollen. Sie brauchen eine behütende, pflegerische Führung und Beaufsichtigung, bis sie wieder ganz fest als tüchtige Menschen in der Gemeinschaft des Volkes stehen. Daher müßte auch unsere Jugendgerichtsbarkeit modernisiert und reformiert werden, weil wir der Ansicht sind, daß durch Kerker- und Freiheitsstrafen allein ohne pädagogische Betreuung und Führung von Fachkräften dem Jugendlichen eigentlich nicht sehr viel genützt wird. Denn die Jugend kommt vielfach aus dem Jugendgericht nicht gebessert heraus und wir wollen doch den jungen Menschen, auch wenn sie durch zerrüttetes Familienleben, schlechte

Gesellschaft, schlechte Bücher und Filme gestraucht sind, doch wieder zu brauchbaren Gliedern unserer Gesellschaft machen, denn wir brauchen alle jungen Menschen, wir brauchen ihre arbeitenden Hände, ihren aufgeschlossenen Geist und ein gutes, neues Herz der Jugend! (Beifall.)

Wir fordern ferner, daß für die Jugend, die noch nicht in das Berufsleben eingefügt werden kann und die vielfach, der Straße preisgegeben, zu Nichtstuern und zur Arbeitsscheu erzogen wird, durch irgendwelche Institutionen, z. B. durch Ausbau von „Jugend am Werk“, Gelegenheit gegeben wird, trotz zeitweiliger Arbeitslosigkeit für die Gemeinschaft unseres Volkes nutzbringend zu arbeiten und eingesetzt zu werden. Besonders für die Mädchen — als Frau liegen mir die Mädchenfragen besonders am Herzen — wäre ein zunächst freiwilliges soziales Frauenjahr von ganz großer Bedeutung. Damit würden wir einen ganz großen Dienst den Familien und auch der Bildung der Mädchen selbst erweisen.

Wenn wir vielfach darüber klagen, daß Film, Theater und Presse nicht danach sind, unsere jungen Menschen mit wertvollen Gedanken und Ideen zu erfüllen, so finden wir es nicht für richtig, durch allgemeine Verbote oder durch negative Mittel diesen Dingen zu begegnen, sondern ich glaube, es müßte die Volksbildung neue, konstruktive Wege finden, diese Dinge zu überwinden und der Jugend auf dem Gebiet der Entspannung, der Unterhaltung und Freizeitgestaltung doch Werte zu vermitteln, sie vom Kitsch und vom Minderwertigen dadurch fernhalten, daß man ihnen etwas Besseres bietet.

Die wichtigste Gruppe unseres Forderungsprogrammes beschäftigt sich mit den Berufsmöglichkeiten der Frauen. Wir wissen, daß durch den unseligen Krieg, durch das Morden und Zerstören wir in Österreich einen beträchtlichen Frauenüberschuß haben, der in den nächsten Jahrzehnten nicht so leicht wettgemacht werden kann. Für diese Frauen, denen Ehe und Familie versagt bleiben oder die aus eigenem

Entschluß einen anderen Weg zu gehen wünschen, muß der Beruf als vollständige Erfüllung ihrer Wesenheit gewahrt bleiben. Wir dürfen daher nicht in eine rückschrittliche Bewegung fallen und die Frauen aus den Berufen drängen. Wenn wir sie aus gewissen einzelnen Berufen heraushaben wollen, so haben wir nichts dagegen, wenn gleichzeitig die spezifischen Frauenberufe und jene Berufe, welche der Wesenheit der Frau viel mehr entsprechen, ausgebaut und vermehrt werden. Aber wir müssen uns darüber klarwerden, daß das Heer der arbeitslosen und erwerbslosen Frauen eine Gefahr für unsere Familien, für die Volksgesundheit und die Reinheit unseres Volkes bedeutet. Abgesehen davon, daß die Menschenrechte auch der Frau zukommen. Daher ist es selbstverständlich, daß die Forderung für gleiche Leistung und gleichen Lohn auch unsere Forderung bleibt, daß wir die Frauenberufe ausgebaut wissen wollen und daß ihr daneben alle Berufe, bei denen die Frau die notwendigen Vorkenntnisse und Prüfungen abgelegt hat, offenstehen, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Berufe als solche auch die weibliche Ausrichtung brauchen. Die mütterlich hingebende Art der Frau, die schenkende, liebevolle Hingabe brauchen wir, weil das Kultur- und Wirtschaftsleben sonst in Einseitigkeit versinkt, wie uns die letzten Jahre schmerzlich bewiesen haben.

Die Mädchenbildung ist eine ganz besondere Forderung unseres Programmes. Wir begrüßen es, daß im Bundesministerium für Unterricht eine Abteilung geschaffen wurde, die für die allgemeine Frauenbildung zuständig ist. Wir wünschen, daß diese Abteilung ausgestaltet wird und sie in für die Mädchenausbildung einschlägigen Fragen auch wirklich zu Rate gezogen wird, damit wir Frauen auch bestimmen können, was die Mädchen lernen und wie ihr Lehrplan sein soll. Es ist selbstverständlich, daß die Mädchenschulen, und wo dies nicht angeht, wenigstens die Mädchenklassen eine weibliche Führung verlangen, und zwar nicht nur auf dem Papier, son-

dem
wir,
dies z
hen,
männl
haben
ste, i
reiche
daß d
lichke
zersch
haben
um d
Schön
lange
ihre g
ihrer
der M
und S
staatsl
leiden
kein
sche
Mülle
ersten
weiß-

Wir
genon
wertig
sehen
moder
ein C
weil
der F
von u
zusam
die F
aber
Klass

Das

wünschen,
ihrer We-
er nicht in
die Frauen
aus gewis-
n, so haben
spezifischen
r Wesenheit
ut und ver-
rüber klar-
nd erwerbs-
amilien, für
nseres Vol-
Menschen-
st es selbst-
he Leistung
ung bleibt,
ssen wollen
en die Frau
üfungen ab-
Standpunkt
ie weibliche
hingebende
lle Hingabe
schaftsleben
die letzten

ondere For-
ßen es, daß
ie Abteilung
ine Frauen-
ß diese Ab-
ie Mädchen-
wirklich zu
uch bestim-
and wie ihr
ich, daß die
geht, wenig-
he Führung
Papier, son-

dern in Wirklichkeit. Und auf diesem Gebiet bitten wir, wenn Parteivereinbarungen vorherrschen, uns dies zu sagen, damit wir nicht vor der Tatsache stehen, daß in einer reinen Mädchen-Mittelschule ein männlicher Direktor sitzt, wo wir fähige Frauen haben, die gerade für eine solche Stellung im Dienste, in der Familie, in der Öffentlichkeit eine erfolgreiche Führerin wären. Wir dürfen nicht vergessen, daß die letzten sieben Jahre auch die Frauenpersönlichkeit vollständig vergewaltigt, das Frauenideal zerschlagen, ja sogar das Mutterideal geschändet haben, und wir werden viel Zeit aufwenden müssen, um dieses Ideal in seiner ursprünglichen Reinheit, Schönheit und Kraft wiederherzustellen. Wir verlangen landeskundige Unterweisung für Mädchen für ihre große Aufgabe als Mütter des Volkes, als Mütter ihrer eigenen Kinder und wissen, daß die Erziehung der Mädchen von eminenter Wichtigkeit für Partei und Staat ist, denn der Mutter gebührt die erste staatsbürgerliche Erziehung. Und wenn wir heute daran leiden, daß die weiten Kreise unserer Jugend noch kein richtiges Bewußtsein, kein österreichisches Bewußtsein haben, so müssen wir sagen, die Mütter haben etwas versäumt, denn Mütter sind die ersten Führerinnen, die ersten Lehrerinnen zur rotweiß-roten Fahne.

Wir fordern, daß die Hausfrauenfrage in Angriff genommen und endlich die Hausfrauenarbeit als vollwertige und wichtige Werte schaffende Arbeit angesehen wird. (Bravorufe und Beifall.) Wir fordern ein modernes Hausgehilfennengesetz, aber es darf nicht ein Gesetz sein, das die Industriearbeiter schädigt, weil gerade der Hausgehilfinnenberuf ein Dienst an der Familie sein soll, und es ist die Aufgabe gerade von uns Frauen, die Hausgehilfinnen und Hausfrauen zusammenzuführen, damit beide der Familie dienen, die Familie gestalten. Deshalb lehnen wir überhaupt, aber besonders auf diesem Gebiet, den einseitigen Klassenkampf ab. (Beifall.)

Das wäre so ungefähr in kurzen Zügen das Meri-

torische unseres Programmes. Wir sehen, daß die Grundhaltung dieses Programms nicht etwas Emanzipiertes, Frauenrechtlerisches ist, sondern im Gegenteil ein Dienst am Volksganzen, ein Dienst an der Familie, an heiligen Bindungen der Menschen untereinander, und so bitte ich Sie auch unsere Frauenarbeit innerhalb der Partei aufzufassen. Die Frau als gleichwertige Mitarbeiterin, aber andersgeartet in der Funktion, und Sie werden daher auch verstehen, daß wir ein bißchen Freiheit, Entfaltungsmöglichkeit und geistigen Lebensraum brauchen. Ich bitte Sie, namentlich die Funktionäre unserer Partei, gleichgültig ob sie an hoher oder niedriger Stelle stehen, unterstützen Sie unsere Frauenarbeit, denn wir dienen doch letzten Endes unserer Partei und durch die Partei auch unserem heißgeliebten Österreich.

Lassen Sie mich noch einige Worte des Dankes sprechen an die Mitglieder des Parteitages und an jene Funktionäre — und die Zahl jener ist wahrhaft groß, die dieser großen Frage der Frauenbewegung aufgeschlossen gegenüberstanden —, die uns Gehör geschenkt haben und mitgegangen sind, als wir die ersten Schritte getan haben. Wir bitten auch die Gesamtheit unserer Partei, diese Erkenntnis aufzunehmen, und zwar nicht nur vom parteipolitischen Standpunkt aus, weil wir mit unserem Stimmzettel ein ausschlaggebender Faktor sind — das würden wir Frauen nicht besonders begrüßen —, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß Frau und Mann zusammenstehen müssen, gerade in der heutigen Notzeit und in der entscheidungsvollen Stunde unseres Vaterlandes, wo jeder von uns auf seinem Gebiet das Beste hergeben muß: die innere Hingabe, der Gemeinschaft zu dienen und dann die eigene Selbstvergessenheit. Das Vaterland ruft und wir wollen dem Vaterland folgen!“ (Allgemeiner stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende dankt der Referentin und unterbricht die Vollversammlung bis 15.15 Uhr.

Nach der Pause leitet Landeshauptmann Dr. Gleißner als Vorsitzender die Tagung. Er erteilt

Minister a. D.

Vizebürgermeister Lois Weinberger

das Wort zum Referat „Um Freiheit und Recht der arbeitenden Menschen“. Er führt aus:

„Männer und Frauen des Parteitages, Kolleginnen und Kollegen! Mir ist die schwierige Aufgabe gestellt worden, über die Probleme der Freiheit und des Rechtes der arbeitenden Menschen zu sprechen. Zweifellos ist die Frage der Arbeiterbefreiung und damit der Arbeitergewinnung nicht nur für unsere Partei, sondern für ganz Österreich und die gesamte Menschheit von entscheidender Bedeutung. Letzten Endes kamen ja die Verwicklungen, Zusammenstöße und auch die meisten Kriege der letzten Jahrzehnte zutiefst aus der Tatsache der Ungelöstheit dieser Probleme des Hungers, der Ungerechtigkeit, der Ungesicherheit und der materiellen und geistigen Entwurzelung breitester Volks- und Völkermassen. Es ist keine Frage: So wie es einmal das Problem einer anderen Zeit war, dem städtischen Bürgertum jene Freiheiten und Rechte zu verschaffen, welche ihm auf Grund seiner Werte und Kräfte zukamen, ist es heute die große Aufgabe aller einsichtigen und friedensbereiten Menschen, den breiten Massen des arbeitenden Volkes jene Stellung zu überlassen, die ihnen auf Grund ihrer materiellen und geistigen Potenzen, vor allem aber auf Grund der ihm von Gott gegebenen Menschenwürde zukommen. Und es liegt schließlich ganz an den zur Lösung dieses Problems berufenen Kräften, wie es einmal vereinigt werden wird, ob in revolutionärer und damit im wesentlichen gewaltsamer und zerstörender Art und Weise, oder aber in evolutionärer, also friedlich-schiedlicher, aus dem Geiste und der Haltung wahrhaft solidaristischen Denkens und Handelns.

Es möge sich aber niemand täuschen. Die Arbei-

terbefreiung wird nicht mit veralteten Methoden zu erreichen sein. Die Arbeitermassen sind nicht mit Unrecht mißtrauisch geworden und unterscheiden sehr genau zwischen mehr oder weniger schönen Festtagsreden von sozialer Gerechtigkeit und den oft ganz gegenteiligen Taten des täglichen Lebens. Weil die Christen manches geheiligt hatten, das niemals heilig war und eher vom Teufel als aus Gott kam, entstand in breiten Arbeiterkreisen auch eine spürbare Abwehr gegen alle sogenannten christlichen Lösungen der sozialen Frage. Es wird daher entscheidend darauf ankommen, christliche Erkenntnisse und Gebote endlich in die entsprechenden Taten umzusetzen und überall nachzuweisen, daß keine andere Lösung so gut, so gerecht und so menschlich ist, als eben die christliche. Dann erst wird das Mißtrauen schwinden und die Mauer durchbrochen sein, die immer noch aufragt zwischen den sogenannten bürgerlich-christlichen Menschen und ihren Parteien auf der einen und den breiten Massen der manuellen Arbeiter und ihren traditionellen Parteien auf der anderen Seite. Eine Volkspartei ohne entsprechend große Teile auch dieser Arbeiterschaft wäre auf die Dauer ebenso unmöglich, wie auch eine Politik ohne Bedachtnahme auf die Interessen gerade dieser Menschen vollkommen falsch und verfehlt wäre. Ob wir wollen oder nicht, wir sind nun einmal aufgerufen, zu diesem drängendsten Problem der Zeit Stellung zu nehmen und uns zu entscheiden. Wir müssen ja oder nein sagen zur Arbeiterschaft und damit auch zu ihren berechtigten Ansprüchen und Forderungen. Ein Ausweichen, ein Sowohl-als-auch, eine lauwarme Stellungnahme gibt es nicht.

Wie steht es da nun konkret? Und worauf kommt es an? Zunächst erscheint es mir notwendig, klar zu unreißen, wen wir Volksparteiler unter den arbeitenden Menschen verstehen. Es ist aus mancherlei Gründen so gekommen, daß fast überall nur die unselbständigen Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger darunter verstanden werden. Dabei gibt es unter be-

Methoden zu
und nicht mit
unterscheiden
ger schönen
und den oft
Lebens. Weil
das niemals
as Gott kam,
ch eine spür-
ristlichen Lö-
her entschei-
enntnisse und
Taten umzu-
keine andere
chlich ist, als
as Mißtrauen
en sein, die
nannten bür-
Parteien auf
er manuellen
eien auf der
entsprechend
wäre auf die
Politik ohne
e dieser Men-
wäre. Ob wir
l aufgerufen,
Zeit Stellung
ir müssen ja
d damit auch
Forderungen.
ine lauwarmer

vor auf kommt
wendig, klar
unter den ar-
is mancherlei
l nur die un-
altsempfänger
t es unter be-

sonders klassenbewußten Arbeitern nicht wenige, die auch die privaten Angestellten, noch mehr aber die öffentlich bediensteten Beamten als bloße „Stehkragenproletarier“ nicht voll nehmen und am liebsten aus dem engsten Bereiche der Arbeiterschaft ausstoßen würden. Sie merken und spüren sehr genau, daß diese tatsächlichen Proletarier absolut nicht gewillt sind, auch geistig in das Proletariat abzusinken oder es gar zur Grundlage eines kämpferischen Einsatzes zu machen. Tatsächlich ist diese große Gruppe von arbeitenden Menschen schon seit langem auf dem Wege zur wahrhaften Volksgemeinschaft und braucht nichts zu ihrer vollkommenen Eingliederung in die solidaristische Gesellschaft von morgen, als die endliche materielle Befreiung und Sicherung. Für uns Volksparteiler sind diese Hunderttausende Angestellten und Beamten, die mit ihren Familien einen sehr beachtlichen Teil der Gesamtbevölkerung bilden, aus vielen Gründen von ganz besonderer Bedeutung.

Zu den arbeitenden Menschen zählen wir aber auch die vielen Zehntausende von tüchtigen und fleißigen Handwerkern und Geschäftsleuten, alle redlichen Kaufleute, auch die Selbständigen der sogenannten freien Berufe, wie die Ärzte, Anwälte, Journalisten, Ingenieure und Architekten, und alle unsere Künstler. Es wäre uns unmöglich, gerade diese oft sehr schwer und sehr produktiv arbeitenden Menschen irgendwo anders einzureihen und ihnen den Ehrentitel von Arbeitern zu versagen. Hier ist ein Mittelstand nicht im spießbürgerlichen, sondern im besten Sinne des Wortes versammelt, dessen Kräfte anzuregen, vernünftig zu lenken und voll auszuschöpfen im Interesse aller Bürger des Staates, besonders auch der manuellen Arbeiterschaft, gelegen ist.

Zu den arbeitenden Menschen im echten Wortsinne gehören schließlich auch die vielen kleinen und mittleren Bauern unseres Volkes und ihre braven Mitarbeiter, die Knechte und

Mägde, die Kleinhäusler und Inwohner, selbstverständlich auch alle Land- und Forstarbeiter. Ihnen allen, auch ihren Frauen und Kindern, ist ein besonderes Volksgut anvertraut und eine besondere Aufgabe gestellt. Nun wissen es wohl alle, was das Brot bedeutet und alle Nahrung schlechthin. Nun wissen es auch alle Städter, die in früheren Jahren nur allzu gerne und in einer oft vertrottelten Überheblichkeit auf die „Gscherten“ herabsahen, wie wichtig es wäre, wenigstens den allergrößten Teil unseres Nahrungsbedarfes aus der eigenen Erde herauszuholen.

Es soll hier auch ganz offen ausgesprochen und anerkannt werden, daß gerade diese Zehntausende Bauern und Bauernfrauen, Bauernkinder und alle ihre Mitarbeiter und Helfer der gesamten Arbeiterschaft und dem ganzen Vaterlande ein Beispiel an Initiative, Arbeitsfreude und Arbeitstreue gegeben haben, das sie allein schon in die ersten Reihen der Arbeiter unseres Volkes stellt. Daß die Lohnarbeiter immer die größte Gruppe bilden und schon deshalb von besonderer Bedeutung bleiben werden, ist klar. Es ist auch nichts dagegen zu sagen, daß sich die irgendwie Schicksalsgleichen, die noch Minderberechtigten, daß sich die Arbeiter und Angestellten im üblichen Wortsinne besonders zusammenschließen und ebenso solidarisch zusammenstehen und zusammenhalten, wie das etwa die Unternehmer aller Gruppen und aller Weltanschauungen stets getan haben. Wir spüren es um die Zeit des 1. Mai vielleicht stärker als sonst, daß wir recht hatten, als wir uns schon vor der Befreiung Österreichs zu einer weitmöglichsten Arbeiterereinigung bekannten und uns nach der Befreiung auch tatsächlich und spontan zur gewerkschaftlichen Zusammenarbeit entschlossen. Wir taten recht damals, trotz allem, was seither geschehen ist und noch immer geschieht. Recht deshalb, weil die richtig verstandene Solidarität der Arbeiter, eine vernünftige Zusammenarbeit und Einigung, die mit der gleisnerischen und verlogenen kommunistisch-

totalitären Parole von der „Arbeitereinheit“ nicht das geringste zu tun hat, eine wesentliche Komponente, ja die Voraussetzung zur Arbeiterbefreiung darstellt. Ich werde zu gewerkschaftlichen Fragen noch besonders Stellung nehmen, möchte aber schon jetzt festhalten, daß uns niemand, weder aus den eigenen Reihen noch aus einem Interessentenlager, das im „Divide et impera“ auch hier seine Vorteile sieht, den Glauben an die Notwendigkeit und das Vertrauen an die Möglichkeit solcher Zusammenarbeit vermiesen oder gar nehmen kann. Auf der anderen Seite wird es auch keinem Sozialisten und keinem Kommunisten gelingen, unsere enge Verbundenheit mit allen anderen arbeitenden Menschen unseres Volkes zu zerreißen und zu zerstören. Der Kampf um die Freiheit ist ein zweifacher. Er geht einmal um das ganze Vaterland und findet hier die geschlossene Front des Volkes. Ich wüßte nicht, wer außer tatsächlichen oder geheimen Landesverrätern so schlecht sein könnte, die Freiheit Österreichs, seine wirkliche Unabhängigkeit und Souveränität nicht aus heißestem Herzen zu wünschen und als die Voraussetzung aller künftigen positiven Entwicklungen zu erkennen.

Weil es uns aber auch um eine besondere Freiheit, um die der Arbeiterschaft, zu tun ist, will ich gleich anfügen, daß es auch sie nur in einem freien Österreich geben kann und wird. Wir wissen schon, daß es auch sogenannte Arbeitervetreter gibt, die den Anschein erwecken möchten, daß es für die Arbeiter und für die Arbeiterfreiheit gar nicht so entscheidend sei, wer hier Eigentumstitel besitze, über Fabriken, Rohstoffe und andere Güter verfüge, wenn nur gesichert wäre, daß allüberall „voll und für die Interessen der österreichischen Volkswirtschaft“ gearbeitet würde. Genau das gleiche haben uns auch andere Leute schon einmal erzählt und einigen besonders Dummen vorübergehend sogar glaubhaft zu machen verstanden. Erst als es deutlich wurde, wer die neuen Herren dieser Betriebe waren, nach welchen

Rechten und Auffassungen gearbeitet werden mußte, mit welchen Mitteln die „Arbeitsfreude“ in Schwung gehalten wurde, was produziert wurde und welchen Interessen das Ergebnis der ganzen Arbeit schließlich diene, erst dann kamen auch die Dümmeren darauf, daß es doch richtiger gewesen wäre, vorsichtiger zu sein und niemanden mehr zu glauben und mehr zu vertrauen, als dem eigenen Vaterlande und dem eigenen Volke. Es war leider so, daß viele auch den Wert der Freiheit erst erkannten, als sie unfrei geworden waren. Wer es mit der Freiheit der österreichischen Arbeiterschaft, ihren Rechten und der Erfüllung ihres ganzen Menschseins wirklich ernst meint, muß der fanatischste Vertreter und Verfechter der vollen staatlichen und weitmöglichsten wirtschaftlichen Unabhängigkeit und damit Freiheit Österreichs sein. Ohne ein freies Vaterland keine freien Arbeiter!

Wenn wir unser Österreich dann einmal frei haben werden, müssen wir alles tun, seine Freiheit auch nach innen zu sichern und damit ständig zu erhalten. Die Freiheit des Vaterlandes aber kann nicht besser gesichert werden, als durch die Befreiung der Arbeiterschaft und ihre freiwillige, gewissenhafte und treue Mitarbeit am Wiederauf- und Neubau der Wirtschaft, der Gesellschaft und des Staates. Für freie Menschen in einem freien Österreich! Darum geht es!

Wir müssen uns aber auch schon darum bemühen, alle hier aufstehenden Probleme klar zu erkennen und zu lösen. Der Stand ist ohne Zweifel so, daß breite Arbeitermassen zur Zeit noch sehr ungesichert, weithin enturzelt und daher keinesfalls frei sind. Wer unsere Lohnverhältnisse wirklich kennt, wird zugeben, daß sie keinesfalls befriedigend sind und mit den allermeisten ausländischen Reallöhnen kaum vergleichbar. Gewiß, wir haben in Österreich schon wieder eine große und stolze Reihe von sozialen Gesetzen in Wirksamkeit, die die Arbeitsverfassung wenigstens in den Grundzügen regeln, das Arbeiter- und Angestelltenrecht im engeren Sinne abgrenzen,

und
chen
Sozi
hält.
noch
wie

So
und
liche
zu lö
sen
der
Rent
Maße
dies
ist s
polit
zu g

Sie
Arbe
nicht
gen
unter
liche
reich

Wo
vörde
beite
zu d
diger
in N
Prim
höhe
bleib
mate
einer
komr
tige
verse
eine

und wir haben eine soziale Versicherung, die manchen Schutz gewährt und gleich unserem sonstigen Sozialgut jeden Vergleich mit anderen Ländern aushält. Trotzdem ist die Arbeiterfrage auch bei uns noch ungelöst und bleibt die Arbeiterbefreiung nach wie vor eine ganz vordringliche Aufgabe.

So schön und wertvoll alle sozialpolitischen Gesetze und alle sozialen Einrichtungen auch sind, das eigentliche Arbeiterproblem vermochten sie bisher nicht zu lösen und werden sie auch weiterhin nicht zu lösen vermögen. Es ist sogar die Frage, ob das Prinzip der Sozialfürsorge und des möglichst allgemeinen Rentnertums an sich künftighin überhaupt in dem Maße wird aufrecht erhalten werden können, wie dies früher als notwendig und richtig erschien, ja es ist sehr die Frage, ob auf dem Gebiete der Sozialpolitik künftighin nicht völlig andere, ganz neue Wege zu gehen sein werden.

Sicher ist schon jetzt, daß man Sozialpolitik und Arbeiterpolitik überhaupt nicht im luftleeren Raum, nicht losgelöst von ihren natürlichen Voraussetzungen und Grundlagen, ja entscheidend überhaupt nur unter Einbeziehung aller persönlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebensbereiche sinnvoll betreiben kann.

Wer die Arbeiterbefreiung ernst nimmt, muß zuvörderst um den Sinn des Lebens, also auch des Arbeiterlebens, wissen. Und er muß schon, ja vor allem zu dieser Urfrage Stellung nehmen und eine befriedigende Antwort geben. So sehr die Menschen gerade in Notzeiten dazu verleitet werden könnten, an den Primat des Materiellen zu glauben und das Brot höherzustellen als alles andere, so richtig war und bleibt die Erkenntnis, daß alles Unglück, auch jede materielle Not und jedes äußere Elend letztlich aus einer schlechten Philosophie, aus dem Ungeist kommt. Und ganz logisch der Schluß, daß alles künftige Glück, alle bessere Ordnung, und daß auch die verschiedenlichen praktischen Lösungen, die allein eine bessere, menschenwürdige Ordnung in allen

Bereichen des Lebens erwarten lassen, zutiefst nur aus einem neuen Geiste oder doch nur von einer neu geschöpften Grunderkenntnis aus gefunden werden können.

Was ist der Mensch? Wie sehr wurde er einmal maßlos unterschätzt und ein anderes Mal ebensosehr überschätzt. Wer den Menschen wirklich helfen, wer die Arbeiter wirklich befreien will, muß die Ausgangsstellung des Menschen richtig erkennen, den Sinn des menschlichen Seins erfassen und bereit sein, diese Stellung des Menschen allüberall anzuerkennen und mitzuhelfen, den Sinn des menschlichen Seins möglichst weithin zu erfüllen.

Für uns Christen ergab sich das tiefste Wesen des Menschen immer aus seiner Ebenbildlichkeit mit Gott und als dem Schöpfer unmittelbar verantwortlich. Wir erkannten dieses sein Wesen aber nicht nur vom Glauben her, sondern auch aus rein verstandesmäßigen Schlüssen. Wir wissen aus den gleichen Quellen auch um die Zweieinheit des menschlichen Seins im Körper- und Geistsein. Aus dieser Ausgangsstellung des Menschen, aus seiner Beziehung zu Gott, seinem eigenen Wesen und seiner Verbindung mit der Umwelt ergeben sich viele weitere Erkenntnisse. Ich soll und will hier aber nicht philosophieren und auch nicht theoretisieren. Daher sei nur eines noch aus dieser kurzen Begriffsbestimmung und Definition besonders herausgestellt: wo in der Welt, bei welcher anderen Partei gibt es eine höhere Wertung und Einschätzung des Menschen, bei welcher Arbeiterbewegung eine höhere Auffassung vom Wesen auch der Arbeiterpersönlichkeit, als unsere vom Ebenbilde Gottes und der Zweieinheit von Körper und Geist? Weil das alles aber schließlich keine Neuentdeckung ist, sondern gültig und zumindest glaubensmäßige Überzeugung von Millionen und Abermillionen Menschen seit Jahrhunderten, drängt sich die Frage auf, ja warum denn dann immer wieder diese Gott und den Menschen hohnsprechenden, allen solchen Erkenntnissen zuwiderlaufenden Tatbestände, warum

unfreie Arbeiter, warum Proletariat, warum Not, Elend und Haß? Die Antwort ist einfach und enthält doch eine furchtbare Anklage gerade gegen die Menschen, die an den reineren Quellen saßen und die besseren Erkenntnisse hatten als die anderen, aber nichts oder doch viel zu wenig dazu taten, um diese Einsichten und Erkenntnisse auch im praktischen Leben zu verwirklichen und zu bewähren. Die Christen waren immer bereit, ja zu sagen zu dieser höchsten Auffassung des menschlichen Wesens, sie vergaßen nur allzu leicht und allzu gerne, es auch zu den notwendigen und zwingenden Folgerungen zu sagen, die sich aus diesem Wissen von der unheimlichen Bedeutung des menschlichen Seins für die Praxis des Lebens ergaben. Wer A sagt, muß auch B sagen. Darauf, daß es nun endlich gesagt werde, darauf, daß eingehalten werde und erfüllt, was vorher eingesehen und begriffen ward, darauf kommt es entscheidend an. Auch für unsere Österreichische Volkspartei und ihre künftige Stellung zur und innerhalb der Arbeiterschaft.

Viele, ganz selbstverständliche Folgerungen und Forderungen ergeben sich aus der rechten Seinserkenntnis ganz zwangsläufig. Vor allem, daß die Menschen im Wesen gleich sind und frei, und daß sie sich in Freiheit verbinden sollen zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben. Dann, daß es ein Recht gibt auf die Arbeit und die Pflicht zur Arbeit und ganz besonders das Recht auf den Arbeitsertrag. Und daß der Arbeiter nicht nur ein Produktionskostenfaktor ist, mehr als ein Maschinenteilchen und x-beliebiges Schraubchen, das man gebraucht und wegwirft.

Wer würde im Angesichte einer solchen Einstellung zum Menschen es noch wagen, den Arbeitern das Recht abzusprechen, auch darüber nachzudenken, mitzuraten, mitzuwirken, ja mitzubestimmen und mit Teil zu haben an all dem und über all das, was man gerne etwas geheimnisvoll als eine Art von Reservat nur für einige wenige Auserwählte bestimmt wissen

wollte und als Wirtschaft bezeichnete. Für einen, der im Menschen nichts anderes sieht als die Materie, der ihn nur als eine kleine Nummer wertet, oder der nur den besonders hochgezüchteten Edel- und Herrenmenschen gelten läßt, mag eine solche Auffassung verständlich sein. Für uns wäre sie Todsünde, Sünde gegen den Geist, also eine unverzeihliche Sünde.

Es möge mich niemand falsch verstehen. Ich rede hier nicht den in alles Dareinredenden das Wort, auch keinem Pfuschartum oder gar einem mechanischen Bürokratismus, der gerade in der Volkswirtschaft nur schaden könnte. Ich behaupte aber, daß es niemanden gibt innerhalb des Volkes, den alles das, was mit der Wirtschaft zusammenhängt, mehr angeht, als gerade den Arbeiter.

Die Voraussetzung für jede wirksame Sozialpolitik ist eine gesunde Wirtschaft. Eine gesunde Wirtschaftspolitik ist die allerbeste Sozialpolitik. Auch die besten sozialpolitischen Maßnahmen nützen nichts, wenn die Verhältnisse in der Wirtschaft schlecht sind.

Um aber zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen zu gelangen, ist es unvermeidlich, daß der Mensch wieder als der Mittelpunkt der Wirtschaft anerkannt wird, daß er die Wirtschaft beherrscht, nicht aber von ihr beherrscht, ausgebeutet und erdrückt wird, wie das bisher so oft der Fall war. Die Wirtschaft hat der Bedarfsdeckung aller und dem Gesamtwohle zu dienen. Deshalb muß der Mensch die Wirtschaft lenken nach seinen gesunden Bedürfnissen. Nach diesen muß sie ausgerichtet sein, nicht aber nach reinen Geldinteressen, nach dem Profit für einige Bevorzugte. Natur und Arbeit müssen wieder als die Urquellen aller wirtschaftlichen Werte erkannt und anerkannt werden und alles Kapital der Erfüllung der richtigen wirtschaftlichen Funktion dienstbar sein. Der lebendige Mensch muß Herr sein auch in der Wirtschaft und nicht der Mammon.

Auch aus d
ei

Vor allem
Anonymes, n
sein kann, u
wäre, sie zu
chen des Wo
auch, daß die
und mitzusag
ihrer Familie
klar, daß es
ihren sogenan
zu lassen, al
überantwortet
schen Angebo
entstanden is
Planwirtschaft
als der mensc
Zwischen Pla
liberal-kapital
richtige, der
auch für Öste
den. Bei gute
nünftige Unte
ohne irgende
gelegt, daß il
bekunden an
meinsamen V
wirkung kam
dige Unterne
daß etwas V
Volk Notwen
doch etwas, c
wichtige War
und vernünft
handen wäre
greifen, zu o
nicht so ist u
zum Egoismu

Auch aus dieser Einstellung ergibt sich
eine Reihe von Folgerungen.

Vor allem wohl die, daß die Wirtschaft nichts Anonymes, nur einige wenige Leute Betreffendes sein kann, und weiter, daß es menschenunwürdig wäre, sie zu Zwecken der Ausbeutung, statt zu solchen des Wohles aller zu gebrauchen. Klar wohl auch, daß die Arbeiter gerade dort etwas mitzuraten und mitzusagen haben müssen, wo es um ihr und ihrer Familien äußeres Leben geht, und weiter klar, daß es nicht angeht, die Wirtschaft nach ihren sogenannten eigenen Gesetzen einfach laufen zu lassen, alles dem „freien Spiel der Kräfte“ zu überantworten und geruhsam abzuwarten, bis zwischen Angebot und Nachfrage ein richtiges Verhältnis entstanden ist. Gewiß, wir lehnen eine autoritative Planwirtschaft wie jede andere totalitäre Ordnung, als der menschlichen Freiheit zuwider, unbedingt ab. Zwischen Planwirtschaft, also Zwangswirtschaft, und liberal-kapitalistischer Freibeuterwirtschaft muß die richtige, der menschlichen Würde entsprechende und auch für Österreich taugliche Lösung gefunden werden. Bei gutem Willen ist das durchaus möglich. Vernünftige Unternehmer haben schon seit jeher und ohne irgendeine gesetzliche Regelung Wert darauf gelegt, daß ihre Arbeiter und Angestellten Interesse bekunden am Gedeihen des schließlich ja doch gemeinsamen Werkes, daß alle aktiven Kräfte zur Mitwirkung kamen und richtig genützt wurden. Verständige Unternehmer haben stets auch darauf gesehen, daß etwas Vernünftiges, also etwas für das eigene Volk Notwendiges und Wichtiges erzeugt wird oder doch etwas, das man gut tauschen kann gegen andere wichtige Waren aus dem Auslande. Wenn lauter gute und vernünftige Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorhanden wären, brauchte man nicht allzu viel einzugreifen, zu ordnen und zu kontrollieren. Da es leider nicht so ist und da alle Menschen mehr oder weniger zum Egoismus neigen, muß die Gesellschaft und auch

der Staat ordnend eingreifen. So ist es unvermeidlich, daß auch unsere Volkswirtschaft gelenkt wird, soweit als möglich durch die dazu besonders berufenen Kammern und Verbände aller in der Wirtschaft Tätigen, wo das nicht ausreicht, auch durch Organe des Staates, der Länder und der Gemeinden. Auch Kontrollen solcher Art und Sanktionsmöglichkeiten gegen Ordnungswidrige oder Arbeitsunwillige werden nicht zu vermeiden sein.

Ich weiß, daß das Wort von der „freien Wirtschaft“ gerade in unseren Parteikreisen gefallen ist, daß darunter aber keinesfalls eine liberal-kapitalistische Hemmungs- und Zügellosigkeit verstanden wurde. Da andere es so aufgefaßt und mißdeutet haben, wäre es nach meiner Meinung besser unterblieben. Was hindert uns, offen auszusprechen, was wir unter einer freier Wirtschaft verstehen, die tatsächlich beseitigt gehört und auch im Interesse der Arbeiterschaft abgebaut werden muß. Gemeint sind doch nur die vielen, meist rein bürokratischen, überzentralisierten Zwangsbewirtschaftungen, gemeint war und ist die Sintflut an Formularen, Fragebögen, Statistiken usw., die als böses Überbleibsel diktatorischer Vergangenheit noch immer spuken und die Leute meist nur von einer produktiven Arbeit abhalten. Gemeint ist ferner das überlaute und auffällige Vordrängen bestimmter unsachlicher und fachunkundiger Kräfte und Personen, denen es bei Gott nicht um eine gesunde Wirtschaft, sehr stark aber um die Aufrichtung und Festigung von Machtpositionen für eigene oder reine Parteizwecke geht. An das und vieles andere noch dachten unsere Wirtschaftsbündler, wenn sie die „freie Wirtschaft“ verlangten. Ich würde ihnen vorschlagen, künftighin besser die Forderung nach einer von allen überflüssigen bürokratischen, papierenen und unsachlichen Einflüssen befreiten Wirtschaft zu erheben und für eine vernünftige, von den berufenen Stellen zu vollziehende Lenkung der Wirtschaft mit dem Ziele einer gesunden Bedarfsdeckung und der Förderung des Allgemeinwohles einzutreten.

Wenn man diesen obersten Grundsatz, daß die Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke der Bedarfsdeckung für alle und zur Förderung des Gesamtwohles sein darf, anerkennt und damit den Grundsatz vertritt, daß die Wirtschaft den Menschen zu dienen, nicht aber sie zu beherrschen habe, sind alle weiteren Probleme nicht mehr so schwer zu lösen. Dann ist vor allem auch die Frage der äußeren Wirtschaftsform keinesfalls mehr so überragend und groß, wie sie oft scheint und dargestellt wird. Die äußere Wirtschaftsform unterliegt zweifellos einem ständigen Wandel, verschiedenartigen Einflüssen und Umständen und kann keinesfalls als etwas Absolutes und an sich Gutes oder Schlechtes betrachtet werden. Wer das begriffen hat, kommt unschwer zur weiteren Folgerung, daß auch die kapitalistische Wirtschaftsform nichts ewig Gültiges und Unabänderliches sein kann. Selbst dann nicht, wenn man ihre Ausnützung für Profitinteressen einzelner ausschliesse und die Mitwirkung und Mitbeteiligung an ihr und ihren Erfolgen auch der Arbeiterschaft ganz allgemein zugestünde. Mir schien es immer ein Verhängnis, daß allzu viele Christen diese Erkenntnis nicht wahrhaben oder doch nicht zugeben wollten und daß so Kapitalismus allzuleicht als christlich und irgend eine andere, möglicherweise bessere Wirtschaftsform von vorneherein als a-christlich, zumindest aber als bedenklich abgelehnt werden konnte. Die alte Gegenüberstellung: hie Kapitalisten und Christen und dort Antikapitalisten und Antichristen, muß fallen. Die Frage der Wirtschaftsform darf künftighin keine Frage der Weltanschauung und des Glaubens bilden.

Aber reden wir ganz konkret: Es ist jetzt viel von Verstaatlichung, Vergenossenschaftung, Kommunalwirtschaft, Sozialisierung und dergleichen die Rede. Worum geht es dabei praktisch? Ich frage Sie alle, ob Sie es für möglich halten, daß wir in Österreich beispielsweise unsere Alpine-Montanbetriebe wieder den Apold's und Busson's übertragen oder unser Erd-

ölvorkommen freiwillig irgendwelchen ausländischen Interessenten überantworten könnten. Die Antwort ist klar: freiwillig niemals. Es geht nun darum, die für unsere Verhältnisse besten und richtigsten neuen Wirtschaftsformen zu finden. Diese werden in einem Falle volkswirtschaftlich richtig geführte und gelenkte Staatsbetriebe sein, im anderen Falle Gemeindebetriebe, hoffentlich recht häufig Werksgenossenschaften und sonstige genossenschaftliche Wirtschaftsformen. Viel wesentlicher als die Form ist auch hier der Inhalt. Überall wird darauf zu sehen sein, daß die Interessen des gesamten Volkes, also auch der Arbeiter, entsprechend gewahrt und gesichert werden. Überall wird darauf zu sehen sein, daß nicht nur ein bloßer Wechsel im Besitztitel eintritt, sondern eine wirkliche Umstellung von Einzel- oder Gruppeninteressen auf die gesamten Volks- und daher auch Arbeiterinteressen. Daß die Arbeiter und Angestellten von der Verstaatlichung an sich gar nichts hätten, ist inzwischen längst Erfahrungstatsache geworden. Ich halte es aber für denkbar, daß auch eine vernünftige Verstaatlichung das volkswirtschaftlich notwendige und sozialpolitisch unerläßliche Ergebnis erbringt, wie ich noch mehr daran glaube, daß die Werksgenossenschaften nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch der Arbeiterbefreiung weitgehend nützen können. Ich halte es auch für durchaus denkbar, einen starken privatwirtschaftlichen Sektor neben einem verstaatlichten und vergenossenschafteten zu erhalten und die verschiedenen Wirtschaftsformen so zu koordinieren, daß die gesamte Volkswirtschaft daraus Nutzen zieht. Man sollte das Kind auch hier nicht mit dem Bade ausschütten und wird dann nach ehrlicher Aussprache bestimmt zu einer richtigen Lösung gelangen. Wir haben nun einige Erfahrungen und Beispiele vorliegen. Sie sollten uns alle dazu führen, nichts Unvernünftiges und Übereiltes zu tun, sollten uns aber auch ermutigen, vernünftigen Neuerungen nicht einfach zu widerstehen, sie vielmehr zu wagen und erprobtem Altem richtig zuzuordnen.

Ganz klar und
chen, daß wir
vom Privatkapi
hinüber zu we
geschlossen, daß
geschlossene Aus
wie wesentlich
gemeinsam da
Grund eines ein
Verstaatlichung
lich vom Staat
werden kann.
munisten Verd
listen beweise
nach Verstaatli
pagandasache
ernsthaften Ve
schaftsführung
sie haben, gle
erklärt, daß si
vielen kleinen
Betriebe zu ve
Volkes auch k
unter der F
Volksparteiler
persönlich gef
einen ganz b
der Volkswirt
um ihn zu erl
den anderen e
ständige Beun
unseres Volke
dazu entschlie
was noch lang
ren Verstaatli
Andere Grupp
abzufinden, da
nicht mehr di
können. Wese
fähigen und so

en ausländischen
en. Die Antwort
nun darum, die
richtigsten neuen
werden in einem
rie und gelenkte
lle Gemeindebe-
ksgenossenschaf-
e Wirtschaftsfor-
m ist auch hier
sehen sein, daß
s, also auch der
gesichert werden.
laß nicht nur ein
itt, sondern eine
oder Gruppenin-
d daher auch Ar-
und Angestellten
nichts hätten, ist
e geworden. Ich
eine vernünftige
lich notwendige
gebnis erbringt,
aß die Werksge-
irtschaft, sondern
end nützen kön-
s denkbar, einen
or neben einem
ufteten zu erhal-
ftsformen so zu
kswirtschaft dar-
d auch hier nicht
l dann nach ehr-
er richtigen Lö-
ige Erfahrungen
n uns alle dazu
übereiltes zu tun,
ernünftigen Neu-
en, sie vielmehr
chtig zuzuordnen.

Ganz klar und deutlich wollen wir aber ausspre-
chen, daß wir keinesfalls daran denken, nun einfach
vom Privatkapitalismus auf den Staatskapitalismus
hinüber zu wechseln. Mir erscheint es auch ausge-
schlossen, daß wir in Österreich über das bereits be-
schlossene Ausmaß an Verstaatlichungen noch irgend-
wie wesentlich hinausgehen. Wir sollten vielmehr
gemeinsam dafür sorgen, daß alles das, was nun auf
Grund eines einstimmig beschlossenen Gesetzes in den
Verstaatlichungsbereich hineinfällt, bald auch wirk-
lich vom Staate übernommen und ordentlich geführt
werden kann. Hier könnten sich besonders die Kom-
munisten Verdienste erwerben und auch die Sozial-
isten beweisen, daß es ihnen bei der Forderung
nach Verstaatlichung nicht bloß um eine billige Pro-
pagandasache zu tun war und ist, sondern um den
ernsthafte Versuch, einer neuen Form der Wirt-
schaftsführung im Interesse des ganzen Volkes. Auch
sie haben, gleich den Kommunisten, immer wieder
erklärt, daß sie nicht im Schlafe daran dächten, die
vielen kleinen und mittleren Unternehmungen und
Betriebe zu vernichten, die im Interesse des ganzen
Volkes auch künftighin Eigentum von Privaten und
unter der Führung Privater bleiben sollen. Wir
Volksparteiler haben in der Privatinitiative und den
persönlich geführten Klein- und Mittelbetrieben stets
einen ganz besonders wertvollen Faktor innerhalb
der Volkswirtschaft gesehen und werden alles tun,
um ihn zu erhalten und zu festigen. Wenn es auch
den anderen ernst darum ist, dann mögen sie die
ständige Beunruhigung von diesem wertvollen Teile
unseres Volkes nehmen, indem sie sich gleich uns
dazu entschließen, zunächst einmal das zu verdauen,
was noch lange nicht gegessen ist, und keine weite-
ren Verstaatlichungsforderungen mehr anzumelden.
Andere Gruppen wieder täten gut daran, sich damit
abzufinden, daß bestimmte Wirtschaftszweige künftighin
nicht mehr die Angelegenheit einiger weniger sein
können. Wesentlich ist die Erzielung eines leistungs-
fähigen und sozial richtig gebauten Wirtschaftskörpers.

Wir von der Volkspartei bestehen darauf, daß das
Werksgenossenschaftsgesetz so rasch als möglich ver-
wirklicht werde und hoffen, daß die Idee von den
Werksgenossenschaften darüber hinaus noch mehr
Boden gewinnt. Wir sehen in den Werksgenossen-
schaften einen ersten Beginn einer sinnvollen Mit-
wirkung der Arbeiterschaft an der inneren Betriebs-
ordnung und den Anfang zu einer wirklichen äußeren
und inneren Entproletarisierung. Diese kann und
wird erst dann eintreten, wenn die tragische Kluft
zwischen Betrieben und Arbeitern, zwischen Betriebs-
leitung und Belegschaft geschlossen ist und die ein-
zelnen Arbeiter auch materiell gefestigte und gesi-
cherte Menschen werden. Die Sozialisten und die Kom-
munisten mögen spotten und spötteln. Sie mögen von
Pseudosozialismus und Kleinkapitalisten fasziniert
sein, wir bekennen uns dazu, endlich auch die Arbeiter zu zu-
frieden und glücklichen Bürgern der Gesellschaft
zu machen. Wir haben niemals auf das Unglück und
die Unzufriedenheit spekuliert und wollen auch wei-
terhin alles nur Mögliche zum Glück und zur Zu-
friedenheit aller beitragen. Uns ist es sehr ernst um
die Arbeiterbefreiung, und den Arbeitern wird sie
schließlich, davon sind wir fest überzeugt, sehr recht
sein. Es kommt nur auf das Exempel an. Dieses aber
sollte bald und deutlich sichtbar erstellt werden.

Zur Freiheit des Staates und der einzelnen Bürger
muß aber auch das Recht treten. Das Recht als die
Ordnung, Zuweisung und Abgrenzung der Berechti-
gungen und Verpflichtungen der einzelnen unterein-
ander, zur Gesellschaft, zum Staate und umgekehrt.
So wie die Ordnung als Einheit in der Vielheit be-
zeichnet werden kann, ist das Recht die Grund-
lage des Zusammenlebens freier Menschen und die
beste Sicherung der individuellen und der gesamten
Freiheiten überhaupt. Es wäre nun lächerlich, zu be-
haupten, daß wir in Österreich eine solche Ordnung
und eine derartige Grundlage nicht schon lange ge-
habt hätten. Nur wer die Ergebnisse unserer Sozial-
politik als eine bloße Summe von äußeren Gesetzen

und Verordnungen, wenn nicht gar als eine Belästigung und unliebsame Störung seines eigenen Ich aufgefaßt hätte, könnte dergleichen behaupten. Wir wissen, daß die Sozialpolitik schon immer viel weiter zielte und die Gesamtheit und Fülle aller Planungen und rechtlichen Sicherungen darstellt, die geeignet sind, die persönliche und gesellschaftliche Existenz aller arbeitenden Menschen zu festigen, untereinander zu verbinden und so das Leben der einzelnen und der ganzen Gesellschaft erst zu sichern und menschenwürdig zu gestalten. Wir sind stolz auf die österreichische Sozialgesetzgebung, die immer schon vorbildlich genannt wurde und vorbildlich war. Stolz nicht zuletzt auch deshalb, weil sie keinesfalls auf nur sozialistische Initiative oder Beschlüsse zurückgeht, sondern in der geistigen Vorbereitung und in der praktischen Verwirklichung maßgeblich auch auf **Kräfte und Männer, die wir auch heute noch gerne als uns wesensverwandt nennen und ehren.** Wenn ich die Namen Vogelsang, aber auch Dr. Resch, Dr. Drexel, Kunschak, Spalovsky, Fischer und Schmitz ausspreche, dann nur, um sie für viele gleich oder ähnlich verdiente Männer zu nennen. Es war uns selbstverständlich, die österreichischen sozialen Gesetze möglichst bald nach der Befreiung wieder einzuführen und zu aktivieren. Wir wirkten gerne an der Sicherung der guten österreichischen Sozialversicherungseinrichtungen mit und wollen es einmal als unser besonderes Verdienst buchen, die österreichische Angestelltenversicherung vor einem neuerlichen Verrat bewahrt und die Bergarbeiter- und Landarbeiterversicherung erhalten zu haben. In diesem Zusammenhang darf ich aussprechen, daß wir auch künftighin nicht für Verallgemeinerungen und Verwischungen zu haben sein werden. Allzu große Zusammenballungen und Mammutgebilde mögen einer politischen Partei nützen, den Versicherten bestimmt nicht. Was gesund gewachsen ist und sich richtig entwickelt hat, soll auch hier bestehen bleiben. Es ist ohnedies schon so viel gleichgemacht worden in unserer Zeit, daß es

gar nicht schaden kann, wenn wenigstens etwas Färbung und Buntheit überbleibt.

Wir sind stolz darauf, daß es uns gelungen ist, auch in der zweiten Republik an der Wiederherstellung guten alten Sozialbesitzes und an wesentlichen Verbesserungen verschiedener sozialpolitischer Errungenschaften mitzuwirken. Wir hatten schon innerhalb der provisorischen Regierung Dr. Renner, in welcher wir nur ein knappes Drittel bildeten, wesentlichen Anteil daran. Ich darf hier besonders an das Feiertagsruhegesetz erinnern, welches einen jahrzehntelangen und sehr gefährlichen Streit beendete und fast zur Gänze auf unsere Initiative und Bemühung zurückgeht. Wenn heute besonders aus kirchlichen Kreisen Klagen darüber laut werden, daß nicht sämtliche kirchlich gebotenen Feiertage auch staatlicherseits zu solchen erklärt wurden, kann ich nur an die Einsicht und das Entgegenkommen aller Arbeitgeberkreise appellieren. Wir sind mit Vergnügen bereit, auch den Maria-Empfängnis-Tag, den Dreikönigstag und allenfalls auch die Tage der jeweiligen Landespatrone in das Feiertagsruhegesetz mitaufzunehmen, wenn — und nur hier lag seinerzeit die Schwierigkeit — auch diese Feiertage voll bezahlt und allenfalls nötige Arbeitsleistungen an diesen Tagen doppelt bezahlt werden. Christliche Feiertage dürfen in Österreich keine Hungertage mehr sein! Darum ging es uns beim Feiertagsruhegesetz, und darauf müssen wir der Arbeiterschaft und der Kirche halber auch weiterhin unbedingt bestehen. Wir haben dann aber auch mitgewirkt an der Herabsetzung der Lohnsteuer, an der Verbesserung der Altersversorgung, am Zustandekommen des Arbeiterurlaubs-, des Kollektivvertrags- und des Betriebsrätegesetzes. Es konnte uns nur belustigen, als in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. April 1947 zu lesen stand, daß alle diese zweifellosen Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiet einzig und allein das Verdienst der österreichischen Sozialisten seien. Tragikomisch aber wird die Sache, wenn im gleichen Artikel weiter

beha
aller
tet, d
Sozia
der I
schaft
in d
sind.“
der S
nehm
und s
weiß,
setz
Monoj
von c
brach
gesetz
recht
schwe
nisten
gen A
nannt
stande
reichi
Gerad
wir V
tiv fü
lich n
für s
Macht
beider
denen
Wo es
Volksj
gisch
freuen
Bauern
ausste
wieser
immer

behauptet wird, daß „im Kollektivvertragsgesetz, aller Diktaturgelüste von rechts oder links ungeachtet, die Verankerung der Koalitionsfreiheit von den Sozialisten erreicht worden ist, die auch ein Monopol der Handelskammern wie einer einzigen Gewerkschaftsorganisation entschlossen abgelehnt haben und in diesem Kampf schließlich siegreich geblieben sind.“ Für wie dumm oder zumindest vergeßlich muß der Schreiber seine Leute eigentlich halten? Wir nehmen die österreichische Arbeiterschaft ernster und sind daher auch überzeugt, daß diese sehr genau weiß, daß wir es waren, die im Kollektivvertragsgesetz die Koalitionsfreiheit sicherstellten und die Monopolstellung des Gewerkschaftsbundes, welche von der linken Seite verlangt worden war, zu Fall brachten. Wir waren es auch, die im Betriebsrätegesetz den schweren Anschlag auf ein heiliges Naturrecht der Menschen, auf das Recht auf Arbeit, in schwerem Ringen gegen die Sozialisten und Kommunisten abwehrten. Wir waren es, die den selbständigen Angestelltenbetriebsrat retteten usw. Alle vorgenannten und viele andere Gesetze wären niemals zustande gekommen, wenn sie nicht von unserer Österreichischen Volkspartei beschlossen worden wären. Gerade die Sozialisten wissen es sehr genau, daß wir Volksparteiler immer wieder und oft sehr initiativ für wirkliche Arbeiterinteressen eintraten. Freilich nur für wirkliche Arbeiterinteressen, keinesfalls für sozialistische oder kommunistische Partei- und Machtinteressen. Es ist nicht unsere Schuld, wenn die beiden anderen Parteien diese beiden sehr verschiedenen Interessenbereiche immer wieder verwechseln. Wo es um ehrliche Arbeiterinteressen ging, war die Volkspartei immer und sehr gewissenhaft und energisch für die Interessen der kleinen Leute tätig. Wir freuen uns, heute auch unseren Freunden von der Bauernschaft und vom Wirtschaftsbund das Zeugnis ausstellen zu können, daß sie stets Verständnis bewiesen für unsere Wünsche und Forderungen und immer wieder bereit waren, das ganze Gewicht der

Volkspartei für notwendige soziale Sicherungen und Verbesserungen einzusetzen. Nur dadurch wurden alle vorgenannten Gesetze überhaupt möglich. Unsere Vorarbeit innerhalb der Volkspartei bedeutete so auch eine sehr beachtliche Leistung für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft. In einem freilich haben wir gefehlt, in der mangelnden Ausnützung dieses unseres Anteiles an der sozialpolitischen Gesetzgebung und im sicher unklugen Verzicht seiner propagandistischen Auswertung. Darin waren uns die anderen um viele Pferdelängen voraus. Wir wollen uns aber bemühen, ihnen auch da nachzukommen. Im übrigen mögen sie beruhigt sein und abwarten, was wir Volksparteiler für die Interessen der arbeitenden Menschen auch weiterhin tun werden.

Wenn es im Rahmen dieses Referates auch ausgeschlossen ist, genau anzuführen, was wir an besonderen Vorschlägen zur Erreichung der Arbeiterfreiheit und einer wirklichen Entproletarisierung bereit haben, möchte ich doch einiges wenigstens stichwortweise aufzeigen.

Wie ich schon ausgeführt habe, treten wir vor allem für das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit ein. Dieser Grundsatz erfordert die Ermöglichung einer möglichst freien Auswahl der Arbeitsplätze und die Einführung freier Arbeitsvermittlungen. Zur Erfüllung des Rechtes auf Arbeit und der Verpflichtung zu arbeiten, muß auch die freie Berufsberatung neben den öffentlichen Einrichtungen anerkannt werden. In diesem Zusammenhang bekommt auch die Frage einer entsprechenden Nach- und Umschulung besondere Bedeutung.

Wir bekennen uns weiters zu dem Recht auf den Arbeitsertrag und zur Pflicht zur Leistung. Daraus folgert nicht nur die Forderung nach einer entsprechenden Lohn- und Preispolitik und Gewährung eines für den täglichen Lebensbedarf hinreichenden Lohnes und Gehaltes, sondern auch die nach Beteiligung am Gewinn und der Eigentumsbildung an Produktionsmitteln, Wohnungen, Siedlungen u. dgl. Die

richtige Rangordnung in der Ertragsteilung kann unserer Meinung nach nur in der Reihenfolge: Lebensstand des Arbeiters, Ausbaufähigkeit des Unternehmens und erst in dritter Linie in der Befriedigung der Kapitalsansprüche liegen. In der derzeitigen Rechtsordnung ist die Rangstufung oft gerade umgekehrt.

Zur baldigen praktischen Verwirklichung des Werksgenossenschaftsgesetzes gehört vor allem eine Durchführungsverordnung und die baldige Erledigung des im Parlament liegenden Initiativantrages auf seine Ergänzung und Ausdehnung auch auf Privatbetriebe auf Basis der Freiwilligkeit. Durch anfängliche steuerliche und sonstige Begünstigungen der Werksgenossenschaften sollte gerade diese Wirtschaftsform gefördert und ihr gutes Funktionieren gesichert werden.

Unsere Sozialpolitik unterscheidet sich wesentlich von der des Kollektivismus. Wir stellen die menschliche Persönlichkeit auch in den Mittelpunkt der Sozialpolitik. Alle Maßnahmen der Sozialpolitik müssen auf den Grundlagen des Rechtes, und zwar des Naturrechtes, beruhen und dürfen sich nicht mit bloßer Fürsorge oder Wohlfahrt begnügen. Wir verlangen daher die bewußte Abkehr vom bloßen Fürsorgetypus.

Wir anerkennen das Recht auf Eigentum, vor allem auch für unselbständig Tätige. Gerade für sie muß solches Recht künftighin nicht nur an kurzfristigen Verbrauchsgütern, sondern auch an Dauergütern, namentlich auch an Produktionsmitteln, geschaffen werden. Erst dadurch werden sie krisenfest und gemeinschaftsverbunden. Diesem Zwecke soll ganz besonders auch die Eigentumbildung an Grund und Boden dienen. Die Verbindung mit dem Heimatboden ist eine der solidesten Grundlagen zur Entproletarisierung. Aus diesem Grunde begrüßen wir die großzügige Aktion der katholischen Kirche und hoffen, daß durch ähnliche Maßnahmen noch weiterer Raum zur Errichtung gemeinnütziger Siedlungen geschaffen

wird. Wo solche Siedlungen nicht möglich sind, vor allem also in den Großstädten, ist das Recht zur Bildung von Wohnungseigentum ehestens zu sichern.

Es sind zwei große Bereiche, deren Ordnung neu gestaltet werden muß: der Betrieb und das Heim. Sie sind die wichtigsten Lebensbereiche des Menschen. Wir verlangen auch die baldige Inangriffnahme einer umfassenden Familienpolitik. Da die Gewährung des Familienlohnes aus praktischen Gründen nicht leicht und vor allem nicht immer möglich ist, muß durch Einführung von Ausgleichskassen für kinderreiche Familien, durch die Einführung von Kinderbeihilfen im Sinne der Gemeinschaftsrente, durch Steuerermäßigungen und andere Maßnahmen zur Begründung, Erhaltung und Festigung der Familien beigetragen werden. Nur solche positive Maßnahmen und eine richtige geistige Beeinflussung vor allem der Jugend können auch der drohenden Gefahr eines weiteren Absinkens der Geburtenziffer und damit des Volkstodes wirksam begegnen. Bloße Strafsanktionen und papierene Paragraphen allein vermögen es nicht.

Wir verlangen den besonderen Schutz der jungen Beamtschaft, die Zubilligung höherer Bezüge in den Anfangsstufen und damit die Ermöglichung von Familiengründungen. Wir verlangen die Einführung einer Witwenrente in der Invalidenversicherung.

Zu einem vernünftigen Jugendschutzgesetz sollte bald auch ein Gesetz über die Berufsausbildung der Jugendlichen kommen.

Wir fordern weiter die Novellierung des Hausgehilfengesetzes, die Schaffung eines modernen Arbeitszeitgesetzes und eines Heimarbeitergesetzes. Daß wir die Schaffung eines umfassenden Landarbeiterrechtes im Sinne der Vorlage des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft verlangen, haben wir wiederholt und deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Bildung selbständiger Gehilfenausschüsse lehnen wir als überholt und überflüssig ab und vertreten den Einbau ihrer Agenden in den

Gewerkschaftsbund wir auch vom Art dige Währungsar selbstverständlich. keine gesunde Wunde Sozialpoliti und gemeinsame scheint uns für A wichtig und dring

Damit glaube Forderungen der aufgezeigt zu ha sagen, daß uns w allein von der Ma Die geistige Erlö rer Meinung nach wenn ihre materi tigung gefallen s die Fragen der V und Lenkung, de den allgemeinen lichen Ordnungen terschaft erwach Bedeutung der m gen Ausgeglicher ten. Da ist es höc und mithelfen, ib die ihr zukomme

Es ist nun klai sehr grundsätzlic rungen untersche macht zu haben, sche Diktatur, so und jede Partei heit braucht, sin Haß, es ist die F menarbeit. Daru Kampfe um die um den lebendig Sicherung und so

möglich sind, vor
s Recht zur Bil-
ns zu sichern.
en Ordnung neu
und das Heim-
reiche des Men-
ge Inangriffnah-
politik. Da
aus praktischen
icht immer mög-
Ausgleichskassen
Einführung von
neinschaftsrente,
und andere Maß-
; und Festigung
ir solche positive
ge Beeinflussung
i der drohenden
r Geburtenziffer
begegnen. Bloße
agraphen allein

chutz der jungen
nerer Bezüge in
rmöglichkeit von
die Einführung
versicherung.
utzgesetz sollte
fsausbildung der

ing des Hausge-
s modernen Ar-
arbeiterge-
nes umfassenden
Vorlage des Bun-
stwirtschaft ver-
entlich zum Aus-
ndiger Gehilfen-
und überflüssig
Agenden in den

Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammern. Daß wir auch vom Arbeiterstandpunkt eine möglichst baldige Währungsanierung anstreben müssen, ist ganz selbstverständlich. Ohne gesunde Währung gibt es keine gesunde Wirtschaft, ohne diese aber keine gesunde Sozialpolitik. Die Errichtung einer zentralen und gemeinsamen Lohn- und Preiskommission erscheint uns für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich wichtig und dringlich.

Damit glaube ich die wesentlichsten konkreten Forderungen der volksparteilichen Arbeiterschaft kurz aufgezeigt zu haben. Ich brauche kaum dazu zu sagen, daß uns wohl bewußt ist, daß die soziale Frage allein von der Materie her nicht gelöst werden kann. Die geistige Erlösung der Arbeiterschaft kann unserer Meinung nach aber erst dann umfassend erfolgen, wenn ihre materielle Unsicherheit und Minderberechtigung gefallen sein wird. Aus diesem Grunde sind die Fragen der Wirtschaft, ihrer richtigen Formung und Lenkung, der Mitwirkung der Arbeiterschaft an den allgemeinen wirtschaftlichen und innerbetrieblichen Ordnungen von größter Bedeutung. Die Arbeiterschaft erwacht allmählich zum Bewußtsein der Bedeutung der menschlichen Freiheit und der richtigen Ausgeglichenheit zwischen Rechten und Pflichten. Da ist es höchste Zeit, daß alle sie ernst nehmen und mithelfen, ihr den richtigen Weg zu weisen und die ihr zukommende Stellung zu gewähren.

Es ist nun klargestellt, daß wir uns in vielem und sehr grundsätzlich von den Marxisten aller Schattierungen unterscheiden. Ich glaube auch deutlich gemacht zu haben, daß wir nicht nur jede kapitalistische Diktatur, sondern auch jede staatskapitalistische und jede Parteidiktatur ablehnen. Was die Menschheit braucht, sind nicht neue Gewalttaten und neuer Haß, es ist die Freiheit, der Friede und die Zusammenarbeit. Darum geht es uns auch bei unserem Kampfe um die Arbeiterbefreiung. Auch hier geht es um den lebendigen Menschen, seine Freiheit, seine Sicherung und sein Recht. Auch hier geht es darum,

neue Verirrungen zu verhindern und die menschlich richtige Lösung zu finden. Einmal muß es doch gelingen, aus den verschiedenen Wahnvorstellungen herauszukommen und den rechten Weg zu finden. Es muß möglich sein, zwischen der Sünde der Überschätzung der menschlichen Persönlichkeit, bestimmter Gruppen und Rassen und der nicht geringeren ihrer Unterschätzung und Mißachtung endlich zur richtigen Seinsordnung zurückzufinden. So verhängnisvoll die nationalsozialistische Überschätzung des anonymen Volkes und die Erniedrigung des Menschen zum Quaderstein war — Sie erinnern sich noch an das berüchtigte: „Das Volk ist alles, das Schicksal des einzelnen völlig belanglos“ —, ebenso gefährlich wäre es, der Zauberkraft irgendwelcher kollektivistischer Zusammenballungen zu vertrauen. Alles aber, was die Kommunisten und letzten Endes auch die marxistischen Sozialisten an Arbeiterförderung vorschlagen, dient letztlich dieser anonymen Masse, einem Kollektiv, in welchem die menschliche Persönlichkeit verschwinden und zwangsläufig zu einer bloßen Nummer degradiert werden muß. Wehe den Arbeitern, wenn der sozialistisch-kommunistische Plan gelänge. Wehe dem Arbeiter, der es wagen sollte, einmal aufzumucken und der Parteiparole zu widerzuhandeln. Wehe dem, der nicht aufmarschierte, wenn das Kommando des Parteisekretariates kommt, und wehe allen, denen es einfallen sollte, einmal gar eine andere Ansicht über Gott und die Menschen zu äußern, als die parteiamtlich zugelassene. Sie würden aller Vorteile verlustig werden, die sie innerhalb des Kollektivs als willfähige Nummern besaßen, und schließlich auch noch den Arbeitsplatz und damit die Grundlage ihrer und ihrer Familien Existenz verlieren. So schlecht und menschenunwürdig kapitalistische Ausbeutung je gewesen sein mag, furchtbarer und menschenunwürdiger noch müßte diese neue Art von Freiheitsberaubung sein. Gegen den Kapitalisten konnten die Arbeiter wenigstens aufmarschieren, demonstrieren und streiken. Gegen

eine Staats- oder Parteidiktatur ist ihnen auch dieses letzte Mittel der Abwehr versagt. Aus diesen und anderen Gründen können wir uns nicht mit allem befreunden, was die anderen unter Arbeiterpolitik gerne auch von uns verstanden wissen möchten. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir es ablehnen, mit ihnen zu diskutieren, ihre Vorschläge anzuhören und diese, falls sie uns gut erscheinen, auch zu unterstützen. Wir anerkennen vor allem auch die Notwendigkeit einer bestimmten Solidarität innerhalb der Gesamtarbeiterschaft. Wir wurden ja erschüttert von den Ereignissen der letzten Jahrzehnte, wir wurden in der Glut-hitze des totalitären Wahnes wirklich neu geschaffen. Darum haben wir schon während der Okkupation Verbindungen mit den anderen österreichischen Parteien aufgenommen und uns auch gleich nach der Befreiung, noch unter dem Donner der Kanonen und den Angriffen der Tiefflieger an den zerbombten Häuserfronten entlang zu den Sozialisten und Kommunisten begeben, um gemeinsam mit ihnen über die gemeinsame wirtschaftliche Interessenvertretung, den Gewerkschaftsbund, zu beraten und zu beschließen. Uns war und ist die gewerkschaftliche Einigung und Zusammenarbeit, nicht die unwahrhaftige kommunistische „Arbeitereinheit“, eine wirkliche Herzenssache. Wir waren und sind uns klar darüber, daß es eine gewisse Schicksalsgemeinschaft der kleinen Leute gibt und daß das Bekenntnis zu ihr lange noch keine Klassenkampfansage oder die Aufgabe der eigenen Meinung bedeutet. Niemand wird uns aber zumuten können, eine solche Verbindung, eine derartige Zusammenarbeit um jeden Preis, auch um den der eigenen Ehre, aufrecht zu erhalten. Wir bekennen uns auch heute und im Angesichte der gesamten Volkspartei zur ehrlichen und loyalen Zusammenarbeit mit den sozialistischen und kommunistischen Kollegen innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Daran darf die Verstimmung oder auch das Versagen des einen oder anderen, ja selbst ganzer Gruppen, nichts ändern. Wir machen die Partner

von den anderen Parteien aber ebenso ernst und feierlich darauf aufmerksam, daß wir uns künftighin irgendwelchen Mißbrauch des allgemeinen, freien und überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes für irgendwelche Parteizwecke oder gar terroristische staatsfeindliche Akte auf keinen Fall mehr gefallen lassen werden. Wir werden es uns auch nicht mehr gefallen lassen, daß Gewerkschaftszeitungen, Gewerkschaftsbüros, Gewerkschaftssekretäre für irgendwelche Parteizwecke gebraucht und mißbraucht werden. Wir werden auch nicht mehr dulden, daß irgendein gewerkschaftlicher Funktionär oder gar ein bezahlter Sekretär unsere Vertreter im Gewerkschaftsbund anpöbelt und beschimpft. Wir haben die gleiche Ehre wie die anderen und das gleiche Recht. Und wenn wir das eine oder andere Mal eine andere Vorstellung von der praktischen Verwirklichung der Arbeiterfreiheit haben und sie auch dokumentieren, hat noch niemand das Recht, diese anständige andere Gesinnung als Arbeiterverrat oder ähnliches hinzustellen. Aus unserer Schuld wird die mühsam errungene gewerkschaftliche Einigung nicht zerfallen. Wenn es dazu käme, hätten andere die Verantwortung dafür zu tragen. Was aber das Wort vom „Aschenbrödel-dasein“ anlangt, welches kürzlich Freund Altenburger aussprach, so darf ich als leidenschaftlicher Anhänger einer ehrlichen Arbeitersolidarität dazu sagen, daß es zu einem guten Teil auch auf uns selbst, auf die Tüchtigkeit unserer Leute, auf ihre Auswahl, Schulung, auf ihre entsprechende Ausrichtung und auf ihren Mut ankommen wird, ob wir eine solche gewiß unerquickliche Rolle spielen oder nicht. Wir werden auch im Gewerkschaftsbund, wie in der Volkspartei, am Ende so stark sein, als wir wirklich sind, und als unser Geschick ist, aus uns und unserer Kraft etwas zu machen. Es wird entscheidend auch darauf ankommen, daß wir unsern „Arbeiter- und Angestelltenbund“ vor allem und mit aller Energie, Zähigkeit und Klugheit auf die Arbeit in den Werkstätten, Fabriken und Büros ein- und umstel-

len. t
Betrie
tioner
Gew
führt
schaft
Wir
ellen
nehme
und k
nachh
sonder
tags b
alles.
dert u
beiters
andere
ches I
ben. V
des täg
vermitt
des Ho
müssen
Dränge
den Hu
materi
Darübe
und all
cherung
zu erre
nicht z
halb ab
nützt o
müssen
Mut zur
halber,
wendige
zögern.
keine v
zutage t

len. Über die Menschen dort führt der Weg zu den Betriebsräten, über diese zu den Fachgruppen, Sektionen, Gewerkschaften, bis hinauf zur Führung des Gewerkschaftsbundes. Über die Betriebe und Büros führt auch der beste Weg zur gesamten Arbeiterschaft.

Wir sollten uns auch angewöhnen, zu allen aktuellen Problemen rasch und entschlossen Stellung zu nehmen und die eigene Meinung dazu möglichst klar und konkret zu formulieren. Nur nicht den anderen nachhumpeln und auch nicht bloß theoretisieren, sondern sich in der Praxis des Lebens und des Alltags bewähren. Darauf kommt sehr viel an, vielleicht alles. Wenn sich die Christen der vergangenen hundert und mehr Jahre besser bewährt hätten, die Arbeiterschaft wäre keinem Karl Marx und keinem anderen falschen Propheten aufgefressen und manches Unglück wäre der Menschheit erspart geblieben. Wir Christen müssen den Arbeitern das Brot des täglichen und des ewigen, des geistigen Lebens vermitteln. Wir müssen dafür sorgen, daß der Wille des Herrn endlich auch auf Erden geschehe. Wir müssen immer auch das zur Zeit Wichtigste und Drängendste sehen und zu lösen trachten, jetzt also den Hunger stillen, die Nahrung sichern, für Brennmaterial vorzusorgen, für Bekleidung, Wohnung usw. Darüber hinaus freilich müssen wir alles studieren und alles versuchen, um endlich eine dauerhafte Sicherung gerade auch der Arbeiterpersönlichkeiten zu erreichen. Wir dürfen dabei auch vor Neuerungen nicht zurückschrecken. Wir dürfen Gutes nicht deshalb ablehnen, weil es heute noch von anderen benützt oder vielleicht mißbraucht werden könnte. Wir müssen die Entschlossenheit zum Kampf und den Mut zum Sieg haben. Wir dürfen keines Geldsackes halber, und möge er noch so heilig erscheinen, notwendige Maßnahmen negieren oder auch nur verzögern. Es muß uns klar sein, daß es ohne Lenkung keine vernünftige Wirtschaft gibt und daß wir heutzutage auch sonst verhalten sind, andere Wege zu

beschreiten, als vor fünfzig und mehr Jahren. Wir sollen alles Gute und Alte respektieren und halten, auf keinen Fall aber irgend etwas nur deshalb, weil es alt ist. Wir sollen niemals vergessen, daß Arbeit und Natur die Hauptquellen aller wirtschaftlichen Werte bilden und daß das Eigentum nur berechtigt ist, wo es aus redlicher Arbeit stammt, zur Begründung und Festigung der Familien dient und dem allgemeinen Wohle und Fortschritt nützt. Wir sollen möglichst wenig nein und viel mehr und entschlossener ja sagen. Wir sollen uns aber vor allem immer bewußt sein und bleiben, daß es nun darauf ankommt, das Christentum in der Praxis dieser Welt immer mehr und mehr zu verwirklichen. Bekennen wir uns zur Freiheit der Christenmenschen und betätigen wir sie! Wir allein haben die Schlüssel zu einem besseren und schöneren Leben. Seien wir menschlich und die Welt von morgen wird christlich sein. Freund Hurdes hat es deutlich gemacht, was uns von allen anderen unterscheidet: unser solidaristischer Glaube und unsere solidaristische Tat.

Vor allem die Freiheit und dann das Recht. Alle Freiheit aber und alles Recht würde nicht genügen, eine Ordnung zu erstellen und zu erhalten, die ähnlich tragische Verwicklungen und Zusammenbrüche verhindern könnte, wie sie trotz aller äußeren Freiheiten und Rechtsnormen immer wieder in so furchtbarer Weise in Erscheinung traten. Freiheit und Recht erhalten erst dann ihre letzte Verankerung und ihren tiefen Sinn, wenn die Menschen sich auch innerlich zusammenfinden und wenn sie bereit sind, an die Stelle des Streites die Aussprache, an die Stelle des Kampfes die Vereinbarung und das Recht und an die Stelle der alles zerstörenden Revolution die friedlich aufbauende Evolution zu setzen. Die anderen sprechen viel von der Solidarität. Auch wir bekennen uns zur Solidarität. Freilich mit dem großen Unterschied, daß wir es uns damit nicht genügen lassen wollen, sondern erst in der Solidarität aller Solidarischen, erst im Solidarismus, die

Verwirklichung einer wahrhaften Volkssolidarität erkannt haben und diesen Weg daher gerade im Arbeiterinteresse entschlossen bis zum guten Ende gehen werden. Die Klassenkämpfer aller Schattierungen mögen darüber spotten und witzeln. Schon daß sie sich gar so viel mit unserem Solidarismus befaßt haben, beweist, daß es ihnen dabei in Wahrheit gar nicht so spaßhaft dabei zu Mute ist.

Wir wissen es und werden dafür sorgen, daß es künftighin immer mehr und mehr einsehen, mitbekennen und mitvertreten: Freiheit und Recht können nur halten, die ganze Gemeinschaft des Volkes kann nur bestehen, unser Österreich nur dann wieder auferstehen, wenn die Solidarität aller solidarischen Menschen, wenn ein lebendiger Solidarismus künftighin alles bloße Neben- oder gar Gegeneinander überwinden und unser ganzes Volk zum Mit- und Füreinander führen wird.

Unsere arbeitenden Menschen haben sich ihre Freiheit und ihr Recht wahrhaft verdient. Die Freiheit ist die Grundlage jeder Arbeit und jedes Lebens überhaupt. Die Arbeiterfreiheit ist die Voraussetzung der Volksfreiheit. Das Recht dient zur Sicherung der Freiheit aller und der einzelnen, der Solidarismus aber trägt und erhält die Freiheit, das Recht und den Frieden.

Wir Volksparteiler bekennen uns zur gerechten Sache der Arbeiterschaft und rufen das ganze Volk auf, an der Verwirklichung der Arbeiterbefreiung mitzuwirken. Wir wollen, daß alle Österreicher bald frei und glücklich werden. Die Arbeiter waren stets die treuesten Söhne des Vaterlandes. Es leben alle arbeitenden Menschen, es lebe die neue solidaristische Gesellschaft, es lebe unser Vaterland Österreich! (Langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleißner dankt dem Referenten und überträgt NR Lakowitsch den Vorsitz für die Fortführung der Tagesordnung. Er erteilt

Bundesminister a. D. NR Ing. Julius Raab
das Wort zum Referat „Die neue österreichische Wirtschaft“:

„Sehr geehrte Damen und Herren! Wer die politische Laufbahn betritt, der muß vor allem in der heutigen Zeit eine Eigenschaft besitzen: unbeugsamen Optimismus. Die Generation, die heute lebt und arbeitet auf dieser Welt, hat im Laufe der letzten paar Dezennien immer wieder den Aufbau ihrer Heimat, besonders hier im alten Europa, vornehmen müssen, wie selten Geschlechter zuvor. Besonders in unserer engeren Heimat, hier in Österreich, hat das Problem des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft unser Volk immer hart auf die Probe gestellt. Mitten in Europa gelegen, waren unsere Gebiete die Stammlande der großen österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Wirtschaft hat sich damals im Rahmen des gesamten mitteleuropäischen Raumes entwickelt als Wirtschaft einer Großmacht, die zu den entscheidenden Staaten der Welt gehörte. Mit dem Zusammenbruche der Monarchie stand aber unsere Wirtschaft vor einer ganz neuen Aufgabe: die Erzeugung, die Absatzverhältnisse, die Währung, all das war von einer organisch entwickelten Großwirtschaft in eine neu zu planende Kleinwirtschaft umzustellen, kurz, es war dem Umbruch von der Großmacht zum Kleinstaat auch wirtschaftlich Rechnung zu tragen. Wir haben damals seelisch viel unter diesen Gedankengängen gelitten. Aber die täglichen Notwendigkeiten des Lebens zwangen unser Volk, sich mit dieser Tatsache abzufinden und unter den gegebenen beschränkten Verhältnissen eine neue Heimat und eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen. Wir können es heute sagen: Die Schichten, die wir in unserer Partei zu vertreten haben, haben niemals an der Lebensfähigkeit Österreichs gezweifelt. Mit einem beispielmäßigen Opfermut ging damals Dr. Seipel, der heute zweifellos ebenfalls in der Volkspartei stehen würde, daran, das neue Österreich aufzubauen, wäh-

rend an
dieses J
das All
Deutsch
ders mi
unseres
Partei
reich ni
immer
bodenst
gangen
unserer
währen
tungsar
heute v
rückger
Gerac
war ein
willens,
politisc
kennen
überspi
tigkeit
bruch c
hat ein
Wort g
reichs
mit der
aussetz
setzung
samme
ein Wo
und Be
Die
tung d
schen
abgelö
dieser
Wirtsel
sagen,

aus Raab
österreichische

die poli-
em in der
: unbeug-
heute lebt
e der letz-
tzbau ihrer
vornehmen
esonders in
h, hat das
tschaft un-
ellt. Mitten
die Stamm-
ten Monar-
nahmen des
wickelt als
ntscheiden-
Zusammen-
Wirtschaft
ugung, die
s war von
aft in eine
ellen, kurz,
zum Klein-
ragen. Wir
Gedanken-
endigkeiten
mit dieser
ebenen be-
at und eine
Vir können
in unserer
an der Le-
einem bei-
Seipel, der
artei stehen
bauen, wäh-

rend andere die Phrase von der Lebensunfähigkeit dieses Kleinstaates gedankenlos nachplapperten und das Allheil im Zusammenschluß Österreichs mit dem Deutschen Reich erwarteten. Ich muß daher besonders mit Nachdruck betonen, daß diese Schichten unseres Volkes, die wir im Rahmen der heutigen Partei zu vertreten haben, den Glauben an Österreich niemals verloren haben und es unser Recht ist, immer wieder auf diese aufbauende Zeitepoche des bodenständigen österreichischen Volkes in der Vergangenheit zurückzublicken. Wir können diese Jahre unserer politischen Tätigkeit mit Stolz vertreten, während andere froh sein müssen, wenn ihre Zeitungsartikel und Reden der damaligen Zeit nicht heute wieder der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückgerufen werden.

Gerade die Sanierung Seipels mit seinem Schilling war ein seltenes Beispiel des österreichischen Opferwillens, aber auch ein Beispiel des Undankes der politischen Gegner, die dieses Werk niemals anerkennen wollten, die persönliche Hetze übermäßig überspitzten und deren unfruchtbare politische Tätigkeit im Parlamente schließlich zum Zusammenbruch der Demokratie führte. Der Staatsmann Seipel hat einmal, weit vorausschauend, in einer Rede das Wort geprägt, daß die Existenz eines freien Österreichs der Garant des Friedens in Europa ist, und daß mit dem Wegfall der Freiheit dieses Landes die Voraussetzung für die neue kriegerische Auseinandersetzung gegeben ist, ein Wort, das man vor der Zusammenkunft in München beachten hätte sollen, und ein Wort, dem jetzt wieder neuerlich Inhalt, Wert und Bedeutung zukommt.

Die Demokratie Österreichs, die in ihrer Entartung durch das parlamentarische Treiben der politischen Gegner keine gesunde Demokratie war, wurde abgelöst durch die Entwicklung 1934—1938. Auch in dieser Zeit ging die Erstarkung und Gesundung der Wirtschaft systematisch weiter, ja ich möchte fast sagen, in einem rascheren und zielsicheren Tempo,

als in den vorhergegangenen Jahren. Es ist eine einheitliche Auffassung im ganzen Volke, daß Österreich, wenn es seine Freiheit behalten hätte, das damals an allen Staaten würgende Problem der Arbeitslosigkeit restlos gelöst hätte. Ich verweise auf die Gesundung der Finanzen, die Verringerung der Auslandsverschuldung, ich verweise auf das ausgeglichene Budget und ich verweise darauf, daß selbst die Bundesbahnen Österreichs für das Jahr 1938 zum ersten Male ein aktives Budget aufgestellt haben. Ich verweise im Gegensatz dazu auf ein vernichtendes Eingeständnis, das der Herr Bundesminister für Verkehr im letzten Hauptausschuß geben mußte, daß nämlich die Bundesbahnen derzeit ein tägliches Defizit von nicht weniger als zwei Millionen Schilling aufweisen.

In den Märztagen 1938 ging die Freiheit Österreichs zu Ende. Der Name Österreich wurde ausgelöscht. Österreich verschwand von der Landkarte. Wir haben es in diesen Schreckensjahren erfahren müssen, immer wieder, wenn die reichsdeutschen Gesetze, die reichsdeutschen Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftsmethoden in Österreich eingeführt wurden, wieviel besser die österreichischen gesetzlichen Regelungen und die österreichische Wirtschaft überhaupt waren, wie qualitätsmäßig das österreichische Produkt das deutsche überragte, wie künstlerisch in jeder Beziehung weitaus der österreichische Geschmack voraus war. In den Schichten, die wir zu vertreten haben, war niemals Österreich ausgelöscht. Bei jedem Gesetzesparagrafen, bei jeder Bestimmung, die hier in Österreich eingeführt wurde, empfanden wir schmerzlichst den Verlust der Freiheit Österreichs. Unsere guten Erzeugnisse, unsere Qualitätsgüter wurden damals schamlos nach Deutschland ausverkauft. Mit Pferdegulasch kam der Bayrische Hilfszug herein und mit ihm der Eintopf. Um nicht leer zurückzufahren, führten die „Befreier“ aus dem Deutschen Reiche unsere Textilien, unsere Butter und unser Fett, alles, was Österreich trotz

seiner Kleinheit qualitativ hochwertig und zum Überfluß erzeugt hatte und an dem draußen im vielgepriesenen Großreich Mangel war, „heim ins Reich“. Es soll heute darauf verwiesen werden, weil man wieder einen Ausverkauf Österreichs von uns verlangt und weil man mit einer Zähigkeit sich hier festzusetzen versucht, in diesem kleinen ausgeplünderten und armen Österreich, wie wir es niemals erwartet hätten. Ja, es ist schön hier in Österreich und es ist gut leben in Österreich und es ist ein fleißiges Volk hier im Lande, aber wir stehen auf dem Standpunkt, der Ertrag seiner Hände Arbeit soll ihm gehören.

Und dann kam vor gerade zwei Jahren die Befreiung. Es bildete sich die Österreichische Volkspartei. In ihrem Rahmen fanden sich die ländliche Wirtschaft, die Bauern und ihre Dienstleute, Arbeiter und Angestellte in den Betrieben und auch die Wirtschaftstreibenden in freien Bünden zu einer einheitlichen Partei. Und dieser Partei gab das Volk im November 1945 die Mehrheit und damit die Hauptverantwortung für den Aufbau des Staates. Da ist es natürlich klar, daß die Österreichische Volkspartei sich mit dem Hauptproblem jedes Volkes in der heutigen Zeit, dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft und seiner Heimat, in erster Linie auseinandersetzen muß. „Primum vivere . . .“ ist natürlich das Hauptproblem alles Lebens. Die ehernen Gesetze der Wirtschaft diktieren die Politik. Eine Politik, die sich gegen die gesunde, naturgebundene Entwicklung der menschlichen Wirtschaft versündigt, muß scheitern. Ein Beispiel, das wir schaudernd miterleben mußten, war die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, eine sozialistische Politik, ein Schlagwort, welches heute noch immer wieder gegen die gesunde wirtschaftliche Entwicklung ins Treffen geführt wird. Auch damals galt der Mensch nur als Nummer des Arbeitsamtes. Das Unternehmen war den Eigentümern nur treuhändisch nach nationalsozialistischen Begriffen übergeben und die ganze Wirtschaft wurde

vom omnipotenten Machthaber, Brotgeber und Lenker der Wirtschaft, dem Staate, in den Dienst der Kriegstendenzen gestellt. Eine freie Wirtschaft gab es nicht. Die Maschinen wurden von einem zum anderen Betrieb übergeben, alles nur nach einem Plan, gegen den sich niemand wehren und niemand auflehnen konnte, zur Erzeugung der Kriegsmaschine. Alles war reglementiert, vom Ziegel bis zum Reißnagel wurde alles staatlich bewirtschaftet. Von einer freien, gesunden individuellen Entwicklung der Wirtschaft war keine Rede. Wir empfinden dies heute umso schmerzlicher, weil wir immer noch unter den Zwangsläufigkeiten dieser nationalsozialistischen Wirtschaftstheorie und -methoden leiden. Dazu kommen noch die ungeheuren Vernichtungen, insbesondere in den letzten Wochen des Krieges, das Ruinenfeld, das wir übernommen haben, Zerstörung unserer öffentlichen Verkehrswege, der Bahnen, der Brücken, die Abwesenheit so vieler Männer in der Kriegsgefangenschaft, die Geldfrage, die Demarkationslinien, alles Dinge, welche uns zurückhalten, die wirkliche Freiheit der Wirtschaft in Österreich aufzurichten zu können.

Ich will nicht des weiteren länger und breiter ausführen, welche ungeheuren Hindernisse sich unserem Wiederaufbau entgegengestellt haben. Ich will auch nicht die lächerliche Phrase wiederholen, daß die alleinige Schuld des langsamen Wiederaufbaues in Österreich durch die Besetzung des Landes gegeben sei. Wir wollen selbst unsere eigenen Maßnahmen prüfen, aber es bleibt ja kein Geheimnis, daß trotzdem durch die Demarkationslinie, durch die Auseinanderreißung dieses kleinen Wirtschaftsgebietes uns ungeheurer Schaden erwachsen ist. Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich aber der Fleiß des österreichischen Volkes wieder bewährt. Schauen Sie auf die Straße hinaus, auf die Entwicklung unseres Fuhrwerks, schauen Sie in den westlichen Ländern auf das Anlaufen unserer Industrie, vergleichen Sie die Verhältnisse in den ringsum liegenden Staaten

und Sie werden sehen, daß die österreichische Wirtschaft, die in den letzten Jahren so viel gelitten hat, heute wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnt. Die österreichische Wirtschaft ist wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnen. Die österreichische Wirtschaft ist wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnen.

Betrachten Sie die Wirtschaft, die in den letzten Jahren so viel gelitten hat, heute wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnt. Die österreichische Wirtschaft ist wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnen.

Der Bund der Arbeiter in Österreich hat, dem die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren so viel gelitten hat, heute wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnt. Die österreichische Wirtschaft ist wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnen.

Nur eine Sache ist sicher: Die Politik, die in den letzten Jahren so viel gelitten hat, heute wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnt. Die österreichische Wirtschaft ist wieder in den alten Bahnen zu reisen beginnen.

und Sie werden mir zugeben, daß die Initiative des österreichischen Volkes, besonders des privaten Unternehmers, gegenüber den anderen nicht zurückgeblieben ist, daß trotz der ungeklärten Verhältnisse, in denen wir immer noch leben müssen, das österreichische Volk in diesen 1½ Jahren nicht müßig war und Arbeiterschaft und Unternehmerschaft in der überwiegenden Mehrheit ihre Pflicht erfüllt haben.

Betrachten Sie die Leistung unserer Landwirtschaft, die 1945 unter den Kriegshandlungen angebaut, die im Herbst 1945 ohne Zugtier und ohne Wagen geerntet hat, die im Vorjahre ebenfalls ihre Pflicht erfüllt hat, obwohl niemand von den Volkdemagogen, die immer wieder die schwierige Ernährungslage einseitig benützen, den Willen gezeigt hat, dem Bauern draußen bei seiner Feldarbeit tatsächlich zu helfen und mitzuarbeiten.

Der Bundesparteitag kann an dieser Leistung unserer österreichischen Landwirtschaft nicht vorübergehen, ohne den Bauern und Bäuerinnen, den Dienstleuten in den großen und kleinen Betrieben den Dank für ihre schwere, aber ehrenvolle Arbeit zu sagen. Wir haben gerade in der ersten Republik den beispielgebenden Aufstieg der landwirtschaftlichen Produktion miterlebt und wir sind überzeugt, daß es der Landwirtschaft mit ihren Kammern und ihren Organisationen auch jetzt wieder in Kürze gelingen wird, die ehemalige Produktionsleistung in Österreich zu erreichen.

Nur eines muß gesagt und muß gefordert werden: Die Politik dieses Staates kann an dem dringenden Verlangen, die notwendigen Arbeitskräfte der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, nicht vorübergehen. Es ist unbedingt geboten, daß hier nach dem Rechten gesehen wird, sonst liegen viele Felder brach in Österreich. Die Landwirtschaft hat durch die Vorlage des neuen Landarbeitergesetzes bewiesen, daß sie gewillt ist, dem sozialen Fortschritt die Tore weit aufzumachen, daß das Märchen von der

Bettstelle im Stalle nicht mehr gerechtfertigt ist, daß der Landarbeiter alle modernen sozialen Rechte erhalten und nicht zurückbleiben soll gegenüber der sozialen Entwicklung der anderen. In dem Ausschuß des Parlaments hat sogar ein kommunistischer Nationalrat zugegeben, er sei selber überrascht, wie weit die Landwirtschaft in ihren eigenen Vorschlägen für die sozialen Rechte der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft eingetreten ist. Der Landflucht muß Einhalt geboten werden. Es ist eine traurige Tatsache, daß selbst heute, bei den schlechten Ernährungsverhältnissen in den Städten, die Landflucht immer noch anhält, und es ist noch trauriger, wenn der Verkehrsminister zugeben muß, daß in den letzten Monaten wieder über 1000 Leute bei der Staatsbahn angestellt wurden, die meistens aus der Landwirtschaft kommen.

Neben der Landwirtschaft, die ja den Grundstock unserer politischen Partei bildet, sind aber auch die anderen Wirtschaftsgruppen nicht müßig geblieben. Wir sind ja der Meinung, daß in einem möglichst großen Mittelstand die gesundeste Struktur einer wirtschaftlichen Entwicklung gewährleistet ist. Daher ist es die erste und eminenteste Forderung der Partei, den Mittelstand, den mittleren Bauern, den mittleren Handwerker und Meister, den kleineren Industriellen zu schützen und zu fördern. Dem Mittelstand muß das Tor aufgemacht werden, damit dem Manne aus den untersten Schichten des Volkes der Aufstieg ermöglicht wird; in der Landwirtschaft durch ein großzügiges Ansiedlungsprogramm, im Gewerbe durch die wirtschaftliche Förderung seitens der Kammern und durch Schutz und Festigung des kleinen Kaufmannes gegenüber den sogenannten gemeinnützigen Unternehmungen, die nichts anderes als einen brutalen Parteikapitalismus darstellen. An diese mittleren Schichten vor allem wenden wir uns vom Wirtschaftsband und wir sagen es nicht nur in den Plakaten, daß unsere Partei der Garant ihrer Existenz ist, sondern wir wollen es immer wieder

tagtäglich in die Gehirne unseres Volkes hineinhämmern, daß mit dem Sturz dieser Partei die Existenz des Bürgertums und des Mittelstandes erledigt ist.

Auch unsere großen industriellen Unternehmungen sind wieder an die Arbeit gegangen und bei ihnen ist natürlich die Leistung der Arbeiterschaft von erster und größter Bedeutung. Zu den wertvollsten Gliedern unseres Volkes gehört in erster Linie der qualifizierte österreichische Arbeiter, der Dreher an der Drehbank, der Kunstschlosser und Kunsttischler, der Bergmann in den Bergbauen unserer Heimat. Wir wissen, was in der Zeit des Schleichhandels und Schiebertums gerade jene Arbeiter, die im Kollektivvertragslohn ihre schwere Pflicht erfüllen, für die Heimat opfern und die Heimat ihnen an Dank schuldig ist. Wir haben heuer die Vermehrung der Kohlenförderung vernommen. Wir wissen, daß Tausende von fleißigen Händen wochenlang feiern mußten, weil die Energiequellen fehlten, und die Österreichische Volkspartei wird und muß auf die gesunde Entwicklung eines rechtbringenden Sozialgesetzes allen Bedacht haben. Arbeit ehrt den Menschen, Arbeit adelt den Menschen. Der ungeheuren Arbeitsleistung unserer Arbeiterschaft muß Achtung gezollt werden, muß in der kommenden gesetzlichen Entwicklung das Recht auf eine geordnete Arbeit gegeben werden und muß vor allem die friedliche Entwicklung in den Betrieben gewährleistet werden. Im Gegensatz zu anderen Völkern hat die Arbeiterschaft Österreichs in diesen schwierigen zwei Jahren Disziplin und Ordnung gehalten, hat ungeheure Opfer gebracht. Es ist die Verpflichtung dieser Partei, bei einer gesunden Wirtschaft diese Leistungen ordentlich zu werten.

Zwei Jahre sind es her, daß Österreich befreit wurde. Gerade in diesen Tagen soll in der Hauptstadt des großen russischen Reiches endlich einmal der Staatsvertrag zu Ende formuliert werden. Wie heiß ersehnen wir diesen Vertrag! Hängt doch natürlich mit der Rückgabe der freien Souveränität

Österreichs und mit der Bekanntgabe unserer Verpflichtungen, die aus dem Vertrage uns erwachsen, auch die endgültige Lösung unserer Währungsfrage zusammen.

Wir Österreicher sind in Währungen verwöhnt. Wir hatten einmal die österreichische Krone, die stabil war, ohne jede Schwankung durch ein ganzes Menschenalter. Wir hatten dann den schon heute einmal erwähnten Seipelschilling, den Alpendollar. Wir wissen, was eine gesunde Währung bedeutet, und wir sind dankbar, daß die Regierung es zuwege gebracht hat, der wertlosen Markwährung, die wir übernehmen mußten, trotz der riesigen Besatzungskosten doch inhaltlich wieder einen Kaufwert zu geben. Wir blicken auf so viele Staaten rings um uns, auf Rumänien, auf Italien, auf Frankreich, nicht zu vergessen die abgeschlossene Währungskatastrophe Ungarns, und wir ziehen Vergleiche mit den österreichischen Verhältnissen. Die Partei will diese Währung nicht stürzen lassen und die Partei will der Regierung alle Vollmachten geben, gegen alle rücksichtslos vorzugehen, die durch ihr unsinniges Treiben, sei es böswillig, sei es aus reiner Freude am Geld, den Kaufwert des Schilling zu unterhöhlen suchen. Wir haben einmal eine Inflation in Österreich gehabt und wir wollen nicht wieder, daß der kleine Sparer sein Geld zur Gänze verliert. Wir wissen, daß wir den Wert des neuen Schilling nicht mehr der alten Höhe von 1938 angleichen werden können. Wir wollen aber, daß mit Erhalt des Staatsvertrages die Währungsfrage sofort kurz und einheitlich reguliert werde, damit unser neuer Schilling international bewertet werden kann und die Flucht in die Ware ein Ende hat.

Wir kennen den Wert einer stabilen Währung sowohl für den Wirtschaftsmann als auch für den Fixbesoldeten. Gerade der Fixbesoldete leidet unter den Währungsschwankungen am allermeisten; er muß rechnen können mit dem ihm zukommenden kaufkräftigen Lohn. Wir wissen, daß gerade in den heu-

tigen
den
durf
grof
unse
sungs
Ü
die
ent
seit
sun
übe
vid
ren
der
Ein
ei
ler
kur
sch
tag
ver
en
ne
sp
sa
se
wo
di
lic
at
ge
w
be
m
d
ge
s
h

tigen Zeiten die Beamten und Angestellten, die in den Ämtern und Betrieben ihre Pflicht erfüllen, durch die Unklarheit der Währungsverhältnisse großen Schaden leiden. Auch deshalb stellen wir unsere Forderung nach einer möglichst raschen Lösung des Währungsproblems.

Überhaupt ist die Forderung unserer Partei, daß die Wirtschaftspolitik nicht engherzig, eingleisig sich entwickelt, sondern vielfältig ist. Wir sind nicht einseitig orientierte Klassenmenschen. Gerade die gesunde Wirtschaft und der gesund denkende Mensch überhaupt, vor allem die Jugend, sind immer individualistisch orientiert. In einer gesunden Konkurrenz, in dem Wettstreit untereinander erkennen wir den besten Fortschritt und die beste Entwicklung. Eine Staatsplanung allein, die einem Gehirn und einer Richtung entspringt, kann niemals die Fehler dieser Entwicklung entdecken. Die gesunde Konkurrenz nur macht die Fehlentwicklung eines Wirtschaftsunternehmens klar, bringt alles Schlechte zutage und ergibt die Möglichkeiten, die Mängel zu verbessern oder gänzlich auszumerzen.

Wir sind als Österreichische Volkspartei nicht so engherzig und kleinlich, daß wir irgendwelchen neuen wirtschaftlichen Formen die Möglichkeit absprechen würden, sich zu bewähren. Aber ein Grundsatz muß bei allen diesen Entwicklungen maßgebend sein, daß die Verstaatlichung nicht Monopolstellung werde und daß auch für die verstaatlichten Betriebe die gleichen Voraussetzungen an Leistungen bezüglich der Steuern, an sozialen Verpflichtungen, als auch überhaupt die gleichen Arbeitsbedingungen zu gelten haben wie in der Privatwirtschaft. Die Privatwirtschaft fürchtet sich nicht, in diese Konkurrenzbedingungen einzutreten. Die Erfahrungen, die man mit der Verstaatlichung in anderen Ländern, besonders in der Tschechoslowakei, gemacht hat, bestätigen unsere Befürchtungen. Wir hoffen aber, daß unsere österreichischen Betriebe, wenn normale Verhältnisse eingetreten sind, sich unter Vermeidung

von Parteiwirtschaft und Bürokratismus bewähren werden. Wir werden aber mit aller Macht verhindern, daß in Staatsbetrieben ungesunde Verhältnisse durch einseitige Monopolstellungen ausgebessert oder solche Betriebe durch Steuergelder dauernd erhalten werden. Die Österreichische Volkspartei hat auch im Rahmen des Verstaatlichungsgesetzes den Gedanken der Vergenossenschaftung gesetzlich durchgebracht, der noch der praktischen Ausführung harret. Wir hoffen, daß es bald möglich wird, diesem Gesetze Fleisch und Blut zu geben, Betriebe praktisch zu vergenossenschaftlichen und so den langjährigen Mitarbeitern Mitrecht und Mitverantwortung zu geben.

Die Verstaatlichungsgesetzgebung in Österreich ist vorläufig abgeschlossen. Bevor auf diesem Gebiet weitergegangen wird, muß der § 2 des Verstaatlichungsgesetzes zuerst erfüllt werden, welcher besagt, daß durch ein eigenes Gesetz die Entschädigung der bisherigen Besitzer geregelt wird. Wir müssen darauf bestehen, daß der Begriff „Eigentum“ in Österreich geachtet wird. Wir haben parteimäßig das größte Interesse, den Mittelstand zu fördern und dem besitzlosen Arbeiter die Möglichkeit zu geben, Mitverantwortender am Betriebe zu werden. Die Entwicklung darf aber nicht zu einem einseitigen Staatskapitalismus werden, indem der Mittelstand verschwindet, einige wenige die Direktoren der Wirtschaft sind und alles andere rechtlose Brotnehmer. Wir wollen eine friedliche Entwicklung zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir wollen dem Arbeitgeber immer wieder die Verpflichtung wach erhalten, die er seinen getreuen Mitarbeitern gegenüber in der Werkstatt zu erfüllen hat, und wir wollen den Arbeitnehmern den Weg zum Aufstieg frei machen. Nicht die wirtschaftliche Position eines Menschen bestimmt dessen Wert, sondern sein innerer Charakter, seine Pflichterfüllung gegenüber der Allgemeinheit. Daher ist die Österreichische Volkspartei gewillt, Ungesundes sowohl beim Unterneh-

mertum als auch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Das ganze Volk hat vom Streit und Hader der vergangenen Jahre genug und der Aufbau Österreichs kann nur in friedlicher, gemeinsamer Arbeit, in einer Arbeit, in der alle ihre Fähigkeiten einsetzen, vollzogen werden. Nicht Klassenkampf, sondern **Solidarismus** und Zusammenarbeit aller ist das Losungswort für die kommende Zeit.

Das Recht auf einen gerechten Lohn und das Recht auf die Arbeitsmöglichkeit gelten sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber. Die Voraussetzung jedes wirtschaftlichen Schaffens und Tuns ist die Sicherung der Existenz des einzelnen Menschen und seiner Familie, ist das „*primum vivere*“. Die schon erwähnten ungeklärten Finanzverhältnisse in Österreich behindern den Aufschwung der Produktion. Aber nicht nur allein die ungefestigten finanziellen Grundlagen unserer Wirtschaft sind es, die vielfach den schaffenden Menschen hemmen, vor allem ist es auch der Umstand, daß dadurch bisher Preis und Lohn nicht in einen geordneten Zusammenhang gebracht werden konnten. Es ist die Forderung aller Wirtschaftskreise, daß entsprechend der Entwicklung unserer Währung sowohl die Lohnfrage als auch die Preisfrage gemeinsam geregelt und geordnet werden. Wir müssen da vielfach auf die Verhältnisse des Jahres 1937 zurückgehen und angleichend an die damaligen Werte und Sätze raschest wieder ein geordnetes Gleichgewicht in der Lohn- und Preisfrage herstellen. Durch den Umstand, daß im Innenministerium die Preisregelung einseitig überprüft, verzögert und verhindert wird, und daß im Sozialministerium die Lohnfrage ebenfalls ohne Zusammenhang und ohne Berücksichtigung der sich daraus entwickelnden Folgen einseitig geordnet wird, haben sich in unserem Lohn- und Preissystem Diskrepanzen entwickelt, die manches Unternehmen zwingen, die Produktion einzustellen. Ich darf daher namens der Volkspartei den dringenden Appell an die Regierung richten, diese für Wirtschaft und So-

zialpolitik entscheidende Frage ehe baldigst einer Lösung zuzuführen.

In diesem Zusammenhange ist es auch unerlässlich, alle überflüssigen Bewirtschaftungsmethoden und gesetzlichen Regelungen ehe baldigst zu lockern und vor allem die Produktion jener Güter freizugeben, die nicht zu den unmittelbarsten Lebensnotwendigkeiten des Volkes gehören. Mit dem Ausfüllen von Fragebogen allein wird die Wirtschaft nicht gefördert. Die Wirtschaft selbst scheidet alles aus, was ungesund ist. Eine freie Wirtschaft in wohlweisem Zusammenhange mit den Lebensnotwendigkeiten des Volkes ist unser wirtschaftliches Programm.

In diesem Zusammenhange ist es ganz klar, daß der Außenhandel Österreichs nicht vernachlässigt werden darf. Der Außenhandel, der Absatz unserer Produktion im Auslande wird nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben einer gesunden Wirtschaftspolitik bleiben, weil Österreich einerseits niemals autark war und andererseits wegen des zu knappen Inlandsmarktes immer auf die Ausfuhr von Gütern angewiesen war. In dem Zusammenhang richten wir ebenfalls an die Regierung die Bitte, daß bei unseren Auslandsvertretungen auch die Wirtschaft im Hinblick auf die große Bedeutung des Exports entsprechend berücksichtigt wird.

Wir brauchen den Verkehr mit der Welt. Wir müssen exportieren und wir müssen beziehen. Die ungeheuren Verluste durch den Krieg zwingen uns, eine möglichst rationalisierte Wirtschaft aufzustellen. Dadurch ergeben sich bestimmte Forderungen für unsere Sozialpolitik. Wir müssen darauf bedacht sein, die Konkurrenzfähigkeit unserer Waren auf dem Weltmarkt in der Preisgestaltung zu sichern. Wer überstürzte Forderungen stellt, wer aus parteipolitischen Gründen der Masse mehr zu verschaffen verspricht, als wirtschaftlich gerechtfertigt werden kann, betreibt kurzsichtige Politik, die letzten Endes dem Arbeitnehmer nur schadet, weil sie zwangsläufig mit der verminderten Wettbewerbsfähigkeit

igst einer
h unerläß-
smethoden
zu lockern
r freizuge-
ensnotwen-
sfüllen von
icht geför-
s aus, was
vohlweisem
endigkeiten
gramm.
klar, daß
nachlässigt
atz unserer
r eine der
Wirtschafts-
ts niemals
zu knappen
von Gütern
richten wir
3 bei unse-
tschaft im
Exports ent-
t. Wir müs-
en. Die un-
vingen uns,
aufzustel-
forderungen
auf bedacht
Waren auf
zu sichern.
aus partei-
verschaffen
tigt werden
tzen Endes
sie zwangs-
rbsfähigkeit

zur Einengung der Produktion und zur Arbeitslosigkeit führt. Das ist der Wille und das Bekenntnis der Österreichischen Volkspartei: Wir wollen für jeden sozialen Fortschritt eintreten, der tragbar ist und auf lange Sicht hinaus die Lage des einzelnen zu bessern vermag. Tatsache ist ja, daß Österreich seit jeher in seiner sozialen Gesetzgebung sich in jeder Hinsicht mit allen Staaten der Welt vergleichen kann. Wir haben in diesen zwei Jahren des neuen österreichischen Geschehens die Entwicklung des Sozialsystems in jeder Weise gefördert. Das Kollektivvertragsgesetz, das Gesetz über die Betriebsräte, die das Parlament erledigt hat, sind markante Meilensteine in der sozialpolitischen Entwicklung unseres Vaterlandes. Die Österreichische Volkspartei hat in dieser Beziehung ihr Wort gegenüber ihrer Wählerschaft restlos gehalten.

Unmittelbar einer Lösung steht bevor das Gesetz über die Landarbeiter. Auch hier wird die Verpflichtung der Volkspartei restlos eingelöst werden, indem ein vorbildliches Landarbeiterrecht gesetzlich fundiert wird.

Wir haben auch beantragt, die Arbeitsplatzwechselverordnung aufzuheben. Hier handelt es sich um rein nationalsozialistisches Gedankengut. Wir lehnen es ab, die Menschen als Sklaven des Arbeitsamtes zu behandeln. Wir müssen dringendst verlangen, daß ehestens alle nationalsozialistischen Bestimmungen, die in unserer Gesetzgebung der Würde der Menschheit widersprechen, raschestens aufgehoben werden.

Das Schlagwort, daß unsere Partei eine kapitalistische Partei sei und nur den Interessen der Großen zu dienen habe, weisen wir zurück. Der Vorarlberger Abgeordnete Pius Fink ist an das gewaltige Problem der kinderreichen Familien und der Altersversorgung der Menschen mit seinem Antrag der Gemeinschaftsrente herangetreten. Die Partei hat den Antrag Finks übernommen und steht hinter diesem Gedanken. In der Wirtschaft kann und muß der Leistungslohn maßgebend sein, weil andere Bestimmun-

gen gerade den kinderreichen Familienvater vom Arbeitsmarkte aussperren. Daher muß die Frage der kinderreichen Familien im Wege einer allgemeinen Versicherung gelöst werden. Wir bedauern es, daß von Seite des Sozialministeriums diesem Antrage des Abgeordneten Fink nicht, wie uns dünkt, mit dem entsprechenden Ernste beigetreten wird. Es scheint oft, als ob diesem Ministerium die Besetzung der einzelnen Sozialinstitute wichtiger wäre, als eine wahrhaft moderne Lösung dieses großen und wichtigen Problems, die ja schon in einigen Staaten gefunden wurde. Damit wäre auch die Altersversorgung der selbständig Erwerbtreibenden unter Dach und Fach gebracht, die gemacht werden muß, weil der derzeitige Zustand eine ungerechte Lücke in der sozialpolitischen Entwicklung darstellt.

„Das Handwerk hat einen goldenen Boden“, ist ein altes Sprichwort. Die Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei will diese Worte nicht vergessen. Sie will die Freude der Jugend erwecken zur Arbeit in der Werkstatt und auf dem Felde. Es wird für uns eines der schwierigsten Probleme werden, die Überflutung der hohen Schulen in jene Bahnen zu leiten, die es ermöglichen, daß die werktätigen Berufe genügend Arbeitskräfte erhalten. Arbeit ist keine Schande und die österreichische Arbeitsleistung ist ein Ehrenzeichen der Tüchtigkeit und der Fähigkeit unseres Volkes. Die Arbeit muß wieder zu Ehren kommen und gerade die Handarbeit begründet den Wohlstand unseres Volkes. Der Handwerker besitzt daher auch das Recht, im Alter, wenn der Hände Kraft versiegt ist, Sicherheit und Versorgung zu haben. Wir werden daher den Gedanken Pius Finks nicht fallen lassen, sondern werden ihn immer wieder in der Öffentlichkeit vertreten und im politischen Leben durchzusetzen versuchen.

Im Rahmen der verfassungsmäßigen Entwicklung hat unsere Partei auch der gesetzlichen Interessenvertretung der einzelnen Berufe und Stände Rechnung getragen. Das Wirtschaftskammergesetz, die

Organisation der gewerblichen Wirtschaft, ist ein Ehrenblatt in der politischen Entwicklung dieser Partei; daneben die Organisationen der Arbeiterschaft, denen die Partei die größte Aufmerksamkeit entgegenbringt. Die Bünde, die wir in der Partei besitzen, sind die Interessenvertretungen der uns angehörigen Volksmassen. Sie haben die Pflicht und die Aufgabe, Interessengegensätze auszugleichen und zusammen eben die gemeinsame Volksvertretung zu bilden, denn kein einziger Stand und Beruf kann allein existieren ohne die friedliche und gedeihliche Mitarbeit der anderen. (Lebhafter Beifall.)

Als der Augustinermönch Berthold Schwarz das Pulver erfand und später Nobel das Dynamit, da wurde der Menschheit eine Kraft in die Hand gegeben, die sie segensreich oder unheilvoll auswerten konnte: Wir stehen heute wieder vor einer neuen ungeheuren Entwicklung, welche noch weiter geht und den Menschen sogar einen Blick tun läßt in Gottes Schöpfung. Die Entscheidung des japanischen Krieges hat uns aufhorchen lassen, da Kräfte gelöst wurden, von denen die Menschheit bisher keine Ahnung hatte. Ein Kubikmeter Uranerz liefert bei der Spaltung aller Uran-Atome 70 Milliarden Kilowattstunden. Jener Uranblock könnte elf Jahre lang die gesamte deutsche Braunkohlenerzeugung ersetzen. Wird die Menschheit diese Kraft zum Segen oder zu ihrer Vernichtung verwerten? Wir Österreicher werden als Kleinstaat diese Frage nicht entscheiden können. Aber eines wissen wir: Daß das österreichische Volk und unsere Partei, die hier versammelt ist, gewillt und entschlossen sind, alle Kräfte, die uns diese Erde gibt, in unserem Heimatlande friedlich auszuwerten. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen keine Wirtschaftspolitik einseitig nach der einen oder anderen Himmelsrichtung. Wir wollen alle Kräfte, wenn sie nun und in der kommenden modernen Technik ausgewertet werden, nützen, um wertvolle Güter der Menschheit neu zu schaffen und sie abzusetzen als österreichische Qualitätswerte im

Osten, in Rußland, auf dem Balkan und auch in allen westlichen Staaten, wo wir mit unseren Industrieprodukten Eingang finden können.

Daher an die Arbeit, österreichisches Volk! Nicht Schlagworte, sondern nur eine zähe, entschlossene und ehrliche Arbeit kann uns vorwärtsbringen, kann die Wunden schließen, die uns der Krieg geschlagen hat, kann jene Voraussetzungen Österreich wieder geben, die notwendig sind, um dem Volke zu ermöglichen, nach getaner Arbeit auch der Kunst und der Schönheit der österreichischen Idee sich zu widmen. Österreich ist und bleibt auf diesem Gebiete seines kulturellen Schaffens trotz seiner engen Grenzen nach wie vor eine Großmacht des Geistes.

Getragen müssen wir sein in unserer Arbeit von einem unbeugsamen Optimismus, von einem felsenfesten Glauben an Österreich und geführt von dem entschlossenen Willen, all unsere Kräfte daranzusetzen, Österreich wieder aufwärts und vorwärts zu bringen. Wir haben ein Recht, in der Welt gehört zu werden, und wir hoffen, daß es dem Kanzler und seiner Regierung gelingen werde, den Kreuzweg Österreichs ehestens abzuschließen, die Freiheit unserem Vaterlande zurückzugeben und zu ermöglichen, daß wir als freie Menschen in einem freien Lande die großen wirtschaftlichen und kulturellen Verpflichtungen, die wir hier mitten in Europa zu erfüllen haben, auch tatsächlich lösen können. Wir sind überzeugt, daß die Österreichische Volkspartei in dieser Richtung ihre Pflicht erfüllen wird und daß wir auf dem kommenden Parteitage sagen und berichten können: Das Werk ist vollendet, Österreich ist frei!“

Nach dem Dank des Vorsitzenden NR Lakowitsch an den Referenten wird der Abgeordneten Frau Prof. Nora Hiltl der Vorsitz übertragen, die dann

Bundesobmann der ÖJB NR Hans

das Wort zu seinem Referat „Die junge Generation im neuen Österreich“ erteilt:

„Noch unsere entsetzlichen In das nazische Glauben sche He Ostmark eingem Vielen nach die sinnlos. beobacht Unzufrieden stürzen Meinung noch me unserer des Nat Erlebnis die Arb Mensche beängstigt junge M die schw Tageszei mittag f selten, d des Bild füllten F chen, de fen. Ab zum Teil wollen v durch e brauchbar werden, anständi bestehen

auch in allen
n Industrie-

Volk! Nicht
entschlossene
ringen, kann
g geschlagen
reich wieder
ke zu ermög-
unst und der
zu widmen.
ebiete seines
gen Grenzen
es.

r Arbeit von
einem felsent-
t von dem ent-
laranzusetzen,
s zu bringen.
rt zu werden,
seiner Regie-
g Österreichs
serem Vater-
hen, daß wir
de die großen
ichtungen, die
t haben, auch
zeugt, daß die
Richtung ihre
dem kommen-
können: Das

IR Lakowitsch
rdneten Frau
gen, die dann

R Hans

ge Generation

„Noch immer“ — so führt der Referent aus — „hat unsere Jugend unter den Folgeerscheinungen des so entsetzlichen Krieges und der verheerenden hitlerischen Irrlehre schwer zu leiden. Zu lange hat eben das nazistische Gift auf sie gewirkt, zu stark stand sie unter dem Ungeist des preußischen Drills, des Glaubens an die Göttlichkeit des Führers, die deutsche Herrenrasse und die Sendung einer deutschen Ostmark, zu sehr wurde ihr der Kadavergehorsam eingeimpft, als daß dies ohne Folgen bleiben konnte. Vielen jungen Menschen von heute erscheint nun nach dieser schrecklichen Zeit das Leben leer und sinnlos. So manche stehen abseits, abwartend und beobachtend, ein Teil verbirgt die innere Leere und Unzufriedenheit hinter blasiertem Spott, andere stürzen sich mit abstoßender Gier in das, was ihrer Meinung nach das Leben ausmacht, und verlieren noch mehr an Halt. Gewiß, ein nicht kleiner Teil unserer Jugend ist durch die Erziehungsmethoden des Nationalsozialismus und durch das furchtbare Erlebnis des Krieges verroht und verwildert, die Arbeitslust und die Arbeitsmoral vieler junger Menschen gesunken und die Jugendstraffälligkeit beängstigend angewachsen. Gewiß, wir finden noch junge Menschen, die absolut nicht arbeiten wollen, die schwarzen Märkte füllen und die Kinos zu allen Tageszeiten, die Tanzlokale bereits am frühen Nachmittag füllen. Die in letzter Zeit, allerdings viel zu selten, durchgeführten Razzien gaben ein erschreckendes Bild. Schlurfs mit aus dunklen Geschäften gefüllten Brieffaschen, junge, oft noch sehr junge Mädchen, dem Laster schon verfallen, werden aufgegriffen. Aber selbst diese jungen Menschen können nur zum Teil verantwortlich gemacht werden. Trotzdem wollen wir für sie keine Lanze brechen. Sie müssen durch eine harte Schule gehen, sollen sie wieder brauchbare Glieder der menschlichen Gesellschaft werden, bilden sie auch eine ernste Gefahr für den anständigen Teil unserer Jugend. Für sie müßte das bestehende Arbeitspflichtgesetz mit aller Strenge an-

gewendet werden, sie müßten zur Arbeit gezwungen werden, wenn nötig, sogar in eigenen Lagern. Für sie gilt wirklich das Wort: Müßiggang ist aller Laster Anfang.

Da die Menschen nun einmal zur Verallgemeinerung neigen, urteilen sie vorschnell und verdammen nur zu gerne mit diesen die gesamte Jugend. Dies ist ein schweres Unrecht, denn wir können mit großer Freude und Genugtuung feststellen, daß die überwiegende Mehrheit unserer Jugend bereits auf dem Wege der Gesundheit ist, ja, ein Großteil sogar schon mit ganzer Kraft und großem Fleiß am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeitet.

Es gilt eben in erster Linie, das Leben der jungen Menschen wieder mit Inhalt zu füllen. Es genügt nicht, eine Lehre als Irrlehre zu entlarven, man muß der Jugend schon an Stelle des zertrümmerten Ideals ein neues Ziel geben, für das es sich lohnt, nicht nur zu leben und zu arbeiten, sondern auch zu kämpfen.

Dieses Ziel ist ein neues Österreich! Ein freies, unabhängiges, lebensfähiges, wahrhaft demokratisches, soziales und christliches Österreich. Von solch einem Österreich sind wir aber noch weit entfernt! Dafür alle Kräfte einzusetzen und zu kämpfen lohnt sich wahrlich. Die junge Generation gibt sich aber dabei keinen Illusionen hin. Sie weiß, daß die Zukunft Österreichs in einem hohen Maße von Entscheidungen von außen abhängig ist.

Dieser Tage feierten wir den zweiten Jahrestag unserer Befreiung. Wir kennen die ungeheuren Opfer, die sowohl die alliierten Soldaten wie unsere eigenen Freiheitskämpfer und Kräfte des Widerstandes gebracht haben, und neigen unser Haupt vor diesem Heldentum. Auch unsere Jugend hat sich in verschiedenen Widerstandsgruppen an der Front und im Hinterlande aktiv eingereicht, eigene Aktionen und Unternehmungen vorbereitet und durchgeführt und so regen Anteil am Kampfe um unsere Befreiung selbst genommen. Mit besonderer Begeisterung hat sie die Nachrichten für Österreich über die so ge-

nannten „Feindsender“ abgehört, daraus neue Hoffnung und Kraft geschöpft und den Glauben an das Wiedererstehen Österreichs vertieft. Die alliierten Großmächte haben auch anerkannt, daß das österreichische Volk und seine Jugend aktiv am Kampfe um die Befreiung teilgenommen haben, und in Würdigung dieser Tatsache in ihren Konferenzen in Moskau, Teheran und Jalta festgelegt, daß Österreich als erstes durch Hitler gewaltsam okkupiertes Land wieder selbständig, frei und unabhängig werden müsse. Es war daher der Welt auch klar, daß man diesem Österreich keinen Friedensvertrag, sondern einen „Staatsvertrag“ geben müsse.

Nun ist Österreich seit fast zwei Jahren befreit. Unsere volle Freiheit und Unabhängigkeit, die Souveränität unseres Landes soll uns aber erst durch den kommenden Staatsvertrag wiedergegeben werden. Österreichs Jugend und mit ihr das ganze österreichische Volk können mit Freude und Genugtuung feststellen, daß bei den Vorberatungen in London über wichtige Voraussetzungen für den Abschluß des Staatsvertrages Einigkeit erzielt wurde, insbesondere in der Frage der Wiederherstellung Österreichs als eines freien, unabhängigen und demokratischen Staates, der Zusicherung der Unterstützung eines österreichischen Ansuchens um Aufnahme in die Vereinten Nationen, der Schaffung einer österreichischen bewaffneten Streitmacht für die Verteidigung der Grenzen und der Rückführung der Kriegsgefangenen. Es haben sich die Alliierten Mächte auch im Prinzip darauf geeinigt, die militärische Besetzung Österreichs binnen 90 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages zu beenden und die volle und uneingeschränkte Souveränität des Staates wiederherzustellen. Die österreichische Jugend hofft überdies, daß sich die vier Mächte einstimmig zur Wiederherstellung der Grenzen, wie sie vor der gewaltsamen Annexion Österreichs durch Nazideutschland bestanden haben, vereinen und die unmäßigen und unbegründeten jugoslawischen Gebietsansprüche ab-

lehnen werden. Das österreichische Volk könnte niemals einem Vertrag seine Zustimmung geben, der nicht die Anerkennung seiner Grenzen vor 1938 enthält.

Über allem aber steht die Frage der Erhaltung und Sicherung unserer Lebensfähigkeit. Soll Österreich in aller Zukunft wirklich frei und unabhängig sein, dann muß auch seine Lebensfähigkeit garantiert werden. Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit, die Zukunft unseres Landes und damit die Zukunft unserer Jugend steht und fällt mit unserer Lebensfähigkeit.

Österreich ist von Natur aus durchaus lebensfähig. Wir haben eine Reihe von natürlichen Kraftquellen in unserem Lande, die wir durch unserer Hände Fleiß erschließen und nutzbar machen können, den Holzreichtum, den Erzberg in der Steiermark, das Erdöl in Niederösterreich, die Wasserkräfte — die „weiße Kohle“ — im ganzen Lande und verschiedene andere Rohprodukte, dazu unsere herrliche Landschaft, die uns zu einem Fremdenverkehrsland ersten Ranges macht, unsere kulturelle Sendung, und die Tatsache, daß wir durch Generationen natürliche Kraftreserven in uns aufgespeichert haben, die uns befähigen, auch in Zukunft wieder österreichische Qualitätsarbeit zu leisten und Waren und Artikel herzustellen, die über die Grenzen Europas hinaus in der ganzen Welt beliebt und gerne gekauft sind.

All das macht unsere Lebensfähigkeit aus. Nimmt man uns diese unsere natürlichen Kraftquellen — oder auch nur einen Teil davon —, so nimmt man uns auch die Lebensfähigkeit und macht uns zu Bettlern, die auf Almosen anderer angewiesen sind.

Österreichs Jugend appelliert an das Weltgewissen und hofft, daß ihrem Land Gerechtigkeit widerfahren wird. Nur ein lebensfähiges Österreich wird auf die Dauer auch frei und unabhängig sein können und die Zukunft der jungen Generation sichern. Möge die Welt nun ihren Beitrag dazu leisten — Österreichs Jugend wird es ihr danken!

U
rei
W
weis
um
zielb
geme
rufen
ten
werk
weg
gend
dort
Elter
sie
ihr
entsc
leist
Za
bem
eifri
erfas
her
ihre
dafür
Vor
Es f
eine
oder
Einr
werk
wirk
mat
genc
den
noch
scha
ge,
natio
Hitl

Unser Ziel ist also ein neues Österreich!

Wer soll nun unserer Jugend den richtigen Weg weisen, sie für neue Ideale begeistern und im Kampf um dieses neue Ziel stärken? Nur unermüdete, zielbewußte und zähe Erziehungsarbeit, ein großes, gemeinsames Erziehungswerk, an dem alle dazu berufenen Kräfte mitwirken, wird dabei den gewünschten Erfolg erringen, ein gemeinsames Erziehungswerk von Elternhaus, Schule, Kirche und Jugendbewegung. Die ÖJB kennt den Umfang der ihr als Jugendorganisation zukommenden Aufgabe und wird dort bescheiden zurücktreten, wo der Einfluß von Elternhaus, Schule und Kirche besser am Platze ist, sie wird aber mit fanatischer Begeisterung und der ihr innewohnenden Kraft an diesem großen Werk entscheidend mitarbeiten und ihren Beitrag dazu leisten.

Zahlreiche Jugendorganisationen und -verbände bemühen sich seit der Befreiung unseres Landes eifrigst, die heranwachsende junge Generation zu erfassen und zu sammeln. Trotzdem ist es ihnen bisher nicht gelungen, mehr als 15% unserer Jugend in ihren Gemeinschaften zu organisieren. Die Gründe dafür sind ja hinlänglich bekannt. Neben den ideellen Voraussetzungen fehlen vor allem die materiellen. Es fehlt an allem, auch am allernotwendigsten, um eine Jugendbewegung auszubauen. Es gibt keine oder nur leere Jugendheime, es fehlen die nötigen Einrichtungsgegenstände, Spiele, Sportgeräte, Bastelwerkzeuge und, was sich wohl am schwersten auswirkt, ausreichende Führungskräfte. Bei der äußerst materialistischen Einstellung unserer heutigen Jugend macht sich auch das Fehlen von entsprechenden Mitteln stärkstens bemerkbar. Weder der Staat noch die politischen Parteien oder sonstige Körperschaften sind heute auch nur annähernd in der Lage, der jungen Generation das zu geben, was der nationalsozialistische Staat und seine Partei der Hitlerjugend zur Verfügung stellen konnten.

Struktur, Wege und Ziele der einzelnen Jugendorganisationen und -verbände sind sehr verschieden. Wir finden auf der einen Seite ausgesprochene Parteijugend, auf der anderen Seite Organisationen mit überparteilichem und unpolitischem Charakter. Die „Sozialistische Jugend“, die „Roten Falken“ und die „Kinderfreunde“ sind reine Parteiorganisationen der SPÖ. Ihre Ziele sind eindeutig und klar. Sie sollen klassenbewußte, junge Sozialisten nach der Lehre Marx' heranbilden, in erster Linie Sozialisten und dann erst Österreicher. Durch ihre Parteigegebenheit können sie daher nur ausgesprochen sozialistische Kreise ansprechen und bilden für die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Jugend keine ernstliche Gefahr. Anders ist es mit der angeblich überparteilichen „Freien Österreichischen Jugend“. Sie segelt trotz ihres schöngefärbten Programms ganz und gar im kommunistischen Fahrwasser und ist eben die getarnte Jugendorganisation der KPÖ. Dies müßte jetzt schon allen klargeworden sein. Die Tätigkeit der FÖJ ist daher von uns aus nicht nur nicht zu fördern, sondern mit allen Mitteln zu bekämpfen. Tatsächlich überparteilich und in ihrer Arbeit auch unpolitisch sind die konfessionellen Jugendverbände: die „Katholische Jugend“ und das „Evangelische Jugendwerk“ sowie die „Pfadfinder“.

Nun zur „Österreichischen Jugendbewegung“ selbst. Die ÖJB geht den goldenen Mittelweg. Sie will weder ausgesprochene Parteijugend noch vollkommen unparteilich oder gar unpolitisch sein, sie will alle jungen Menschen, die sich zu den „Programmatischen Leitsätzen der ÖVP“ und zur christlichen Weltanschauung bekennen, sammeln und selbstbewußte, wahrhafte Österreicher aus ihnen formen. Wenn auch das Bekenntnis zu diesen Leitsätzen Zeugnis der Verbundenheit mit der Partei selbst ist, so ist die ÖJB in ihren Entschlüssen doch frei, weil sie ein eigener Verband mit Rechtspersönlichkeit und mit allen Freiheiten in rechtlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht ausgestattet ist. — Die ÖJB

umfaßt in ihrem aus drei Altersgruppen bestehenden Hauptverband die Jugend beiderlei Geschlechts vom 6. bis zum 30. Lebensjahr und will trotz ihrer Verbundenheit mit der Partei die Jugend bis zu einem bestimmten Lebensalter unpolitisch erziehen, sie möglichst lange von allen Parteidoktrinen, Parteikämpfen und von der Tagespolitik fernhalten und erst nach Erreichung einer gewissen Reife für politische Fragen mit dem Parteiprogramm vertraut machen.

Die ÖJB will charakterfeste, in der Gesinnung wahrhaft demokratische junge Menschen heranbilden, junge Menschen, gottesfürchtig und in Achtung vor den Gesetzen der Welt, lebensstüchtig und froh, geistig und körperlich gestählt, junge Menschen, die sich beruflich und auch sonst in allen Lebenslagen behaupten können. In den Knaben- und Mädchenruppen der „Frohen Jugend“ (6 bis 14 Jahre) wollen wir in Hortarbeit, Spiel-, Sing- und Wandergruppen, durch Turn- und sportliche Betätigung die Schuljugend vor allem den so verderblichen Einflüssen der Straße entziehen und sie in die große Gemeinschaft der jungen, wahrhaften Österreicher einführen. Wir werden aber auch bei dieser Altersgruppe nicht verzichten können, die durch eine weltanschaulich nicht auf unserem Boden stehende Lehrerschaft geschaffenen Einflüsse im Unterricht an der Pflichtschule auszugleichen und unwirksam zu machen. Mit dem Eintritt ins Berufsleben wird der junge Mensch aber bereits mehr und mehr durch seine Umgebung durch die Umwelt beeinflusst. Man kann ihn nicht mit verbundenen Augen durch die Welt führen. Er wird gezwungen sein, zu verschiedenen Problemen Stellung zu nehmen, Fragen des Berufs- und Sozialrechtes, wirtschafts- und kulturpolitischer Art und auch der allgemeinen Politik werden sich ihm aufdrängen. Er muß daher allmählich auf ein bestimmtes Programm ausgerichtet werden. Die Altersgruppe „Jung Österreich“ (14 bis 18 Jahre) will die schul-entwachsenen jungen Menschen für ihren zukünftigen

Beruf ertüchtigen, für ein neues Österreich mit berufsständischer Ordnung ohne Klassenkampf begeistern und über eine gesunde staatspolitische Erziehung mit lebensnahen Fragen wirtschaftspolitischer, sozialpolitischer und kulturpolitischer Natur vertraut machen. Berufsberatungs- und Lehrlingsbetreuungsmaßnahmen sollen den Jugendlichen die Berufswahl und die Errichtung eines gesteckten Zieles erleichtern, ein großes Jugendbildungswerk auch unbemittelten Begabten Aufstiegsmöglichkeiten sichern, Erholungsheime für erwerbstätige und studierende Jugend, Wandern und körperliche Ertüchtigung durch Massensport aller Art gesunde Menschen schaffen, die Pflege von Musik, Gesang, Laienspiel und Brauchtum sowie Filmstunde, Theater- und Konzertbesuche die kulturellen Bestrebungen fördern, sorgfältig zusammengestellte Jugendbüchereien die Bildung heben und für Unterhaltung sorgen.

Vom 18. Lebensjahr an wird die Jugend im „österreichischen Jugendbund“ mit den programmatischen Leitsätzen der Partei vertraut gemacht, um sie zu Aktivisten und Kämpfern für die große österreichische Bewegung und ihre Ideologie heranzubilden. Im übrigen wird die in der Altersgruppe „Jung Österreich“ begonnene Arbeit in sozialer, bildungsmäßiger und kultureller Hinsicht sowie auf sportlichem Gebiet fortgesetzt.

So wird die ÖJB eine lebensbejahende und lebensfrohe Jugend heranbilden, ihrem Leben Inhalt geben und sie im Kampfe um das neue Ziel, unser neues Österreich, stärken. Die ÖJB wird somit auch ungemein wichtige Erziehungsarbeit zu leisten haben. Um ihrer Aufgabe besser gerecht werden zu können und die Fühlung mit anderen Erziehungskomponenten nicht zu verlieren, vielmehr Hand in Hand mit ihnen zu arbeiten, hat die Bundesleitung der ÖJB beschlossen, in allernächster Zeit bereits Vertreter der Elternschaft, der Schule und der Kirche zur Mitarbeit in einem Jugendamt einzuladen. Dieser Jugendrat soll der ÖJB in der Erfüllung ihrer Erzie-

hun
und
eine
W
aus.
ligt
ge
Gen
cher
die
dung
nung
und
den
zeug
tiger
und
ihn
taus
Gese
dem
rer
Ur
sätze
char
notw
tisch
den,
gabe
wer
für
ein
beste
Un
in de
ten
nicht
Förde
so ha
bauer

hungsarbeit als beratendes Organ zur Seite stehen und das Vertrauen der Eltern zur Bewegung in einem hohen Maße verstärken.

Wie sieht die Erziehungsarbeit nun in der ÖJB aus, welche Gebiete umfaßt sie, wo ist sie mitbeteiligt? Einen weiten Raum nimmt die staatsbürgerliche Erziehung ein. Wir wollen unsere junge Generation zu selbstbewußten wahrhaften Österreichern heranbilden, die erfüllt sind vom Glauben an die Lebensfähigkeit, die innere Kraft und die Sendung unseres Landes, die die Gesinnung und Meinung eines Andersdenkenden achten und schätzen und ein Bekenntnis zur Demokratie nicht nur mit den Lippen, sondern aus innerster ehrlicher Überzeugung ablegen. Schon im jungen, noch schulpflichtigen Menschen wollen wir die Liebe zur Heimat und zum Vaterland mehr und mehr vertiefen, wollen ihn vertraut machen mit unserer so ruhmreichen, fast tausendjährigen Vergangenheit, mit österreichischer Geschichte, ihren großen Zeiten und Männern, mit dem abendländisch-christlichen Kulturgut und unserer herrlich schönen Landschaft.

Unsere Jugend soll aber auch nach den Grundsätzen unserer christlichen Weltanschauung charakterlich ausgerichtet und nach Erreichung der notwendigen politischen Reife mit den „Programmatischen Leitsätzen“ der ÖVP vertraut gemacht werden, damit sie ihren zukünftigen Pflichten und Aufgaben als Staatsbürger gerecht werden kann. Denn wer nach diesen Grundsätzen lebt und handelt, wer für dieses Programm sich einsetzt und kämpft, wird ein guter Österreicher sein und dem Vaterland am besten dienen.

Unsere junge Generation muß aber auch — gerade in der heutigen so schweren Notzeit — zur unbedingten Pflichterfüllung erzogen werden. Sie darf nicht den verlockenden, aber äußerst demagogischen Forderungen der anderen Seite erliegen, will sie ihre so hart getroffene und zerstörte Heimat wieder aufbauen und in eine bessere Zukunft führen helfen,

sondern muß mit ganzer Kraft am Wiederaufbau mitarbeiten. Sie darf, wie unlängst Unterrichtsminister Dr. Hurdes sagte, nicht nur vom Staate fordern, sie muß den Staat auch fördern. Erst nach getaner Pflicht darf sie das Recht ableiten, Forderungen zu erheben. Sehr viel Erziehungsarbeit wird aufgewendet werden müssen, dem jungen Menschen die richtige Einstellung zum Wert der Arbeit selbst, im besonderen zur manuellen Arbeit zu geben. Ein beängstigend hoher Prozentsatz von Jugendlichen strömt in die Mittel- und Hochschulen und drängt sich, einen Platz bei einem Schreibtisch zu erhalten. Die Arbeit am Pflug, am Amboß und an der Werkbank wird verschmäht. Auch hier machen sich die Folgen der nazistischen Zeit, wo zu manuellen Arbeiten vielfach ausländische Kräfte herangezogen wurden und unsere Jugend in der Wehrmacht der eigentlichen Berufsausübung entwöhnt wurde, bemerkbar. Hier muß durch vernünftige Erziehung grundlegend Wandel geschaffen und die Liebe zum erlernten Beruf wieder geweckt werden. Auf alle Fälle muß verhindert werden, daß ein geistiges Proletariat und ein Heer von beschäftigungslosen jungen Beamten und Angestellten heranwächst. Diese Menschen können sich dann entweder überhaupt nicht oder nur sehr schwer umstellen und etwa als Hilfsarbeiter sich zu Handlangerdiensten hergeben.

Wir wollen aber auch durch unsere Erziehungsarbeit in unserer jungen Generation tiefes soziales Verständnis im Geiste der christlichen Nächstenliebe und den so nötigen Gemeinschaftssinn wecken. In den Gruppen der ÖJB werden die verschiedenen Stände und Berufe einander nähergebracht und damit die Klassenunterschiede und -gegensätze ausgeglichen. Der Bauernsohn soll neben dem jungen Arbeiter, der Student neben dem Meistersohn für eine große gemeinsame Sache fruchtbare Arbeit leisten. Ein sich gegenseitiges Einfühlen, Sichkennnenlernen und die sich dabei bildende Kameradschaft wird Verständnis für die Nöte des anderen bringen und

wird bereits in der Jugend ein Gefühl für wahre Volksgemeinschaft wachrufen. Nur die gänzliche Ausschaltung der Standesdünkel, des Klassenkampfes und der konfessionellen Gegensätze wird zu jener Gemeinschaft führen, die unser so schwer geprüftes Volk und unser darniederliegendes Vaterland so dringend nötig hat. Wir wollen daher unsere Jugend zu innerer Disziplin und zum Erkennen der Notwendigkeit, sich in eine Gemeinschaft ein- und, wenn notwendig, auch unterzuordnen, erziehen.

Weiters wird auch wichtige Erziehungsarbeit in kultureller Beziehung zu leisten sein. Gerade durch den Krieg demoralisiert ein Volk sehr und verliert den Maßstab für kulturelle Werte. Auf allen Gebieten wird heute viel Kitsch und Schund geboten. Hier muß vor allem mit der Erziehung der jungen Generation begonnen werden. Unsere großen österreichischen Musiker und Dichter, aber auch viel an Volks- und Brauchtum ihr allmählich nähergebracht, wird sie die Sendung Österreichs in kultureller Beziehung erkennen lassen. Österreich, so klein es ist, kann auf diesem Gebiete eine Großmacht sein.

Schließlich wollen wir in unserer Jugend auch den Familiensinn lebendig machen und die männliche Jugend für ihre Aufgaben als Familienerhalter, die Mädchen für ihre Tätigkeit als zukünftige Hausfrau und Mutter vorbereiten. Ist es uns doch allen klar, daß nur eine gesunde Familie die Voraussetzung für eine gesunde Jugend, beide zusammen aber, eine gesunde Jugend und eine gesunde Familie, die Voraussetzung für einen gesunden Staat bilden.

Nun zur Frage „Soll die ÖJB Bewegung oder Organisation sein?“ Weite Kreise unserer Partei, auch einflußreiche Funktionäre, sind der Meinung, es genüge, wenn die ÖJB alle antimarxistischen Jugendorganisationen, -verbände und Gruppen in Form eines Dachverbandes zu einheitlicher politischer Wirksamkeit zusammenschließen, die überwiegende Mehrheit und vor allem die Vertreter der Jugend selbst sind aber der Auffassung, die ÖJB müsse Be-

wegung und Organisation sein. Eine Bewegung kann nur stark sein, wenn eine starke eigene Organisation ihr Rückgrat bildet. Dieser Tatsache wird das kürzlich beschlossene neue Statut bereits gerecht. Die ÖJB ist demnach sowohl Organisation durch die Schaffung und den weiteren Ausbau des Hauptverbandes als auch Bewegung in ihrer Eigenschaft als Dachverband für alle sich zu den programmatischen Leitsätzen der ÖVP und zur christlichen Weltanschauung bekennenden Jugendorganisationen und Gruppen. Das neue Statut läßt die Möglichkeit ihres korporativen Beitritts oder die Bildung von Koalitionsgemeinschaften zur Zusammenarbeit in grundsätzlichen Fragen zu. Die Verhandlungen mit den einzelnen Verbänden und Gruppen laufen und bestärken uns in der Hoffnung auf eine Lösung der so schwierigen Jugendfrage.

Auf alle Fälle soll über Antrag der ÖJB am Bundesparteitag selbst in der endgültigen Fassung des Organisationsstatuts der Partei das Primat der ÖJB in der Führung und Betreuung der jungen Generation in politischer Hinsicht auch für die in den Zweckverbänden der Partei erfaßten Jugendlichen festgelegt werden.

In diesem Zusammenhang ein aufklärendes Wort über das Verhältnis zur „Katholischen Jugend“. Sowohl die ÖJB als auch die KJ können in ihrer Arbeit nicht Anspruch auf Totalität erheben. Die ÖJB kann nicht die religiöse Betreuung, die KJ nicht die politische Interessenvertretung der jungen Generation besorgen. Die beiden großen Bewegungen müssen daher erkennen, daß, wenn auch ihre Arbeitsgebiete sich in vielem decken, beide ihre Existenzberechtigung haben und gegenseitige natürliche Ergänzung brauchen. Der Weg, wie dies zu geschehen hat, muß noch gefunden werden. Wir sind der Meinung, daß dies nicht so schwierig sein kann. Gilt es in einer Glaubensfrage zu demonstrieren, werden wir unsere jungen Katholiken in die Reihen der KJ schicken und sie stärker machen; gilt es aber eine Forderung

der jungen Generation zusetzen, muß schieren. Im Frage gemacht Gemeinschaft: wo ihm mehr besser gearbeitet

Neben dieser Jugend der jungen und ihrer Kö aller Art und Aufgabe, die p und sozial Jugend zu Sprachrohr für

Die ÖJB für neuzeitlichen, gendenschutzgesetzlagen wirklich neben arbeits schäftigung von Schutz der he: Verwahrlosung fährt, Maßnahmen durch ei Sorge, den Scher öffentliche kohol und so nissen der Sch zeitiger Förde kulturellen Be umfassende B keit beinhalten dieser Bestim schutzgesetz

Um unbemühtstiegsmöglichke sichern, tritt d staatlichen „C werkes“ ein.

Bewegung kann
eine Organisation
wird das kürz-
ts gerecht. Die
tion durch die
r des Hauptver-
Eigenschaft als
rogrammatischen
en Weltanschau-
nen und Grup-
shkeit ihres kor-
von Koalitions-
in grundsätzli-
mit den einzel-
1 und bestärken
g der so schwie-

er ÖJB am Bun-
gen Fassung des
Primat der ÖJB
jungen Genera-
ie in den Zweck-
endlichen festge-

dfklärendes Wort
en Jugend“. So-
n in ihrer Arbeit
1. Die ÖJB kann
J nicht die poli-
gen Generation
egungen müssen
re Arbeitsgebiete
Existenzberechti-
liche Ergänzung
sehen hat, muß
er Meinung, daß
Gilt es in einer
orden wir unsere
der KJ schicken
r eine Forderung

der jungen Generation in politischer Hinsicht durchzusetzen, muß dann aber auch die KJ mit uns marschieren. Im übrigen soll es nicht zu einer Kampffrage gemacht werden, wo der junge Mensch seine Gemeinschaft sucht. Er wird jedenfalls dorthin gehen, wo ihm mehr geboten wird, wo mehr Leben ist und besser gearbeitet wird.

Neben dieser großen Erziehungsarbeit, der Betreuung der jungen Generation in kultureller Hinsicht und ihrer körperlichen Ertüchtigung durch Sport aller Art und Wandern, hat die ÖJB vor allem die Aufgabe, die politischen, wirtschaftlichen und sozialrechtlichen Interessen der Jugend zu vertreten. Hier macht sie sich zum Sprachrohr für die gesamte österreichische Jugend.

Die ÖJB fordert insbesondere die Schaffung eines neuzeitlichen, konstruktiven und allumfassenden Jugendschutzgesetzes, das der Jugend in allen Lebenslagen wirklich Schutz bietet. Dieses Gesetz müsse neben arbeitsrechtlichen Bestimmungen über Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen auch den Schutz der heranwachsenden jungen Generation vor Verwahrlosung durch den Ausbau der Jugendwohlfahrt, Maßnahmen für die Erhaltung ihrer Gesundheit durch eine zweckentsprechende Erholungsfürsorge, den Schutz vor Einflüssen der Straße, gewisser öffentlicher Lokale und Einrichtungen, vor Alkohol und sonstigen Rauschgiften und vor Erzeugnissen der Schmutz- und Schundliteratur bei gleichzeitiger Förderung aller für die Jugend wertvollen kulturellen Bestrebungen, den sittlichen Schutz und umfassende Bestimmungen über Jugendgerichtsbarkeit beinhalten und durch die Zusammenfassung all dieser Bestimmungen ein einheitliches Jugendschutzgesetzbuch ergeben.

Um unbemittelte Begabte zu fördern und Aufstiegsmöglichkeiten für tüchtige junge Menschen zu sichern, tritt die ÖJB weiters für die Schaffung eines staatlichen „Österreichischen Begabtenförderungswerkes“ ein.

Sie verlangt ferner die rascheste Aktivierung des von der ÖVP im Parlament beantragten „Österreichischen Jugendberufshilfswerkes“ für die erholungsbedürftige und gesundheitsgefährdete Jugend.

Sowohl dem Staate und damit der Allgemeinheit als auch der arbeitswilligen, aber beschäftigungslosen Jugend soll der von der ÖJB angestrebte Ausbau eines „Freiwilligen Arbeitsjahres der Jugend“ dienen und helfen.

Den Bestrebungen, jungen Menschen die Gründung einer Familie zu erleichtern und einen Ausgleich für den nicht zu realisierenden Familienlohn zu schaffen, kommen die Forderungen nach höheren Anfangsbezügen im Vergleich zu den EndEinstufungen bei öffentlich Bediensteten, Privatangestellten und manuell Arbeitenden und baldmöglichste Verwirklichung der Kinderbeihilfen und Gewährung von Ehegründungsdarlehen im Rahmen der Gemeinschaftsrente nach. Schließlich strebt die junge Generation ihre verstärkte Heranziehung bei der politischen Willensbildung durch ihren verstärkten Einbau in die Parteiorganisationen, durch Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechtes und durch größtmögliche Berücksichtigung bei Vergebung von Mandaten in öffentlichen Körperschaften an.

Die ÖJB bekennt sich mit der der Jugend eigenen Begeisterung zu den programmatischen Leitsätzen der Partei. Sie bekennt sich aber nicht nur dazu, sondern will auch mit ganzer Kraft an deren Verwirklichung mitarbeiten, darüber wachen, daß von dem vorgezeigten Weg nicht abgewichen und der Schild der Bewegung rein erhalten wird. Dies kann sie aber nur, wenn sie mit ihren Kräften mitdrinnen steht. Die ÖJB will mitarbeiten, sie will aber nicht nur mitarbeiten, sondern auch mitbestimmen und damit auch mitverantworten. Sie hat daher auch beantragt, daß ihre Vertreter mit Sitz und Stimme in die Parteileitungen aufgenommen werden, denn nur so kann sie an dem großen Werk mitbauen und der jungen und neuen

ÖVP jenen jugendlichen Schwung erhalten, den diese große, staaterhaltende Partei benötigt, will sie den Kampf mit den marxistischen Mächten bestehen.

Die ÖJB wird die Avantgarde der Partei sein.“

Vorsitzende Abg. Prof. Hiltl dankt dem Referen-

ten für die Ausführungen und gibt bekannt, daß das Referat über die Heimkehrerhilfe wegen der vorgeschrittenen Zeit verschoben wird. Sie schließt um 17.55 Uhr den Beratungstag und bittet die Delegierten, bei den Ausschüssen am 20. April pünktlich zu erscheinen.

3. Tag:

Die Delegierten fanden sich am Morgen der neunten dem Bundespräsidenten sowie die angesprochen wurden. Der Bundeskanzler sprach an und fast alle Ausschüsse wurden begrüßt.

Ausschuß

Tagungs-
Foyer.

Haupt-
referent: Genera-
l-Hurdes.

Vorsit-
zender (O.Ö.).

Zu Beginn
des Tages
wurden die
Anträge, die
den Ausschüssen
zugesandt
wurden, in
den Ausschüssen
behandelt.
Der Ausschuß
für die Kriegs-
gefangenen
wurde ein-
berufen, um
über die
Anträge der
Kriegsgefangenen
zu beraten.
Der Ausschuß
für die Kriegs-
gefangenen
wurde ein-
berufen, um
über die
Anträge der
Kriegsgefangenen
zu beraten.
Der Ausschuß
für die Kriegs-
gefangenen
wurde ein-
berufen, um
über die
Anträge der
Kriegsgefangenen
zu beraten.

3. Tag: Beratungen der Ausschüsse (20. April, 9 Uhr)

Die Delegierten des 1. Bundesparteitag der ÖVP fanden sich am Sonntag, 20. April, zu den Beratungen der neun Ausschüsse zusammen, in denen die dem Bundesparteitag vorgelegten Anträge beraten, sowie die am Vortag gehaltenen Referate durchbesprochen wurden. Die Tagungen der Ausschüsse beanspruchten den ganzen Tag. Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Leopold Figl besuchte fast alle Ausschüsse, um die Delegierten noch einmal zu begrüßen und ihnen erfolgreiche Arbeit zu wünschen.

Ausschuß für politische Angelegenheiten:

Tagungsort: Wiener Konzerthaus, Parterrefoyer.

Hauptreferent und Berichterstatter: Generalsekretär Bundesminister Dr. Felix Hurdes.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Gleißner (O.Ö.).

Zu Beginn der Beratungen referierte Generalsekretär Minister Dr. Hurdes über die eingebrachten Anträge, worauf der Ausschuß beschloß, das Antragsmaterial in verschiedene Sachgebiete aufzuschlüsseln. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde an die Bundesregierung die Bitte gerichtet, in ihren bisherigen Bemühungen um die Rückführung der Kriegsgefangenen fortzufahren, darüber hinaus aber sowohl an die in Moskau tagenden Außenminister als auch an das Internationale Rote Kreuz mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Erfassung der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Österreicher einzuleiten, um über das Schicksal vieler Österreicher Kenntnis zu bekommen. Im Verlauf der Beratungen wurde ein einstimmiges Ergebnis darüber erzielt,

daß die Stellungnahme der ÖVP zu allen Fragen politischer Natur in erster Linie als eine Angelegenheit der Partei zu betrachten ist. Es wurde betont, daß die Volkspartei unter eindeutigem Festhalten an ihren programmatischen Grundsätzen sich weiterhin zu einer loyalen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien bekenne, soweit ihr diese loyale Haltung auch von den anderen Parteien entgegengebracht werde. Eine Herabsetzung des Alters für die Erreichung des passiven Wahlrechtes wurde als notwendig erachtet. Die Frage einer Herabsetzung des Alters zur Erreichung des aktiven Wahlrechtes hingegen müsse im Zusammenhange mit der Frage einer Herabsetzung der Altersgrenze für die Großjährigkeit geprüft werden.

Der Ausschuß für politische Angelegenheiten faßte folgende

Resolution.

1. Bünde und Partei: Stellungnahmen in der Öffentlichkeit, auch seitens einzelner Vertreter der Bünde, können nur unter dem Gesichtspunkt der Einheitlichkeit der Partei erfolgen. Die Festlegung der programmatischen Grundsätze ist Angelegenheit der Gesamtpartei. In allen politischen Fragen ist der unbedingte Primat der Österreichischen Volkspartei anzuerkennen.
2. Zusammenarbeit mit den anderen Parteien (1934 bis 1938): Die Österreichische Volkspartei steht, unter eindeutiger Festhaltung an ihren programmatischen Grundsätzen, auf dem Standpunkt einer loyalen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und erwartet, daß die anderen Parteien auch diese Loyalität an den Tag legen. Die Österreichische Volkspartei wird sich in noch stärkerem Maße als bisher gegen die Versuche der anderen Parteien zur Wehr

- setzen, Leistungen in der Vergangenheit Österreichs im Kampf gegen den Nazismus aus parteipolitischen Gründen herabzusetzen.
3. Neufestsetzung des Wahlalters: Die Österreichische Volkspartei wird sich für die Herabsetzung des Alters zur Erlangung des passiven Wahlrechtes auf das 26. Lebensjahr einsetzen. Weiters wird die Österreichische Volkspartei prüfen, ob die Erlangung der Großjährigkeit mit Vollendung des 20. Lebensjahres festgelegt werden kann. Dadurch ergibt sich auch die Möglichkeit, das Alter für die Ausübung des aktiven Wahlrechtes herabzusetzen.
 4. Das Listenwahlrecht: Die Österreichische Volkspartei wird die eingereichten Vorschläge über Reform des derzeitigen Listenwahlrechtes einer gründlichen Prüfung unterziehen. Auf jeden Fall wird die Österreichische Volkspartei nach wie vor dafür Sorge tragen, daß die Auswahl der Wahl-Kandidaten unter unbedingter Berücksichtigung der Wählerwünsche und damit in demokratischer Form erfolgt.
 5. Volksabstimmungen und Volksbegehren: Die Österreichische Volkspartei begrüßt den Antrag, dem Volke in wichtigen Fragen, die das ganze Volk berühren, einen größeren und unmittelbareren Einfluß auf die Gesetzgebung einzuräumen. Es soll insbesondere geprüft werden, in welcher Form Volksabstimmungen und Volksbegehren zur Erreichung dieses Zweckes ausgebaut werden sollen.
 6. Länderföderalismus: Die Österreichische Volkspartei erblickt bei aller Notwendigkeit einer einheitlichen Führung des Staates im föderativen Charakter Österreichs eine der wesentlichsten Grundlagen des Staates. Die Selbständigkeit der Länder ist nicht nur historisch begründet, sie entspricht der innersten Auffassung des Volkes in den österreichischen Ländern und ist die beste Gewähr einer allgemeinen staats-

- bürgerlichen Gesinnung. Die Österreichische Volkspartei ist der Auffassung, daß Gesetzgebung und Verwaltung diese in der Verfassung festgelegte Grundlage unbedingt beachten müssen, wenn nicht die Gesamtheit Schaden leiden soll. Die Österreichische Volkspartei erwartet daher von der Bundesregierung und den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes insbesondere
- a) daß die in § 2 der Bundesverfassung verankerte Selbständigkeit der Länder bei einer Beschlußfassung über Gesetze und bei Erlassung von Verordnungen, aber auch in der praktischen Handhabung dieser Normen ausnahmslos geschützt und geachtet werden;
 - b) daß insbesondere die Finanzhoheit der Länder unverzüglich wieder hergestellt werde;
 - c) daß die Befugnisse des Landeshauptmannes in Sachen der mittelbaren Bundesverwaltung, insbesondere hinsichtlich des Sicherheitswesens, der Straßenpolizei, des Invalidenwesens, in Fragen der Bewirtschaftung usw. wieder voll und ganz hergestellt werden;
 - d) daß die Landtags- und Gemeindewahlen und die Organisation der Landesverwaltung wieder ureigene Sache der Länder werde;
 - e) daß die Teilnahme von Ländervertretern an der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes in Rechtssachen aus den Ländern wieder hergestellt werde,
 - f) daß bei Materien, bei denen die Grundsatzgesetzgebung verfassungsmäßig dem Bunde zusteht, sich die Bundesgesetzgebung auch tatsächlich auf die Festsetzung von Grundsätzen beschränkt und die Ausführungsgesetzgebung den Landtagen überläßt.
7. Verwaltungsreform: Die Österreichische Volkspartei wird sich für die Durchführung einer Verwaltungsreform einsetzen, die insbe-

sondere eine Vereinfachung der Verwaltung und größte Sparsamkeit erreichen soll. Bei Durchführung der Verwaltungsreform soll insbesondere auch erreicht werden, daß bei der Bestellung von Beamten nur die fachliche Eignung entscheidend ist; das muß vor allem auch bei der Bestellung von Bezirkshauptleuten gelten.

8. **Währungsfrage:** Die kommende Regelung zur Schaffung einer wertbeständigen österreichischen Währung hat derart zu erfolgen, daß die notwendigen Opfer möglichst auf die Gesamtbevölkerung im Verhältnis zur finanziellen und sozialen Tragbarkeit des einzelnen verumlagt werden.
9. **Politisch Verfolgte:** Die Österreichische Volkspartei unterstützt die Bestrebungen der vom Nazismus politisch Verfolgten. Die Ansprüche müssen aber mit dem Gesamtinteresse des Staates und der Wirtschaft in Einklang zu bringen sein. Die Bundesparteileitung sowie die Landesparteileitungen unterstützen die Vertreter der Österreichischen Volkspartei im „Bund der politisch Verfolgten“ und entsenden in alle Kollegialorgane dieses Bundes ihre bevollmächtigten Vertreter.
10. **Schnellgerichte:** Die Österreichische Volkspartei tritt für die Ergreifung von Maßnahmen gegen das Überhandnehmen von Angriffen auf die Rechtsordnung, die die Bevölkerung in ständige Beunruhigung bringen, ein.
11. **Heranziehung der Jugend zur politischen Arbeit:** In Zukunft soll bei einer Vergebung von Funktionen in der Partei und von Mandaten in den öffentlichen Körperschaften die jüngere Generation noch stärker als bisher herangezogen werden.
12. **Arbeitsdienstpflicht:** Die Österreichische Volkspartei begrüßt die Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstjahres, vor allem auch im Interesse der Sicherung der Ernährung und

zur Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Interesse.

13. **Kriegsgefangenenfrage:** Der Bundesparteitag richtet an die Bundesregierung den dringenden Appell, weiterhin alles zu tun, um die Heimführung der Kriegsgefangenen durchzusetzen. Insbesondere soll das Internationale Rote Kreuz ersucht werden, Delegationen in jene Länder zu entsenden, in denen sich noch österreichische Kriegsgefangene befinden, und zwar zum Zwecke der Namensfeststellung und Anfertigung von Listen, die in der Heimat zu veröffentlichten sind. Weiters soll an die Außenministerkonferenz in Moskau das Ersuchen gerichtet werden, Maßnahmen zur Entlassung der österreichischen Kriegsgefangenen zu beschließen.

Ausschuß für Organisation, Personalpolitik und Finanzen

Tagungsort: Wiener Konzerthaus, Balkon-Foyer.

Hauptreferent: Staatssekretär Ferdinand Graf.

Vorsitzender: Lds.-Parteiobm.-Stellv. Polcar, LAbg. Dr. Robetschek.

Berichterstatter: Bürgermeister Josef Scheidl.

Der Ausschuß befaßte sich zunächst mit dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1946, dessen Überprüfung Ministerialrat Krammer, Generaldirektor Habich und Dr. Wunderer vorgenommen hatten, der zur Kenntnis genommen wird. Sodann hielt Staatssekretär Graf ein ausführliches Referat über die finanzielle Lage der Partei, wobei er besonders hervorhob, daß sich die Partei aus eigenen Mitteln erhalten müsse. Er schlug in diesem Zusammenhang vor, daß den vom Bundesparteitag gewählten Rechnungsprüfern nicht nur das Recht eingeräumt werde,

die ziffernmäßige Gebarung der Bundesparteileitung und der Landesparteileitungen zu prüfen, sondern auch die Zweckmäßigkeit der Verwendung der Mittel. In der Debatte beantragte Min. a. D. Ing. Raab, sowohl die gesamte Finanzfrage als auch die Beratung des neuen Parteistatuts von der Tagesordnung abzusetzen und einem Ausschuß zuzuweisen. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen sodann innerhalb von drei Wochen der neugewählten Bundesparteileitung vorgelegt werden. Staatssekretär Graf ergänzte den Antrag, daß die erweiterte Bundesparteileitung das vom Ausschuß vorgelegte Parteistatut im Namen des Bundesparteitages rechtsgültig beschließen soll.

Der Ausschuß befaßte sich sodann mit anderen Fragen, wie die Änderung der bisherigen Wahlordnung, Intensivierung der Personalpolitik, Schaffung eines Referates für Stellenvermittlung, Errichtung von Betriebsorganisationen durch den ÖAAB, mit der Landarbeiterfrage, die organisatorische Verankerung der ÖJB in der Partei, die Stellung des ÖFB in der Partei, mit der Turn- und Sport-Union, dem Österreichischen Alpenverein usw. Abschließend faßte der Ausschuß nachstehende

Resolution

über das organisatorische und personalpolitische Förderungsprogramm der ÖVP:

1. Endgültige Fassung und Verabschiedung des neuen Parteistatutes und Sicherstellung der notwendigen finanziellen Mittel für die Bundesparteileitung und für die Landesparteileitungen der ÖVP.
2. Werbung und Erfassung der der ÖVP nahestehenden Frauen. Der Frauenbund wird zur organisierten Frauenbewegung erweitert.
3. Der Österreichischen Jugendbewegung, die die wahrhaft österreichische Jugend wirksam zusammenschließt, wird die politische und geistige Be-

treuung auch der in den Jugendgruppen der Bünde und den Zweckverbänden der Partei erfaßten Jugendlichen übertragen.

4. Es ist der Wunsch der Partei, die Heimkehrer in erhöhtem Maße für die Mitarbeit in der Partei zu gewinnen, um sie so in allen Parteistellen einzubauen.
5. Die endgültige Regelung der zu treffenden Maßnahmen hinsichtlich der bündischen Erfassung der Land- und Forstarbeiter wird einem Komitee übertragen.
6. Dem Österreichischen Mieterbund und der Turn- und Sport-Union, die seinerzeit als Zweckverbände der Partei gegründet und als solche neuerlich bestätigt werden, wird die weitgehendste Unterstützung der Partei zugesagt.
7. Intensivierung der Personalpolitik der ÖVP: Festlegung der Verantwortlichkeit der Mandatäre und Funktionäre der Partei für die Durchführung, Schaffung je eines zentralen Amtes für Stellenvermittlung bei der Bundesparteileitung und bei den Landesparteileitungen.

Ausschuß für Presse und Propaganda

Tagungsort: Wiener Konzerthaus, Büro der Presse.

Hauptreferent: Sektionschef a. D. Edmund Weber.

Vorsitzender: Nationalrat Ferdinand Geißlinger (Wien).

Berichterstatter: Bundesrat Josef Rehr (Salzburg).

Hauptreferent für Presse und Publizistik Sektionschef a. D. Edmund Weber leitete die Beratung des Ausschusses mit einem Rechenschaftsbericht über die abgelaufene Berichtszeit ein. Eine reiche Diskussion, in deren Verlauf fast sämtliche Teilnehmer des Ausschusses das Wort ergriffen, brachte Wünsche und

Verbes
und P
von A
blick
nachst

einen

Presse

1. Di
gr
un
un
zu
ge
ze
Me
bi
2. D
de
al
ge
3. D
Si
le
B
4. D
de
5. B
te
al
ei
in
w
6. A
E
u
Z
Ö

Verbesserungsvorschläge auf dem Sektor der Presse und Propaganda zur Sprache. Eine stattliche Reihe von Anträgen gestattete dem Bundesparteitag Einblick in die Arbeit dieses Ausschusses, von denen nachstehende

Zusammenfassung der Anträge

einen Überblick gestattet.

Presse:

1. Die Bundesparteileitung wird beauftragt, eine große Tageszeitung zu schaffen, die der Stärke und dem Ansehen der ÖVP entspricht und die unter Behandlung der wichtigsten Tagesfragen zu einem politischen Organ ersten Ranges ausgestaltet werden soll. Es ist ferner eine Montagzeitung herauszugeben, die den gegnerischen Montagzeitungen eine wirksame Gegenpropaganda bieten soll.
2. Der „Vertrauliche Informationsdienst der Bundesparteileitung“ soll ausgebaut werden und allen führenden Mandataren in den Bezirken zugeleitet werden.
3. Die Chefredakteure der ÖVP-Zeitungen sollen Sitz und Stimme im Präsidium der Bundesparteileitung, in den Landesparteileitungen und in den Bezirksparteileitungen haben.
4. Der Ausschuß fordert periodische Konferenzen der Pressefachleute aus allen Bundesländern.
5. Berücksichtigung der Arbeiterfragen in der Parteipresse ist besonders vonnöten. Es sollen in allen Zeitungen der ÖVP Rubriken für den ÖAAB eingeführt werden. Für das „Steirerblatt“ wird im besonderen eine Rubrik des ÖAAB zweimal wöchentlich vorgeschlagen.
6. Alle von der Bundesparteileitung der ÖJB im Einvernehmen mit dem Hauptreferat für Presse und Publizistik herauszugebenden Zeitungen, Zeitschriften und Schriftenreihen sollen vom österreichischen Verlag übernommen werden.

7. Der Ausschuß stellt fest, daß die Versorgung mit Nachrichten über beabsichtigte Maßnahmen der Bundes-, Landes- und Stadtbehörden aus erster Quelle eine Schlagkraft enthält, die für die ÖVP-Presse von ungeheurer Bedeutung wäre. Er fordert daher von allen ÖVP-Mandataren in den Ministerien, in den gesetzgebenden Körperschaften, in Landes- und in Magistrats- sowie in anderen Behörden volle Unterstützung der ÖVP-Presse mit Nachrichtenmaterial über den ÖVP-Pressediens. Mandatäre, gleichgültig auf welchem Posten sie stehen, die nicht die Presse unterstützen, sollen von der Bundesparteileitung abberufen werden. Die Chefredakteure werden verpflichtet, in Hinkunft Fälle der Bundesparteileitung zu melden, aus denen zu entnehmen ist, daß Informationen verwehrt wurden.
8. Der Ausschuß fordert eine Erhöhung des Papierkontingents für die Presseerzeugnisse der ÖVP.
9. Die Auslandsbeziehungen, insbesondere die Beziehungen zu den Bruderparteien, sind presse-mäßig zu vertiefen. Jeder Delegation ins Ausland soll eine Persönlichkeit angeschlossen werden, die mit der nahestehenden Presse in Fühlung tritt und das Ergebnis der Unterredung im „Vertraulichen Informationsdienst“ veröffentlicht. Die Entsendung von ÖVP-Journalisten ins Ausland ist zu empfehlen. Im Rahmen des Hauptreferates für Presse und Publizistik soll zur Intensivierung der Beziehungen mit der Auslands-presse eine eigene Sektion geschaffen werden.
10. Auf den Journalistennachwuchs, der von lebens-wichtiger Bedeutung für die ÖVP-Publizistik ist, soll größte Aufmerksamkeit gelegt werden.
11. Die Arbeit der Pressereferenten in den einzelnen Landesparteileitungen ist zu intensivieren. Die Pressereferenten werden zur engen und ständigen Zusammenarbeit mit der zentral erscheinenden Parteipresse verhalten.

Propaganda:

1. Besonderes Augenmerk soll die Parteipropaganda den Leistungen der sozialen Werke und den Arbeiten der ÖVP-Abgeordneten entgegenbringen (Plakate, Flugblätter, Broschüren).
2. Zur Verwirklichung der programmatischen Leitsätze der Partei ist persönliche Werbung notwendig, die auf dem rasch und exakt arbeitenden Informationsdienst der Bundesparteileitung aufgebaut sein soll. Die Propaganda in den Ländern soll einheitlich, der Struktur und der Mentalität der Wählerschaft angepaßt sein. Die Technik der Werbung soll den einzelnen Bundesländern selbst überlassen bleiben. Zentrale Werbung hat sich über das gesamte Bundesgebiet zu erstrecken und bei Forderungen und Erfolgen der Gesamtpartei sowie bei Höhepunkten von kultureller und geschichtlicher Bedeutung einzusetzen.
3. Der Ausschuß tritt für die Trennung des Presseferates von der Propaganda ein und regt die Schaffung eines eigenen Referates Propaganda an, in dem alle Werbesparten, auch die der Bünde, zentralisiert werden sollen. Dieses Referat hat der bündischen und föderalistischen Gliederung der ÖVP Rechnung zu tragen. Zu diesem Zwecke sollen Werbeausschüsse zusammentreten, die monatliche Konferenzen abhalten.
4. Da es unmöglich ist, in allen Fällen zentrale Propaganda durchzuführen, soll Gesamtwerbung, die ein Land betrifft, im Einvernehmen mit der jeweiligen Landesparteileitung durchgeführt werden. Die Schaffung einer Propagandisten-Gruppe wird angeregt, die sämtliche Sparten des öffentlichen Lebens zu durchdringen hat.

Die Anträge wurden vom Ausschuß behandelt und angenommen und an den Bundespartei Vorstand zur Erledigung geleitet.

Ausschuß für Kulturpolitik

Tagungsort: Bundesparteileitung, Sitzungssaal.
Hauptreferent: Minister a. D. Dr. Hans Pernter.

Vorsitzender: Bundesrat Eugen Leißing.

Berichterstatter: Minister a. D. Dr. Hans Pernter.

Der Ausschuß nahm zunächst den Rechenschaftsbericht des Hauptreferenten für Kultur, Min. a. D. Dr. Pernter, über die verschiedenen kulturellen Referate in Österreich unter Einbezug des Volksbildungswerkes und der Österreichischen Kulturvereinigung entgegen. Der Ausschuß nahm eine Resolution an, in der organisatorische Fragen, die wirksame Förderung der geistig und künstlerisch Schaffenden, die materielle Besserstellung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen, die Hebung des Niveaus der Filmproduktion behandelt werden. Außerdem wurde die Forderung nach einer ausreichenden Menge Papier für wertvolle österreichische Buchproduktionen gefordert. Auch die rasche Verwirklichung des Erziehungs- und Schulprogrammes der ÖVP war ein Punkt des Forderungsprogrammes dieses Ausschusses.

Die

Resolution,

die dem Bundesparteitag vorgelegt wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Die ÖVP als die staatstragende Partei und als Hüterin und Förderin der österreichischen Kultur betrachtet es als ihre besondere Pflicht, bei allen Gelegenheiten für jene große christliche Kulturaufgabe Österreichs einzutreten, die der österreichischen Tradition entspricht und die die Weltgeltung der österreichischen Kultur begründet hat. Diese ist gerade in den heutigen schweren Zeiten dazu berufen, unserem Staate wieder jene Stellung unter den Völkern

zu erri
Bevölk
so sehr

Der
die ra
Schulpi
darin
giöse u
die Fro
vatschu
Volksb
deren
bildung
weitere
Einfüh

Er t
Aufgab
eines I
ter Be
lichen
derung
fenden.
lichen
liche M
einer d
den Fi
in eine
Bundes
rung zu
für ein
nen un
dardwe

Um
fordert.
despart
referate
Partei
Durchfi
notwen
Kultur

Kulturpolitik

Leitung, Sitzungssaal.
Minister a. D. Dr. Hans

Minister a. D. Dr. Hans

st den Rechenschafts-
für Kultur, Min. a. D.
inbezug des Volksbil-
hischen Kulturvereini-
nahm eine Resolution
fragen, die wirksame
künstlerisch Schaffenden,
des wissenschaftlichen
den, die Hebung des
behandelt werden.
ng nach einer ausrei-
rtvolle österreichische
Auch die rasche Ver-
und Schulprogrammes
Förderungsprogrammes

gelegt wurde, hatte fol-

de Partei und als Hü-
eichischen Kultur be-
Pflicht, bei allen Ge-
istische Kulturaufgabe
österreichischen Tra-
Weltgeltung der öster-
hat. Diese ist gerade
n dazu berufen, unse-
ig unter den Völkern

zu erringen, die ihm auf Grund der Begabung seiner
Bevölkerung gebührt und die er zum Wiederaufstieg
so sehr benötigt.

Der kulturpolitische Ausschuß verlangt vor allem
die rasche Verwirklichung des Erziehungs- und
Schulprogrammes der ÖVP unter voller Wahrung des
darin enthaltenen Grundsatzes über die sittlich-reli-
giöse und österreichische Erziehung unserer Jugend,
die Freiheit der Schule unter Anerkennung der Pri-
vatschule, weiters die weitgehendste Förderung des
Volksbildungswesens in ganz Österreich, im beson-
deren durch Schaffung von Volksbüchereien, Volks-
bildungsstätten und Volkshochschulen. Er verlangt
weiters die Schaffung eines neuen Eherechtes mit
Einführung der fakultativen Ehe.

Er tritt für die Lösung folgender vordringlicher
Aufgaben auf kulturellem Gebiete ein: Schaffung
eines Begabtenförderungswerkes für alle Berufe un-
ter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der bäuer-
lichen und gewerblichen Wirtschaft. Wirksame För-
derung und Schutz der geistig und künstlerisch Schaf-
fenden. Materielle Besserstellung des wissenschaft-
lichen Nachwuchses an den Hochschulen. Unverzög-
liche Maßnahmen der Bundesregierung zur Schaffung
einer dem österreichischen Kulturniveau entsprechen-
den Filmproduktion. Neuregelung des Filmverleihs
in einer Weise, die den kulturellen Interessen der
Bundesländer entspricht. Vorsorge der Bundesregie-
rung zur Bereitstellung ausreichender Papiermengen
für eine österreichische Buchproduktion im allgemei-
nen und für die Herausgabe österreichischer Stan-
dardwerke im besonderen.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, wird ge-
fordert, daß dem Hauptreferat für Kultur der Bun-
desparteileitung und den einzelnen Landeskultur-
referaten entsprechende budgetäre Mittel von der
Partei zur Verfügung gestellt werden. Zur wirksamen
Durchführung der kulturpolitischen Arbeit ist es
notwendig, daß in allen Landesparteileitungen der
Kulturreferent stimmberechtigtes Mitglied wird. Dar-

über hinaus muß dem Landeskulturreferat die Mög-
lichkeit gegeben werden, auch bei allen politischen
Entscheidungen, die kulturpolitische Bedeutung und
Auswirkung haben, beratend mitzuwirken.

Der kulturpolitische Ausschuß verlangt schließlich
von sämtlichen Parteistellen die Anerkennung des
Grundsatzes, daß in allen kulturellen und künstler-
ischen Fragen bei aller Beachtung des demokratischen
Mehrheitsprinzipes das Urteil des Fachmannes ent-
sprechend zur Geltung kommt.

Ausschuß für Sozialpolitik

Tagungsort: Handelskammer, Wien I., Stu-
benring 8—10, kleiner Sitzungssaal.

Hauptreferent und Berichterstatter:
Generalsekretär Dr. Fritz Bock.

Vorsitzender: Nationalrat Fritz Hintern-
dorfer (N.Ö.).

In einer umfangreichen Tagesordnung nahm der
Ausschuß zu der ungeheuren Fülle der sozialpoliti-
schen Probleme der Gegenwart und Zukunft Stellung
und faßte richtungweisende Beschlüsse. Besonders
eingehend befaßte sich die Tagung mit der Frage
der Werkgenossenschaft und der Verstaatlichung,
mit der Ausgestaltung der Sozialversicherung, der
Schaffung eines umfassenden Jugendschutzgesetzes
und der Errichtung öffentlich-rechtlicher Interessen-
vertretungen der Landarbeiter. In einer Reihe wei-
terer Forderungen wurde die Durchführung fortschritt-
licher Sozialpolitik beschlossen. Generalsekretär Dr.
Bock faßte das Ergebnis der Tagung zusammen und
betonte, daß mit dieser lückenlosen Erfassung aller
einschlägigen Fragen die künftigen sozialpolitischen
Aufgaben der Volkspartei festgelegt werden.

Das sozialpolitische Forderungsprogramm der ÖVP
wurde in folgender

Resolution

zusammengefaßt und dem Bundesparteitag vorgelegt:

1. Durchführung des Werksgenossenschaftsgesetzes durch sofortige Erlassung einer Durchführungsverordnung und Förderung der Werksgenossenschaften, vor allem für die Zeit ihrer Einrichtung. Förderung des Werksgenossenschaftsgedankens in Form einer Ausdehnung auf Privatbetriebe auf freiwilliger Basis.
2. Lösung der Frage des Wohnungseigentums. Großzügiges Siedlungsprogramm durch Schaffung eines Trägers in gemeinnützigen Genossenschaften und sofortige Aufnahme der Verhandlungen in Bezug auf Beschaffung von Baugründen als Eigentum, zumindest jedoch als Pachtgründe. Erstellung eines großzügigen Wiederaufbauprogrammes für die zerstörten Wohnhäuser. Gründung von Siedlungsgenossenschaften für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer.
3. Wirtschaftslenkung in der Form der Aufstellung eines Aufbauprogrammes mit besonderer Förderung bestimmter Wirtschaftszweige.
4. Endliche Anwendung und strenge Handhabung des Arbeitspflichtgesetzes. Schaffung eines Gesetzes betreffend ein freiwilliges Arbeitsjahr für die arbeitswillige, aber beschäftigungslose Jugend. Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitskräfte, die für den Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Sicherstellung der Ernährung notwendig sind. Rascheste Durchführung einer zweckentsprechenden Berufslenkung.
5. Entpolitisierung der Betriebsräte durch Umstellung der Wahlordnung von Parteilisten auf Männer und Frauen des persönlichen Vertrauens.
6. Ablehnung der Bildung selbständiger Gehilfenausschüsse, da diese überholt sind; ihre Agenden sind von der Arbeiterkammer wahrzunehmen; die Einhebung der Gehilfenumlage ist, weil ungesetzlich, sofort einzustellen, die bisher eingehobenen Beiträge sind den Arbeitnehmern zurückzustellen.
7. Die Sozialversicherung hat ausschließlich den Interessen der Versicherten zu dienen. Ihre Organisation muß möglichst einfach, volksnahe und zweckmäßig sein. Die bis zum Jahre 1938 bestandene Gliederung hat diesen Anforderungen weitestgehend entsprochen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird die Wiederherstellung dieser bewährten Einrichtung unter Bedachtnahme seither notwendig gewordener, sachlich berechtigter Änderungen gefordert. Unbeschadet dieser für die Überleitung in der Sozialversicherung geltenden Auffassung bekennt sich der Parteitag grundsätzlich zu der alle Bevölkerungskreise erfassenden Gemeinschaftsrente, insbesondere wegen der damit organisch verbundenen Kinderbeihilfe.
8. Schaffung eines Landarbeiterrechtes, das die wirtschaftliche und soziale Stellung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer gegenüber dem heutigen Zustand hebt, hieher gehören die Fragen der Sozialversicherung, des Siedlungswesens, der beruflichen Organisation und Vertretung usw.
9. Förderung der jungen Beamten- und Angestelltenschaft, unter anderem durch Zubilligung höherer Anfangsbezüge und Schaffung einer Besoldungs- und Dienstordnung, die die Möglichkeit einer Familiengründung gibt.
10. Schaffung eines Heimarbeitergesetzes und Novellierung des Hausgehilfengesetzes.
11. Durchführung des Arbeiterkammergesetzes.
12. Zusammenfassung aller bestehenden Arbeitszeitbestimmungen in einem modernen, einheitlichen Arbeitszeitgesetz.
13. Durchführung des Invalideneinstellungsgesetzes.
14. Schaffung eines allumfassenden Jugendschutzgesetzes und Aktivierung des Österreichischen Jugendberufshilfswerkes.

Ausschuß für Wirtschaftspolitik

Tagungsort: Handelskammer, Wien I., Stubenring, Großer Saal.

Hauptreferent: Generalsekretär Dr. Anton Widmann.

Vorsitzender: Landesrat Wagner (Burgenland).

Berichterstatter: Generalsekretär Dr. Anton Widmann.

Nach der Wahl des Vorsitzenden lagen dem Ausschuß verschiedene Anträge sowie das wirtschaftspolitische Sofortprogramm des Österreichischen Wirtschaftsbundes zur Beratung vor. In eingehenden Besprechungen, die bis in den Abend währten, konnte nicht nur ein großes Arbeitspensum, sondern auch zwischen den im Ausschuß vertretenen Wirtschaftsgruppen über die nächsten wirtschaftspolitischen Ziele der ÖVP völlige Übereinstimmung erzielt werden.

Das wirtschaftspolitische Forderungsprogramm der ÖVP fand in folgender

Resolution

seinen Ausdruck:

1. Weitmöglichste Einschränkung der Ausfuhr im Inland benötigter Rohstoffe. Förderung der Ausfuhr von Fertigwaren. Beschaffung der nötigen Rohstoffe aus dem Erlös der ausgeführten Fertigwaren.
2. Förderung der Produktion durch Anwendung aller hiezu geeigneten Maßnahmen, vor allem durch Genehmigung gerechter Preise, welche die Erzeugungskosten zuzüglich eines angemessenen Gewinnes decken.
3. Ausbau der Wasserkräfte, besonders der Speicherwerke. Ausbau des Verbundnetzes; Ausfuhr von Elektroenergie gegen Rohstoff-Importe, vor

allem Kohle; Förderung des Kohlenbergbaues durch technische und soziale Maßnahmen.

4. Möglichste Förderung der Maschinenproduktion; Einfuhr benötigter Maschinen, soweit sie im Inland nicht erzeugt werden können, nach Maßgabe der Beschaffungsmöglichkeit; Förderung der Reparatur beschädigter Maschinen.
5. Kommerzialisierung der Bundesbahnen durch Wiederinkraftsetzung des Bundesbahngesetzes von 1923 und dessen zeitgemäße Novellierung. Führung des Unternehmens durch ein von einer Verwaltungskommission abhängiges Direktorium. Verbot volkswirtschaftlich unbegründeter Subventionstarife. Gerechte Interessenabgrenzung zwischen Schiene und Straße. Verhinderung eines Verkehrsmonopols der staatlichen Verkehrsbetriebe.
6. Förderung der Lastautoproduktion und der hierfür erforderlichen Hilfsindustrien, soweit dies ohne wirtschaftshemmende Schutzzölle möglich ist.
7. Durchführung eines großzügigen Wiederaufbaues unserer Fremdenverkehrswirtschaft.
8. Umschulung der Angehörigen überbesetzter Berufsgruppen unter besonderer Berücksichtigung der Heimkehrer und Kriegsoffer. Allgemeine Schulung der Berufstätigen durch weitestgehende Förderung der Berufs- und Fachfortbildung. Einführung von Leistungslöhnen bei garantierten Mindestlöhnen. Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Auffüllung volkswirtschaftlich wichtiger Mangelberufe. Einführung des Befähigungs- bzw. Verwendungsnachweises für gewerbliche konzessionierte Betriebe, in denen er noch nicht besteht. Erleichterung des Gewerbeantrittes für Heimkehrer, Kriegsoffer und politisch Verfolgte.
9. Alsbaldige Beseitigung aller Gesetze, die Eingriffe in die Wirtschaft ermöglichen und damit ihre Entfaltung verhindern. In diesem Zusammenhang Beseitigung der reichsdeutschen kriegs-

- wirtschaftlichen Gesetze, so z. B. des Reichsleistungsgesetzes u. a. Möglichste Entlastung der Wirtschaft von allen unproduktiven Arbeiten (Fragebogen, Meldungen, Hilfsdienste für Steuerbehörden etc.).
10. Wiederherstellung der einfachen, klaren, übersichtlichen und sparsamen Verwaltung, wie sie Österreich bis 1938 hatte. Verwirklichung der in der Verfassung vorgesehenen Syndikatschaftung. Vereinfachung der Steuer- und Zollgesetzgebung. Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder durch Schaffung eines gerechten Abgabenteilungsgesetzes.
 11. Einführung der Gemeinschaftsrente. Soweit der Plan der Schaffung der Gemeinschaftsrente hierfür Raum läßt, Errichtung der allgemeinen Kranken- und Altersversicherung der selbständigen Erwerbstätigen im Sinne des im Nationalrat vorliegenden Initiativantrages der ÖVP.
 12. Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände bezüglich der staatsbürgerlichen Grundrechte, besonders hinsichtlich der Berufsausübung und des Abschlusses von Arbeitsverträgen.
 13. Erlassung klarer, einfacher und auf das unerläßliche Ausmaß beschränkter Bewirtschaftungsvorschriften. Beschränkung der Bewirtschaftung auf die lebenswichtigen Bedarfsgüter für die Dauer des Mangels.
 14. Hebung der öffentlichen Sicherheit durch Ausbau und Ausrüstung der österreichischen Gendarmerie und Polizei sowie scharfe Kontrolle und Entfernung der nicht tragbaren DP's.
 15. Einführung gerechter prozentueller Handelsspannen.
 16. Strenge Handhabung des den Kammern zustehenden Begutachtungsrechtes unter Einräumung ausreichender Begutachtungsfristen.
 17. Beseitigung ungesetzlicher Begünstigungen von Verbraucher- und anderen Genossenschaften gegenüber dem Handel und der übrigen gewerblichen Wirtschaft.
 18. Durchführung des Werksgenossenschaftsgesetzes durch Erlassung einer Verordnung. Förderung des Gedankens der Werksgenossenschaften durch Ausdehnung auf Privatbetriebe auf freiwilliger Basis.
 19. Lösung der Frage des Wohnungseigentums. Beschlußfassung des bereits im Nationalrat erliegenden Gesetzentwurfes. Großzügiges Siedlungsprogramm durch Schaffung eines Trägers in Form gemeinnütziger Genossenschaften und Aufnahme der Verhandlungen in Bezug auf Beschaffung von Baugründen als Eigentum oder als Pachtgründe.
 20. Führung der verstaatlichten Betriebe nach wirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen unter Vermeidung der Bildung von Mammutkonzernen und Trusts.
 21. Wirtschaftslenkung in der Form der Aufstellung eines Aufbauprogrammes mit besonderer Förderung bestimmter Wirtschaftszweige.
 22. Einheitliche Zusammenfassung der Lohn- und Preispolitik.
 23. Die für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft entscheidend wichtige Währungsreform soll so bald als möglich in einem Guß unter gleichzeitiger Lösung der damit zusammenhängenden Probleme gelöst werden mit dem Ziel, eine wertbeständige, international anerkannte Währung zu schaffen, die eine wahre und beständige Relation zwischen Geldwert und Warenwert zum Ausdruck bringt.
 24. Vorsorge für eine gerechte Bedarfsdeckung an Bekleidung und sonstigen Bedarfsartikeln durch eine in einem geeigneten Zeitpunkt einzuführende bundeseinheitliche Haushaltkarte.
 25. Endliche Anwendung und strenge Handhabung des Arbeitspflichtgesetzes. Schaffung eines Ge-

- setzes betreffend die arbeitsverpflichtung.
26. Maßnahmen für den Wiederaufbau der Sicherstellung des Ausbaus einer einseitigen Wirtschaft.
 27. Das Prämienwesen weit beibehalten. Absolute Leistung überhaupt nicht die allgemeine Basis.
 28. Der wirtschaftliche größtmögliche Nutzen scheidende Maßnahmen eines Wiederaufbaus kriegsbedingt den Wünschen des Solidarisches findet, als verschont Grenzen zur der Kriegss

Auss

Tagungsort
Gasse 11-13, ÖV
Vorsitz: V
Ldhptm.-Stellvert

Berichters

In diesem Aus
Bauernbundes I
Gassner (Salz
Siedlungsfrage in
allen Seiten bele
der Beratungen
ein Bundesgesetz

ibrigen gewerb-
nschaftsgesetzes
ung. Förder
nschaften durch
auf freiwilliger
seigentums. Be-
ationalrat erlie-
ziges Siedlungs-
Frägers in Form
und Aufnahme
auf Beschaffung
oder als Pacht-
iebe nach wirt-
en Grundsätzen
on Mammutkon-
der Aufstellung
sonderer Förde-
ge.
der Lohn- und
serer Wirtschaft
reform soll so
unter gleichzeiti-
hängenden Pro-
el, eine wertbe-
te Währung zu
ständige Relation
wert zum Aus-
arfsdeckung an
tsartikeln durch
punkt einzufüh-
lkarte.
ge Handhabung
fung eines Ge-

setzes betreffend ein freiwilliges Arbeitsjahr für die arbeitswillige, aber beschäftigungslose Jugend.

26. Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitskräfte, die für den Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Sicherstellung der Ernährung notwendig sind. Ausbau einer zweckentsprechenden Berufsberatung.
27. Das Prämiensystem soll überprüft und nur so weit beibehalten werden, als hiedurch eine absolute Leistungssteigerung erzielt wird. Es ist überhaupt nur dort anzuwenden, wo hiedurch die allgemeine Versorgung nicht gefährdet wird.
28. Der wirtschaftspolitische Ausschuß betont mit größtem Nachdruck die Dringlichkeit und entscheidende Wichtigkeit der endlichen Schaffung eines Wiederaufbaugesetzes für den Wiederaufbau kriegsbeschädigter Wohnhäuser. Er hat den Wunsch, daß bei diesem Gesetz der Geist des Solidarismus insofern praktische Anwendung findet, als alle Kreise, die von Kriegsschäden verschont geblieben sind, innerhalb zumutbarer Grenzen zur Beitragsleistung für die Behebung der Kriegsschäden herangezogen werden.

Ausschuß für Agrarpolitik

Tagungsort: N.Ö. Landesregierung, I., Herrngasse 11—13, ÖVP-Klub.

Vorsitz: Vizekanzler a. D. Ing. V. Schumy, Ldhptm.-Stellvertr. Ferlitsch (Kärnten).

Berichtersteller:

In diesem Ausschuß hielten der Direktor des N.Ö. Bauernbundes Ing. Hartmann und Nationalrat Gassner (Salzburg) eingehende Referate über die Siedlungsfrage in Österreich, wobei das Problem von allen Seiten beleuchtet wurde. Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde der Regierungsentwurf über ein Bundesgesetz für die Regelung des Arbeiterrech-

tes in der Land- und Forstwirtschaft von den Abgeordneten Vollmann und Scheibenreif eingehend erläutert. Die Nachmittagsitzung des Ausschusses war der Frage der erhöhten Preisbildung bei landwirtschaftlichen Produkten gewidmet. Die neuen Preise wurden durch lange Berechnungen auf der Grundlage der Gestehungskosten gebildet und sollen demnächst im Ministerrat durchgesetzt werden. Bei den Beratungen wurde auch eine kluge Finanz- und Zollpolitik sowie die Erhöhung der Löhne für die Landarbeiter gefordert. Bundeskanzler Ing. Figl erklärte in diesem Ausschuß, es käme jetzt darauf an, sozial gerechte und wirtschaftlich bedeutende Zwischenlösungen zu finden, da verschiedene Fragen erst in einem freien und souveränen Österreich endgültig gelöst werden könnten.

Resolution

Das agrarpolitische Forderungsprogramm der ÖVP erhielt folgende Form:

Auf Grund der Referate über das Siedlungsgesetz (Bodenreform), die Bauernbunddirektor Ing. Hartmann (Niederösterreich) und Nationalrat Gassner (Salzburg) erstatteten und die das Problem vom gesamtösterreichischen bzw. vom Standpunkt der Bergbauern aus beleuchteten, wurden nachstehende Resolutionen verfaßt und beschlossen:

„Durch ein österreichisches Siedlungsgesetz soll die Möglichkeit geschaffen werden, ein wirtschaftlich dauernd gesichertes Bauerntum in Österreich, das zum weitaus überwiegenden Teil ein Bauernland ist, zu erhalten, lebensfähige Bauernanwesen für weiche Bauernsöhne im Zuge der Neusiedlung zu schaffen, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und ländliche Handwerker sesshaft zu machen, kleinbäuerliche Betriebe im Wege der Anliegersiedlung wirtschaftlich zu stärken, entsiedelte Bauernanwesen im Bergland wieder zu besiedeln und langfristig verpachtete Grundstücke in das Eigentum der Pächter zu überführen. Vor allem ist es erforderlich, für die

großen Flächen, die während des Krieges der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurden, möglichst rasch die ordnungsmäßige Bebauung und Nutzung zu gewährleisten. Obwohl Österreich im großen und ganzen eine günstige Bodenbesitzverteilung aufweist, werden die erwähnten Siedlungsmaßnahmen dort durchzuführen sein, wo die Bodenbesitzverteilung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen einer Korrektur bedarf.

Eine Bodenreform nach revolutionären Grundsätzen, wie insbesondere eine schematische Bodenzerstückelung, kommt in Österreich, nicht zuletzt wegen der schweren produktionsschädigenden Wirkungen, nicht in Frage. In Österreich kann nur ein solches Siedlungsgesetz durchgeführt werden, das die Vermehrung und Stärkung lebensfähiger Bauernanwesen, die Sesshaftmachung von Bauernsöhnen, von Land- und Forstarbeitern und von ländlichen Handwerkern mit der Herbeiführung einer optimalen Besitzgrößenverteilung und einer intensiven Produktionssteigerung zweckmäßig verbindet. Jede darüber hinausgehende produktionsschädigende und aus der Verneinung des Eigentumsbegriffes resultierende Bodenzerstückelung sowie die Verstaatlichung der Forste werden aus wirtschaftlichen und grundsätzlichen Erwägungen und vor allem aus Gründen der Volksernährung abgelehnt.“

Entschließung zum Bergbauernproblem

1. In einem starken und gesunden Bauernstand, dessen wichtiger Teil auch der Bergbauer ist, ist die sicherste Grundlage für den Bestand von Volk und Staat zu erblicken.
2. Die Leistung der Bergbauern in wirtschaftlicher, bevölkerungspolitischer, sozialer und kultureller Beziehung sind bedeutend.
3. Das Bergbauerntum hat volles Anrecht auf die Würdigung seiner Arbeit durch Verwirklichung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit.

4. Vom Staat verlangt das Bergbauerntum die Schaffung der Voraussetzung zur Entfaltung und Erhaltung aus eigener Kraft; durch gerechten Lohn, durch die gesetzliche Garantie gerechter Preise wird ein überwiegender Teil bergbäuerlicher Betriebe im Wettbewerb freier Kräfte neben den Bauern der flachen Länder bestehen und sich voll entfalten können.
5. Ein beachtlicher Teil bergbäuerlicher Betriebe bedarf aber sozialer und wirtschaftlicher Solidarität, seitens des gesamten Berufsstandes und vor allem der staatlichen Gemeinschaft, durch Maßnahmen ausgleichender Hilfe.
6. Es sind daher alle Maßnahmen positiver Förderung des Bergbauerntums zu verstärken.
7. Zur Sicherung der bergbäuerlichen Existenz ist im besonderen zu fordern:
 - a) Erschließung der bäuerlichen Landwirtschaft für die Volkswirtschaft durch allgemeine Technisierung, Elektrifizierung, Güterwege, Seilbahnen usw.;
 - b) durch verstärkte Maßnahmen der Besitzfestigung, der Bergbauernhilfe und Ausschöpfung der Möglichkeiten des Siedlungswesens;
 - c) durch zweckmäßigen Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und landwirtschaftlichen Vereinswesens;
 - d) durch Förderungsmaßnahmen der Bodenkultur, des Pflanzenbaues sowie der Viehzucht;
 - e) durch gesetzliche Maßnahmen zur sozialen Lösung der Landarbeiterfrage, die ein wesentlicher Bestandteil der agrarpolitischen Gesamtfrage des Berufsstandes ist;
 - f) durch Schaffung von zahlreichen Fachschulen und Stätten der bäuerlichen Volksbildung (Hubertendorf), um die Erkenntnisse der neuzeitlichen Landbewirtschaftung zu vermitteln und die Werte des Volkstums, der Heimatpflege und der bäuerlichen Kultur überhaupt

zu vertie-
chung, de-
gen.

Die zwei weite-
Frage der Lan-
(Graz) legte in
halt des im Natio-
Gesetzentwurfes
ben reif (N.Ö.)
vertreter zu die-
Grund dieser Rel-
lösung angenomme-

„Das einzige A-
ternot, welche
Volkes bedroht,
bodenverwurzelte
Die Gleichstellung
lichen und Indu-
und sozialpolitisch
Sesshaftmachung
Familiengründung
und Kleinbesitz
erreichen helfen.
Posten im öffentl-
malige Landarbeit
arbeiter sich nicht
beengt fühlt, wird
ben und diesem
seine Existenz un-
Die Bundespartei
Lösung der Land-
dafür geeigneten
die beschleunigte
gesetzes durch de-

Nachmittags wu-
unter dem Vorsitz
in Kärnten Ferlits
erschöpfenden Re-
schule für Boden-

zu vertiefen, um der geistigen Entbäuerlichung, der Landflucht, erfolgreich vorzubeugen.

Die zwei weiteren Referate befaßten sich mit der Frage der Landarbeiternot. LAbg. Vollmann (Graz) legte in einem eingehenden Vortrag den Inhalt des im Nationalrat eingebrachten diesbezüglichen Gesetzentwurfes dar, während Nationalrat Scheibenreif (N.Ö.) den Standpunkt der Arbeitgebervertreter zu diesem Gesetzentwurfe erörterte. Auf Grund dieser Referate wurde nachstehende Entschlie-ßung angenommen:

„Das einzige Mittel zur Behebung der Landarbeiternot, welche die Ernährung des österreichischen Volkes bedroht, sehen wir in der Schaffung eines bodenverwurzelten, gesunden Landarbeiterstandes. Die Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen und Industriearbeitern in arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Hinsicht, die Förderung der Selbsthaftmachung der Landarbeiter, welche diesen die Familiengründung und den Aufstieg zum Eigenheim und Kleinbesitz ermöglichen soll, werden dieses Ziel erreichen helfen. Außerdem wären entsprechende Posten im öffentlichen Dienst bevorzugt durch ehemalige Landarbeiter zu besetzen. Nur wenn der Landarbeiter sich nicht mehr durch Zwangsbestimmungen beengt fühlt, wird er Freude an seinem Berufe haben und diesem auch treu bleiben, wenn er in ihm seine Existenz und die seiner Familie gesichert sieht. Die Bundesparteileitung wird daher ersucht, auf die Lösung der Landarbeiterfrage zu dringen und alle dafür geeigneten Mittel zu ergreifen. Als erstes ist die beschleunigte Verabschiedung des Landarbeitergesetzes durch den Nationalrat zu erwirken.“

Nachmittags wurde der Ausschuß für Agrarpolitik unter dem Vorsitz von Landeshauptmannstellvertreter in Kärnten Ferlitsch fortgesetzt und auf Grund eines erschöpfenden Referates des Prorektors der Hochschule für Bodenkultur Professor Dr. Steden über

die Preisentwicklung auf dem Gebiete der Boden- und Viehprodukte sowie auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, ferner auf Grund eines Referates des Kammeramtsdirektors Dr. Ing. Müller über den Stand der Verhandlungen der Preiskommission eine Entschlie-ßung angenommen, in der die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gefordert wird:

„Der agrarpolitische Ausschuß empfiehlt dem Bundesparteitag, bei der Bundesregierung die sofortige Festsetzung der landwirtschaftlichen Erzeugnispreise auf Grund der angemessenen Gestehungskosten zu beantragen. Die Gewährung gerechter Preise dient gleicherweise dem Wiederaufbau der Landwirtschaft als auch der Gleichstellung der Löhne der Landarbeiter mit jenen der Arbeiter der anderen Wirtschaftszweige der österreichischen Volkswirtschaft.“

Direktor Ing. Hartmann stellte den Antrag zu folgender Zusatzentschlie-ßung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde:

„Die Landwirtschaft ist nicht nur Produzentin, sondern auch die bedeutungsvollste Konsumentin industrieller und gewerblicher Erzeugnisse.

Bei der Neuregelung landwirtschaftlicher Erzeugerpreise ist den Konsumentenvertretern, insbesondere der Arbeiterkammer, genauester Einblick in die Kalkulationsgrundlagen zur Festsetzung der Erzeugungskosten gewährt und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Landwirtschaft hat jedoch nicht die Möglichkeit, bei der Neuregelung der Betriebsmittelpreise in gleicher Weise mitzuwirken. Sie verlangt daher, daß bei der Betriebsmittelpreisfestsetzung derselbe Vorgang eingehalten wird, wie das bei Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise der Fall ist.“

Abschließend wies Min. a. D. Schumy in einem Referat auf die Notwendigkeit einer freien Wirtschaft bei planvoller Lenkung besonders für den Bauern-

stand hin. Darauf wurde auch eine dieses Thema betreffende Entschließung angenommen:

„Die Freiheit ist eine wesentliche Errungenschaft der Demokratie und es ist selbstverständlich, daß sie nicht allein für das politische und private Leben des einzelnen, sondern auch für das Wirtschaftsleben Anwendung zu finden hat. Dies festzustellen ist notwendig, weil im Zuge der Wiederaufrichtung und Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens die Tendenz immer mehr in den Vordergrund tritt, das Wirtschaftsleben unter Kontrolle zu stellen und den verantwortlichen Wirtschaftskreisen die im Interesse der gesunden Wirtschaft liegenden Freiheiten zu verkürzen.

Mehr als irgendeine andere Erzeugungsrichtung bedarf der landwirtschaftliche Betrieb der Freiheit. Sobald die Bewirtschaftung unserer Agrarproduktion aufgegeben werden kann, ist zur freien Wirtschaft überzugehen.

Der Ausschuß lehnt die Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Großbetriebe ab, weil sie befürchten läßt, daß die sicher eintretende Verbürokratisierung, Verbeamtung und Politisierung der Gutsbetriebe sich für die heimische Versorgung nachteilig auswirkt. Hingegen wird eine auf planmäßigen Erwägungen beruhende Lenkung der landwirtschaftlichen Erzeugung aufs wärmste begrüßt. Es ist notwendig, die in dieser Richtung schon vor dem zweiten Weltkrieg gewonnenen Erfahrungen richtig auszuwerten und für eine planmäßige Lenkung im Wege der zuständigen Landwirtschaftsbehörde und der Berufsvertretungen zu sorgen, damit die landwirtschaftliche Erzeugung durch Ausschaltung krisenhafter Entwicklungen und durch Sicherung von Preis und Absatz auf die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit gebracht wird. Dabei wird Wert darauf gelegt, daß die Lenkung im engsten Einvernehmen mit den Berufsvertretungen der Landwirtschaft erfolgt und keinerlei Gewalt- und Zwangsmittel zur Anwendung kommen.“

Schließlich wurde auf Grund einer Anregung des Vizekanzlers Ing. Schumy eine Entschließung betreffend die Zentralorganisation der Landwirtschaftskammern Österreichs mit nachstehendem Wortlaut angenommen:

„Die Parteileitung der ÖVP wird gebeten, geeignete Schritte zu unternehmen, damit, unbeschadet der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Länder, hinsichtlich der Gesetzgebung und Vollziehung auf dem Gebiete der Landeskultur eine Zentralorganisation der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften geschaffen wird, der die gleichen Vertretungs- und Begutachtungsrechte in Beziehung zur Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes zustehen, wie den beiden anderen zentralen Hauptkörperschaften (Bundswirtschaftskammer, Arbeiterkammer).“

Ausschuß für Außenpolitik

Tagungsort: Bundesparteileitung, Sitzungssaal.

Hauptreferent: Min. a. D. Dr. Hans Pernter.

Vorsitzender: Ldschptm. Ing. Hochleitner (Salzburg).

Berichterstatter: Ldschptm. Ing. Hochleitner (Salzburg).

Der außenpolitische Ausschuß beschäftigte sich nach einem Referat des Bundesparteiobermannes, Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl, mit den wichtigsten außenpolitischen Problemen Österreichs und billigte in einer Resolution einstimmig die von der Regierung verfolgte Außenpolitik. Es wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, ihre Bemühungen bezüglich des Rücktransportes der Kriegsgefangenen auch weiterhin fortzusetzen und, wenn möglich, zu intensivieren.

Als außenpolitisches Forderungsprogramm wurden folgende drei Punkte in einer

festgelegt:

1. Die bisherige Außenpolitik wird gebilligt.
2. Zustimmung zur Entschließung des Vizekanzlers, daß die Ullrichsfrage nur unter der Bedingung gelöst werden kann, daß die Ullrichsfrage nur unter der Bedingung ist:
 - a) Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs bis zum 31. Dezember 1918.
 - b) Volle Souveränität Österreichs.
 - c) Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs.
3. Es wird erwartet, daß die Bemühungen hinsichtlich der Ullrichsfrage möglichst bald zu einer Entscheidung führen werden.

Ausschuß für

Tagungsort: Wiener Hof, Lanner-Saal.

Referent und Berichterstatter: Dr. Haiböck.

Vorsitzender: S.

Der kommunalpolitische Ausschuß beschäftigte sich mit den Interessen der Städte und Gemeinden. In der Sitzung vom 1. Dezember 1918 wurden folgende Resolutionen angenommen: Die Schaffung eines Wi-

Anregung des
Abschließung be-
landwirtschafts-
dem Wortlaut

beten, geeigne-
beschadet der
chte der Länd-
nd Vollziehung
ie Zentralorga-
tlichen Haupt-
gleichen Ver-
Beziehung zur
ndes zustehen,
ptkörperschaf-
erkammer).“

itik

ung, Sitzungs-

Hans Pernter.
g. Hochleitner

g. Hochleitner

schäftigte sich
bmannes, Bun-
en wichtigsten
is und billigte
der Regierung
geschlossen, die
gen bezüglich
nen auch wei-
h, zu intensi-

ogramm wurden

Resolution

festgelegt:

1. Die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung wird gebilligt.
2. Zustimmung zur Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß die Unterzeichnung des Staatsvertrages nur unter drei Voraussetzungen möglich ist:
 - a) Wahrung der Grenzen Österreichs vom 31. Dezember 1937.
 - b) Volle Souveränität Österreichs.
 - c) Sicherung der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit Österreichs.
3. Es wird erwartet, daß die Regierung ihre Bemühungen hinsichtlich der Rückkehr der Kriegsgefangenen möglichst intensiviert und sich weiter für eine ehemöglichste Regelung dieser dringlichen Frage einsetzt.

Ausschuß für Kommunalpolitik

Tagungsort: Wiener Konzerthaus, Strauß-
Lanner-Saal.

Referent und Berichterstatter: Bezirks-
parteiobm. Dr. Haiböck.

Vorsitzender: Stadtrat Dr. Exel.

Der kommunalpolitische Ausschuß, in dem alle Länder vertreten waren, behandelte in seiner Sitzung eine Reihe wichtiger einschlägiger Fragen. Es wurden grundlegende Referate erstattet, die sich mit den Interessen der Städte und der Landgemeinden befaßten. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat des Landtagsabgeordneten Dipl.-Kfm. Nathschläger über den Wiederaufbau der österreichischen Städte und dessen Probleme. Es wurden mehrere Resolutionen angenommen, darunter eine über die Schaffung eines Wiederaufbaufondsgesetzes, die

dem Plenum des Bundesparteitages vorgelegt wer-
den.

Abschließend wurde folgende

Resolution

mit den kommunalpolitischen Forderungen der Volks-
partei gefaßt:

1. Eheste Gründung eines überparteilichen öster-
reichischen Landgemeindenbundes, dem grund-
sätzlich jede Landgemeinde als Mitglied beitreten
kann und soll. Der Kommunalpolitische Aus-
schuß ist der Überzeugung, daß die Interessen
der österreichischen Landgemeinden durch diese
Gründung zweckmäßiger gewahrt werden kön-
nen, als es bisher durch den nur die größeren
Gemeinden berücksichtigenden österreichischen
Städtebund der Fall war. Der Ausschuß betont,
daß diese Gründung kein anderes Ziel als die
Interessenvertretung der Landgemeinden verfolgt.
2. Schaffung eines Wiederaufbaufondsgesetzes. Der
Kommunalpolitische Ausschuß erwartet von
einem solchen Gesetz die rasche Lösung der der-
zeit so dringenden Wohnungs- und Siedlungs-
probleme.
3. Die Probleme der Bedarfsdeckung der gesamten
Bevölkerung, insbesondere der notleidenden
Städter, müssen mit allem Ernst und Nachdruck
zeitgerecht behandelt und der Lösung zugeführt
werden.
4. Planmäßiger Weiterausbau des kommunalpoliti-
schen Referates bei der Bundesparteileitung,
insbesondere durch Schaffung einer Fachbiblio-
thek, eines Facharchives und durch die Grün-
dung einer Zeitschrift. Errichtung kommunalpo-
litischer Referate bei den Landes- und Bezirks-
parteileitungen.
5. Stärkste Förderung der kommunalpolitischen
Schulung, insbesondere im Rahmen des Schu-
lungsheimes der Partei, um für einen geeigneten,
sachlich gebildeten Nachwuchs Sorge zu tragen.

4. Tag: Berichte und Neuwahl (21. April, 9 Uhr)

Den vierten Beratungstag eröffnet als Vorsitzender Landeshauptmann Reither. Er verliest Grußtelegramme an den Bundesparteitag, die von den Ministern Dr. Gruber und Dr. Krauland aus Moskau, von der Liechtensteinschen Bürgerpartei und von der italienischen demokratischen Partei abgesandt wurden. Sodann erteilt der Vorsitzende dem

Bundesobmann der Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen Fleischmann

das Wort zu einem Referat. Der Referent führte aus:

„Hoher Parteitag! Am 1. Bundesparteitag der ÖVP soll unter all den vielen Fragen und Problemen unserer Zeit heute auch eine brennende Angelegenheit behandelt werden, die tief in unser gesamtes Leben greift, weil sie hunderttausende Menschen Österreichs betrifft. Das sind unsere Heimkehrer, das sind die Kriegsgefangenen und deren Angehörigen, das sind nicht zuletzt die Frauen, Mütter und Kinder von den Gefallenen, die Angehörigen der Kriegsvermißten. Ja, Heimkehrer! Was nennt sich heute nicht schon alles Heimkehrer. Nicht von jenen Heimkehrern soll gesprochen werden, die mit großen Koffern, wohl gekleidet und gut genährt aus irgend einem fernen Lande kommen, wo sie als freie Menschen menschenwürdig gewohnt, gelebt haben und einem Verdienst nachgehen konnten. Nein, nicht von dieser Art von Heimkehrern, sondern von jenen soll gesprochen werden, die hinter Stacheldraht gelebt haben, die unter anderen Verhältnissen arbeiten mußten, die oft genug ein hartes Los ertragen haben: das sind die ehemaligen Kriegsgefangenen.

Als 1938 Österreich von der Landkarte ausradiert wurde, hat man auf Grund gesetzlicher Bestimmungen unsere Männer und Frauen zu Dienstleistungen

für das „tausendjährige Reich“ ganz einfach hineingepreßt, das wissen wir Österreicher sehr gut, jung oder alt, krank oder gebrechlich, es war gleich, sie wurden nicht gefragt, sie alle mußten einfach einrücken. Was wir aber zum Beispiel nicht wissen, doch gerne wissen möchten, wäre, ob in einem anderen Staate die allgemeine Wehrpflicht anders durchgeführt wurde, als man sie ab 1938 bei uns gehandhabt hat. Im zweiten Weltkrieg sind dann tausende Menschen unserer Heimat gefallen, zum Krüppel geschossen worden, sind vermißt oder aber in die Kriegsgefangenschaft geraten. Nach Beendigung dieses Krieges sind dann weitere tausende Männer in die Gefangenschaft geführt worden, von denen wieder ein Teil als Vermißte anzusehen ist. Wir wollen nur hoffen und wünschen, daß auch von diesen Menschen der Großteil heimkehren wird. Es wäre aber auch keine unbillige Forderung, wenn man endlich die Namen der Kriegsgefangenen bekanntgeben würde, die in der Gefangenschaft verstorben sind. (Beifall.) An diese Menschen denken wir immer, sie sind unsere Sorge, sind unser Schmerz. Ihnen gilt unser Gruß. Ihnen wollen wir noch die Versicherung geben, daß wir sie nie vergessen haben. Wie die Regierung und alle maßgeblichen Stellen unentwegt für die Freilassung unserer Kriegsgefangenen eingetreten sind, so möchten wir selbst heute neuerlich den gleichen Ruf an die Verwahrungsstaaten richten, unsere Kriegsgefangenen sofort freizugeben. (Lebhafter Beifall.) Das ist bestimmt eine recht billige, menschliche, rechtlich begründete Forderung. Wir selbst wissen aus eigener Erfahrung um die Sehnsucht der Menschen in der Gefangenschaft, die in einem einzigen Gedanken verankert liegt: in die Heimat, zu Frau und Kind heimzukehren.

Wir wissen aber auch um die schmerzlichen Erwartungen der unzähligen Angehörigen um die Heim-

kehr ihrer Lieben aus der Gefangenschaft. Wir, die wir die Sehnsucht dieser Leute kennen, wissen auch von ihren Sorgen und Nöten, kennen die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn sie nach langer Abwesenheit in die Heimat zurückkehren. Wenn nun solche Menschen nach einem langen, harten, entbehrenden Leben heimkehren, wenn sie durch Krieg und Gefangenschaft vielfach krank und zermürbt vor zerbombten und ausgeplünderten Wohnungen stehen, ihrer Möbel, Kleider, Wäsche beraubt sind, körperbeschädigt, seelisch verzweifelt sind, buchstäblich vor dem Nichts stehen, da war es und ist es eine selbstverständliche Pflicht, diesen Menschen in jeder Beziehung und nach Möglichkeit zu helfen. (Beifall.)

Aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit des ersten Weltkrieges wissen wir, daß der damals heimgekehrte Gefangene um seine Existenz schwer ringen mußte. Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg brachte mehr und viel kompliziertere Schwierigkeiten für den Heimkehrer mit sich. Die Notwendigkeit, dem Heimkehrer zu helfen, sich in die veränderten Verhältnisse der Heimat hineinzufinden, ihn zu unterstützen, ihn zu beraten, ihm zu helfen und ihn später noch zu betreuen, bedingte die Schaffung von Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen im Rahmen der Österreichischen Volkspartei. Im Laufe der Zeit erwies sich der Ausbau dieser Einrichtungen als notwendig und wurde weitgehend durchgeführt. An ihrer Spitze und in allen nachgeordneten Stellen der Länder, Hauptbezirke und Bezirke sind selbst Heimkehrer als Referenten zum Wohl der Hilfsbedürftigen tätig. Vielleicht darf ich an dieser Stelle und in aller Öffentlichkeit all jenen Mitarbeitern, in erster Linie den Herren von den Landesleitungen und den Landesleitungen selbst meinen innigsten Dank für die bisher geleistete Arbeit auf dem umfassenden Gebiet der Heimkehrerhilfe abstaten.

Was zum Aufgabengebiet der Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen zählt, was alles seit der Zeit ihres Bestandes geleistet wurde, läßt sich hier im

einzelnen nicht aufzählen. Darum wurde das Arbeitsgebiet in seinen wichtigsten Teilen und die bisherige Tätigkeit im gesamten Bundesgebiet in einer besonderen Schrift zusammengefaßt und dem Bundesparteitag und der Öffentlichkeit vorgelegt. Aus dieser Zusammenstellung wird aber noch der Wert und die große Bedeutung der Tätigkeit für einen überaus großen und weiten Personenkreis sowohl in der Vergangenheit als auch für die Zukunft ersichtlich.

Es ist unschwer zu erkennen, daß es sich hiebei nicht um die Bahnhofsbetreuung, um finanzielle Unterstützungen, Beschaffung von Bekleidung, Unterkunft und Verpflegung oder noch anderes allein handelt, sondern daß darin ein gewaltiger ideeller und auch politischer Wert für die Österreichische Volkspartei zu finden ist. Diese Leistungen haben alle Hilfsstellen in Österreich aus eigener Kraft zum Wohle der vielen Hilfsbedürftigen vollbracht. Sie sind einmalig und man kann ohne Übertreibung sagen, auch unübertroffen.

In diesem Zusammenhang soll kurz auf die seit einiger Zeit neuerlich von berufener, mehr aber noch von unberufener Seite aufgeworfene Forderung zur Schaffung einer staatlichen Heimkehrerhilfe eingegangen werden. Es ist uns bekannt, warum gewisse Kreise, warum sich insbesondere einige Herren jetzt eifrig und laut um die Einrichtung einer solchen Stelle bemühen. Ob es sich dabei um die Sicherung eines Postens handelt, oder aber um andere weitreichendere Interessen, soll nicht weiter untersucht werden. Eines aber steht fest: Eine solche Einrichtung kann niemals alle Angelegenheiten der Heimkehrer, der Angehörigen von Kriegsgefangenen, Gefallenen oder Vermißten mit ihren vielfachen Verzweigungen bis in die Dörfer und Städte bearbeiten, ganz abgesehen davon, daß ein unerhört vergrößerter Verwaltungsapparat erforderlich wäre. Wie könnte er aber — um nur einige Beispiele anzuführen — Gesuche abfassen, Vorsprachen, Interventionen bei Behörden,

Ämtern oder könnte er die chen oder ande denn eine berec noch vertreten? befähigt, würde chenden dienen che kostspielige Auflösung verli Wert verlieren.

Die umfassend großen Kreis de nur von einer a den. Was die be leisten können, staatliche Fürso glauben wir, da zelter Dienstste ganzen Verwalt notwendig wäre wieder durch d Hilfs- und Betre werden können. geleistet werden

Bei dieser Ge Worte des Herrr daß aus dem Be macht werden : und zwar schon zur Genüge, wo drei- bis viertäg kanzler Bettelbr stützen. Diese M Heimkehrer. Wi keit eine ander daß wir uns da in das Leben de das möchte ich eine friedliche der Partei für Ö

... wurde das Ar-
... und die bis-
... esgebiet in einer
... und dem Bun-
... t vorgelegt. Aus-
... r noch der Wert
... igkeit für einen
... nkreis sowohl in
... Zukunft ersicht-

... ß es sich hiebei
... n finanzielle Un-
... kleidung, Unter-
... r anderes allein
... waltiger ideeller
... e Österreichische
... leistungen haben
... s eigener Kraft
... ftigen vollbracht.
... me Übertreibung

... urz auf die seit
... , mehr aber noch
... e Forderung zur
... ehrerhilfe einge-
... , warum gewisse
... nige Herren jetzt
... g einer solchen
... um die Sicherung
... r andere weitrei-
... r untersucht wer-
... lche Einrichtung
... der Heimkehrer,
... enen, Gefallenen
... r Verzweigungen
... eiten, ganz abge-
... größerter Verwal-
... könnte er aber
... hren — Gesuche
... en bei Behörden,

Ämtern oder anderen Stellen durchführen? Wie könnte er die privaten, sozialen, kulturellen, rechtlichen oder anderen Anliegen bearbeiten, geschweige denn eine berechnete Forderung annehmen und dann noch vertreten? Solch eine Stelle wäre dazu niemals befähigt, würde auch niemals den Rat- und Hilfesuchenden dienen können. Außerdem würde eine solche kostspielige Einrichtung in absehbarer Zeit der Auflösung verfallen und damit an Bedeutung und Wert verlieren.

Die umfassende Hilfs- und Betreuungsarbeit für den großen Kreis der Rat- und Hilfesuchenden kann also nur von einer anderen Einrichtung durchgeführt werden. Was die bestehenden Fürsorgestellen des Staates leisten können, wissen wir. Wir sind ja auch für eine staatliche Fürsorge in einem erhöhten Umfang, doch glauben wir, daß vorerst eine Zusammenlegung einzelner Dienststellen und damit Vereinfachung des ganzen Verwaltungsverfahrens für den Heimkehrer notwendig wäre. Es wird also eine ganze Arbeit nun wieder durch die bereits bestehenden Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen der Partei durchgeführt werden können. Diese kann bis in das letzte Dorf geleistet werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die Worte des Herrn Staatssekretärs Graf zurückkommen, daß aus dem Begriff Heimkehrer nicht ein Beruf gemacht werden soll. Dieser Ansicht sind wir auch, und zwar schon lange. Wir kennen ja solche Fälle zur Genüge, wo sogenannte Heimkehrer nach einer drei- bis viertägigen Gefangenschaft an den Bundeskanzler Bettelbriefe schreiben, er möge sie unterstützen. Diese Männer sind tatsächlich von „Beruf“ Heimkehrer. Wir möchten aber aus unserer Tätigkeit eine andere Ableitung klarlegen und die ist, daß wir uns dazu berufen fühlen, den Heimkehrer in das Leben der Heimat einzuführen und schließlich, das möchte ich ganz besonders unterstreichen, für eine friedliche Aufbauarbeit mit der Partei und in der Partei für Österreich zu gewinnen trachten. Das

ist der Unterschied, den ich zwischen dem Worte Beruf und Berufung machen möchte.

Wir in die Heimat Zurückgekehrten wollen die wertvollen Kräfte unter den Heimkehrern jetzt und später weiterbetreuen, sie in kulturellem und sozialem Sinne führen. Sie mit dem herrlichen Gedankengut der Österreichischen Volkspartei vertraut machen, sie in der Partei sammeln, damit sie nicht zu einem Spielball politischer Leidenschaften werden. Dabei lehnen wir grundsätzlich die Bildung der Vereinigung eines Kriegervereines längst verflossener Jahre ab. Wir sind Kriegsgegner, wir sind gegen jede gewaltsame Auseinandersetzung nach außen, mehr aber noch gegen eine solche im Innern. Unser erster und oberster Programmpunkt lautet: Friede in Österreich! Wenn wir am Bundesparteitag etwas fordern, dann vor allem die Unterstützung aller Stellen des Staates, der Wirtschaft und der kommunalen Behörden. Man schaffe Möglichkeiten, Kriegsversehrte und Heimkehrer bei der Vergebung von freien Stellen bevorzugt unterzubringen. Man erleichtere dem strebsamen Heimkehrer die Gründung einer eigenen Existenz, man fördere die berufliche Ausbildung und verhindere aber auch, daß der Heimkehrer aus einem früheren Dienstverhältnis entlassen wird, weil ein anderer seinen Platz eingenommen hat. Man schicke die pensionsreifen Beamten in den wohlverdienten Ruhestand und mache den Sessel für den Heimkehrer frei! (Lebhafter Beifall.)

Darüber hinaus erwarten wir einen verstärkten Einbau von Heimkehrern in die Partei. Die jungen und frischen Kräfte, mit reichen Lebenserfahrungen ausgestattet, sollen berufen sein, den Hetzern, den Kündern alter und neuer Lehren, die meist nach Österreich importiert wurden, die Stirne zu bieten. (Lebhafte Zustimmung.) Der Heimkehrer hat genug von Parteipolitik in jedem Sinn, bei der es sich um die Erreichung einer Macht auf blutigem oder unblutigem Wege handelt. Mit Gewaltmethoden vergangener Jahre darf nicht unter einer anderen Farbe wie-

der in Österreich gearbeitet werden. (Neuerliche Zustimmung.) Der Heimkehrer wird sich nicht dazu mißbrauchen lassen, auf der Straße zu demonstrieren, damit irgend ein Ehrgeizling einen Ministersessel bekommt. Wenn solche Leute ihn mit dem Stimmzettel und auf saubere Art nicht erreichen können, dann sollen sie besser auch ihre Bemühungen, die in der letzten Zeit besonders lebhaft um den Heimkehrer im Gange sind, unterlassen. Von einer solchen Politik, wie wir sie leider jetzt wieder sehen, hat der Heimkehrer mehr als genug. Er will endlich in Ruhe arbeiten und in Frieden leben. Diese Ruhe und diesen Frieden wollen wir ihm geben, wir, die wir auf dem Boden der Österreichischen Volkspartei stehen.

Möge es darum erreicht werden, daß der Heimkehrer endlich in der Österreichischen Volkspartei arbeitet, durch die unser heißgeliebtes Vaterland Österreich einer friedlichen und glücklichen Zukunft entgegengehen kann.“ (Starker Beifall.)

Vorsitzender Ldhptm. Reither dankt dem Referenten und gedenkt der Bemühungen des Herrn Bundeskanzlers für die Heimführung der Gefangenen.

Die Berichterstatter der Ausschüsse haben das Wort

Anschließend erhalten die Berichterstatter der Ausschüsse das Wort für die Berichte aus den Ausschüssen bzw. zur Verlesung der Resolutionen (siehe 3. Tag, Beratungen der Ausschüsse).

Es berichten:

Für den Ausschuß „Politische Angelegenheiten“ Generalsekretär Bundesminister Dr. Felix Hurdes;
für den Ausschuß „Organisation, Personalpolitik und Finanzen“ Bürgermeister Josef Scheidl; Bezirksparteiobmann Krammer erstattet den Finanzbericht und stellt den Antrag, der Bundesparteileitung für die Gebarung 1946 die Entlastung zu erteilen (Beifall);

für den Ausschuß „Presse und Propaganda“ Bundesrat Josef Rehrli;

für den Ausschuß „Kulturpolitik“ Minister a. D. Hans Pernter;

für den Ausschuß „Sozialpolitik“ Generalsekretär Dr. Fritz Bock;

für den Ausschuß „Wirtschaftspolitik“ Generalsekretär Dr. Anton Widmann;

für den „Agrarpolitischen Ausschuß“ Vizekanzler a. D. Ing. V. Schumy;

für den Ausschuß „Außenpolitik“ Landeshauptmann Ing. Hochleitner, und

für den Ausschuß „Kommunalpolitik“ Bezirksparteiobmann Dr. Haiböck.

Nach den Referaten der Berichterstatter schreitet der Vorsitzende Landeshauptmann Dr. Gleißner zur Abstimmung, ob über die Berichte die Debatte eröffnet werden soll. Nachdem keine Debatte gewünscht wird, erfolgt die Abstimmung über die Anträge und Resolutionen, deren Annahme einstimmig erfolgt. Damit ist die Vormittagssitzung um 12.35 Uhr beendet.

Die Nachmittagssitzung wird um 15 Uhr vom Vorsitzenden Landeshauptmann Dr. Karall eröffnet, der

Generalsekretär Bundesminister Dr. Felix Hurdes

das Wort zu seinem Referat „Festlegung der künftigen Richtlinien der Partei“ erteilt. Der Generalsekretär führt aus:

„Eines der ersten Plakate, mit denen die Österreichische Volkspartei nach dem Ende des Naziregimes an die Öffentlichkeit trat, stellte Männer aus allen Berufsgruppen dar, die gemeinsam an einem Strang zogen, der aus einem Abgrund heraufführte. Das Plakat trug die Überschrift „Wir ziehen alle an einem Strang“. Diese Parole wurde von den breiten Schich-

ten der Bevölkerung für unsere ist auch die Par Aufruf an alle (aus den Nöten, d men.

Die Parole „W de auch bei uns der nunmehr sei des Solidarismu lungen.

Trotz der selbst Volkspartei schon aus den n geben müssen, wieder Lösungen fanden. In ernst Partei, die als Klasse stützt, in Spannungen zw vernünftigen Au schluß gefaßt, in maßgebliche Per Grundsätze für (ander und vor Bünde zur Parte

In einem Pur in allen politisch mat der Österre lich hat daher au des Ausschusses schlossen: Die Grundsätze ist . allen politischen der Österreichisc

Bei den Verha schüssen des Bu wieder mit groß programmatische Volkspartei eine

ten der Bevölkerung verstanden. Sie muß die Parole sein für unsere Arbeit innerhalb der Partei und sie ist auch die Parole über unsere Partei hinaus als Aufruf an alle Gutgesinnten, zusammenzuhelfen, um aus den Nöten, die uns alle bedrücken, herauszukommen.

Die Parole „Wir ziehen alle an einem Strang“ wurde auch bei unserem ersten großen Bundesparteitag, der nunmehr seinem Ende zugeht, befolgt. Der Geist des Solidarismus schwebte über unseren Verhandlungen.

Trotz der selbstverständlich in einer weitgespannten Volkspartei vorhandenen Spannungen, die sich schon aus den natürlichen Interessengegensätzen ergeben müssen, wurden bei den Beratungen immer wieder Lösungen gefunden, die die Zustimmung aller fanden. In ernsten Beratungen wurde das in einer Partei, die als Volkspartei sich nicht nur auf eine Klasse stützt, immer wieder aktuelle Problem der Spannungen zwischen den einzelnen Bünden einem vernünftigen Ausgleich nähergebracht und der Beschluß gefaßt, innerhalb einer befristeten Zeit durch maßgebliche Persönlichkeiten unserer Partei genaue Grundsätze für das Verhältnis der Bünde untereinander und vor allem auch für das Verhältnis der Bünde zur Partei festzulegen.

In einem Punkte bestand einhellige Auffassung: in allen politischen Fragen steht der unbedingte Primat der Österreichischen Volkspartei zu. Diesbezüglich hat daher auch der Bundesparteitag über Antrag des Ausschusses für politische Angelegenheiten beschlossen: Die Festlegung der programmatischen Grundsätze ist Angelegenheit der Gesamtpartei. In allen politischen Fragen ist der unbedingte Primat der Österreichischen Volkspartei anzuerkennen.

Bei den Verhandlungen in den verschiedenen Ausschüssen des Bundesparteitages konnten wir immer wieder mit großer Genugtuung feststellen, daß die programmatischen Leitsätze der Österreichischen Volkspartei eine überaus glückliche Stellungnahme

zu fast allen Problemen auf dem Gebiete der Staatspolitik, der Kulturpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellen. Der Wert unserer programmatischen Leitsätze ist umso mehr zu bewundern, als diese in der kürzesten Zeit nach Hervortreten der Österreichischen Volkspartei erlassen wurden. Allerdings haben wir hiefür noch unter der Herrschaft der Gestapo wertvolle Vorarbeiten geleistet. Wir waren nie so hochmütig wie Hitler, der glaubte, mit seinem Parteiprogramm eine Regelung für tausend Jahre treffen zu können. Wir nannten daher unsere programmatischen Festlegungen auch nur „Programmatische Leitsätze“. Wir wissen, daß das Leben immer wieder neue Probleme stellt und daß daher im Rahmen der allgemeinen Grundsätze immer wieder zu den neu aufkommenden Problemen in zeitgemäßer Form Stellung zu nehmen ist. Das ist ja auch der Sinn von Parteitag, daß nicht nur Rechenschaft gegeben wird über das bereits Geleistete, sondern daß immer wieder Richtlinien für die weitere Arbeit festgelegt werden.

Die vom Parteitag auf Grund ausführlicher und gründlicher Beratungen in neun Ausschüssen festgelegten Grundlinien stehen im Einklang mit den Hauptpunkten unseres Programmes, wie es seit Bestehen der Österreichischen Volkspartei die Grundlage unserer Partei bildet: Unermüdliche Arbeit für unser Österreich und die eheste Erlangung seiner vollen Freiheit und Lebensfähigkeit, Arbeit für Menschenrecht und Menschenwürde in demokratischer Freiheit und Verwirklichung eines die Menschen verbindenden Solidarismus auf allen Gebieten des Lebens.

Der Bundesparteitag hat auf außenpolitischem Gebiet beschlossen, die Politik unseres Kanzlers und Außenministers voll und ganz zu billigen und für die bisherigen Bemühungen herzlichen Dank zu sagen. Die Österreichische Volkspartei wird die Bemühungen um ehebaldigste Erlangung des Staatsvertrages intensivst fortsetzen. Wir sind der Überzeu-

gung, daß sich für unser arm gewordenes und kleines Österreich doch auch der Grundsatz der Gerechtigkeit durchsetzen wird. Wir kämpfen für die ehebaldigste Erlangung eines Staatsvertrages, der uns wieder die uneingeschränkte Freiheit gibt, deshalb mit solcher Zähigkeit, weil wir wissen, daß wir damit auch um die Lebensfähigkeit unseres Volkes kämpfen.

Trotz aller Bemühungen um den ehesten Abschluß des Staatsvertrages kam aber in dem vom Bundesparteiohmann, Bundeskanzler Dr. Ing. Figl, in seiner großen Rede festgelegten Standpunkt, der vom Bundesparteitag gebilligt wurde, zum Ausdruck, daß wir zur Wahrung der Interessen unseres Volkes nicht einen Staatsvertrag um jeden Preis billigen werden. In der Verantwortung für das österreichische Volk muß mit aller Feierlichkeit wiederholt werden, daß in einem Staatsvertrag drei Bedingungen für uns völlig unannehmbar sind:

1. Die Nichtanerkennung der Grenzen von 1937 und damit insbesondere auch eine Zerstückelung Kärntens,
2. die Nichtherstellung der vollen, uneingeschränkten staatlichen Souveränität, und
3. eine Beeinträchtigung auf wirtschaftlichem Gebiet, die die Lebensfähigkeit Österreichs in Frage stellt. Wir appellieren von unserem Bundesparteitag an die Mächtigen der Welt, unserem so schwer geprüften Vaterlande, das als erstes der Hitler-Agression zum Opfer fiel, endlich Recht widerfahren zu lassen und uns durch einen gerechten Staatsvertrag die Grundlagen für das weitere Leben im Rahmen der freien Nationen zu geben.

Der Bundesparteitag hat sich zu einer friedlichen Zusammenarbeit mit allen freiheitsliebenden Nationen bekannt und hofft, daß Österreich möglichst bald ein Mitglied der Vereinten Nationen wird. Wir haben die Absicht, im Rahmen der Vereinten Nationen und

unter Beobachtung freundschaftlicher Beziehungen zu allen unseren Nachbarländern mitzuwirken an einer Ordnung für das Zusammenleben der Völker und Staaten nach den Grundsätzen von Freiheit, Anerkennung der Menschenrechte und Durchsetzung der Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit. Gerade kleine Staaten, denen es an einem entsprechenden Machtapparat mangelt, sind wertvollste Mitarbeiter zur Verwirklichung der Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit, weil sie wissen, daß sie nur diesen Grundsätzen ihr freies Dasein verdanken und keine Gefahr bieten, selbst irgendwo in der Welt Gewalt zu üben. Damit ist aber auch eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß es nach unserer Auffassung für Österreich keine Orientierungsfragen nach irgendwelchen Himmelsrichtungen gibt, sondern nur einen Anschluß an die Welt.

Der Bundesparteitag hat zu einer Reihe von staatspolitischen Problemen Stellung genommen. Es wurde daran erinnert, daß schon in unseren programmatischen Leitsätzen ein Bekenntnis zum föderativen Charakter unseres Vaterlandes abgelegt ist. Eine einstimmig beschlossene Resolution stellt fest, daß die Österreichische Volkspartei bei aller Notwendigkeit einer einheitlichen Führung des Staates im föderativen Charakter Österreichs eine der wesentlichsten Grundlagen des Staates erblickt. Die Selbständigkeit der Bundesländer ist nicht nur historisch begründet, sondern sie entspricht auch der innersten Auffassung des Volkes in unseren österreichischen Bundesländern und ist die beste Gewähr einer allgemeinen staatsbürgerlichen Gesinnung. Der Bundesparteitag hat daher die Auffassung vertreten, daß Gesetzgebung und Verwaltung diese in der österreichischen Verfassung festgelegte Grundlage unbedingt beachten müssen, wenn nicht die Gesamtheit Schaden leiden soll. In der Resolution wurde im einzelnen angeführt, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die in der österreichischen Verfassung festgelegte Selbständigkeit der Bundesländer entsprechend zu sichern.

Der Bundespart
solutionsen zum A
Vaterlande gefaßt
schlüssen des Par
bungen fortgesetzt
rem staatlichen L
wenn von der De
feststellen müssen
in Wirklichkeit d
hängeschild für al
braucht wird. Es
daß man wirklich
hat, dadurch zu e
tie, das Volksherr
gert wird, daß ma
Volksvolksherrsch
Bemühungen, durc
kratie den Ansch
kratisch zu sein,
daß es keine Dem
erkennung der p
tritt uns in Österr
immer mehr die A
tie vereinbar sei
jeweiligen Mehrhe
einer sozialistische
dem dieser Stand
und klar zum Au
strebt wird, um c
Minderheit zu ver
auch wörtlich der
uns gelingen wird
durchzuführen“ (J
natsschrift für Pol
1947, Seite 69). Es
mit diesem Artike
wie nach dem erst
waltanwendung ge
hat man sich dann
groben Klotz ein n

licher Beziehungen zu mitzuwirken an einer eben der Völker und 1 von Freiheit, Aner- und Durchsetzung der Gerechtigkeit. Gerade einem entsprechenden vertvollste Mitarbeiter sätze von Recht und , daß sie nur diesen verdanken und keine in der Welt Gewalt eindeutig zum Ausdruck Auffassung für Öster- nach irgendwelchen n nur einen Anschluß

iner Reihe von staats- genommen. Es wurde unseren programmatischen zum föderativen abgelegt ist. Eine ein- n stellt fest, daß die i aller Notwendigkeit s Staates im föderati- e der wesentlichsten t. Die Selbständigkeit historisch begründet, innersten Auffassung ichtischen Bundeslän- r einer allgemeinen Der Bundesparteitag en, daß Gesetzgebung österreichischen Ver- unbedingst beachten theit Schaden leiden im einzelnen ange- derlich sind, um die ung festgelegte Selbstsprechend zu sichern.

Der Bundesparteitag hat auch eine Reihe von Resolutionen zum Ausbau der Demokratie in unserem Vaterlande gefaßt. Wir glauben, daß mit diesen Beschlüssen des Parteitages erfolgreich unsere Bestrebungen fortgesetzt werden, die Demokratie in unserem staatlichen Leben zu befestigen. Es nützt nichts, wenn von der Demokratie, wie wir dies leider oft feststellen müssen, nur sehr viel geredet wird, aber in Wirklichkeit das Wort Demokratie nur als Aushängeschild für allerlei totalitäre Bestrebungen mißbraucht wird. Es genügt nicht, den Beweis dafür, daß man wirklich den Sinn der Demokratie erfaßt hat, dadurch zu erbringen, daß das Wort Demokratie, das Volksherrschaft heißt, noch dadurch gesteigert wird, daß man von einer Volksdemokratie, also Volksvolksherrschaft, spricht. Gegenüber allen diesen Bemühungen, durch ein Lizitieren des Wortes Demokratie den Anschein zu erwecken, besonders demokratisch zu sein, betonen wir mit allem Nachdruck, daß es keine Demokratie ohne uneingeschränkte Anerkennung der persönlichen Freiheit gibt. Leider tritt uns in Österreich bei den marxistischen Parteien immer mehr die Auffassung entgegen, daß Demokratie vereinbar sei mit rücksichtsloser Herrschaft der jeweiligen Mehrheit. Erst vor kurzem erschien in einer sozialistischen Monatszeitschrift ein Artikel, in dem dieser Standpunkt eindeutig vertreten wurde und klar zum Ausdruck kam, daß die Mehrheit erstrebt wird, um dann mit Gewalt die Freiheit der Minderheit zu vernichten. In diesem Aufsatz kommt auch wörtlich der Satz vor: „Wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, diese große Revolution unblutig durchzuführen“ („Die Zukunft“, Sozialistische Monatschrift für Politik und Kultur, Heft 3, vom März 1947, Seite 69). Es ist auf jeden Fall interessant, wie mit diesem Artikel von marxistischer Seite, ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg, eindeutig mit der Gewaltanwendung gedroht wird. In der ersten Republik hat man sich dann gewundert, wenn für diesen sehr groben Klotz ein noch größerer Keil gefunden wurde.

Solchen Auffassungen von einer angeblichen Demokratie gegenüber betonen wir mit aller Eindeutigkeit, daß es eine Demokratie mit der in ihr gewährleisteten Freiheit nur dort geben kann, wo mindestens zwei Meinungen gleichberechtigt und gleichzeitig auftreten können. Alles andere ist Diktatur oder, wie man gerne zu sagen beliebt, „Faschismus“ in irgend einer Form, der zur Versklavung mehr oder weniger großer Volksmassen führt. Wir werden schonungslos und ohne uns irgendwie von einer Seite einschüchtern zu lassen, immer wieder mit dem Finger auf jene zeigen, die Demokratie nur als Aushängeschild benützen, um in Wirklichkeit diktatorische Gelüste zu verbergen.

Wenn uns so auch die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien oft nicht leicht gemacht wird, so stehen wir nach wie vor, wie auch der Bundesparteitag auf Grund eines Antrages des Ausschusses für politische Angelegenheiten beschlossen hat, unter eindeutiger Festhaltung an unseren programmatischen Grundsätzen auf dem Standpunkt einer loyalen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien, erwarten aber, daß die anderen Parteien die gleiche Loyalität an den Tag legen. Wir wissen, daß unser Land sich besonders in diesen Notzeiten fruchtlose parteipolitische Kämpfe nicht leisten kann und daß jeder vernünftige Österreicher sich einen Staat ohne überflüssigen Parteienhader wünscht. Wir bekennen uns daher nach wie vor zu einer Konzentration aller demokratischen Kräfte, die erforderlich ist, um einen Weg aus den heutigen Nöten zu finden. Immer wieder müssen wir jedoch betonen, daß die Konzentrationsregierung nicht nur für uns, sondern auch für alle anderen Verpflichtungen beinhaltet, denen man sich als Koalitionspartner nicht entziehen kann. Wenn wir bisher oft in Voransetzung des Staatswohles vor das Parteiwohl gegenüber sehr unerfreulichen Erscheinungen auf diesem Gebiet eine sehr große Zurückhaltung an den Tag legten, so hat doch alles seine Grenzen. Diese Mahnung richtet sich vor allem an

alle diejenigen, die der Auffassung sind, es sei vereinbar, zugleich in der Regierung zu sitzen und gegen die gleiche Regierung Opposition zu treiben.

Gerade solche Vorgänge sind nicht geeignet, das Ansehen der Demokratie im Volke zu festigen. Es ist daher kein Wunder, daß heute, zwei Jahre nach dem vom ganzen Volke begrüßten Wiedererstehen der Demokratie, solche Methoden bereits viel von ihrer Zugkraft eingebüßt haben.

Einen sehr schlechten Dienst erweisen der Demokratie alle diejenigen, die glauben, demokratische Freiheit sei gleichbedeutend mit Zügellosigkeit, Unordnung und vor allem mit der Berechtigung, seinen eigenen parteipolitischen Vorteil mit allen Mitteln dort zu suchen, wo man glaubt, ihn zu finden. Gerade eine solche Einstellung zur Demokratie hat schon einmal in unserem Vaterlande zum Ende der Demokratie geführt. Wir halten es für unsere Pflicht, schonungslos auf diese Gefahr hinzuweisen und zur Umkehr aufzufordern.

Der Bundesparteitag hat auch eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die dazu dienen sollen, das innerstaatliche Leben besser zu gestalten. Der Bundesparteitag begrüßte den Antrag, dem Volke in wichtigen Fragen, die das ganze Volk berühren, einen größeren und unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung einzuräumen. Es soll über Wunsch des Bundesparteitages geprüft werden, in welcher Form Volksabstimmungen und Volksbegehren zur Erreichung dieses Zweckes ausgebaut werden sollen.

Nach einem Beschluß des Bundesparteitages wird die Österreichische Volkspartei die eingereichten Vorschläge über die Reform des derzeitigen Listenwahlrechtes einer gründlichen Prüfung unterziehen. Es wurde auch ein diesbezüglicher Ausschuß eingesetzt, in dem Vertreter aus allen Berufsgruppen und aus den Bundesländern aufscheinen. Auf jeden Fall wird die Österreichische Volkspartei dafür Sorge tragen, daß die von ihr zu treffende Auswahl der Wahlkandidaten unter unbedingter Berücksichtigung

der Wählerwünsche und damit in demokratischer Form erfolgt. Der Bundesparteitag hat auch beschlossen, sich für die Durchführung einer Verwaltungsreform einzusetzen, die besonders eine Vereinfachung der Verwaltung und größte Sparsamkeit erreichen soll. Bei Durchführung dieser Verwaltungsreform soll insbesondere auch erreicht werden, daß die Bestellung von Beamten nur nach dem Gesichtspunkt der fachlichen Eignung erfolgt. Eine Auswahl der Beamten nach parteipolitischen Gesichtspunkten trägt keineswegs dazu bei, Vertrauen in die Geschäftsführung der amtlichen Stellen zu wecken und zu ermöglichen, daß die Akten sachlich richtig und rasch erledigt werden. Die bedauerlicherweise bedenklich um sich greifende öffentliche Unsicherheit und das Überhandnehmen der verschiedensten Angriffe auf die Rechtsordnung veranlaßte den Bundesparteitag, die sofortige Ergreifung von geeigneten staatlichen Gegenmaßnahmen zu fordern, da es hoch an der Zeit ist, die ständige Beunruhigung der Bevölkerung aus der Welt zu schaffen.

Auf kulturpolitischem Gebiet hat sich der Bundesparteitag für die eheste Verwirklichung der im Erziehungs- und Schulprogramm der Österreichischen Volkspartei festgelegten Grundsätze eindeutig ausgesprochen. Es wurde darauf verwiesen, daß die Österreichische Volkspartei aus ihrer wahrhaft demokratischen Einstellung heraus in den Forderungen sich ein strenges Maß auferlegt hat und in ihren schulpolitischen Forderungen nur das verlangt, was billigerweise auch von politisch andersdenkenden Kreisen zugestanden werden kann. Unabhängig aber bleibt für uns gerade aus unserer demokratischen Einstellung heraus die Forderung auf Wahrung der elterlichen Erziehungsrechte und der Gewissensfreiheit in Erziehungsfragen. Wir fordern diese Gewissensfreiheit auch für konfessionelle Minderheiten, um so mehr muß der Grundsatz der Gewissensfreiheit in Erziehungsfragen auch für die Mehrheit des österreichischen Volkes, die katholisch ist, anerkannt werden.

Wir erwirkt in ihre religiösem Ge- Erziehung- Erziehung zen in der hat dadurch möglichkeit Religionsun daß es der für unsere

Da sich staatstragen ihrer Aufga den eine R. Österreichis der österre Österreichis heiten für Geiste des Kulturaufga Weltgeltung gründet hal erreichen tr tung Österr Wir glauben die Kraft d genen Jahre

Auch auf politik, die auf die Dau digende So: Bundesparte Geist des Se tonung der ten Einzelir nahme gewi

Da die D. möglichst g stand und b

Wir erwarten, daß die beiden anderen Parteien die in ihrer Propaganda betonte Duldsamkeit auf religiösem Gebiet gegenüber den Forderungen unseres Erziehungs- und Schulprogramms auf sittlich-religiöse Erziehung der Jugend mit all ihren Konsequenzen in der Praxis beweisen. Das österreichische Volk hat dadurch, daß es trotz der vorhandenen Abmelde-möglichkeit weit über 90 % der Schulkinder in den Religionsunterricht schickt, eindeutig dokumentiert, daß es den Wert einer sittlich-religiösen Erziehung für unsere Jugend zu schätzen weiß.

Da sich die Österreichische Volkspartei als die staatstragende Partei des Kulturlandes Österreich ihrer Aufgaben auf diesem Gebiete bewußt ist, wurden eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die die Österreichische Volkspartei als Hüterin und Förderin der österreichischen Kultur erscheinen lassen. Die Österreichische Volkspartei wird bei allen Gelegenheiten für die Verwirklichung aller jener aus dem Geiste des Christentums geborenen österreichischen Kulturaufgaben eintreten, die das Ansehen und die Weltgeltung Österreichs auf kulturellem Gebiet begründet haben. Wir werden in zähem Bemühen zu erreichen trachten, daß die frühere kulturelle Bedeutung Österreichs ehestens wieder Wirklichkeit wird. Wir glauben fest daran, daß das österreichische Volk die Kraft dazu, trotz der Knebelung in den vergangenen Jahren, nicht verloren hat.

Auch auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in engem Zusammenhang stehen, weil es auf die Dauer ohne gesunde Wirtschaft keine befriedigende Sozialpolitik geben kann, waren alle vom Bundesparteitag beschlossenen Maßnahmen von dem Geist des Solidarismus getragen, der durch seine Betonung der Zusammengehörigkeit auf alle begründeten Einzelinteressen eine entsprechende Rücksichtnahme gewährleistet.

Da die Demokratie versucht, jedem einzelnen eine möglichst große Freiheitssphäre zu sichern, so bestand und besteht immer wieder die Gefahr, daß die

Demokratie der Nährboden für einen schrankenlosen Individualismus wird, der nur allzu leicht die Rechte seiner Mitmenschen verletzt. Diese Gefahr der Auswüchse der demokratischen Freiheit läßt sich auf die Dauer nur dadurch überwinden, daß die richtige innere Einstellung zur demokratischen Freiheit erreicht wird. Daher müssen wir uns mit unserem Streben nach Lebendigmachung des Solidarismus immer wieder an die Gesinnung der Menschen wenden. Mit bloßen Gesetzen kann man nicht Abhilfe schaffen, wenn die Menschen nicht von der richtigen Gesinnung beseelt sind. Aus diesem Grunde appellieren wir immer wieder an die Einsicht und das Zusammengehörigkeitsgefühl unseres Volkes und predigen daher Solidarismus statt Egoismus. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dem von den marxistischen Parteien immer wieder propagierten Gedanken, daß es auf Erden nur einen Kampf der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden geben kann, bis eine dieser beiden Klassen vernichtet ist. In den letzten 1½ Jahren hat sich in unserem österreichischen Volke der von der Österreichischen Volkspartei vertretene Gedanken des Solidarismus Bahn gebrochen. Die marxistischen Parolen des Klassenkampfes haben ihre Zugkraft verloren. Es gibt bereits Publikationen aus den Reihen der Sozialistischen Partei Österreichs, die den Beweis erbringen, daß selbst waschechte Sozialisten die von anderen noch mit großer Leidenschaft vertretenen Theorien vom Klassenkampf nicht mehr aufrecht erhalten und damit die Unrichtigkeit der marxistischen Parteiprogrammatik zugeben. Wir sind felsenfest überzeugt, daß es uns immer mehr gelingen wird, das österreichische Volk davon zu überzeugen, daß nur die gemeinsame Arbeit zum Ziele führen kann, daß daher nicht Klassenkampf und Klassenhaß, sondern nur der alle zur gemeinsamen Arbeit zusammenführende Solidarismus uns die Zukunft meistern läßt.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet werden wir nur dann Erfolge erzielen, wenn wir nicht gegeneinander

der, sondern miteinander all die großen Schwierigkeiten zu beseitigen trachten. Dabei müssen wir uns alle, jeder auf dem Posten, auf dem er steht, bemühen, mit allen Mitteln die Produktion zu fördern und immer mehr auf allen Gebieten der Wirtschaft zu erzeugen. Nur so werden wir allmählich die notwendigen Bedürfnisse befriedigen können.

Gerade deswegen, weil wir den Menschen und seine Bedürfnisse auch in den Mittelpunkt des Wirtschaftens stellen, wenden wir uns gegen eine kollektivistische Planwirtschaft, die notwendigerweise zunächst die wirtschaftliche Freiheit des Menschen und in der Folge unbedingt auch seine politische Freiheit raubt. Alle Planwirtschaft führt notwendigerweise früher oder später zur Diktatur in der einen oder anderen Form, auf jeden Fall zur Aufhebung der Freiheit, die uns eine Voraussetzung der Anerkennung wirklicher Menschenwürde ist.

Um die Produktion entsprechend zu fördern, forderte der Bundesparteitag in einer Resolution die Beseitigung aller vorhandenen Hemmnisse, insbesondere auch aller Gesetze, die einen nicht begründeten Eingriff in die entsprechende Entfaltung der Wirtschaft darstellen, und vor allem der reichsdeutschen kriegswirtschaftlichen Gesetzesbestimmungen. Wenn sich aus den heutigen Notwendigkeiten Lenkungsmaßnahmen als erforderlich erweisen, so sollen diese nach Bestimmungen erfolgen, die den nunmehrigen Verhältnissen Rechnung tragen, aber nicht nach Bestimmungen, die der nazistischen Kriegsplanwirtschaft dienten.

Es ist nicht möglich, im einzelnen auf die zahlreichen Beschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiete näher einzugehen, die alle den Zweck verfolgen, Maßnahmen zu treffen, die verhindern, daß einerseits eine individualistisch-egoistische Einstellung nicht auf das Gesamtinteresse Rücksicht nimmt oder andererseits kollektivistische Zwangsmaßnahmen zu einem staatlichen Kapitalismus führen, der das Ende der menschlichen Freiheit bedeutet. Im einzelnen sei nur noch

hervorgehoben, daß über Antrag des Ausschusses für Agrarpolitik wichtige Resolutionen gefaßt wurden, die ein wirtschaftlich dauernd gesichertes Bauerntum in Österreich gewährleisten sollen, zumal unser Bauerntum die Kraftquelle darstellt, aus der sich unser Volk immer wieder erneuert. In einem starken und gesunden Bauernstand ist die sicherste Grundlage für den Bestand von Volk und Staat zu erblicken. Es wurden Resolutionen über das landwirtschaftliche Siedlungswesen, zur Lösung des Bergbauernproblems, zur Landarbeiterfrage, und vor allem auch betreffend landwirtschaftlicher Erzeugerpreise gefaßt. Die Gewährung gerechter Preise dient gleicherweise dem Wiederaufbau der Landwirtschaft wie auch der Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen den Löhnen der Landarbeiter und denen der Arbeiter in den anderen Wirtschaftszweigen der österreichischen Volkswirtschaft.

Zur Schaffung einer wertbeständigen Währung, die wir unbedingt brauchen, um für unsere Wirtschaft wieder feste Grundlagen zu schaffen, wurde eine Resolution gefaßt: Aus dem Geiste des Solidarismus sollen die unbedingt notwendig werdenden bedeutenden Opfer möglichst gerecht auf die Gesamtbevölkerung im Verhältnis zur finanziellen und sozialen Tragbarkeit des einzelnen verteilt werden.

Durch die mannigfachen Resolutionen auf sozialpolitischem Gebiete brachte der Bundesparteitag zum Ausdruck, daß die soziale Stellung der Arbeiter und Angestellten in Österreich nur dann gesichert werden kann, wenn die Würde und Freiheit des Einzelmenschen entsprechend gewahrt bleiben. Deshalb verlangt die Österreichische Volkspartei die Wahrung des freien Rechtes auf Arbeit und lehnt jede Maßnahme ab, die geeignet ist, die Erlangung einer Arbeitsstelle von parteipolitischen Erwägungen abhängig zu machen. Es wird daher im Sinne einer angenommenen Resolution gefordert, die Betriebsräte durch Umstellung der Wahlordnung von Parteilisten auf Listen, in denen Menschen des persönlichen Ver-

trauens gesieren.

Das amische Forderungen von proletarischeschenwürde alle möglicher in der gen auf Du reichischen die Werk dert wurde, Werksgenossentriebe auszutarisierung reichischen brachte Geund die we Siedlungspr auch grunds Volkspartei Nationalrate über eine meinschaftsi der damit

Es wurde Angestellten ligung höhe Besoldungsmöglichkeit

Der Bund pen von Me sonderen Fi alle Bestreb folgten zu u verständlich und der Wi Bundesparte werden die

trauens gewählt werden können, zu entpolitisieren.

Das am Bundesparteitag beschlossene sozialpolitische Forderungsprogramm sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, welche dem Arbeiter durch eine Entproletarisierung die wirkliche Freiheit und Menschenwürde gewährleisten sollen und ihn nicht durch alle möglichen planwirtschaftlichen Maßnahmen weiter in der Unfreiheit erhalten. Daher die Forderungen auf Durchführung des über Initiative der Österreichischen Volkspartei geschaffenen Gesetzes über die Werksgenossenschaften, wobei gefordert wurde, auf freiwilliger Basis die Förderung des Werksgenossenschaftsgedankens auch auf private Betriebe auszudehnen. Der Forderung nach Entproletarisierung dient vor allem auch der von der Österreichischen Volkspartei bereits im Nationalrat eingebrachte Gesetzentwurf über das Wohnungseigentum und die weitere Forderung nach einem großzügigen Siedlungsprogramm. Der Bundesparteitag hat sich auch grundsätzlich zu dem von der Österreichischen Volkspartei über Vorschlag unseres Vorarlberger Nationalrates Pius Fink ausgearbeiteten Entwurfes über eine alle Bevölkerungskreise erfassende Gemeinschaftsrente bekannt, insbesondere auch wegen der damit organisch verbundenen Kinderbeihilfe.

Es wurde auch gefordert, die junge Beamten- und Angestelltenschaft unter anderem auch durch Zubilligung höherer Anfangsbezüge und Schaffung einer Besoldungs- und Dienstordnung zu fördern, die die Möglichkeit einer Familiengründung gibt.

Der Bundesparteitag hat aber auch auf zwei Gruppen von Menschen nicht vergessen, die unserer besonderen Fürsorge bedürfen. Es wurde beschlossen, alle Bestrebungen der vom Nazismus politisch Verfolgten zu unterstützen, wobei die Ansprüche selbstverständlich mit dem Gesamtinteresse des Staates und der Wirtschaft in Einklang zu bringen sind. Die Bundesparteileitung und die Landesparteileitungen werden die Vertreter der Österreichischen Volkspar-

tei im „Bund der politisch Verfolgten“ bei ihren Bemühungen entsprechend unterstützen.

Ferner hat der Bundesparteitag einen dringenden Appell an die Bundesregierung beschlossen, weiterhin alles zu tun, um die Heimführung der österreichischen Kriegsgefangenen durchzusetzen. Insbesondere wird das Internationale Rote Kreuz ersucht werden, Delegationen in jene Länder zu senden, in denen sich noch österreichische Kriegsgefangene befinden, damit dort die Namen der Kriegsgefangenen festgestellt und entsprechende Listen angefertigt werden, die in der Heimat zu veröffentlichen sind. Es wurde auch beschlossen, an die Außenministerkonferenz in Moskau das Ersuchen zu richten, Maßnahmen zur Entlassung der österreichischen Kriegsgefangenen zu beschließen.

Der abschließende Bericht über den 1. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei wäre nicht vollständig, wenn nicht noch ausdrücklich darauf verwiesen würde, daß der Bundesparteitag und seine Beratungen stark im Zeichen der zahlreich anwesenden Vertreter der Jugend standen. Es spricht für den heiligen Ernst, mit dem die in unseren Reihen stehende Jugend zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten mit beitragen will, daß sie sich nicht, wie viele andere Jugendliche in unserem Vaterlande, bemüht, sich von der Arbeit zu drücken, sondern trotz verschiedener Anfeindung aus den Kreisen dieser nicht allzu arbeitsfreudigen Jugend immer wieder für den Gedanken eines freiwilligen Arbeitsdienstjahres, das mit dem nazistischen Reichsarbeitsdienst nichts zu tun hat, einsetzt. Der Bundesparteitag hat daher auch die Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstjahres begrüßt, weil diese Einrichtung vor allem auch der Sicherung der Ernährung dient und zur Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Interesse wesentlich beitragen kann.

Der Bundesparteitag hat aber weiters beschlossen, gegen diejenigen, die nicht von dem gleichen Arbeitsethos erfüllt sind, wie die in unseren Reihen stehende

Jugend, endlich mit einer strengen Handhabung des Arbeitspflichtgesetzes vorzugehen.

Gerade mit Rücksicht auf die vorbildliche Arbeit, die von Vertretern der Jugend auf dem Bundesparteitag geleistet wurde und das damit dokumentierte Verständnis für die schwierige Lage unseres Vaterlandes, hat der Bundesparteitag über Anregung des Ausschusses für politische Angelegenheiten nicht nur beschlossen, in Zukunft bei Vergebung von Funktionen in der Partei und von Mandaten in den öffentlichen Körperschaften die jüngere Generation noch stärker als bisher heranzuziehen, sondern vor allem auch die Möglichkeit zu schaffen, durch eine Herabsetzung des Alters zur Erlangung des passiven Wahlrechtes besonders tüchtigen jungen Menschen eine Chance zu geben. Die Österreichische Volkspartei wird nach einem Beschluß des Bundesparteitages sich für die Herabsetzung des Alters zur Erlangung des passiven Wahlrechtes von dem bisher vorgesehenen vollendeten 29. Lebensjahr auf das vollendete 26. Lebensjahr einsetzen. Weiters wurde beschlossen, zu prüfen, ob die Erlangung der Großjährigkeit mit Vollendung des 20. Lebensjahres festgelegt werden kann. Dadurch ergäbe sich die Möglichkeit, auch das Alter für die Ausübung des aktiven Wahlrechtes herabzusetzen.

Unser 1. Bundesparteitag hat in uns allen die Überzeugung wachgerufen, daß wir trotz der großen Verschiedenheiten der Menschen aus allen Berufsgruppen, die wir unter unseren Fahnen als eine Partei des ganzen Volkes sammeln, und trotz der mit dieser Vielfalt verbundenen Interessengegensätze doch eine ganz starke, feste Einheit sind, die in dieser Geschlossenheit unüberwindlich ist. Es liegt alles daran, diese Geschlossenheit auch in der Zukunft zu wahren. Dann braucht uns um die Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes nicht bange zu sein.

Wir haben schon bisher mit fanatischem Glauben an Österreich die Grundlagen gelegt, auf denen ein Österreich erstehen wird, in dem sich alle seine Bür-

ger wieder daheim fühlen können. Wir werden auf die errichteten Grundmauern in zäher Arbeit weiterhin Stein auf Stein legen, bis der stolze Bau vollendet ist: ein freies, unabhängiges, glückliches Österreich!“

Nach der Rede des Generalsekretärs, die von langanhaltendem Beifall bedankt wird, überträgt Landeshauptmann Dr. Karall den Vorsitz dem Präsidenten des Nationalrates Leopold Kunschak, der zum nächsten Punkt der Tagesordnung,

Wahl des Bundespartei Vorstandes

schreitet. Er erteilt dem Delegierten des Ausschusses für politische Angelegenheiten NR Müllner das Wort für den Wahlvorschlag. NR Müllner führt aus:

„Im Namen des Ausschusses für Politik fällt mir die ehrenvolle Aufgabe zu, Ihnen den Wahlvorschlag für das neue Präsidium und insbesondere für den neuen Bundesparteiohmann zu erstatten. Der Bundesparteitag neigt sich seinem Ende zu. Wir waren vom Anfang an auf das tiefste beeindruckt von der Organisation und dem Ablauf dieses Bundesparteitages. Ich glaube, ich spreche im Namen aller, wenn ich diesen Bundesparteitag als den Ausdruck der Kraft und der Arbeitsfreude sowie der Arbeitsintensität hinstelle, der durch unseren Bundesparteiohmann hier sinnfälligen Ausdruck erfahren hat (lebhafter Beifall). Ich erlaube mir daher im Namen dieses Ausschusses dem hohen Bundesparteitag den Vorschlag zu erstatten, zum neuen Bundesparteiohmann unseren bewährten und erprobten Bundeskanzler und unseren alten KZ-Kameraden, unsern FIGL vorzuschlagen.“ (Lebhafter, stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Kunschak: „Der riesige Beifall, den dieser Vorschlag gefunden hat, würde es eigentlich überflüssig erscheinen lassen, eine Abstimmung vornehmen zu lassen (lebhaft Zustimmung). In Beachtung der Statuten ist das aber nur

dann möglich, zustimmt, die V Ich bitte nun je schlag, den bi schwierigen Am stimmung gebe Gegenprobe: De (Erneuter lebha Ing. Figl wird zu samte Präsidium Kundgebung de auch meinerse Wahl.“

NR Müllner f:

Zum ersten S nes den Führer nister a. D. Vi: Weinberger

zum zweiten Führerin der Paunovic;

zum dritten (österreichischen Raab;

zum General: richt und KZ-K.

zum Hauptref politik und Fin raden Ferdinand

zum Hauptre Sektionschef un

zum Hauptrefe und KZ-Kamera

zum Hauptre sekretär und K:

ir werden auf
Arbeit weiter-
Bau vollendet
lückliches

die von lang-
erträgt Landes-
m Präsidenten
ak, der zum

orstandes

es Ausschusses
üllner das
er führt aus:

ik fällt mir die
lvorschlag für
für den neuen
Bundespartei-
aren vom An-
n der Organi-
arteitages. Ich
nn ich diesen
Kraft und der
ität hinstelle,
n hier sinn-
after Beifall).
s Ausschusses
lag zu erstat-
unseren be-
und unseren
orzuschlagen.“
r Beifall.)
„Der riesige
hat, würde es
en, eine Ab-
tafte Zustim-
das aber nur

dann möglich, wenn der Parteitag meinem Antrag zustimmt, die Wahl per Akklamation vorzunehmen. Ich bitte nun jene Frauen und Herren, die dem Vorschlag, den bisherigen Bundesobmann mit diesem schwierigen Amt auch weiterhin zu betrauen, ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. Ich danke. Gegenprobe: Der Vorschlag ist einstimmig genehmigt. (Erneuter lebhafter Beifall. Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl wird zu seiner Wahl beglückwünscht, das gesamte Präsidium erhebt sich.) Ich schließe mich der Kundgebung des Parteitages an und beglückwünsche auch meinerseits unseren Freund Figl zu dieser Wahl.“

NR Müllner fährt in seinem Wahlvorschlag fort:

Zum ersten Stellvertreter des Bundesparteiobmannes den Führer der Arbeiter und Angestellten Minister a. D. Vizebürgermeister, KZ-Kameraden Lois Weinberger;

zum zweiten Obmannstellvertreter die bewährte Führerin der Frauen, Frau NR Prof. Dr. Nadine Paunovic;

zum dritten Obmannstellvertreter den Führer der österreichischen Wirtschaft Minister a. D. NR Julius Raab;

zum Generalsekretär Bundesminister für Unterricht und KZ-Kameraden Dr. Felix Hurdas;

zum Hauptreferenten für Organisation, Personalpolitik und Finanzen Staatssekretär und KZ-Kameraden Ferdinand Graf;

zum Hauptreferenten für Presse und Publizistik Sektionschef und KZ-Kameraden Eduard Weber;

zum Hauptreferenten für Kulturpolitik Minister a. D. und KZ-Kameraden Dr. Hans Pernter;

zum Hauptreferenten für Sozialpolitik Generalsekretär und KZ-Kameraden Dr. Fritz Bock;

zum Hauptreferenten für Wirtschaftspolitik Generalsekretär und KZ-Kameraden Dr. Anton Widmann.

Der Ausschuß schlägt weiters in Anbetracht der Versinnbildlichung des föderativen Charakters der Österreichischen Volkspartei folgende Vertreter der Länder vor: Für Oberösterreich den Landeshauptmann und KZ-Kameraden Dr. Heinrich Gleißner, für Steiermark Präsident KZ-Kamerad Dr. Alfons Gorbach, für Burgenland Landeshauptmann Dr. Lorenz Karall, für Vorarlberg Landeshauptmann Ullrich Ilg, für Salzburg Landesparteiobmann Nationalrat Gassner. (Starker Beifall.)

So sind — fährt der Redner fort — nunmehr unter den fünfzehn Mitgliedern des Parteivorstandes zehn KZ-Kameraden vertreten. (Beifall.) Auch die anderen haben durch die nazistische Herrschaft keinerlei Vorteile genossen, sondern mußten zum Teil ihre Heimatstadt verlassen, zum anderen Teil ihre Berufe aufgeben und sich anderen Erwerben zuwenden. Als sie aber ihre Kameraden aus den KZ oder aus den Kerkern wieder bei sich begrüßen konnten, so ist jeder von diesen, die ich genannt habe, gerne für diese Kameraden eingestanden, um die alten Kampfgefährten nicht nur herzlichst zu begrüßen, sondern auch sie zu unterstützen, selbst wenn dies mit einer Gefahr für ihr eigenes Leben verbunden war. Darauf dürfen wir besonders heute in einer Zeit hinweisen, wo man meint, man könne diesen Leuten vielleicht nachsagen, daß sie zu wenig für die Befreiung und die Selbständigkeit unseres Landes geleistet haben. Diese genannten KZ-ler können nicht weniger als insgesamt 30 Jahre Kerker und KZ aufweisen. Ich bitte Sie also — Sie haben dies ja schon durch Ihren Beifall gezeigt —, diesem Vorstand, der von 15 Mitgliedern zehn solche aufweisen kann, die insgesamt 30 Jahre hinter Kerkermauern gesessen sind oder in Schutzhaft verbracht haben, Ihre Zustimmung zu geben. Ich erwarte, daß der alte Kampfgeist, der in

ihnen lebendig war, auch in Zukunft lebendig bleiben möge, damit die alte Stärke unseres Heimatlandes Österreich erhalten bleibe.

Vorsitzender Präs. Kunschak macht den Vorschlag für eine en-bloc-Abstimmung. Der Vorschlag wird mit zehn Stimmen dagegen angenommen. Darauf erfolgt die einstimmige Annahme des Wahlvorschlages.

Der Vorsitzende dankt hierauf dem alten Bundespartei Vorstand für die geleistete Arbeit, begrüßt den neugewählten und lädt ihn ein, das Präsidium einzunehmen. Den Mitgliedern des neuen Bundespartei Vorstandes, insbesondere dem Bundesparteiobmann, werden stürmische Ovationen dargebracht, als sie das Präsidium besetzen.

Bundesparteiobmann Dr. h. c. Ing. Figl

hält sodann das Schlußwort, in dem er ausführt:

„Hoher Parteitag! Ich glaube, zuerst persönlich und auch im Namen meiner Freunde für das Vertrauen, das Sie uns durch unsere Wahl entgegengebracht haben, herzlichst danken zu müssen. Wir haben uns immer bemüht, unser Bestes für die Partei und durch die Partei für unser österreichisches Volk zu leisten. Wir stehen heute in entscheidenden Tagen, da wir als größte Partei auch die Verantwortung für die Zukunft dieses Staates tragen. Für die Entscheidungen, die in den nächsten Tagen oder Monaten getroffen werden, die Verantwortung zu tragen, ist nicht leicht. Wenn wir uns aber trotz der Schwere entschlossen haben, so vor allem durch Ihr einstimmiges Bekenntnis des Vertrauens. Denn in der Partei kann man nicht Parteiführer sein, ohne zu wissen, daß die Partei und vor allem die Funktionäre wirklich ehrliche und verstehende Mitarbeiter sind. (Lebhafter Beifall.)

Darum, verehrte Freunde, neben dem Dank die Bitte, die ehrliche und aufrichtige Bitte zur Mitarbeit,

eine Mitarbeit, die vor allem in den demokratischen Grundsätzen verankert ist. Das Wissen um die Freiheit des einzelnen, um das Recht des einzelnen, aber auch um die Verpflichtung, sich ein- und — wenn es notwendig ist — unterzuordnen zum Wohle aller. (Lebhafter Beifall.) Denn nur so können wir die Demokratie nicht nur in der Partei, sondern auch durch die Partei im Staate weiterführen, und das wollen wir ja. In dem Wissen, daß mit einem Schlag noch kein Baum gefällt ist, und auch ein erst befreites demokratisches Österreich in zwei Jahren noch nicht wirkliche, durch Jahrzehnte erschaffene Demokratie in Reinkultur verwirklichen kann, können wir dem Ziel wahrer Demokratie nur durch ehrliche und wirkliche Zusammenarbeit innerhalb der Partei näher kommen.

Die Partei ist demokratisch aufgebaut. Die Partei ist als demokratische Partei eine Volkspartei. In ihr sind alle Berufe und alle Stände vertreten. Vom kleinen Bauern, vom kleinen Arbeiter, vom kleinen Angestellten und kleinen Handwerker bis zum höchsten Beamten und zum größten Unternehmer, soweit man von Großunternehmertum in diesem Staate überhaupt reden kann. Es sind der Besizende, Große, Kleine, Mittlere und der Ärmste beisammen, und alle zusammen bilden eine Gemeinschaft des Vertrauens und Verstehens und der gegenseitigen Verpflichtung. Dies wollen wir auch in aller Zukunft halten. Ich will nicht — und das erwarten Sie von mir heute auch nicht — noch einmal eine große programmatische Rede halten, denn unser Programm und unser Wollen, glaube ich, haben Sie schon früher gekannt, denn sonst wären Sie ja nicht zu dieser Partei gestoßen. Und den Ausdruck haben wir in diesen vier Tagen Parteitag gefunden.

In dieser Stunde, in der Sie uns neuerlich das Vertrauen zum Ausdruck gebracht haben, wollen wir nur eines sagen: Wir wollen uns mit all unseren Kräften bemühen, die Volkspartei nicht nur in dieser Stärke zu erhalten, sondern sie zu festigen und sie zu einer

Gemeinsam
mand me
starker B
Volk, wir
ausgleich
Freitag b
hen, diese
anderzuki
gilt beson
werden u
auf die a
pflichtung
arbeit un
wir auch
wird unse
kunft sei
derungen
Heimat is

Wenn i
drei Gene
und die
wenn sie
doch mit
len ihre
politische
Zustimmu
Volkspart
Jungen T
(Neuerlich

Meine
Beginn de
klar verk
nichts and
Freiheit
rechtigkei
Moral- un
ankern. W
bisher bei
sem Progr
Staatspolit

demokratischen
um die Frei-
einzelnen, aber
d — wenn es
Wohle aller.
n wir die De-
rn auch durch
d das wollen
i Schlag noch
erst befreites
en noch nicht
e Demokratie
nen wir dem
che und wirk-
Partei näher

st. Die Partei
partei. In ihr
treten. Vom
vom kleinen
bis zum höch-
nehmer, soweit
iesem Staate
zende, Große,
ammen, und
aft des Ver-
seitigen Ver-
aller Zukunft
arten Sie von
ne große pro-
er Programm
ie schon frü-
cht zu dieser
aben wir in

lich das Ver-
ollen wir nur
eren Kräften
dieser Stärke
sie zu einer

Gemeinschaft von Österreichern ausbauen, die niemand mehr auseinanderreißen kann. (Anhaltender, starker Beifall.) Wenn wir in dieser Partei das ganze Volk, wirtschaftlich gesehen, in uns vereinigen und ausgleichen können, so müssen wir uns, wie ich am Freitag bei der Eröffnung schon sagte, auch bemühen, diese drei Generationen in unserer Partei aneinanderzukitteln und zu festigen, damit sie, und das gilt besonders für die Jugend, wirklich herangezogen werden und wissen, daß sie Mitarbeiter sein müssen, auf die aber auch dann die Verantwortung und Verpflichtung übergeht. So wie wir die Jugend zur Mitarbeit und Mitverantwortung aufrufen, so grüßen wir auch im besonderen unsere Heimkehrer, und es wird unsere heiligste Verpflichtung auch für die Zukunft sein, so lange unnachgiebig bei unseren Forderungen zu sein, bis der letzte Österreicher in der Heimat ist. (Anhaltender Beifall.)

Wenn nun so das gesamte Volk vereinigt ist, die drei Generationen, die ganz Jungen, das „Mittelalter“ und die Älteren — denn Alte haben wir nicht, denn wenn sie auch graue Haare haben, so fühlen sie sich doch mit der neuen Zeit immer verbunden und wollen ihre ganze Kraft und ihre große Erfahrung im politischen Leben uns zur Verfügung stellen (lebhafteste Zustimmung) —, so soll in dieser wirklich lebendigen Volkspartei das Wort gelten: Der Alten Rat und der Jungen Tat — sie vereinige sich zu großen Erfolgen! (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Meine verehrten Freunde! Die Volkspartei hat zu Beginn des Wahlkampfes ihre Parolen und ihr Ziel klar verkündet. Wir wollen auch für die Zukunft nichts anderes: die Freiheit des Landes und mit der Freiheit des Landes sozialen Frieden, soziale Gerechtigkeit, Sicherung des Eigentums und christliche Moral- und Sittengesetze in diesem Vaterlande verankern. Wir haben uns auch in der Bundesregierung bisher bemüht, diese Verpflichtung, die sich aus diesem Programm ergibt, zu erfüllen. Und wenn ich zur Staatspolitik, verehrte Freunde, nur noch ein Wort

sagen darf: Wir haben bis jetzt es nicht anders getan und werden es auch in aller Zukunft nicht anders tun: Nicht Ost- und nicht Westpolitik, sondern wir machen Politik für Österreich! (Neuerlicher lebhafter Beifall.) Wir wollen die Freiheit und Selbständigkeit, die Freundschaft und damit den Frieden der ganzen Menschheit. Verehrte Freunde! Diese kurzen Worte und das eine Gelöbnis: „Der Figl ändert sich auch in der Zukunft nicht (lebhafter Beifall), ganz gleich, wo er hingestellt wird. Er bleibt der Figl mit sauberen Händen und reinem Gewissen, das heißt, alles für die Partei und für Österreich“. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Und so darf ich auch meine Freunde des Parteipräsidiums herzlichst grüßen und ihnen danken dafür, daß sie mit mir zusammen die Verpflichtung und Verantwortung übernommen haben, daß wir im gegenseitigen Vertrauen und im gegenseitigen Verstehen, in ernster Zusammenarbeit nur einem einzigen Ziele dienen wollen. Wir alle, verehrte Freunde, haben aber, glaube ich, heute noch eine Pflicht: Das ist, allen denen, die für das Gelingen dieses Parteitages wochenlang gearbeitet und in den letzten Tagen Tag und Nacht gearbeitet haben, den Dank der Parteileitung auszusprechen, und ich glaube, ich darf im Namen aller Delegierten ihnen den Dank des Parteitages übermitteln. (Lebhafter Beifall.) Dieser Dank gilt den einzelnen Hauptreferenten, er gilt aber auch dem gesamten Personal, von Hofrat Burda angefangen bis zum Torwart. Ihnen allen aufrichtigsten, herzlichsten Dank (Beifall). Wir danken aber auch unseren Vertrauensmännern, denn alle die, verehrte Freunde, die draußen vor dem Haus und vor jeder Tür mit ihren Armbinden stehen, sind kein Personal dieses Unternehmens. Es sind Vertrauensmänner unserer Partei aus den Wiener Bezirken. (Stürmischer Beifall.) Diesen braven Vertrauensmännern und -frauen unseren herzlichsten und aufrichtigsten Dank. Wenn also die Vertrauensleute der Partei, die Angestellten der Partei und die Parteiführung so zu-

sammenhalten, verehrte Freunde, wo kann es da noch schiefgehen? Aber trotz alledem darüber hinaus muß ich noch einmal Dank sagen, und zwar dem technischen Personal dieses Hauses, den braven Beleuchtern und Dienern und allen, die in diesem Hause notwendigerweise beschäftigt sind.

Und so wollen wir, mit dem Vertrauen des 1. Bundesparteitages ausgestattet, an die Arbeit gehen. An die Arbeit, die für uns mit Gott für Volk und unser Österreich sein soll.“ (Lebhafter, stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Präsident Kunschak: „Ich danke dem neugewählten Herrn Parteiobmann für sein Schlußwort. Wir sind damit am Schluß des Parteitages angelangt. Ich möchte allen Delegierten herzlichen Dank sagen

für die Mühen, die sie auf sich genommen und für die Ausdauer, die sie bewiesen haben, in der Überzeugung, daß das alles zum Besten der Österreichischen Volkspartei geschieht, und daß in diesem Geiste nach den Beratungen nun an die Arbeit geschritten wird. Ich kann die Tagung nicht anders schließen, als mit den Worten:

Es lebe unser Volk! Es lebe unser Vaterland! Es lebe die Österreichische Volkspartei!“

(Stürmischer, nicht endenwollender Beifall.)

Die Tagung ist geschlossen.

Schluß des 1. Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei um 16.59 Uhr.

Nach Abschluß Großkonzert

Zum Abschluß veranstaltete Großkonzert Trotz des strömenden Wiener Parteiführungen der Tagung und das gesehene.

Als Bundespräsident Ing. Figl seinem Beifall bei den Österreichern mußte sich in großer Menge vernehmen mittelbaren und Partei, Nationalrat Obmannstellvertreter Sekretär Ministerialrat Parteipräsidentium. Vertreter des

Nachdem S. das Konzert Ouvertüre zu Versammlung Wien, Bundesrat Weinberg insbesondere den des Pierre Grauert Vertreter des Senatorin Doherty, sowie Volkspartei

Nach Abschluß des Parteitages:

Großkundgebung der Wiener Österreichischen Volkspartei

Zum Abschluß des 1. Bundesparteitages der ÖVP veranstaltete die Landesparteileitung Wien im Großen Konzerthausaal eine festliche Versammlung. Trotz des strömenden Regens war der große Saal von Wiener Parteifreunden dicht gefüllt, die den Ausführungen des Bundesparteiobmannes über den Verlauf und das Ergebnis der Tagung gespannt entgegen sahen.

Als Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl seine Loge betrat, wurde er mit stürmischem Beifall begrüßt. Zahllose Fähnchen in den Farben Österreichs wurden geschwungen. Der Kanzler mußte sich immer wieder vor der ihm zujubelnden Menge verneigen, ehe er Platz nahm. In seiner unmittelbaren Umgebung befanden sich der Senior der Partei, Nationalratspräsident Leopold Kunschak, Obmannstellvertreterin NR Dr. Paunovic, der Generalsekretär Bundesminister Dr. Hurdas, Bundesminister Altenburger sowie das gesamte Parteipräsidium. Der Kanzlerloge gegenüber hatten die Vertreter der ausländischen Schwesterparteien Platz genommen.

Nachdem Stille im Saal eingetreten war, intonierte das Konzertorchester Julius Herrmann Schuberts Ouvertüre zur „Zauberharfe“. Den Vorsitz in der Versammlung hatte der Landesparteiobmann von Wien, Bundesminister a. D. Vizebürgermeister Lois Weinberger, der in seiner Eröffnungsansprache insbesondere die ausländischen Gäste, den Vizepräsidenten des französischen Senats Herber, Abbé Pierre Granes und Senator Ott von der MRP., als Vertreter der Christlichsozialen Partei Belgiens die Senatorin Dellafaille und Generalsekretär Lohesf, sowie den Vertreter der Tschechoslowakischen Volkspartei Msgr. Dr. Plojhar begrüßte. Neuer-

licher Applaus wurde dem Bundesparteiobmann gezollt, als ihn der Landesparteiobmann nunmehr namentlich willkommen hieß. Der Landesparteiobmann stellte fest, daß der Bundesparteitag nach einem ebenso prächtigen wie herzlich-schönen Verlauf nunmehr zu Ende sei. Dieser Parteitag habe alle Erwartungen und Wünsche der ÖVP weit übertroffen. Schon der äußere Verlauf habe es Wien und darüber hinaus ganz Österreich deutlich gezeigt, daß es sich hier wirklich um die größte und stärkste Partei Österreichs handle.

Der Landesparteiobmann erklärte, es sei ihm eine große Genugtuung, festzustellen, daß der Parteitag auch bei den schwierigsten Fragen der Zeit zu durchaus gemeinsamen einigen Beschlüssen gekommen sei. Darüber hinaus sei der Parteitag aber auch noch eine eindrucksvolle, mächtige Kundgebung des unabdingbaren Lebens- und Freiheitswillens dieses Volkes und Landes gewesen. So wie bisher diene die Arbeit der Partei auch in diesen Tagen nur einem Ziel: dem Wiederaufbau des Vaterlandes und der endlichen Erringung seiner äußeren und inneren Freiheit und Unabhängigkeit.

Hierauf bat Landesparteiobmann Weinberger Senator Ott aus Frankreich, im Namen der ausländischen Gäste zu der Versammlung zu sprechen.

Senator Ott begrüßte die Freunde aus Österreich, zugleich auch im Namen des französischen Ministers a. D. Michelet und der anderen ausländischen Delegierten und brachte in seinen Worten die tiefe Freude über die Herzlichkeit und Großartigkeit des Empfanges und der Gastfreundschaft zum Ausdruck. „Von Eurem Parteitag selbst, liebe Freunde, nehmen wir die Erinnerung großer Debatten, im Geiste objektiver Sachlichkeit geführt, mit, wie es bei Männern

üblich ist, welche die großen nationalen Bedürfnisse vor kleinliche Streitigkeiten stellen. Ihr seid eine große Regierungspartei und daher vielfältigen Kritiken und Schwierigkeiten ausgesetzt, denn es ist nicht bequem, in der heutigen Zeit zu regieren, und die Rolle des Kritikers ist viel leichter und kostet sicher weniger Mühe.“

Abschließend brachte Abg. Ott den Wunsch zum Ausdruck, die Verhandlungen in Moskau mögen, wenn schon nicht vollkommene Genugtuung, so doch zumindest die Gewißheit bringen, daß Österreich in Zukunft ein vollständig freier, vollständig souveräner Staat werde. Die Schwesterparteien des Auslandes würden auch in Zukunft die Anstrengungen der ÖVP mit der gleichen Sympathie verfolgen und durch häufige persönliche Kontakte zwischen den Parteien und Völkern die tiefe und dauerhafte Verbundenheit zum Vorteile des Friedens und der Menschheit hervorbringen.

Vizebürgermeister Weinberger dankte dem Abg. Ott für seine freundschaftlichen Worte und bat ihn sowie die Delegierten der anderen Staaten, ihren Parteien und Völkern die besten Wünsche zu übermitteln.

Hierauf ergriff

Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl, von nicht endenwollendem stürmischem Beifall begrüßt, das Wort. Der Kanzler betonte, daß er als neugewählter Bundesparteiobmann eine harte Verantwortung und Verpflichtung übernommen habe, die er nur tragen könne, wenn er sich der Mitarbeit der gesamten Partei bewußt sein könne. Es gelte weiterhin nur eines zu sein: Österreicher. Hierauf ging der Kanzler auf die im Brennpunkt der Tagesereignisse stehenden Moskauer Verhandlungen ein und betonte, daß die Entscheidung, ob Österreich den Staatsvertrag in dieser Woche oder erst in einigen Monaten bekomme, in dieser Stunde fallen werde. Sicher sei, daß Österreich den Staatsvertrag bekommen werde.

„Wir können nicht“, erklärte der Kanzler, „den Staatsvertrag jetzt in Moskau unter allen Umständen erzwingen, sondern wir müssen einen Staatsvertrag erhalten, der österreichisch ist. Wir werden aber auch nicht den Mut verlieren und verzagen, wenn keine Entscheidung fällt, sondern wir werden umso zäher und umso fanatischer für unsere Freiheit weiterkämpfen. Wenn heute in Abendblättern die Version gestanden ist, es würde vielleicht gehen, wenn die Regierung nicht so russenfeindlich wäre, dann stelle ich fest, die Regierung ist nicht russenfeindlich, die Regierung ist österreichisch. Eine österreichische Regierung kann weder feindlich nach dem Osten oder nach dem Westen noch nach dem Süden oder Norden sein, sondern nur versuchen, alle Anstrengungen zu unternehmen, die notwendig sind, um in Freundschaft mit allen zu leben. Diesem Ziel werden wir unbeirrt mit allen Anstrengungen weiterdienen. Wir dürfen aber auch fordern, daß nach dem furchtbaren Erleben der letzten Jahre wirklich Friede und Gerechtigkeit einkehren möge. Ihr Großen der Welt, gebt den Völkern nicht nur die volle Freiheit, sondern laßt vor allem auch zwei Jahre nach Kriegsende die Gefangenen wieder zu Frauen, Kindern und Müttern zurückkehren.“

Abschließend sagte der Bundesparteiobmann:

Frei ist das Vaterland! Friede ist in diesem Lande! Arbeit und Brot sind gesichert! Verehrte Freunde, wir hoffen bis zur letzten Minute, daß dieses Bergkreuz bald erreicht sein wird. Wir werden den Blick davon nicht abwenden und das Vertrauen, den Glauben und die Zuversicht nicht verlieren. Wir werden an unserem Ziele nicht irre. Freunde, seid Österreicher! Freunde, seid Weggefährten! Schließt die Reihen, damit wir groß und mächtig werden, denn nur in gemeinsamer Unterstützung werden wir das Bergkreuz, unser Ziel erreichen: Arbeit, Brot, Friede und Freiheit für Österreich.“

Die Versammlung wurde mit den Klängen der Bundeshymne geschlossen.

Im Raß
Reihe vor
ersten dro

Heimk

Diese F
Sondertag
Hilfs- und
der Bund
einhellig
Hilfsgeme
ver Grund
Heimkehr
genen, Ge
darstellt.
den Vorse
Ausarbeits
Ausschuß
zusammen
vormittags

Ös

Am 18.
wegung un
Hans ihr
ten aus a
neten von
s ar, der
Bundesmin
sitzende d
Dr. Weik
parteileitun
Tagesordnu
gendbeweg
rat Hans

Sondertagungen

Im Rahmen des 1. Bundesparteitages fand eine Reihe von Sondertagungen statt, die sich über die ersten drei Beratungstage verteilten.

Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen

Diese Beratungen wurden am 17. April mit der Sondertagung der Ländervertreter der Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstellen eröffnet. Nach Berichten der Bundesleitung und der einzelnen Länder kam einhellig zum Ausdruck, daß die Schaffung einer Hilfsgemeinschaft im Rahmen der ÖVP auf karitativer Grundlage zur Betreuung der hilfsbedürftigen Heimkehrer sowie der Angehörigen von Kriegsgefangenen, Gefallenen und Vermißten eine Notwendigkeit darstellt. Es wurde beschlossen, einen entsprechenden Vorschlag dem Bundesparteitag vorzulegen. Zur Ausarbeitung eines solchen Vorschlages wurde ein Ausschuß gebildet, der in den Nachmittagsstunden zusammentrat. Die Sondertagung wurde am 18. April vormittags fortgesetzt.

Österreichische Jugendbewegung

Am 18. April hielt die Österreichische Jugendbewegung unter dem Vorsitz des Bundesobmannes **Hans** ihre Sondertagung ab, an der neben Delegierten aus allen Bundesländern die Landtagsabgeordneten von Niederösterreich **Bachinger** und **Tesar**, der Vertreter der ÖVP im Jugendreferat des Bundesministeriums für Unterricht, **Mertl**, der Vorsitzende des Präsidiums des MKV, **Schmied**, und **Dr. Weikert** von der Kulturabteilung der Bundesparteileitung teilnahmen. Über den ersten Punkt der Tagesordnung, „Die Zukunft der Österreichischen Jugendbewegung“, referierte Bundesobmann **Nationalrat Hans**, der zu Beginn seiner Ausführungen die

große Bedeutung des Bundesparteitages für die Zukunft der österreichischen Jugend würdigte. Dieser werde wesentlich zu einer Klärung des Verhältnisses der ÖJB zur Partei beitragen und eine Reihe von Provisorien durch Definitiva ablösen. Von der Art der Verankerung der ÖJB in der Österreichischen Volkspartei werde die Lösung einer Reihe von Problemen abhängen.

„Wir wissen alle“, betonte der Redner, „wie treffend und gut die programmatischen Leitsätze der ÖVP sind. Gerade wir jungen Menschen, die wir die notwendige Begeisterung und den nötigen Fanatismus besitzen, haben die Möglichkeit, diese Grundsätze zu verwirklichen. Die von uns am Bundesparteitag eingebrachten Anträge können als Beweis dafür angesehen werden, daß wir noch darüber hinaus Ideen haben, die den jungen Menschen ansprechen, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese unsere Ideen, wenn sie zur Durchführung gelangen, die jungen Menschen davon überzeugen werden, daß die Österreichische Jugendbewegung die Vertreterin der jungen Menschen Österreichs überhaupt ist.“

Anschließend gab der Redner einen Überblick über die anlässlich des Bundesparteitages von der ÖJB eingebrachten Anträge betreffend die Schaffung eines freiwilligen Arbeitsjahres, die Schaffung des österreichischen Begabtenförderungswerkes, die Gewährung höherer Anfangsbezüge für öffentliche Angestellte, die Schaffung eines allumfassenden Jugendschutzgesetzbuches, die Einbeziehung eines unverzinslichen Ehegründungsdarlehens in die Gemeinschaftsrente u. a.

Im Anschluß an die grundsätzlichen Ausführungen fanden Beratungen über die Ausgestaltung des in Graz angesetzten Bundesjugendtages statt. **Landeskulturreferent Neunteufel** referierte über den in Aussicht genommenen kulturellen Wettbewerb der

Österreichischen Jugendbewegung im Einvernehmen mit der Österreichischen Volkspartei. Zum Punkt der Tagesordnung „Allfälliges“ sprachen eine Reihe von Delegierten über mit der Organisation zusammenhängende Probleme.

Österreichischer Frauenbund

Zur Sondertagung des Österreichischen Frauenbundes, die am 18. April im Festsaal des Alten Rathauses stattfand, hatten sich gegen 80 Frauen aus Wien und den Bundesländern eingefunden, unter ihnen die Bundesleiterin Frau NR Dr. Paunovic, die Stellvertreterin Frau Prof. Hiltl, Generalsekretärin Dr. Halbgebauer, die Landesleiterinnen, die Bezirksleiterinnen von Wien und den Randgemeinden sowie weitere Delegierte und Gäste. Frau NR Dr. Paunovic eröffnete die Tagung und unterstrich in ihrer Begrüßungsansprache, daß jedem Bundesland seine Eigenart auch organisatorisch belassen bleiben müsse, und nun, da durch das neue Organisationsstatut die Österreichische Frauenbewegung weite Kreise von Frauen werde umfassen können, auch die Besonderheit anderer anzuerkennen und die Frauenarbeit nicht als etwas Starres, sondern als lebendiges Dienen aufzufassen sei. „Vergessen wir nicht“, betonte die Rednerin, „daß wir eine schwesternliche Gemeinschaft sind und zeigen wollen, daß man eine Organisation im Geiste menschlicher Liebe aufbauen kann.“

Den Bericht der Länder, bei dem vor allem auf die besonderen Verhältnisse jedes einzelnen Bundeslandes eingegangen wurde, eröffnete die Landesleiterin von Wien Prof. Hiltl und führte u. a. aus:

Die Arbeit in Wien sei dadurch gekennzeichnet, daß von der anderen Seite auf die Frau ein gewisser Druck ausgeübt wird, so daß es vor allem in Betrieben die Frauen aus materiellen Gründen nicht wagen, ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben. Auf sozialem Gebiet seien finanzielle Schwierigkeiten zu

lösen, doch werden bereits wichtige Ergebnisse erzielt, besonders mit der Aktion „Alte Wiener aufs Land“. Die Zeitung „Die Frau von heute“ sei ein durchschlagender Erfolg auch in den Bundesländern geworden. Die Wiener Frauen würden alle Kräfte einsetzen, um aus einem „roten“ wieder ein rotweiß-rotes Wien zu machen.

Für Niederösterreich ist die straffe Durchorganisation unter Landesleiterin Solar charakteristisch. 24 Hauptbezirke, darunter 68 Gerichtsbezirke mit insgesamt 1780 Ortschaften, sind erfaßt. Die Zusammenarbeit mit der Partei ist eine sehr gute und enge, da man in der Frau — wie in der Familie auch im öffentlichen Leben — die notwendige Ergänzung des Mannes sieht. Da eine Landeshauptstadt in Niederösterreich fehlt, ist die Arbeit in den Bezirken konzentriert, die auf allen Gebieten Hervorragendes geleistet haben.

Wie die Landesleiterin Gleißner berichtete, bildet den Mittelpunkt der Frauenarbeit in Oberösterreich das Kind. Arbeitskreise wie „Elternschaft und Schule“, Mütterstunden, Hauswirtschafts- und Frauenreferate greifen überall helfend und beratend ein. Eine vom Frauenbund in Linz errichtete Berufsschule für Mädchen findet lebhaften Zuspruch.

Das Referat der Landesleiterin von Salzburg, Leopoldine Krulik, beschäftigte sich mit der Landarbeiterfrage und der in Salzburg ins Leben gerufenen „Patenschaft“ und forderte die soziale Hebung und Fundierung des Landarbeiterstandes. Die zuerst im Pongau eingeführte Patenschaft hat die Aufgabe, in bedürftigen Familien die Patenschaft der Kinder zu übernehmen. Bei der Geburt des Kindes erhält die Mutter Säuglingswäsche und eine Geldspende von S 100.—. Für die laufende Betreuung des Kindes wird durch Spenden in den Ortsleitungen gesorgt. Bis Dezember 1946 wurden im Pongau 132 Patenschaften und im Laufe des heurigen Jahres im ganzen Lande Salzburg insgesamt über 400 Patenschaften übernommen. Zu Weihnachten wurden über 4000 Kinder der

Kriegsgefangenen hielten Leber Spenden zusammen für Kriegsgefangenen vermittelte Betreuung aller.

Die Arbeit offene Frage dem sind die müdlich an d Frauenbewegung

Frau NR M ganisation du auch die größ Durch politische tungen tritt c Öffentlichkeit Sommer wird anlaufen.

In Vorar Gründungsver günstige Entw Interesse und

Abschließen Notwendigkeit zelnen Länder österreichische

Unter dem Clabian ve sportreferente parteileitungen hellig die Mei volksgesundhe punkt des Fr der ÖVP dars dient. Diese F referenten u.

Ergebnisse erste Wiener auf heute“ sei ein Bundesländern en alle Kräfte wieder ein rot-

Durchorganisationscharakteristisch. tsbezirke mit st. Die Zusammen gute und enge, umilie auch im Ergänzung des adt in Nieder- Bezirken kon- rragendes ge-

berichtete, bil- in Oberöster- ternerschaft und - und Frauen- beratend ein. e Berufsschule h.

Salzburg, Leo- nit der Land- Leben gerufe- oziale Hebung tes. Die zuerst t die Aufgabe, ft der Kinder Kindes erhält eldspende von es Kindes wird gesorgt. Bis Patenschaften ganzen Lande uften übernom- 00 Kinder der

Kriegsgefangenen betreut, über 20.000 Familien erhielten Lebensmittelpakete bis zu 10 kg, die aus Spenden zusammengebracht worden sind. Eine Aktion für Kriegsgefangene konnte bereits über 400 Adressen vermitteln. Außerdem besteht eine intensive Betreuung alter Leute.

Die Arbeit in Kärnten ist besonders durch die offene Frage der Grenzen sehr stark gehemmt. Trotzdem sind die Frauen auch in diesem Lande unermüdlich an der Arbeit. Auch im Burgenland ist die Frauenbewegung im Aufbau begriffen.

Frau NR Mikola hat in Steiermark eine gute Organisation durchgeführt. Alle großen Bezirke wie auch die größeren Ortschaften sind bereits bestellt. Durch politische Schulungen, Kurse und Veranstaltungen tritt der Frauenbund immer wieder vor die Öffentlichkeit und ist auf allen Gebieten tätig. Im Sommer wird eine Erholungsaktion für Arbeiterfrauen anlaufen.

In Vorarlberg wurde anfangs des Jahres die Gründungsversammlung abgehalten; sie läßt eine günstige Entwicklung der Frauenarbeit erwarten, da Interesse und Bereitschaft der Frauen groß sind.

Abschließend betonte Frau NR Dr. Paunovic die Notwendigkeit, trotz der Mannigfaltigkeit in den einzelnen Ländern die gemeinsame große christlich-österreichische Linie einzuhalten.

Landessportreferenten

Unter dem Vorsitz des Bundessportreferenten Heinz Clabian versammelten sich erstmalig die Landessportreferenten bzw. die Delegierten der Landesparteilösungen zu einer Tagung. Sie vertraten einhellig die Meinung, daß die Körperertüchtigung vom volksgesundheitlichen, erzieherischen und vom Standpunkt des Fremdenverkehrs aus ein Teilprogramm der ÖVP darstellen muß und jede Förderung verdient. Diese Förderung stellen sich die Landessportreferenten u. a. im Einbau des betreffenden Landes-

sportreferenten in die erweiterte Landesparteilösung sowie durch materielle und ideelle Unterstützung von seiten der Partei und ihrer Mandatäre vor. Die von der Partei gegründete Österreichische Turn- und Sport-Union betrachten sie als den eigentlichen Zweckverband, der in einer engen Interessengemeinschaft mit der Partei die sportlichen Belange der österreichischen Jugend wahrzunehmen hat. Die Tagung begrüßte es, daß die ÖVP durch Schaffung der Sportreferentenstellen in den Ländern die Möglichkeit bietet, die Gedanken der körperlichen und geistigen Erziehung in die breiten Schichten der österreichischen Jugend zu tragen.

Auf der Tagung wurde weiters einmütig festgestellt, daß der Vorsitz dieser Sportreferenten durch die Person des Bundessportreferenten Heinz Clabian von der richtigen Persönlichkeit ausgefüllt wird.

Österreichischer Mieterbund

Am 19. April fand im Rahmen des Bundesparteitages der ÖVP anlässlich des einjährigen Bestehens der erste Bundestag des Österreichischen Mieterbundes statt, an dem der erste Präsident, Bundesminister Altenburger, der zweite Präsident NR Prinke, Landtagspräsident Endl, Stadtrat Dr. Exel sowie zahlreiche Delegierte aus Wien und den Bundesländern teilnahmen.

Nach der Begrüßung durch Bundesminister Altenburger, der die Bedeutung des Österreichischen Mieterbundes und die bisher von ihm geleistete Arbeit würdigte, nahm der Bundestag unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes Bezirksvorsteher Erban mit einem Bericht des Generalsekretärs Rausch über das abgelaufene Jahr seinen Anfang. Generalsekretär Rausch führte in seinem Referat aus, daß es dem ÖMB trotz schier unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten gelungen sei, in fast allen Bundesländern Fuß zu fassen und beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Obwohl der ÖMB keine

Kampforganisation darstelle, sei er nicht bereit, seine die Interessen der Mieter vertretenden Prinzipien preiszugeben. Trotzdem versuche er, dort, wo es möglich ist, offene Fragen einvernehmlich zu lösen. Der ÖMB konnte so vielen wohnungssuchenden Mitgliedern Wohnungen verschaffen, Tausenden Berater und Helfer sein und manche Streitigkeiten zwischen Mieter und Hausbesitzer friedlich und außergerichtlich beilegen. In der Erkenntnis der Mangelhaftigkeit der bisherigen Gesetzgebung, die die Korruption nur unzureichend ausschalte, habe der ÖMB sich veranlaßt gesehen, ein Wohnungsverteilungsgesetz auszuarbeiten und dem Bundesparteitag zur Beschlußfassung vorzulegen. Obwohl der ÖMB allen Grund habe, auf seine bisherigen Leistungen stolz zu sein, sehe er in diesen vielmehr die Verpflichtung, mit verstärktem Eifer in das kommende Arbeitsjahr zu gehen.

NR Prinke wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß neben der Hilfe für Erlangung vorhandener Wohnungen dem ÖMB vor allem die Aufgabe erwachse, neue Wohnungen zu schaffen, um dem dringenden Ruf nach Wiederaufbau der zerstörten Wohnhäuser Folge zu leisten. In diesem Zusammenhang werde der Schaffung von Siedlungen besonderer Wert beizulegen sein, weil dem arbeitenden Menschen die Möglichkeit gegeben werden müsse, die Früchte seiner Arbeit in einem Eigenheim zu verankern.

„Wir werden unseren Gedanken und Grundsätzen“, schloß NR Prinke, „dann am besten dienen, wenn wir aus christlicher Nächstenliebe heraus dem notleidenden Menschen die verdiente Hilfe angeeignet lassen.“

Zur Frage des Siedlungswesens erklärte im Verlauf der Debatte Landtagspräsident Endl, daß hierzu vor allem eine höhere Dotierung des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“ notwendig sei. Es müsse also als gerechtfertigt angesehen werden, für Siedlungszwecke höhere Beträge auszuwerfen, zumal

wenn der Bund in der Lage sei, Millionenbeträge defizitärer Staatsbetriebe zu decken.

Anschließend referierte Generalsekretär Rausch über die Satzungen und die Geschäftsordnung des ÖMB, Vorstandsmitglied Kolb über das neue Wohnungsverteilergesetz, Präsidialmitglied Schweitzer über die Sektion „Siedlungswesen“ und abschließend Generalsekretär Rausch über allgemeine Organisationsfragen und die zum Bundesparteitag eingebrachten Anträge.

Der erste Bundestag des ÖMB beschloß die Bestätigung des bisherigen Präsidiums, bestehend aus Bundesminister Altenburger, Nationalrat Prinke als ersten und zweiten Präsidenten, Bezirksvorsteher Erban als geschäftsführender Obmann, Bezirksvorsteher Stöger und Pittner, Postoberinspektor Schweitzer und als neu hinzugekommenen Landesvertreter Landtagspräsident Endl als Beiräte sowie Sepp Rausch als Generalsekretär, bis zur Durchführung einer Wahl anläßlich der ersten Generalversammlung. In den Beschlüssen kam ferner zum Ausdruck, daß der ÖMB die Erfüllung seiner Aufgabe im Gedankengut der ÖVP erblickt und bereit ist, alles zu tun, um das Volk in einem freien und unabhängigen Österreich zufrieden und glücklich zu machen und zu erhalten. Der erste Bundestag des ÖMB versicherte den Bundesparteiohmann der ÖVP und Bundeskanzler Dr. Ing. Figl seiner unwandelbaren Treue und Gefolgschaft und versprach, mit allen dem ÖMB zur Verfügung stehenden Mitteln seine Bemühungen zu unterstützen.

Kinderrettungswerk der ÖVP

Im Rahmen des Bundesparteitages tagte am 20. April der Ausschuß des Kinderrettungswerkes, der sich neben einem Rechenschaftsbericht, gegeben vom Geschäftsführer des KRW Herrn Dir. Domaný, über die geleistete Arbeit mit verschiedenen aktuellen Fragen und mit dem Problem der körperlichen und

geistigen beschäftigten Kindern, die in den letzten Jahren durch die Kriegshandlungen in den verschiedenen Ländern der Welt zu sehen sind.

„Ich habe die Ehre, Ihnen heute die Form der Kinderrettungswerke im Auge zu haben, die ja wieder in den verschiedenen Ländern der Welt zu sehen sind.“

Sekt.-F. Ausführu und wies auf die Bedeutung der Kinderrettungswerke hin.

In der auch zahlreich anwesenden Versammlung, kannte man die Bedeutung der Kinderrettungswerke.

nenbeträge

Rausch
nung des
neue Woh-
weitzer
schließend
Organisa-
ingebrach-

die Bestä-
hend aus
rat Prin-
Bezirksvor-
mann, Be-
Postoberin-
gekomme-
d als Bei-
retär, bis
der ersten
am ferner
ng seiner
t und be-
sem freien
l glücklich
destag des
der ÖVP
unwandel-
brach, mit
n Mitteln

P

n 20. April
der sich
vom Ge-
ny, über
aktuellen
ichen und

geistigen Wiedergesundung unserer Großstadtjugend beschäftigte. Frau NR Prof. Dr. P a u n o v i c führte in ihrem Referat in eindringlicher Weise den Delegierten die materielle und seelische Not der Wiener Jugend vor Augen und schilderte die verschiedenen Komponenten, wie Wohnungselend, Hunger, Kälte und zerrüttete Familienverhältnisse, die als Ursachen des beängstigenden Verfalles unserer Jugend anzusehen sind.

„Ich habe mit Ärzten gesprochen“, sagte die Rednerin, „die mir erklärten, daß es bald kein Kind mehr geben werde, welches nicht in irgend einer Form auf der Lunge angegriffen sein wird. Es muß deshalb die Sorge aller jener sein, die ein Herz für Kinder haben, hier zu helfen. Wir haben nun einmal im Augenblick keine andere Möglichkeit dazu, als die Kinder zur Erholung aufs Land zu schicken. Es wird ja wieder einmal die Zeit kommen, wo Wién den Ländern wieder viel zu geben haben wird, aber jetzt muß das Land der Stadt helfen, das kostbarste Gut unseres Volkes, unsere Jugend, vor dem völligen Verfall zu retten.“

Sekt-Rat Dr. P e t e r beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit der Erziehungsnot unserer Kinder und wies auf die große Aufgabe des KRW in der Zukunft hin, auch auf dem Gebiete der Erziehung helfend und leitend einzugreifen. Dir. D o m a n y sprach über Fragen der Organisation.

In der anschließenden Aussprache, an der sich auch zahlreiche Vertreter der Bundesländer beteiligten, kam erneut die ernste und verantwortungsbe-
wußte Haltung der Länder zum Ausdruck, die ent-

schlossen sind, auch im kommenden Sommer alles zu tun, um möglichst vielen Kindern aus Wien und aus den notleidenden Industriegebieten durch einige Wochen Landaufenthalt die so dringend notwendige Erholung zu ermöglichen.

Werbefachleute

Im Rahmen der Sondertagungen des Bundesparteitages fand unter dem Vorsitz von Bundesrat Dr. R e h r l eine Konferenz der Werberefereenten der ÖVP statt, an der auch die Landessekretäre der ÖVP teilnahmen. Nach einleitenden Worten Sektionschefs W e b e r sprach der Werbeleiter der ÖVP M a n g o l d über Programm und Ziel der Werbetätigkeit der ÖVP. An seine Ausführungen schloß sich eine eingehende, ungemein instruktive Debatte, an der sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten.

Chefredakteure und Verlagsdirektoren

Anschließend fand eine Konferenz der Chefredakteure und Verlagsdirektoren der ÖVP-Presse statt, die von Sektionschef W e b e r mit grundsätzlichen Klarstellungen eingeleitet wurde, worauf Chefredakteur P u t z (Oberösterreich) den Vorsitz übernahm. In einer interessanten Diskussion wurden die rein technischen Fragen der Zusammenarbeit zwischen den ÖVP-Zeitungen ganz Österreichs und der Konzentration der gesamten ÖVP-Presse erörtert. Es referierten Chefredakteur S t a m p r e c h und Chefredakteur H o f r a t W a r a n i t s c h.

Veranstaltungen während des 1. Bundesparteitages

Empfang der ausländischen Gäste

Vor Beginn der Tagung fand im Künstlerzimmer des Konzerthauses ein Empfang der Delegierten der ausländischen Schwesterparteien statt, bei dem Bundesparteiobmann Dr. h. c. Ing. Figl den Deputierten des französischen Parlaments B. Ott und Gattin (MRP), Hochw. Dr. Josef Plojhar von der Tschechoslowakischen Volkspartei, den Vertreter der Österreichischen Volkspartei in London, Herrn I. O. von Lämmel, herzlich begrüßte. Dem Empfang wohnten die Bundesminister Dr. h. c. Heintl, Dr. Hurdes, Altenburger und Kraus, Nationalratspräsident Kunschak, Staatssekretär Graf, die Minister a. D. Dr. Pernter, Weinberger und Ing. Raab, Generalsekretär Dr. Fritz Bock und Frau NR Paunovic sowie die Hauptreferenten der Partei bei. Eine besondere Überraschung war es, als der Bundesparteiobmann in dem Vertreter der Tschechoslowakischen Volkspartei einen alten Bekannten aus der Haftzeit Dachau wiedererkannte.

Festliches Beisammensein mit dem Bundesparteiobmann

Am Abend des Eröffnungstages wurde ein Empfang im Großen Konzerthausaal veranstaltet, an dem neben den ausländischen Gästen, in deren Reihen nunmehr auch die belgische Delegation erschienen war, Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl, der Senior der Partei Nationalratspräsident Kunschak sowie sämtliche in Wien anwesenden der ÖVP angehörenden Minister, National- und Bundesräte, Landtagsabgeordneten und Funktionäre sowie maßgebende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen. Nachdem der Bundeskanzler mit den übrigen Ehrengästen unter den Klängen der österreichischen Bundeshymne den Saal

betreten und Platz genommen hatte, spielte das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester unter der Leitung von Milo v. W a r r a die „Leonoren-Ouvertüre“ von Beethoven.

Anschließend ergriff Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl das Wort zu einer kurzen Ansprache, in welcher er die Bedeutung des Bundesparteitages würdigte und darauf hinwies, daß Zweck und Sinn dieses geselligen Abends im freundschaftlichen Gedankenaustausch zwischen Gleichgesinnten des In- und Auslandes liegen. Darüber hinaus solle dieser Abend den Beweis erbringen, daß die Österreicher trotz der schweren Zeiten, die hinter ihnen liegen, sich ihre alte Treue und Liebe zu ihrem Vaterland bewahrt hätten und die österreichische Kultur stärker im Vordergrund stehe denn je.

Nach dem Donauwellenwalzer von Strauß nahm der Empfang mit dem geselligen Zusammensein in- und ausländischer Gäste seine Fortsetzung.

Versammlungen in ganz Wien

Aus Anlaß des Beginnes des Bundesparteitages wurden am 18. April abends in sämtlichen Wiener Bezirken Großversammlungen abgehalten, die durchwegs sich zu machtvollen Kundgebungen für die ÖVP und die von ihr verfolgte Politik gestalteten. Neben den führenden Männern der Partei, den Ministern der ÖVP und Vertretern der Bundesländer, die auf diesen imposanten Veranstaltungen zur Bevölkerung über die aktuellen Fragen sprachen, kamen auch Vertreterinnen des Frauenbundes und Funktionäre der Österreichischen Jugendbewegung zu Wort; sie unterrichteten die Versammelten über die besonders diese Organisationen betreffenden Probleme. Die Ausführungen der Redner fanden überall lebhaftestes Interesse und begeisterte Zustimmung der Zuhörer, in

deren überaus großer Anzahl auch die Stärke der ÖVP augenfällig zum Ausdruck kam.

Zum Gedächtnis der Toten und Dr. Luegers

Zum Gedächtnis der Opfer und Verstorbenen sowie aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Tages, an dem Dr. Karl Lueger als Bürgermeister von Wien bestätigt wurde, fand am Sonntag, 20. April, in der Karlskirche ein Gedächtnisgottesdienst statt, den Msgr. Josef Tegel zelebrierte. Dem Gottesdienst, bei dem das Orchester und der Kirchenchor der Pfarrkirche Liechtenthal unter Leitung von Prof. Singer die „Augustinermesse“ von Franz Müller zur Auf-führung brachte, wohnte ein Großteil der Delegierten des Bundesparteitages der ÖVP, an der Spitze Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl, sämtliche ÖVP-Minister, die Vertreter der ausländischen Delegationen, das Parteipräsidium und eine zahlreiche Menschenmenge bei. Nach Schluß des Gottesdienstes wurden dem Bundeskanzler beim Verlassen des Gotteshauses von der ihn erwartenden Menge begeisterte Ovationen dargebracht, die sich fortsetzten, als der Kanzler Arm in Arm mit Nationalratspräsident Kunschak, gefolgt von den Ministern, sich zu Fuß über den Ring zum Luegerdenkmal begab, wo anschließend eine Kranzniederlegung stattfand.

In seiner Rede vor dem Denkmal gedachte Minister a. D. Vizebürgermeister Weinberger der großen Verdienste des Mannes, der vor 50 Jahren vom Kaiser mit der Leitung der Geschicke der Bundeshauptstadt betraut wurde. „Die Zeit der Bürgermeisterschaft Luegers“, sagte Min. a. D. Vizebürgermeister Weinberger, „war eine der schönsten und stolzesten Perioden dieser Stadt. Tausende Werke des Wiederaufbaues und des Friedens künden heute noch von dieser Zeit. Kein Bürgermeister vorher und keiner nachher haben das auch nur annähernd zu leisten vermocht, was dieser große Österreicher und Wiener schaffen konnte. Lueger war nicht nur ein Vorkämp-

fer der Volksfreiheit und der Demokratie, er war auch ein Vorkämpfer der wirtschaftlichen Freiheit dieser großen Stadt. Dieser große Mann Lueger war es, der lange, ehe man an solche Möglichkeiten auch nur dachte, das E-Werk und die Straßenbahn aus den Händen fremder Ausbeuter in die getreuen Hände seiner Stadt Wien übernahm.“

Nachdem der Redner seiner Freude darüber Ausdruck gegeben hatte, daß dieser Gedenktag im Rahmen des Bundesparteitages der größten politischen Partei Österreichs und in Anwesenheit zahlreicher Delegierter der Schwesterparteien aus vielen europäischen Ländern gefeiert werden konnte, schloß er seine Ansprache mit einem Bekenntnis zu dem Werke Luegers: „Und wir geloben hier am Denkmal, daß wir so wie er, so treu und so zäh, für die Freiheit des Vaterlandes mit friedlichen Mitteln kämpfen werden. Und wir geloben, daß wir nicht ruhen und nicht rasten werden, bis auch Wien wieder so schön sein wird, wie er es geschaffen hat. Wir geloben vor unserer ÖVP, dafür zu sorgen, daß Wien wieder die stolzeste und treueste Stadt Österreichs wird.“

Anschließend legten Bundesparteiobmann Dr. h. c. Ing. Figl und Minister a. D. Weinberger vor dem Denkmal Kränze nieder.

Kinderdank an die Bundesländer

Am Vormittag des 20. April veranstaltete das Kinderrettungswerk der ÖVP im Akademietheater ein Kinderdankfest. Der Dank der notleidenden Wiener Kinder an die Bundesländer für die Hilfsbereitschaft der Länder wurde nach einer Idee von Frau Dr. Stella sinnbildlich und in ergreifender Weise dargestellt. Die Aufführung war musikalisch durch Darbietungen des Rot-Weiß-Rot-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Siech, und österreichischer Tänze, vorgeführt von der Tanzgruppe Grete Wiesenthal, hervorragend untermalt.

Bundeskarstellung beimisch begrü an die Kinderwerk der ÖV der aufs Labarer Beweis Landbevölker Kinder aber enthält auf sondern auch dazu beigetragen und ihm wichtig, weil von morgen weiterbauen

Nach der Kinder einig-schen — für Groschen — der Jugend“. herberge sei die jungen sollen. Wenn und mit ist, so ist doch lichkeit wird Begeisterung dieses Denkmals

Kärnten

In den Ne eine Deputa Feldkirch vor, um den Dr. h. c. Ing in Form ein von Kärntner

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl, der der Vorstellung beiwohnte, und von den Anwesenden stürmisch begrüßt wurde, betonte in seiner Ansprache an die Kinder und Gäste, daß das Kinderrettungswerk der ÖVP bisher 20.000 notleidende Wiener Kinder aufs Land geschickt habe. Damit sei ein sichtbarer Beweis der Verbundenheit zwischen Stadt- und Landbevölkerung zum Ausdruck gekommen. Für die Kinder aber, sagte Kanzler Figl, habe dieser Aufenthalt auf dem Lande nicht nur eine körperliche, sondern auch eine seelische Erholung gebracht und dazu beigetragen, unserer Wiener Jugend die Heimat und ihre Menschen näherzubringen. Dies sei wichtig, wenn sie dereinst als Männer und Frauen von morgen das Werk, das nun begonnen wurde, weiterbauen und erhalten wollen.

Nach der Ansprache des Kanzlers übergaben die Kinder einige Säckchen mit zusammen 20.000 Groschen — für jedes aufs Land geschickte Kind einen Groschen — als Grundstein zum Bau eines „Heimes der Jugend“, das weder ein Hotel noch eine Jugendherberge sein soll, sondern ein Heim, in dem sich die jungen Leute der ganzen Welt „daheim“ fühlen sollen. Wenn dies auch vorläufig, inmitten von Ruinen und mit 200 Schilling als Grundlage, ein Traum ist, so ist doch zu hoffen, daß aus dem Planen Wirklichkeit wird, weil viele mithelfen werden in heiliger Begeisterung für dieses Aufbauwerk des Friedens, dieses Denkmal der Liebe.

Kärntner beim Bundesparteiohmann

In den Nachmittagsstunden des 20. April sprach eine Deputation der Bezirksparteileitung der ÖVP Feldkirchen im Heim der Bundesparteileitung vor, um dem Bundesparteiohmann, Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl, die Grüße des Kärntner Landes in Form einer geschmackvollen Kassetten mit Photos von Kärntner Landschaften zu überreichen. Der Bun-

desparteiohmann empfing die Kärntner Parteifreunde in seinem Arbeitszimmer und beantwortete die Ansprache des Bezirksparteiohmannes mit herzlichen Worten.

Gemütlicher Abschluß der Tagung

Der Sonntagabend, 20. April, vereinte die Delegierten des 1. Bundesparteitages und ihre Angehörigen bei einem heiter-besinnlichen Wiener Abend im Konzerthaus. Eine erlesene Künstlerschar, aus deren Reihen nur Blanka Glossy, Else Rambauesek, Hermann Thimig und Franz Höbling genannt seien, erfreute die Gäste mit einem künstlerisch abgerundeten Programm von echt wienerischer Note. Im Großen Saal wechselten im „Wiener Bilderbogen“ mit seinen drei Teilen — „Unvergängliches aus der Vergangenheit“, „Wienerisch — bunt gemischt“ und „Auf der Pawlatschen“ — Lieder, Rezitationen, Chansons, musikalische und Tanzdarbietungen in bunter Folge. In den übrigen Räumen des Konzerthauses sorgten Schrammelmusiker und Heurigsänger für gemütliche Stimmung.

Im Verlauf des Abends ergriff der ehemalige französische Kriegsminister Michelet das Wort und sprach in herzlicher Weise über den gemeinsamen Kampf Frankreichs und Österreichs gegen den Nazismus. Er teilte dabei mit, daß er zusammen mit Bundeskanzler Figl im KZ Dachau gewesen sei, wo viele Österreicher ihren französischen Kameraden geholfen und dadurch ein inniges Band um die beiden Völker geschlungen haben. Minister a. D. Michelet kam in seiner Ansprache auch auf die Ziele der MRP zu sprechen und erklärte, daß die französische republikanische Volksbewegung zwei Missionen habe: Christentum und Freiheit. Diese seien auch die Hauptgrundsätze in der Österreichischen Volkspartei.

Bundesparteiohmann Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Figl dankte dem französischen Gast im Namen der

Volkspartei für seine freundschaftlichen Worte und sagte u. a.: „Frankreich und Österreich haben gemeinsame bittere Jahre der Not hinter sich. Das gemeinsame Ziel ist, das wahre Christentum und die Freiheit zu verwirklichen. Die Österreichische Volkspartei dankt der MRP genau so wie der Schwester-

partei in England, der Schwesterpartei in der Tschechoslowakei und in den anderen Ländern für die freundschaftliche Unterstützung. Wir wollen gemeinsam in christlichem Verstehen zusammengehen und gemeinsam an der Verwirklichung der gleichen Ziele arbeiten.“

Die
durch
und 1
der P
Instar
getret
beschl
gezog
Fraue
allen
Beamt
enger
auslän
getret
cher
wirr
Erle
subj
Je v
flexion
histori
nieder
Partei
dienen
pers
rals
21. A
funkel
welch
Partei!
chen
in po
ler u
schäl

N A C H W O R T:

Der Bundesparteitag im Lichte der Öffentlichkeit

Die Fahnen der Österreichischen Volkspartei, die durch vier Tage vom Wiener Konzerthaus flatterten und mit dem Zeichen des großen „Ö“, dem Symbol der Partei, Zeugnis davon gaben, daß die höchste Instanz der größten Partei Österreichs zusammengetreten ist, um in ernster Stunde zu beraten und zu beschließen, wurden am 21. April 1947 wieder eingezogen. Die Delegierten, rund 1200 Männer und Frauen aus allen Bundesländern Österreichs, aus allen Bevölkerungsschichten, Arbeiter und Bauern, Beamte und Wirtschaftstreibende, haben sich in ihre engere Heimat zurückbegeben, die Delegierten der ausländischen Schwesterparteien die Heimreise angetreten. Allmählich löst sich der Besucher dieses Parteitages von dem verwirrenden Eindruck des gewaltigen Erlebnisses, der nur allzuleicht einer subjektiven Beurteilung Bahn schafft.

Je weiter der Abstand vom Geschehen zur Reflexion wird, um so mehr vermag er zu ordnen, historisch zu betrachten und derart das Material niederzulegen, daß es dem zukünftigen Verfasser der Parteigeschichte der ÖVP als Quelle und Grundlage dienen kann. Er ordnet und registriert das persönliche Erlebnis, wie es der Generalsekretär bei der Schlußsitzung am 21. April bereits tun mußte, als er aus dem funkelnden Gefüge der Anträge und Resolutionen — welch ein gutes Zeichen für die Vitalität dieser Partei! — mit klaren, reinen und einfachen Sätzen die Richtlinien der Partei in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht herauschälte und festlegte.

Der Eindruck, den diese Veranstaltung hinterließ, war gewaltig und nachhaltig, er konnte selbstampolitischen Gegnern nicht vorbeigehen. Wenn daher eine Wiener Parteizeitung gerade anlässlich dieser Veranstaltung, in der die Begeisterung der Jugend pulste und in der ernsthaft beraten wurde, ob das passive Wahlalter herabzusetzen sei, die ÖVP als die Partei der Vergangenheit bezeichnete, so ist auch dies nicht mehr und nicht weniger als eine von den vielen Möglichkeiten, eine gegnerische Parteiveranstaltung, sagen wir — zu beachten.

Aber die ÖVP hat mit der Vergangenheit nichts zu tun, sie ist die Partei der Gegenwart und — dies vielleicht noch mehr — die Partei der Zukunft, was vor allem die Tatsache beweist, daß die programmatischen Forderungen dieser Veranstaltung, zusammengefaßt in den Richtlinien des Generalsekretärs, sich ausschließlich mit Fragen moderner Struktur, mit Fragen bestenfalls der Gegenwart, aber hauptsächlich mit Problemen beschäftigte, die für die Zukunft Österreichs von entscheidender Bedeutung sind. Es ist eine mehr als kühne Behauptung, eine Parteiinstanz von Gestern zu bezeichnen, die sich mit dem Ausbau der Demokratie befaßte, die zielklare Wege für die Kultur- und Wirtschaftspolitik zeigte, Wege zur Lösung des Währungsproblems suchte, Methoden besprach, wie der Staat aus den düsteren Niederungen zu lichterem Höhen geführt werden könne.

Es muß zur Ehre der österreichischen Presse festgestellt werden, daß eine solche Stimme vereinzelt erhoben wurde; die übrigen Blätter gaben dem Parteitag, was ihm gebührte, oder sie — schwiegen. Und dies letztere aus politisch-taktischen Gründen.

Um wie viel wahrer ist die Stimme jener Zeitung Oberösterreichs — des „Linzer Volksblattes“ —, die am 22. April unter dem Titel „Österreich wird uns gehören!“ schrieb: „Wir getrauen uns nach diesem Parteitag zu sagen, ohne fürchten zu müssen, jemals von der Entwicklung Lügen gestraft zu werden: der Österreichischen Volkspartei wird die Zukunft Österreichs gehören. In dem Maße, als die Menschen zur Einsicht kommen werden, daß einseitige Klassenpolitik nur zu sozialem und politischem Unfrieden führen kann, werden sie sich dem Programme der Volkspartei, das den gerechten Ausgleich zwischen allen Interessen vorsieht, zuwenden. . . . Es sind prachtvolle Worte geprägt und gute Gedanken auf diesem Parteitag geboren worden. Fachleute aus allen Ständen waren an der Arbeit, um in Wirtschafts-, Agrar- und Sozialpolitik die festen Linien aufzuzeigen. Es ist eine einheitlicher Wille geformt worden.“

Die Berichterstatter des 1. Bundesparteitages der ÖVP waren nicht an magere, hinter verschlossenen Türen ausgeklügelte, doppel-sinnige Kommuniqués gebunden, sie konnten vielmehr durch persönliche Anwesenheit aus der Fülle des Erlebten berichten. Die Stimme aus Kärnten, die „Kärntner Volkszeitung“, vom 20. April 1947 trifft daher das Richtige, wenn sie sagt, daß der äußerliche Verlauf des Bundesparteitages geradezu revolutionär neu war. Während es bisher Gepflogenheit gewesen ist, einen Parteitag in völlig geheimnisvoller Verslossenheit abzuhalten und der Öffentlichkeit über das, was man sich zu sagen getraute, ein allgemeines Kommu-

nique übergab, stehe dieser 1. Bundesparteitag der ÖVP völlig im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Die Partei sprengte bewußt den engen Parteirahmen und präsentierte sich hier durch Einladung auch der gesamten Presse in einer inneren Stärke und Geschlossenheit, die ihre politischen Gegner wahrlich mehr als überraschte.

Dies vermag aber nur eine Partei, die — und dies nun die Stimme eines Salzburger Blattes, nämlich der „Salzburger Volkszeitung“ vom 23. April 1947 — zu den Problemen, die uns alle drücken und bedrücken, in Nüchternheit, wie es dem Ernst der Zeit und der Größe der Aufgaben ziemt, fernab allen tönenden Phrasen Stellung nimmt. In Gerechtigkeit und Liebe hat sie nach Lösungen gesucht und sie auch gefunden, die den Interessen des österreichischen Volkes entsprechen; in Gerechtigkeit, da es gilt, unser armes gequältes Volk zu einer brüderlichen, gleichberechtigten Einheit zu bringen, — in Liebe, da wir wissen, daß bloße Buchstabengerechtigkeit tot und mehr schädlich als nützlich wäre.

„Wir hatten keine rechte Vorstellung, welche imposante Macht die Österreichische Volkspartei in Österreich darstellt,“ erklärte im steirischen ÖVP-Blatt, im „Steirerblatt“ vom 23. April 1947, ein führender ausländischer Vertreter unter dem Eindruck, den er von dem am Montag beendeten 1. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei gewonnen hatte. Diesen Eindruck teilten nicht nur die übrigen prominenten Vertreter der Schwesterparteien der fremden Länder, sondern auch sehr viele Österreicher, die als Delegierte oder Gäste aus ganz Österreich, vom Bodensee bis zum Neusiedler See, erschienen waren. Die Zeitverhältnisse — sagt das „Steirerblatt“ — hatten es bisher unmöglich gemacht, die Abgesandten der führenden Partei Österreichs zu grundlegenden Beratungen über ent-

scheidende Fragen des Staates zu diesem Ereignis der der Bauentspustungsmustergüter Teilnehmer dieses ist die Erfahrung wenn die V Presse ihrer Arbeit der männern zur Übernahme sonst von leistet we In einem en Blatt —, in den Stärken tiefst begründung der An

scheidende Fragen der Zukunft der Partei und unseres Staates zusammenzurufen. Nun aber vollzog sich dieses Ereignis in einer Form und in einem Rahmen, der der Bedeutung des Anlasses voll auf entsprach. Diese in den letzten Einzelheiten mustergültige Organisation erfüllte alle Teilnehmer mit Stolz und Befriedigung, und es ist die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht, wenn die Vertreter der Bundesländer durch ihre Presse ihrer Dankbarkeit für die vorbildliche Arbeit der großen Zahl von Vertrauensmännern und Personen, die sich hilfsbereit zur Übernahme von Diensten bereit fanden, die sonst von bezahlten Kräften hätten geleistet werden müssen, Ausdruck verleihen. In einem entscheidenden Punkt — so schließt das Blatt —, in dem das Geheimnis der überwiegenden Stärke und Schlagkraft der ÖVP zutiefst begründet ist, stand die restlose Übereinstimmung der Anschauungen aller Delegierten von vorn-

herein fest: in allen politischen Fragen gibt es keine besonderen Meinungen von Bünden oder Organisationen, sondern nur einen bedingungslosen Primat der Volkspartei. Dieser unter stürmischer Zustimmung neuerdings formulierte Grundsatz sichert nicht nur die Einheit, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei, sondern auch in logischer Konsequenz Aufstieg und Zukunft des Staates.

Aufstieg und Zukunft des Staates! Für diese Feststellung sind wir von der Österreichischen Volkspartei besonders dankbar. Aufstieg und Zukunft unseres Staates, das letzte Ziel unserer Parteipolitik, ist zugleich der letzte Sinn auch unserer Staatspolitik; es ist ein von allen Nebeln des Parteiegoismus befreites Ziel heiligsten Patriotismus, dem von Anfang bis Ende dieser 1. Bundesparteitag der ÖVP geweiht war.